

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le ftat]

Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

Aktivierung der BewohnerInnen, Verbesserung der BürgerInnen- Mitwirkung und des Stadtteil- lebens - Schlussbericht

HEGISS Materialien
Begleitforschung 3



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH



LAG

**Aktivierung der
BewohnerInnen,
Verbesserung
der BürgerInnen-
Mitwirkung und
des Stadtteil-
lebens -
Schlussbericht**

(Untersuchungszeitraum 2002 bis 2004)

HEGISS Materialien

Begleitforschung 3

Servicestelle HEGISS

Eine Veröffentlichung der
Servicestelle HEGISS
Postfach 170228
60076 Frankfurt am Main
Schumannstraße 4-6
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069/133850-66, Fax –69
E-Mail HEGISS@hessen-agentur.de
Internet <http://www.hegiss.de>

Nachdruck, - auch auszugsweise - ist nur mit
Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erbeten.

Vorbemerkung

Die Servicestelle HEGISS bietet den lokalen Akteursnetzen an den Förderstandorten für ihre Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in Hessen Anregungen und Ideen an und schafft Foren für den Austausch der Akteure untereinander.

Arbeitstreffen, Fachtagungen und Netzwerktreffen dienen fortlaufend der Verbesserung der Projektentwicklung.

Die **HEGISS-Materialien** umfassen derzeit vier Reihen:

- HEGISS-Materialien **Veranstaltungen**, mit der Dokumentation von Beiträgen
- HEGISS-Materialien **Begleitforschung**, mit Berichten und Ergebnissen
- HEGISS-Materialien **Arbeitshilfen**, mit der Aufbereitung von Informationen
- HEGISS-Materialien **Servicestelle**, mit Informationen aus der Servicestelle HEGISS

Die Servicestelle HEGISS ist für Hinweise und Ideen für Veranstaltungen oder Veröffentlichungen dankbar. In diesem Wechselstrom von Anregungen können wir die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt produktiv und innovativ gestalten.

Das Team der Servicestelle HEGISS

Verweis

Ein Zwischenbericht der Forschungsgruppe erschien in: HEGISS-Materialien, Begleitforschung 2

Kontaktadresse der Forschungsgruppe

Fachhochschule Frankfurt
Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR)

Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach
Prof. Dr. Johann Schneider
Alexander Pfeiffer

Tel: 069/1533-2969
E-Mail: neuer@fb4.fh-frankfurt.de

**Aktivierung der
BewohnerInnen, Verbesse-
rung der BürgerInnen-
Mitwirkung und des Stadt-
teillebens -
Schlussbericht**

Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach
Prof. Dr. Johann Schneider
Alexander Pfeiffer

Inhalt	Seite
1. Einleitung	5
1.1 Thema	5
1.2 Selbstverständnis der Begleitforschung	7
1.3 Forschungsansatz	9
1.4 Begriffe	12
1.5 Eingrenzung der Untersuchungsfragen	15
1.6 Vorgehensweise	17
1.6.1 Materialbeschaffung und Sichtung	17
1.6.2 Materialanalyse	18
1.6.3 Empirische Recherche	19
1.6.4 Kommunikation und Auswertung	20
2. Fallstudien	21
2.1 Auswahl der Standorte	21
2.2 Hattersheim – Südring	21
2.2.1 Vorgehen	21
2.2.2 Ausgangslage	23
2.2.3 Stadtteilmanagement	25
2.2.3.1 Stadtteilbüro	25
2.2.3.2 Lenkungsgruppe	28
2.2.3.3 Runder Tisch	30
2.2.4 Stand und Entwicklung weiterer Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren	35
Stadtteilspaziergänge	35
Aktivierende Befragung	35
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	37
Frauenimpulswerkstatt	37
Frauenfrühstück	38
Stadtteilstoffe	38
Nachbarschaftstreff	38
Mieter-TV „K4“	38
Kooperation mit der HaWoBau	39
Einwohnerbudget und Conciergesystem	39
2.2.5 Planungshorizonte und Bürgerbeteiligung	40
2.2.6 Kommunikationsstrukturen	40
2.2.7 Nachhaltigkeit	41
2.2.8 Erfolge und Herausforderungen	42
2.2.9 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung	42
2.2.10 Resümee	44
2.3 Wetzlar – Silhöfer Aue / Westend	47
2.3.1 Vorgehen	47
2.3.2 Ausgangslage	48
2.3.2.1 Zielsetzung	49
2.3.3 Stadtteilmanagement	50

2.3.3.1 Stadtteilbüro und Planungsbüro	51
2.3.3.2 Lenkungsgruppe	53
2.3.3.3 Stadtbezirkskonferenz	54
2.3.3.4 Stadtteilbeirat	54
2.3.4 Stand und Entwicklung weiterer Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren	56
Aktivierende Befragung	56
Nachbarschaftszentrum	58
Aktivierung von ausländischen Mitbürgern	
59	
Rahmenplan und Bürgerbeteiligung	59
2.3.5 Kommunikationsstrukturen	61
2.3.6 Nachhaltigkeit	61
2.3.7 Erfolge und Herausforderungen	62
2.3.8 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung	63
2.3.9 Resümee	65
2.4 Wiesbaden Biebrich Süd-Ost	68
2.4.1 Vorgehen	68
2.4.2 Ausgangslage	69
2.4.3 Stadtteilmanagement	72
2.4.3.1 Lenkungsgruppe	73
2.4.3.2 Quartiermanagement	74
2.4.4 Stand und Entwicklung der Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren	77
2.4.4.1 BewohnerInnenbeteiligung I: Bauliche Erneuerung der GeWeGe Häuser Teplitzstr.	77
2.4.4.2 Stadtteil- Kulturarbeit im sozialkulturellen Zentrum „BauHof“	81
2.4.4.3 BewohnerInnenbeteiligung II: Eine Initiative „von unten“: Instandsetzung und Gestaltung des Jägerhofplatzes	82
2.4.4.4 BewohnerInnenbeteiligung III: Künftige Entwicklung weiterer Erneuerungsbereiche mit BürgerInnen-/ AnwohnerInnen-Beteiligung	83
2.4.4.5 Weitere Aktivitäten im Umfeld von Aktivierung und Beteiligung	84
AG Bauhof	84
Stadtteilkonferenz Biebrich	85
Stadtteilrundgänge	85
Bildung und Beschäftigung	85
Gewerbe	85
2.4.5 Nachhaltigkeit	85
2.4.6 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung	86
2.4.7 Resümee	88
2.5 Wiesbaden - Inneres Westend	90
2.5.1 Vorgehen	90
2.5.2 Ausgangslage	90
2.5.3 Stadtteilmanagement	92
2.5.4 Stand und Entwicklung von Beteiligungs- und	

Aktivierungsverfahren	95
2.5.4.1 Gewerbeentwicklung	95
2.5.4.2 Lokale Bildung und Beschäftigung	97
2.5.4.3 Kultur- und Infrastrukturprojekte	97
2.5.4.4 BewohnerInnenbeteiligung Projekt Wellritzhof	98
2.5.5 Kommunikationsstrukturen	101
2.5.6 Nachhaltigkeit	101
2.5.7 Evaluation	102
2.5.8 Erfolge und Herausforderungen	102
2.5.9 Resümee	103
3. BewohnerInnen-Perspektiven	104
4. Ergebnisse der Befragung an den Standorten	109
4.1 Zielsetzung, Konzeption und Methode	109
4.1.1 Zielsetzung	109
4.1.2 Konzeption	110
4.1.3 Untersuchungsmethode	110
4.1.4 Fragebogenrücklauf	111
4.2 Befragungsergebnisse	112
A) Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung	112
B) Formen der Bürgerbeteiligung	116
C) Entwicklung der Beteiligung	122
D) Aktivierungsstrategien	126
E) Kommunikation und Information	132
F) Perspektiven	134
4.3 Resümee	136
5. Fazit	141
6. Literatur	155
Anhang 1 Fragebogen	159
Anhang 2 Auswertungstabellen	167
Anhang 3 Dokumente	168

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht basiert auf der Grundlagenermittlung, die im ersten Bericht „Beteiligung und Aktivierung“ über den Untersuchungszeitraum Oktober 2001 bis März 2002 dokumentiert ist.

Das Teilprojekt „Beteiligung und Aktivierung“ der HEGISS-Begleitforschung befasst sich mit dem Stellenwert von Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des integrierten Handlungskonzepts Soziale Stadt, wie es das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ vorgibt. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Quartiersebene, dort wo Konzepte und Maßnahmen der Aktivierung und Beteiligung realisiert werden und auf den Instrumenten und der Praxis von Beteiligung. Institutionelle Strukturen der kommunalen Planung und Entscheidung bleiben unberücksichtigt.

Diese Fokussierung ist u.a. gerechtfertigt durch ein weiteres Teilprojekt der HEGISS-Begleitforschung, das sich mit den politischen Strukturen und Kooperationsnetzwerken befasst: „Netzwerkanalyse und dialogische Begleitung“. Dies ist eine analytische Trennung, die die inhaltlichen Bezüge zwischen beiden Teilprojekten dennoch im Blick hält. Für die Entwicklung von Perspektiven der Beteiligung und Aktivierung vor Ort, für die Gesamtbewertung der Entwicklung in den hessischen Standorten und für programmatische Folgerungen aus der Begleitforschung sind darüber hinaus die Ergebnisse der beiden anderen Teilprojekte „Bildung und Schule“ und „Lokale Beschäftigung und Ökonomie“ heranzuziehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil Aktivierung und Beteiligung kein abstrakter Selbstzweck sind, sondern themenbezogen und zielgerichtet operationalisiert werden.

1.1 Thema

Folgendes Szenario wäre denkbar:

Bund und Länder wollen die Beteiligung der BewohnerInnen aus politisch-demokratischen Erwägungen, aus Effektivitätsgründen und als Kontrollinstrument für die Effizienz des Mitteleinsatzes. Die Kommunen lassen sich reaktiv darauf ein: Beteiligung politisch als Förderkondition und funktional als Legitimation von Planungsvorhaben.

StadtplanerInnen wussten schon immer, was für die BewohnerInnen gut ist. Beteiligung fungiert als Methode, mit der den Betroffenen ihr fremdformuliertes Wohl verkauft wird.

Die üblichen Aktivisten unter den BewohnerInnen greifen die neue Chance der Selbstdarstellung auf; die schweigende Mehrheit bleibt nach wie vor passiv und profitiert u.U. von baulich-räumlichen Veränderungen im Quartier.

Das Projekt „Soziale Stadt“ wird als kommunalpolitischer und demokratischer Erfolg verbucht.

Als zentrales Anliegen der Quartiersentwicklung formuliert das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“: „das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die BewohnerInnen zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren“ (ARGEBAU, „Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, 2.Fassung 1.3.2000: Bürgermitwirkung Stadtleben, Ziele 3.1).

In den Leitlinien zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ werden „die kontinuierliche Einbindung und Information möglichst aller betroffenen Bevölkerungsgruppen über den Entwicklungsprozess und die Grundsatzbeschlüsse sowie letztlich die Beteiligung an der Umsetzung von Maßnahmen“ als notwendige Erfolgsvoraussetzung der angestrebten Ziele und Maßnahmen gesehen: Die „Einbindung... der Bürgerschaft“ als eines der vier strategischen Prinzipien. „Entscheidend ist, dass ein funktionierender Rahmen für tatsächliche Mitsprache und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner gefunden wird. Wesentlich ist die gemeinsame Erfahrung von Bürgerinnen und Bürgern und anderen Akteuren, die über eine erfolgreiche Projektdurchführung vermittelt wird“. (HEGISS Leitlinien 2000, 22/23)

„Neben dem Aufbau einer gezielten Unterstützungsstruktur bedarf es der Aktivierung der örtlichen Potenziale und der Übernahme von Verantwortung für Planung und Durchführung von Vorhaben durch die örtliche Gemeinschaft“ (ebd. 14). Des Weiteren „sollen gleichzeitig auch Maßnahmen der gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung sowie zur nachhaltigen Stabilisierung der sozialen Verhältnisse und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Quartier unterstützt werden. Insbesondere gilt es, vorhandene Potenziale und ungenutzte Ressourcen im Stadtteil zu entdecken und zu fördern“ (ebd.15).

Sowohl im Bund-Länder-Programm als auch in den Hessischen Leitlinien bleiben die Ziele von Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen weich. Es wird nicht klar, ob sie im Sinne zivilgesellschaftlicher Selbsttätigkeit, lokalpolitischer Demokratisierung, quartiersbezogener Befriedung, oder lediglich zur Legitimation von Planungsvorhaben eingesetzt werden sollen. Inhaltliche Vorgaben – hinsichtlich der Gegenstandsbereiche, auf die sich Beteiligung und Aktivierung beziehen sollen – z. B. Bildung/Schule und/oder Arbeit und Beschäftigung - fehlen ebenso wie Mindeststandards, an denen der Erfolg von Beteiligungs- und Aktivierungsmaßnahmen gemessen werden könnte. Die Ziele für die jeweiligen Standorte zu operationalisieren, ist folglich Aufgabe der Kommunalpolitik. Das kann je nach Engagement vor Ort als Chance, aber auch als Rechtfertigung für Begrenzung wahrgenommen werden.

Die Erwartungen, die an Beteiligung von BewohnerInnen im Prozess der Erneuerung von Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf gerichtet werden, sind hochkomplex und zugleich sehr abstrakt. In der Fachdebatte (z. B. Alisch 2000, 2002; Becker et al. 2000, 2002, 2003; Franke 2002; Herrmann; Lüttringhaus; Walther) über das Programm wird Beteiligung diskutiert als

- Zielsetzung
- Aufgabe
- Instrument und als
- Erfolgsbedingung.

Das impliziert nicht nur hohe Anforderungen an die verschiedenen Akteure, sondern macht auch deutlich, dass die Erwartungen auf unterschiedlichen Ebenen liegen und dass der Beteiligung unterschiedliche, unter Umständen konkurrierende Funktionen zugewiesen werden können wie z. B. Legitimation von Konzepten, Vereinnahmung bzw. Befriedung von Widerstand, Effektivität von Planungsprozessen, Interessenausgleich, Integration oder gar Emanzipation.

Die Hypothek, mit der Beteiligungskonzepte und –maßnahmen belegt sind, wird erhöht durch das empirische Faktum, dass eines der zentralen Merkmale fast aller im Programm ausgewiesenen Quartiere die sozio-ökonomische Marginalisierung großer Teile der Bewohnerschaft ist. Diese BewohnerInnen gelten in der sozialwissenschaftlichen Literatur als benachteiligt insofern, als sie schlecht ausgestattet sind mit sozialem und kulturellem Kapital (Bourdieu), geringe gesellschaftliche Austausch-, Interaktions- bzw. Teilhabechancen haben und kaum vertreten sind in den Schaltstellen gesellschaftlicher Machtverteilung (Staub-Bernasconi, Häußermann, Heitmeyer, Kronauer).

Gerade von diesen Menschen ohne grundlegende Veränderung der Ursachen ihrer Benachteiligung eine Mobilisierung nicht nur zur Durchsetzung persönlicher Belange zu erwarten, sondern ein Engagement für örtliche Gemeinschaftlichkeit und Selbstorganisation und eine Aktivierung von Ressourcen zugunsten des Quartiers, ist ein sehr hoher Anspruch, dessen Realitätsnähe zudem durch die finanzielle und regulatorische Ausstattung des Programms und durch die jeweils lokalpolitischen Rahmenbedingungen in der Praxis bedingt ist.

Es wäre zu kurz gegriffen, ein evtl. Misslingen der Beteiligung der BewohnerInnen allein an deren Fähigkeit bzw. Bereitschaft festzumachen, soziale und kulturelle Ressourcen für das Quartier zu mobilisieren.

Erfolg oder Misserfolg der Beteiligung hängt sowohl von den genannten Faktoren ab als auch vom Anspruch und begrifflichen Verständnis von Beteiligung derjenigen, die für die Programmdurchführung verantwortlich sind.

Sozialwissenschaftlich werden vier Ebenen unterschieden, die auf einander aufbauen und unterschiedliche Stufen der Beteiligung (Partizipationsgrade) darstellen:

1. Information
2. Beratung/Stellungnahme
3. Mitwirkung / Abstimmung
4. Mitentscheidung / Selbstverwaltung.

Das Programm „Soziale Stadt“ selbst bleibt – bezogen auf diese Unterscheidungen - ebenso vage wie bei Formulierung der Funktion und Zielsetzung von Beteiligung und Aktivierung von BewohnerInnen. Es überlässt die Festlegung des „Tiefgangs“ der Beteiligung der lokalen Aushandlung. Dies mag einerseits weiser politischer Zurückhaltung geschuldet sein; andererseits sind aber gerade die als sozial benachteiligt skizzierten BewohnerInnen der Entwicklungsquartiere in lokalen Entscheidungsinstitutionen schlecht vertreten und haben daher kaum Chancen, ihre Interessen dort aktiv und frühzeitig einzubringen.

Da es an klarer Festlegung und Überprüfung des faktischen Stellenwertes der Beteiligung und Aktivierung von BewohnerInnen für Planung und Durchführung der integrierten Handlungskonzepte in den Quartieren mangelt, stellt sich umso schärfer die zentrale Untersuchungsfrage:

(Wie) verändert bzw. verbessert Beteiligung von BewohnerInnen den Prozess / das Ergebnis des Programms „Soziale Stadt“, so wie es in den einzelnen Standorten implementiert wird?

Die Beantwortung dieser Frage ist nur zu beantworten mit Blick auf Handlungsfelder der Sozialen Stadt und kann sich nicht allein auf die Ansätze von Beteiligung und Aktivierung

in den einzelnen Standorten beschränken, sondern bedarf einer über lokale Praxis hinausgehenden theoretischen Begründung (s. Kap. 1.3)

1.2 Selbstverständnis der Begleitforschung

Interesse der **Evaluation** des Programms „Soziale Stadt“ ist es, den Erfolg und die Wirkungen integrierter quartiersbezogener Entwicklungskonzepte einzuschätzen. Grundsätzliche methodische Probleme ergeben sich aufgrund

- ⇒ der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes
- ⇒ der weichen Zielformulierungen für das Programm generell und für die Handlungskonzepte im besonderen
- ⇒ der unterschiedlichen kommunalen Strategien in den Standorten
- ⇒ des Zusammentreffens von quantitativen und qualitativen Erkenntnisinteressen
- ⇒ der Schwierigkeit, Wirkungen des Programms eindeutig von externen Einflussfaktoren zu separieren
- ⇒ der lückenhaften Datenlage.

Hinzu kommt, dass der Zeitrahmen der Begleitforschung notwendigerweise limitiert ist und somit mittelfristige Entwicklungsprozesse nicht abbilden kann.

Die Begleitforschung "Beteiligung und Aktivierung von BewohnerInnen" versteht sich als praxisbezogene Sozialforschung, die es den Akteuren ermöglichen soll, das aus dem Forschungsprozess gewonnene systematisierte Wissen für das eigene Handeln nutzbar zu machen im Sinne einer Überprüfung der lokalen Zielerreichung und einer Orientierung für künftige, ähnlich geartete Projekte.

Sie hat die Aufgabe, Konzepte, Verfahren und Organisationsformen der Beteiligung zu beobachten, zu dokumentieren und zu analysieren.

Zu untersuchen ist zum einen der Erfolg: Ausgangspunkt dafür sind die Zielsetzungen der jeweiligen Projekte zur Beteiligung. Dann ist zu sehen, ob bzw. in wie weit diese kommunal gesetzten Ziele erreicht oder verfehlt wurden und zu analysieren, welche Bedingungen und Maßnahmen das bedingen.

Zum anderen geht es um die Wirkungen der Aktivierung und Beteiligung: wie hat sich im Ergebnis die Beteiligung von BewohnerInnen verändert?

Es gehört auch zu den Aufgaben einer solchen Begleitforschung, den theoretischen und politischen Hintergrund der einzelnen Projekte auszuleuchten, auf inhaltliche Kohärenz, Realitätsnähe und Praktikabilität hin zu untersuchen.

Da es sich um eine **Prozess-Evaluation** handelt, sind die jeweiligen Erkenntnisse im Diskurs mit den Akteuren – in den einzelnen Kommunen und zwischen ihnen – zu vermitteln. Ziel ist die Optimierung von Aktivierungs- und Beteiligungskonzepten, Zweck ist die Hilfestellung für die handelnden Kommunen. Dabei geht es in nicht unerheblichem Maße um Deutungen und Zuweisungen der Prozessbeteiligten. Nach unserem Verständnis von Begleitforschung soll sie die unterschiedlichen Interessen an Potenzialen für Beteiligung sichtbar machen, Widersprüche, Hindernisse und Nebenfolgen aufzeigen und Reflexion darüber anregen und die Erkenntnisse daraus für die weitere Praxis in den einzelnen Standorten und für die Konzeptentwicklung auf Landes- und Bundesebene verfügbar machen.

In diesem Sinne wird sie eine Bilanz ziehen, Ziele und Praxis gegenüber stellen, Evaluationshilfen geben, Typisierungen und Vergleiche zwischen den Kommunen

vornehmen und somit beitragen zur Fortentwicklung des Programms auf Landes- und auf Bundesebene.

Als Prozess-Evaluation kann diese Art von Begleitforschung nicht schlichtweg Effektivität und Effizienz als Ergebnisse messen, sondern muss versuchen, die Struktur, die Wirkungsweise und die Reichweite von Maßnahmen und Instrumenten der Beteiligung im Prozess der Implementation – entsprechend dem theoretischen Ansatz - hinsichtlich der Integration bzw. Segregation von BewohnerInnen, der Nachhaltigkeit von Quartiersentwicklung und der Sicherung demokratischer Rahmenbedingungen abzubilden und einzuschätzen.

Handlungsforschung in diesem Sinne ist weder Fachberatung noch Kontrolle. Ein Nutzen für die Kommunen besteht unter zwei Voraussetzungen:

1. Evaluationsforschung kann den Prozess der Aktivierung und Beteiligung begleiten und Monitoring, Reflexion und Weiterentwicklung von Instrumenten und Strategien unterstützen, jedoch nicht ersetzen.
2. Der Erfolg von Evaluationsforschung als Prozessforschung ist abhängig von der Bereitschaft der handelnden Akteure vor Ort, diese Außenperspektive in das Gesamtzenario der Quartiersentwicklung einzubeziehen, die Angebote der Begleitforschung anzunehmen bzw. deren Kapazität einzufordern.

Ein spezielles Problem von Begleitforschung ist dann gegeben, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Zielsetzung langfristig angelegt, die Forschung jedoch kurzfristig verwertbare Resultate liefern soll. Hier müssen notwendigerweise Fragen offen bleiben und in Teilen Einschätzungen gefunden werden, die sich auf vergleichbare Erfahrungen berufen oder auf Plausibilitätskriterien stützen können.

1.3 Forschungsansatz

Da die Zielsetzung Beteiligung und Aktivierung sowohl auf der Ebene des Programms „Soziale Stadt“, als auch auf der Ebene der konkreten Projekte relativ unspezifisch und für unterschiedliche Konzeptionen und die dazugehörigen theoretischen Annahmen und politischen Zielsetzungen offen ist, ist zunächst theoretisch zu klären, um welche Dimensionen von Beteiligung und Aktivierung es überhaupt gehen soll. Dabei wird auf die umfangreiche Diskussion zur Stadtplanung und -entwicklung einerseits sowie auf die Diskussion um die Spielarten der Gemeinwesenarbeit oder stadtteilbezogener oder sozialraumorientierter sozialer Arbeit zurückgegriffen (Oelschlägel 2001). Es sind dies Diskussionen, die auch den Akteuren in den Projekten vertraut sind, so dass sich Projektpraxis und Begleitforschung auf gemeinsame theoretische Grundlagen beziehen können.

Diese theoretischen Grundlagen gehen notwendigerweise über die konkrete Projektebene hinaus und stellen sie in einen größeren Zusammenhang.

Aus den o.g. Fachdiskussionen entnehmen wir die folgenden Prämissen und Voraussetzungen für die Projekte und die begleitende Reflektion:

- 1) Wir gehen davon aus, dass sich die Entwicklung von Städten und ihren Teilen (Stadtteile, Quartiere, Nachbarschaften) im wesentlichen aus dem Zusammenspiel von kommunaler Planung, öffentlichen und privaten Investitionen sowie dem individuellen Verhalten der BewohnerInnen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt ergibt (Friedrichs

1995). Dabei hat sich in der Diskussion in den letzten Jahren eine eher skeptische Haltung gegenüber den Steuerungsmöglichkeiten öffentlicher Planung herauskristallisiert, auf deren Gründe hier nicht eingegangen werden kann (Wentz 1996). Wichtig ist dieser Punkt in unserem Zusammenhang, weil zumindest auf kleinräumlicher Ebene große Hoffnungen auf integrierte Konzepte und neue Politikformen gesetzt werden.

Korrespondierend dazu werden Beteiligung und Aktivität der BewohnerInnen in erster Linie in ihrem individualisierten Marktverhalten einerseits und in der Wahrnehmung ihrer legalen politischen Rechte als Wähler, als Trägern von Rechten gegenüber staatlichen Maßnahmen, ggf. ad hoc in Bürgerinitiativen u.Ä., nicht immer aber vornehmlich in Abwehrhaltung gegenüber öffentlichen Maßnahmen, gesehen. Der urbane Lebensstil besteht nach herrschender Meinung in einem freundlich distanzierten Verhältnis zur Nachbarschaft und zu frei gewählten Gemeinschaftsaktivitäten, die sich nicht unbedingt und eher selten auf räumliche Nähe (Ausnahmen: Kinder und Alte) beziehen (Häußermann/Siebel 1987).

2) Die Situation in benachteiligten Vierteln sieht abweichend von diesem "Normalbild" in vieler Hinsicht anders aus. Die BewohnerInnen verfügen über deutlich geringere Ressourcen materieller und immaterieller Art und sind daher in stärkerer Weise auf ihr Quartier angewiesen. Dies gilt für die Wahl der Wohnung, sowie für die innerstädtische Mobilität und soziale Aktivitäten. Dies gilt aber auch für ihre bargaining-power, mit der sie auf die Stadtentwicklung Einfluss nehmen können. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Untergruppen der BewohnerInnen nach Nationalität, Geschlecht, Alter usw. Entsprechend dieser Unterschiede sind sie auch unterschiedlich aktivierbar.

Sie sind als Empfänger von Transferleistungen die Adressaten vielfältiger sozialpolitischer Maßnahmen und zwar unabhängig davon, ob sie nur vorübergehend in einem benachteiligten Quartier leben oder dieses im Extremfall in ihrem Leben als Wohnort nie verlassen. Die reale oder auch nur angenommene Verweildauer wirkt sich auf die Bereitschaft zum Engagement für das Quartier aus; sie ist auch eine politische Variable, je nach dem ob man ein Quartier zur Durchgangsstation erklärt (Krankenhausmodell), das Quartier zu einem für sozial Benachteiligte auf Dauer akzeptablen Wohnort machen will (Pflegeheimmodell) oder Benachteiligung eines Quartiers generell abschaffen will (Integrationsmodell).

3) Diese Sondersituation benachteiligter Quartiere bringt besondere Beteiligungs- und Aktivitätsdimensionen mit sich, die zugleich die inhaltliche Zielebene angeben:

1. Alle Formen der Wahrnehmung staats- und stadtbürgerlichen Engagements bei Wahlen, in Gremien und in diesbezüglichen Veranstaltungen. Inhaltlich kennzeichnend dafür sind auch die Einbeziehung größerer Zusammenhänge in der Stadtteilentwicklung und die damit gesetzten Grenzen (z.B. funktionale, stadt- und regionalpolitische Aspekte).
2. Die Wahrnehmung bzw. Nichtwahrnehmung von Rechten als von staatlichen und kommunalen Aktivitäten Betroffene im Rahmen gesetzlich vorgeschriebener Anhörungs- und Beteiligungsverfahren
3. Die rechtlich nicht formalisierten Formen der Interessenpolitik gegenüber Politik und Verwaltung, auch für das Quartier (z. B. Bürgerinitiativen)
4. Beteiligung bei der Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen als Ko-Produzenten dieser Leistungen, begrenzt auf diese Leistungen und ohne Konsequenzen für Dritte (z. B. für und in sozialen Einrichtungen), sowohl individualisiert als auch in kollektiven Zusammenhängen

5. „Zivilgesellschaftliches“ Engagement im sozialen Leben im Quartier, in Selbsthilfeeinrichtungen, Nachbarschaften oder Vereinen.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur (Häußermann 2004; Hinte 2001, 2003; Lüttringhaus 2000; Vester 2002;) wird davor gewarnt, „bürgerliche“ Partizipationsformen für benachteiligte Quartiere ins Auge zu fassen. Wir nehmen diese Dimension hier nicht nur aus systematischen Gründen mit auf, sondern auch, weil sich die Inhalte und Formen nicht gut trennen lassen und eine Entwicklung zugunsten dieser Formen konzeptionell nicht ausgeschlossen werden sollte (Integrationsstrategie). Ein Verzicht darauf spaltet die Partizipationswelt bereits im vorn herein in eine normale Bürgergesellschaft und eine davon abweichende.

Die Sondersituation von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ bedingt auch, dass Beteiligung und Aktivierung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ ein top-down-Konzept ist. Während im „demokratischen Normalfall“ Beteiligungsrechte erkämpft und gewährt werden, ihre Wahrnehmung aber in der freien Entscheidung der BürgerInnen bleibt, liegt hier ein Konzept der Aktivierung zur Beteiligung vor, mit der bestimmte, projektspezifische Ziele verbunden sind, wie:

1. Integration in die demokratische Kultur, Befähigung zur eigenverantwortlicher Wahrnehmung demokratischer Rechte und Pflichten (Hebung der Wahlbeteiligung, Teilnahme an Gremien usw.).
2. Beteiligung bei der Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen, um eine adressatenspezifische Zielfindung und -realisierung zu erreichen.
3. Stärkung der Selbsthilfepotentiale, des Gemeinschaftslebens und der Identifikation mit dem Quartier.

Wir gehen davon aus, dass der Top-Down-Charakter dabei nicht abzuschütteln ist, wie immer auch die jeweilige Programmrhetorik an der Basis ausgestaltet sein mag.

4) Zwischen den Zielen der Beteiligung und den Methoden der Aktivierung und konkreten Formen der Beteiligung bestehen funktionale Beziehungen. Nicht alle Methoden und Formen sind für alle Ziele geeignet. Da an den einzelnen Standorten die Ziele vorab festgelegt wurden und auch die meisten einzelnen Projektvorhaben top-down bestimmt wurden, muss überprüft werden, welche Wege sich als geeignet erwiesen haben.

5) Wir gehen davon aus, dass sich die genannten Beteiligungs- und Aktivierungsdimensionen nur analytisch sauber trennen lassen und in der Praxis Überschneidungen stattfinden. Dies ist deshalb relevant, weil die Dimensionen in ihrer Mischung nicht widerspruchsfrei bleiben müssen und dadurch die Gefahr einer wechselseitigen Blockade gegeben ist.

- So können etwa bestimmte Beteiligungsformen bei der Stadtteilentwicklung mit den formalen, kommunalrechtlich vorgegebenen Entscheidungsprozessen in einen Legitimationskonflikt geraten.
- Ein ähnlicher Konflikt droht, wenn die Ausgestaltung sozialer Leistungen mit den Interessen Dritter konfligiert oder mit funktionalen Erfordernissen (Verkehr, Versorgung, Ökonomie) unvereinbar ist. Hier kann sehr schnell die bloße Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen in einen „normalen“ Interessenkonflikt hineinwachsen, der sich schwer mit einem positiv selektiven Schonraum für Beteiligung vereinbaren lässt.

- Schließlich können traditionelle, individualistisch ausgeprägte Formen der Wahrnehmung sozialer Rechte oder so gearterter Aktivierungsformen mit den eher auf Gemeinschaftsbildung und -stärkung ausgerichteten Aktivierungsformen konkurrieren.
- Ein ähnlicher Konflikt kann zwischen den formalisierten Rechtsansprüchen Einzelner, die wahrzunehmen ein Ziel von Aktivierung sein kann und den diese relativierenden Konzepten einer integrativen, ganzheitlichen Politik entstehen, die auf einen Konsens aller Beteiligten angewiesen sind.

6) Schließlich ist anzunehmen, dass Aktivierung und Beteiligung bottom up die top-down konzipierten Gleise verlassen und auf die eine oder andere Weise die Realisierung der Programmziele gefährden kann. Den Gegenpol dieser Gefahr stellt die vielfache Praxis dar, wo es in der Vergangenheit auch ohne Beteiligung und Aktivierung „gegangen“ ist und sich jetzt viele Akteure insgeheim fragen, ob dies nicht ein Spiel mit dem Feuer ist, das man ohne große Verluste oder Abstriche bei der Entwicklung benachteiligter Stadtteile auch vermeiden oder auf kleiner Flamme kochen kann.

Im optimalen Fall wird über Aktivierung genau jene Beteiligung erreicht, die die vorgegebenen Projektziele unterstützt und überhaupt erst realisierbar macht. In diesem Sinne „aktivierte Beteiligung“ kann allerdings über das Ziel hinausschießen oder unterhalb der kritischen Schwelle bleiben. Sie könnte aber auch aufzeigen, dass die Projektziele mit den Bedürfnissen wenig zu tun haben oder mit diesen nur schwer vereinbar sind.

Daran schließt sich die kritische Frage an, ob und wie weit es überhaupt möglich ist, projektbezogene Beteiligung durch ebenso spezifische Aktivierung zu erreichen (DIFU 2002a; Hinte 2001), oder ob nicht vielmehr Aktivierung breiter und längerfristig angelegt sein muss, um den Nährboden abzugeben, auf dem erst dann projektbezogene Beteiligung oder gar Selbstorganisation gelingen kann. Dies würde bedeuten, dass zwischen Aktivierung und den Projektzielen für eine gewisse Zeit nur ein geringer Zusammenhang besteht.

7) BewohnerInnen-Beteiligung und planerische Entscheidung, bottom-up und top-down, müssen sich geeignete Begegnungs- und Kommunikationsformen schaffen. Auch die formalen Instanzen der Verwaltung, ggf. auch die politischen Gremien müssen zur Akzeptanz der Beteiligung aktiviert werden und entscheiden, ob und wie weit sie sich auf unkonventionelle und die legal-formalisierte Form demokratischer Legitimation verlassende Formen und Inhalte einlassen. Gerade unter dem Anspruch eines integrierten Handlungskonzeptes erhöht sich die Zahl der Beteiligten und Betroffenen und gerät Beteiligung unter wachsenden Abstimmungsdruck zwischen all diesen Interessen, Gruppen und Instanzen. Dies macht Beteiligung und Aktivierung zur Beteiligung nicht gerade einfacher.

1.4 Begriffe

Im Programm „Soziale Stadt“ und in den einzelnen Projekten, aber auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur werden die Begriffe: Bürger, Bewohner, Akteure, Stadtteil, Quartier, Stadtteil-/ Quartiermanagement usw. nicht einheitlich benutzt. Dies liegt nicht nur an der mangelnden Konsistenz der Theorien, sondern auch an der Sache selbst, die eine genaue Definition und Abgrenzung oft nicht erlaubt.

Wir versuchen daher im Folgenden eine ungefähre Begriffsbestimmung vorzunehmen, vor allem auch deshalb, weil sich damit konzeptionelle Aspekte verbinden.

Von **BürgerInnen** und **Bürgerengagement** oder **-beteiligung** sprechen wir, wenn es um die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten geht, die mit dem Status eines Bürgers oder

einer Bürgerin verbunden sind, wie sie in den jeweiligen Verfassungen, Gesetzen und Satzungen festgelegt sind. Vor allem diese Rechte, aber auch die wechselseitigen Verpflichtungen sind das Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen und der schließlich demokratischen Selbstbestimmung der Gemeinschaft der Bürger. Sie bilden die Grundlage des Sozialstaates und werden durch diesen in einem zweiten Schritt wiederum materiell abgesichert. Bürgerengagement bezieht sich aber auch auf freiwillige Aktivitäten, etwa in Form von Ehrenämtern oder sozialem Engagement im Sinne des Dienstes für die Allgemeinheit oder für andere.

Von **BewohnerInnen** und ihrer Beteiligung sprechen wir, wenn es entweder um kleinere Einheiten geht, wie man von den Bürgern einer Stadt, aber nicht eines Hauses oder eines Wohnblocks spricht, vor allem aber, wenn es um die Orientierung am unmittelbaren eigenen Nutzen geht. Bewohnerinteressen beziehen sich auf das Wohnen und Leben in einem abgegrenzten, regionalen und sozialen Raum, ihr Engagement und die Beteiligung beziehen sich meist nur auf diesen Bereich. Diese Interessen werden in erster Linie individuell und über den Markt vertreten: Wenn es um Gemeinschaftseinrichtungen geht in einer gemeinschaftlichen Form oder kollektiv, wenn es um die Durchsetzung von Interessen gegenüber Instanzen und anderen Interessen geht. Auch diese Aktivitäten und Beteiligungsformen sind meist durch Gesetze, Verträge oder andere Rechtsformen abgesichert.

Alle Formen der Beteiligung von BürgerInnen oder BewohnerInnen sind also meist legal strukturiert und müssen sich an diese Strukturen halten. Wie sich an den Bürgerinitiativen oder Bewohnerprotesten ablesen lässt, tun sie dies nicht immer. Sie sind diesen im informellen Bereich vorgelagert und ergänzen diese, z. T. bewegen sie sich aber in Konkurrenz oder auch in Konflikt mit ihnen. Sie initiieren dadurch eventuell Veränderungen der Legalstrukturen, ihre Legitimität muss sich aber letztlich immer an der Kompatibilität mit diesen Strukturen bewähren.

Eine Reihe von Interessen ist organisiert und die entsprechenden Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände usw.) sind über das korporatistische System vor allem auch im sozialen Bereich an vielen kommunalen Entscheidungen beteiligt. Damit gehen auch diese Interessen in die Entscheidungen ein, was nicht mit der Beteiligung von Bürgern identisch ist, vor allem sind nicht alle Interessen gut organisiert oder organisierbar.

Da man für den gesellschaftlichen Normalfall davon ausgeht, dass es in der freien Entscheidung der BürgerInnen und BewohnerInnen liegt, ob und wie sie ihre Rechte auf Beteiligung wahrnehmen oder gegen Widerstand einklagen, bedarf es keiner besonderen staatlichen Anstrengung einer **Aktivierung** zu Beteiligung. Sozialstaatliche Interventionen verdanken sich allerdings der Einsicht, dass nicht alle Mitglieder einer Gesellschaft über die materiellen oder personalen Ressourcen verfügen, ihre Rechte auch angemessen wahrzunehmen oder die legalen Formen zu wählen. Ein Weg der Aktivierung besteht deshalb darin, Beteiligungsformen anzubieten, die dieser besonderen Lage einzelner Gruppen entgegenkommen. Wir sprechen dann von niedrighwelligen Angeboten, wenn es darum geht, die Scheu vor dem Gang auf Ämter, in Gremien usw., deren Strukturen und Kommunikationsformen von der Mittelschicht geprägt sind, zu überwinden oder wenn es um eine allgemeinverständliche Übersetzung amtlicher Vorlagen oder solcher von Planungsexperten geht.

Ein anderer Weg der Aktivierung besteht darin, überhaupt die Bereitschaft und Fähigkeit zur Interessenwahrnehmung und -artikulation zu fördern. Dies kann im Rahmen von Beratung, Erziehung oder advokatorischer Betreuung geschehen, aber auch in genereller

Weise durch die Förderung von Ressourcen (soziales und kulturelles Kapital), deren Fehlen die Sonderrolle dieser Gruppen prägt. Die meisten Formen Sozialer Arbeit haben aktivierenden Charakter und sind nicht spezifisch auf bestimmte Beteiligungsformen oder -projekte ausgerichtet (DifU 2002a; Franke; Hinte 2001). Diese Art der Aktivierung gehört zum sozialarbeiterischen Standard in benachteiligten Quartieren; gerade aber dort sind auch die Bedingungen für Aktivierung besonders schwierig.

Ein weiterer Begriff ist zu erwähnen, der der **KlientIn**. KlientIn sozialstaatlicher, meist personenbezogener Dienstleistungen ist, wer nicht selbstbewusst und eigenverantwortlich als BürgerIn oder BewohnerIn die eigenen Rechte und Pflichten ausfüllt, sondern AdressatIn besonderer Maßnahmen ist, die es erst ermöglichen sollen, diese anderen Rollen wahrzunehmen. Hier wird also etwas für jemanden getan, was dieser/diese so von sich aus u. U. gar nicht explizit gewollt hat. Sollen diese Maßnahmen gelingen, so setzt dies voraus, dass die KlientIn die erforderlichen Ressourcen hat oder aktivierbar ist, um mitzumachen, sich als Ko-ProduzentIn dieser sozialstaatlichen Leistung zu bewähren. Viele Maßnahmen der Aktivierung finden in einem solchen klientenzentrierten Rahmen statt und setzen darauf, dass aus dem Klienten in einem Bildungsprozess ein selbstverantwortlicher Bürger und Bewohner wird.

Hier zeigen sich die verschiedenen Ebenen der **Beteiligung**. Sind in formaler Hinsicht zunächst die differenzierten, legalen Rechte und Pflichten auf Information, auf Anhörung oder Mitwirkung und Mitbestimmung bei kommunalen Projekten zu sichern, so geht es bei Aktivierung darum, die Menschen dafür zu gewinnen und zu qualifizieren, sich überhaupt an diesen Prozessen zu beteiligen.

Auf einer weiteren Ebene geht es darum, dass bestimmte sozialstaatliche Maßnahmen bei ihrer Konkretisierung der Beteiligung durch die Betroffenen bedürfen. Wird bei der sozialstaatlichen Gewährung von Geld und von Rechten darauf gebaut, dass die Menschen in eigener Verantwortung davon Gebrauch machen, so hängt der Erfolg eines Jugendhauses, einer baulichen Maßnahme zur Wohnumfeldverbesserung oder der Wohnraumsanierung z. B. davon ab, dass die Betroffenen überhaupt etwas damit anfangen können und diese Maßnahmen akzeptieren und annehmen.

Wir können hier auch von einer **funktionalen Beteiligung** sprechen, weil sie zum Gelingen einer ansonsten von oben, top-down, geplanten Maßnahme beiträgt und nicht in der Wahrnehmung eines Rechts besteht, dessen inhaltliche Füllung den BürgerInnen oder BewohnerInnen überlassen bleibt.

Der Beteiligungsbegriff des Programms „Soziale Stadt“ umfasst alle diese verschiedenen Beteiligungsdimensionen, überlässt es aber den lokalen Projekten, inhaltliche Schwerpunkte und Standards zu setzen (DifU 2002a).

Im Projekt „Soziale Stadt“ wird von der Notwendigkeit gesprochen, neue Organisationsformen für die Stadtteilentwicklung zu finden und es wird die Einrichtung von **Stadtteilmanagement** empfohlen.

Darunter ist das Gesamt-Steuerungsmodell zu verstehen, mit dem die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Trägern, Wirtschaft und Bürgerschaft gewährleistet werden soll: „Stadtteilmanagement als Kooperation unter Akteuren“ (LAG).

In anderen Zusammenhängen, vor allem wenn es um kleinräumliche Bezüge und um Einzelprojekte geht, wird dagegen häufig von **Quartiermanagement** (Kietzell 2001; Schubert 2001) bzw. von **Quartiermanagement** (Hinte 2001; Lüttringhaus 2000) gesprochen.

Gemeint ist i.d.R., dass die formalen, legalen Strukturen der Beteiligung von BürgerInnen und BewohnerInnen mit den mehr informellen und im Bereich der Aktivierung liegenden

Strukturen verbunden werden sollen. Unter den Begriff **Management** fassen wir das Konzept, nicht hierarchisch ein Programm zu exekutieren, sondern unterschiedliche Akteure für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen, ihre Aktivitäten aufeinander abzustimmen und damit Ressourcen zu bündeln. Dies kann sich auf einen ganzen, meist administrativ abgegrenzten **Stadtteil** oder auf ein kleinräumigeres **Quartier** beziehen. Dass bei diesem Konzept eine Reihe von ungeklärten Fragen der administrativen Kompetenz, der politischen Legitimation und der organisatorischen Einbindung und Entscheidungskompetenz bestehen, die im Programm offen gelassen sind, kann nur erwähnt werden.

Im Kontext der Organisation und Struktur tauchen die Begriffe **Lenkungsgruppe** oder **Projektgruppe** auf. Diese Gremien sind offenbar mit koordinierenden Aufgaben stärker oder auch unmittelbar an die Kommunalverwaltung angebunden und stehen in der Tradition von Projektgruppen bei ressortübergreifenden Vorhaben. **Stadtteilbüros** sollen dies vor Ort umsetzen; sie stehen in der Regel in der Tradition der Gemeinwesenarbeit und werden vom jeweiligen Träger als organisatorisches Standbein im betroffenen Gebiet eingerichtet (idealtypisch dazu: LAG). Auch mit der Managementaufgabe, ob für einen Stadtteil oder ein Quartier wird i.d.R. ein freier Träger, meist mit Erfahrungen in der Gemeinwesenarbeit, beauftragt, um die Unabhängigkeit von den unterschiedlichen Akteuren zu sichern. In unserem Teil der Begleituntersuchung kommen diese neuen Formen in soweit in den Blick, als sie in unterschiedlicher Weise Beteiligung ermöglichen und BürgerInnen formal oder informell einbeziehen können.

Zu den **Akteuren** gehören jene Gruppen oder Einzelpersonen, die das Quartier oder den Stadtteil maßgeblich beeinflussen. Dazu gehören die Akteure aus dem staatlich/kommunalen Bereich, aus dem Bereich der Wirtschaft und aus dem intermediären Bereich, also den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Teilen der Wohnungswirtschaft und anderen NGO's. Unter **Projektakteuren** verstehen wir jene Kräfte, deren Aufgabe die konkrete Planung und Abwicklung des lokalen Programms „Soziale Stadt“ ist.

Diese Begriffsklärung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass z. B. zwischen den verschiedenen Beteiligungsformen fließende Grenzen bestehen oder dass vor Ort die unterschiedlichen Organisationsformen ähnliche Namen tragen und ihre Funktionen nicht immer sauber auseinander gehalten werden können. Dies liegt in erster Linie daran, dass Ziele und Methoden des Projektes „Soziale Stadt“ nicht prinzipiell neu sind, sondern auf anderen und ähnlichen Programmen aufbauen bzw. kommunalpolitisch in unterschiedlicher Weise bereits verfolgt wurden. Hier haben sich auch an den Standorten unterschiedliche Formen und Bezeichnungen etabliert, die in das neue Programm übernommen wurden. Wir werden dies in der Untersuchung jeweils am Einzelfall differenzieren.

1.5 Eingrenzung der Untersuchungsfragen

Auf der Basis der theoriegestützten Ausgangsüberlegungen wurden die folgenden untersuchungsleitenden Fragen entwickelt. Sie wurden überblicksartig an *alle* Projektstandorte und vertiefend an die *ausgewählten* Fallstandorte gerichtet:

1. Welche Formen und Instrumente der Aktivierung und Beteiligung wurden gewählt, welchen Bezug haben sie zu den inhaltlichen Zielen und auf welche Entscheidungsebene beziehen sie sich?

2. Welche spezifischen Bewohnergruppen wurden ggf. mit gruppenspezifischen Methoden angesprochen und aktiviert, welche Gruppen beteiligen sich in erster Linie?
3. Welche Gruppen formulieren am aktivsten Interessen im Stadtteil bzw. die Interessen des Stadtteils, welche Gruppen bleiben stumm bzw. haben keine Unterstützung?
4. Welche Projekte und Maßnahmen sind offen für bzw. erfordern aktive Beteiligung von BewohnerInnen, ggf. welcher Art?
5. Entstehen durch Beteiligung und Aktivierung neue Anforderungen an die Kommunalpolitik, neue Konflikte und Konkurrenzen zu anderen Interessen in und außerhalb des Stadtteils?
6. Führen Beteiligung und Aktivierung zu einer stärkeren Bindung an das Quartier und können sie Ressourcen und Selbsthilfepotentiale erhöhen oder erschließen?
7. Verfolgt die Projektstrategie eine integrative oder eine segregative Politik, d.h. werden allgemeine oder gruppenspezifische Aktivierungs- und Beteiligungsformen gesucht?
8. Welche Folgen hat die Aktivierung für das Zusammenleben in segregierten Quartieren?
9. Inwieweit kann auf einer längerfristigen Tradition stadtteilorientierter sozialer Arbeit aufgebaut werden und wird diese projektunspezifisch fortgesetzt?
10. Mit welchen Mitteln wird die Nachhaltigkeit der Aktivierung und der Beteiligungsformen angestrebt?

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf Bestandsaufnahme, Strukturdarstellung und erste Arbeitshypothesen für die weitere Untersuchung. Insbesondere zu Formen, Themen und Gegenständen der Beteiligung und Aktivierung sowie zur Einbeziehung unterschiedlicher Gruppen werden Ergebnisse vorgestellt. Rückschlüsse können gezogen werden für erforderliche kommunale Aktivitäten. Erste Anhaltspunkte für den Grad der Zielerreichung und die angestrebte Nachhaltigkeit von Beteiligung sind zu verzeichnen. Einschränkend muss gesagt werden, dass valide Aussagen zu insbesondere qualitativen und auf Prozesse zielenden Themen wie integrative bzw. selektive Wirkung von Beteiligung, Verbesserung der Bedingungen für Aktivierung und Beteiligung, Ressourcenaktivierung bei besonders benachteiligten Gruppen und die Verbesserung des Stadtteillebens einen längeren Beobachtungszeitraum als den bisher durch die Begleitforschung von HEGISS gegebenen (2001-2004) erfordern. Diese Beschränkung hat nicht nur zeitliche, sondern auch methodische Gründe. Schwerpunkte dieser ersten Untersuchungsphase waren die Analyse von Dokumenten und die Durchführung von Interviews mit den Akteuren sowie die Auswertung der schriftlichen Befragungen.

Die Interpretation und die Bildung erster Arbeitshypothesen basierten auf der Konfrontation des analysierten Materials mit den soziologischen Fragestellungen. Der hohe Stellenwert der Informationen aus den Interviews und den Selbstdarstellungen der Projekte bedingt zunächst eine vor allem immanente Reflexion der Projekte. Im Mittelpunkt stehen die inhärente Konsistenz der Projekte, der Konkretionsgrad der Zielsetzung und deren interne Überprüfung, die zugrundeliegenden Annahmen und angewandten Methoden sowie die Interessenkonstellationen der Beteiligten, sofern sie auf dieser Ebene der Forschung erkennbar sind. Auch die Frage der Bewertung bleibt notwendiger Weise noch immanent.

Aussagen darüber, zu welchem Ergebnis die Beteiligungsaktivitäten in den verschiedenen Projektstandorten führen, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gemacht werden. Das macht die Notwendigkeit, die Projekte weiter zu verfolgen - vor allem hinsichtlich der Perspektive der BewohnerInnen selbst - sinnfällig.

Darüber hinaus ergeben sich bei einigen Fragen methodische Schwierigkeiten. Immer wenn es um qualitative Prozesse geht, etwa beim Empowerment, der Verbesserung des sozialen Zusammenlebens usw. müssten geeignete, operationalisierbare Indikatoren und Messinstrumente entwickelt werden, die sich sinnvoller Weise nur aus den konkreten Projektzusammenhängen heraus entwickeln lassen. Dabei muss auch immer der mögliche Informationsgewinn in einem vertretbaren Verhältnis zum Forschungsaufwand stehen. Es kann erwartet werden, dass eine Reihe von Informationen über die Quartiere im Zusammenhang mit anderen Erfahrungen und abgesicherten Erkenntnissen aus anderen Zusammenhängen zumindest plausible Schlussfolgerungen erlauben.

Schließlich können erste Hinweise für die Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“ gegeben werden, um noch während der Programmabwicklung erste Schlussfolgerungen zu ziehen.

In allen Projektstandorten sind Beteiligungsstrukturen geplant bzw. eingerichtet. Eine breite Palette von Aktivitäten wird darzustellen, zu analysieren und zu gewichten sein.

Ob bzw. in wie weit Aktivierung und Beteiligung als Erfolg der integrierten Handlungskonzepte vor Ort und des Programms „Soziale Stadt“ insgesamt eingestuft werden kann, dafür können zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Untersuchung nur Selbsteinschätzungen der befragten Vertreter kommunaler Projekte herangezogen werden. Die BewohnerInnen-Perspektive sollte zentraler Gegenstand einer zweiten Forschungsphase sein und zwar bezogen auf konkrete Handlungsfelder der Sozialen Stadt wie Wohnen, Bildung, Ausbildung und Beschäftigung.

Als mögliche Erfolgskriterien für die weitere Untersuchung von Beteiligung und Aktivierung bieten sich an:

- Art und Grad der Einbindung in die kommunalpolitische Willensbildung
- das politische Selbstverständnis der kommunalen Akteure
- die aktive Einbindung der kommunalen Verwaltung in die Aktivierung der BewohnerInnen
- die gezielte Ansprache von verschiedenen, insbesondere von schweigenden BewohnerInnen-Gruppen, sich an Projekten zu beteiligen, die das Wohnen, Zusammenwohnen und Zusammenleben betreffen und ihre Unterstützung
- die Schaffung von finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen für Beteiligung von BürgerInnen in benachteiligten Quartieren durch Bund und Länder auf mittlere Sicht
- die Bereitstellung einer kommunalen Infrastruktur für Beteiligung (KGSt; DIfU 2002 b)

1.6 Vorgehensweise

1.6.1 Materialbeschaffung und -Sichtung

Für den Zugang der vorliegenden Untersuchung über Beteiligung und Aktivierung von BewohnerInnen in Stadtquartieren des Programms „Soziale Stadt“ wurde ein Methodenmix gewählt, weil es sich sowohl um quantitative als auch um qualitative Themen handelt:

Sichtung von einschlägiger sozialwissenschaftlicher Fachliteratur und von programmbezogenen Unterlagen über "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt". Die politikwissenschaftliche Debatte über Bürgerbeteiligung im Rahmen demokratietheoretischer Ansätze – partizipative Demokratie - und die zunehmende Entwicklung von wohlfahrtstaatlichen Konzepten zum Umbau/Abbau des Sozialstaates – zivilgesellschaftliches, bürgerschaftliches Engagement - stellen den theoretischen Bezugsrahmen dar.

Der praxisbezogene Zugang zu den Untersuchungsfragen der Begleitforschung erschließt sich über die im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ formulierten und in den „Leitlinien zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) konkretisierten Zielsetzungen.

Darüber hinaus galt es in der ersten Phase der Untersuchung, einen Überblick zu bekommen über die Hessischen Projekte und eine Bestandsaufnahme der Hess. Programmstandorte und –projekte anhand der auf Landes- und auf kommunaler Ebene vorliegenden Materialien zur Beteiligung zu machen.

Letzteres erwies sich als aufwendig, da bisher an keiner Stelle das Wissen über die Programmstandorte in Hessen gebündelt ist, sondern Materialien zu unterschiedlichen Themen, unterschiedlich aggregiert und differenziert in verschiedenen Institutionen (Land, IWU, FEH, LAG, Kommunen) vorliegen.

1.6.2 Materialanalyse

Auf der Basis der Leitlinien von HEGISS wurden die hessischen Programmstandorte mit Beteiligung ermittelt.

Von einzelnen Kommunen bereitgestellte schriftliche Unterlagen konnten ausgewertet werden.

Eine weitere Materialquelle war die schriftliche Befragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) aus dem Jahr 1999, in der Grunddaten über den jeweiligen Gebietstyp, die Entwicklungsziele und –strategien, das Akteur-setting, das Management und das Monitoring in der Phase des Projektbeginns erhoben wurden.

Da es keinen expliziten Fragenkomplex zum Thema „Beteiligung“ gab, wurden die Aussagen darüber aus einschlägigen Fragebereichen, insbes. „Entwicklungsziele und –strategien“ und „Stadtteilmanagement“ extrahiert. Die Ergebnisse der Folgebefragung des DIfU von 2001 sind bisher noch nicht verfügbar.

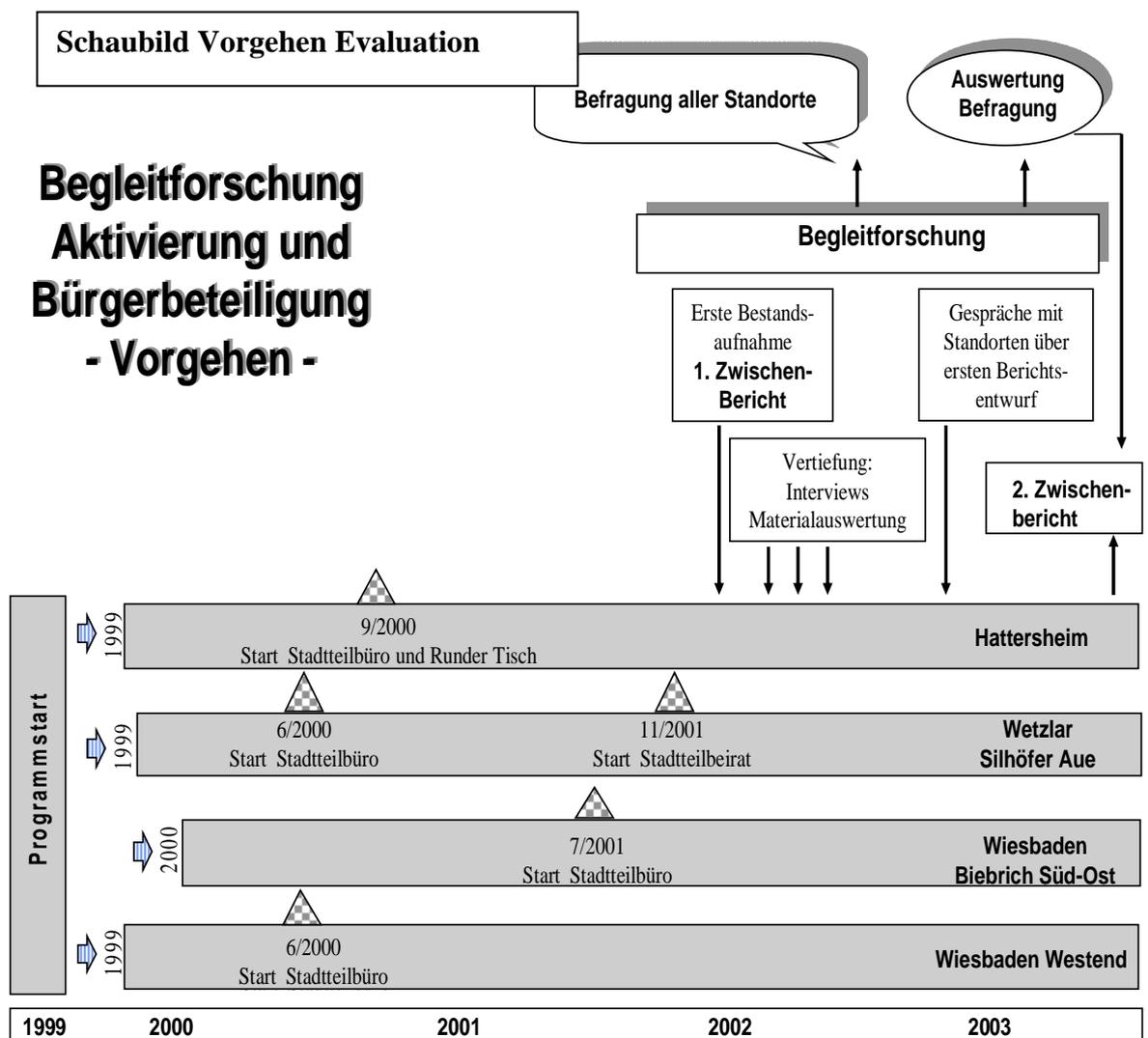
Diese ersten Informationen dienen als Entscheidungsgrundlage für eine Differenzierung der vorliegenden Studie in zwei Hauptteile:

Überblick über den Stand der Aktivierung/Beteiligung in allen Hessischen Standorten und vertiefende Fallstudien in ausgewählten Standorten.

1.6.3 Empirische Recherche

Zur Verbreiterung der Kenntnisse über Beteiligung und zur Beantwortung der Untersuchungsfragestellungen wurden folgende Methoden angewendet:

- ⇒ Erarbeitung, Durchführung und Auswertung einer schriftlichen Befragung in allen Hessischen Standorten, um einen Überblick über die Beteiligung/Aktivierung in allen Hessischen Projektstandorten zu erhalten
- ⇒ Durchführung von Fallstudien in den ausgewählten Standorten mittels Expertengesprächen mit den Projektverantwortlichen und den QuartiermanagerInnen
- ⇒ Feedbackgespräche mit Projektverantwortlichen im Prozess der Forschung
- ⇒ nichtteilnehmende Ortsbegehungen in den Fallstudienstandorten
- ⇒ nichtteilnehmende Beobachtung von BewohnerInnen-Vertretungs-Treffen der HEGISS-Standorte



1.6.4 Kommunikation und Auswertung

Zu dem unter 1.2 formulierten Selbstverständnis der Begleitforschung als prozessorientierte Sozialforschung gehörte es nicht nur, verfügbare Materialien zu systematisieren und auszuwerten, sondern auch, Beteiligungsprozesse, wie sie sich in der Praxis von Beteiligungsprojekten und –gremien darstellen, zu beobachten und die Erkenntnisse und Arbeitshypothesen v.a. in Kommunikation mit Projektverantwortlichen sowie im Rahmen des HEGISS-Netzwerkes und der HEGISS-Begleitforschung zu validieren, um daraus Folgerungen für die Beantwortung zentraler Untersuchungsfragestellungen abzuleiten und Erkenntnisse zu gewinnen für Praxisreflexion und Programmfortschreibung.

Diesem Anspruch konnte im Rahmen des Auftrags nur begrenzt nachgekommen werden. Dabei spielten der zur Verfügung stehende begrenzte Zeit- und Ressourcenrahmen für die erste Phase der Begleitforschung und die unzureichende Datenlage über die hessischen Standorte eine wichtige Rolle. So war eine systematische teilnehmende Beobachtung der Beteiligungsprozesse in den Fallstandorten z. B. ausgeschlossen.

Eine weitere Begrenzung ist durch die dargelegte programmatische Unbestimmtheit des Bund-Länder-Programms markiert, das zwar Beteiligung zur Erfolgskondition des Programms macht, aber offen lässt, welche quantitativen und vor allem qualitativen Kriterien zur Beurteilung eines integrierten Konzeptes von Beteiligung anzulegen sind, um die Entwicklung an verschiedenen Standorten vergleichend einzuschätzen mit dem Ziel, good-practice-Beispiele zu identifizieren und für die Weiterentwicklung der Praxis der Akteure vor Ort furchtbar zu machen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Fehlen von Beteiligungsstandards und von Indikatoren zur Beurteilung von Aktivierungs- und Beteiligungsprozessen auch generellen methodischen Schwierigkeiten geschuldet ist.

Der hohe Anspruch des Programms gegenüber traditionellen Beteiligungsverfahren und einer rein funktionalen Beteiligung ist darin begründet, dass Aktivierung und Beteiligung auch auf kaum oder nur schwer messbare Aspekte der Einstellungs- und Verhaltensänderungen zielt wie Identifikation mit dem Stadtteil, Erhöhung der Bereitschaft zur Mitwirkung, Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen, Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit (empowerment) etc.

Woran eine Stärkung dieser viel beschworenen „endogenen Potenziale“ im Rahmen eines praktikablen empirischen Verfahrens gemessen werden kann, ist bisher methodisch ungelöst.

2. Fallstudien

2.1 Auswahl der Standorte

Um den Prozess der Aktivierung und Beteiligung exemplarisch und sichtbar zu machen und unterschiedliche Strukturen, Verfahren und Typen von Beteiligung darzustellen und zu analysieren, hat die Begleitforschung Fallstudien an drei Standorten durchgeführt.

Bei der Auswahl der Fallstudienstandorte wurden folgenden Kriterien zugrunde gelegt:

- regionale Verteilung der Standorte
- unterschiedliche Stadtgrößen
- unterschiedliche Gebietstypen
- unterschiedliche Beteiligungsformen.

Hilfreich war zudem die Bereitschaft von Kommunen, in die Begleitforschung zur Beteiligung einbezogen zu werden.

Vor diesem Hintergrund wurden Standorte ausgewählt in den Städten:

- Hattersheim (Kleinstadt im Ballungsgebiet, 25.379 Einwohner)
- Wetzlar (Mittelstadt im ländlichen Raum 53.042 Einwohner)
- Wiesbaden (größere Stadt, 266.730 Einwohner) mit zwei Standorten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten einbezogen wurden

Die Fallstudien basieren auf Expertengesprächen mit den Projektverantwortlichen und den QuartiermanagerInnen, der Auswertung von bereitgestellten schriftlichen Unterlagen und Ortsbegehungen in den Quartieren. Ein nach Projektstandorten rubrizierter Quellennachweis für diese Unterlagen findet sich in Anhang III unseres Berichtes. Die Ergebnisse der Begleitforschung wurden mit den Projektverantwortlichen in einem Gespräch vor Ort rückgekoppelt im Sinne einer kommunikativen Validierung.

2.2 Hattersheim – Südring

2.2.1 Vorgehen

Im Teilbericht der Begleitforschung für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2001 wurde auf der Basis des zur Verfügung gestellten schriftlichen Materials eine erste Bestandsaufnahme über Konzept, Struktur und aktuellen Stand der Bewohnerbeteiligung und Aktivierung erstellt.

Die Analyse der Unterlagen mündete in einen Katalog von offenen Fragen, der in der zweiten Phase mit den Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros in zwei explorierenden Interviews (jeweils zwei Stunden) vor Ort im Stadtteilbüro erörtert wurde.

Grundlage der Interviews war ein Fragenkatalog¹, der als Gesprächsleitfaden diente und bei den Interviews als Orientierungsrahmen der Gesprächsführung eingesetzt wurde. Dem

¹ Vgl. Neuer-Miebach, Therese/Schneider, Johann/Pfeiffer, Alexander, Fachhochschule Frankfurt, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR), Evaluation: Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnenmitwirkung und des Stadtteillebens. Teilbericht über den Untersuchungszeitraum Oktober bis Dezember 2001, S. 47 f

Prinzip einer offenen und flexiblen Gesprächsführung entsprechend, wurden die Fragen im Gesprächsverlauf nicht rigide hintereinander abgearbeitet. Da wo sich im Gespräch Querverbindungen zu anderen Fragestellungen des Leitfadens ergaben, wurden diese weiterverfolgt. Vertiefende Rückfragen zu bereits beantworteten Fragen wurden gestellt, wenn im Gesprächsverlauf erneute Anknüpfungspunkte entstanden oder zunächst knapp abgehandelte Fragen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufkamen.

Die explorativen Interviews zielten auf

- den Handlungsrahmen (Auftrag, Vertrag, Trägerschaft, Laufzeit etc.), die Entscheidungsmaximen (des Trägers, des Personals) und das Selbstverständnis des Stadtteilmanagements
- das bisherige Erfahrungswissen (zu Milieus, Problemen...) und mögliche Faustregeln, die sich aus der alltäglichen Arbeit herauskristallisiert haben
- das Wissen, das aus speziellen Projekten gewonnen wird
- das Wissen über Bedingungen, die zu Schwierigkeiten oder Hemmnissen führen.²

Thematisch bezogen sich die einzelnen Fragen dabei auf

- die Schnittstellen Runder Tisch/Stadtteilbüro/Lenkungsgruppe/Politik
- auf die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Runden Tisches
- auf den Zusammenhang zwischen Aktivierung in einzelnen Projekten und der Arbeit des Runden Tisches
- die Frage, wieweit Themen der baulichen Gestaltung dominant sind
- auf die Informationskanäle, über die die BürgerInnen von der Arbeit des Stadtteilbüros erfahren
- auf Vorstellungen der Mitarbeiterinnen über Nachhaltigkeit, Empowerment, Erfolgskriterien und Schwierigkeiten.

Bei den einzelnen Interviews wurden der Begleitforschung zusätzliche schriftliche Materialien überlassen. Der Berichtsentwurf wurde im Dezember 2002 in einem ausführlichen Gespräch, an dem die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros, die Leiterin des Planungsamtes, die Bereichsleiterin des Caritasverbandes Main-Taunus und ein Vertreter der BewohnerInnen teilgenommen haben, erörtert und validiert.

Am 8. Juli 2004 hat sich der Standort im Rahmen eines regionalen Workshops zur Zwischenbilanz „5 Jahre Soziale Stadt in Hessen“ in Rüsselsheim vorgestellt und auch mit den Teams der Begleitforschung diskutiert. Am 8. September 2004 wurde mit dem Team, Vertretern der Wohnungsbaugesellschaft, der Stadt und des Runden Tisches ein mehrstündiges Abschlussgespräch zum aktuellen Stand des Projektes, den Einschätzungen und Perspektiven geführt.

In der folgenden Falldarstellung sind die Ergebnisse der ersten Bestandsaufnahme, der vertiefenden Interviews und der genannten Diskussionen zu einem Gesamtbild zusammen gefasst.

² Vgl. Meuser, M. / Nagel, U. (1997), S. 481-491

2.2.2 Ausgangslage

Stand 1995 ³	Quartier	Gesamtstadt
Fläche	ca.10 ha	<i>(nicht angegeben)</i>
Einwohnerzahl	4.149	25.379
Migrantenanteil	29 %	17 %
über 60 jährige	19,6 %	17,51 %
Arbeitslosenquote	<i>(nicht angegeben)</i>	<i>(nicht angegeben)</i>
Lage des Quartiers	Innenstadtrand	

Das Fördergebiet Südring liegt am Rand der Innenstadt von Hattersheim. Das Quartier hat aufgrund seiner Fläche und mit ca. 4000 BewohnerInnen einen hohen Stellenwert für die Stadt Hattersheim (rund 30% der Bevölkerung). Zum großen Teil handelt es sich im Gebiet um sozialen Wohnungsbau aus den 20er, 50er und 60er Jahren mit überwiegend zwei bis fünf Geschossen. Die Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft hat in den letzten Jahren ein umfassendes Modernisierungsprogramm durchgeführt.

Charakteristisch sind großzügige Freiflächen zwischen den einzelnen Häusern, die aber weitgehend ungestaltet sind und den Charakter eines Abstandsgrüns haben.

In der Siedlung leben viele Familien mit Kindern, oft auf engem Raum, zusammen. Der Anteil der jungen Menschen ist etwa ebenso hoch wie der der alten Menschen und jeweils etwas höher als in der gesamten Stadt. Konflikte zwischen den Generationen werden als soziales Problem wahrgenommen, zunehmend auch als ethnisches, weil es sich um Konflikte zwischen älteren deutschen BewohnerInnen und ausländischen Kindern handelt. Der Anteil der AusländerInnen liegt mit 29% deutlich über dem Anteil in Hattersheim mit 17%, wobei aus den unterschiedlichen Lebensgewohnheiten mutmaßlich Spannungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entstehen. Im Siedlungsgebiet wohnen zudem viele Menschen mit geringem Einkommen, der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslosen und Alleinerziehenden ist hoch ⁴.

Auf Grundlage dieser Sozialstruktur werden vom Quartiersteam folgende Problembereiche diagnostiziert:

- Nachbarstreitigkeiten
- geringe Wahlbeteiligung, relativ hohe Anteile für Rechtsparteien
- geringe Beteiligung (v.a. von Migranten und Jugendlichen) an gemeinschaftlichen Aktivitäten
- zurückhaltende Nachfrage bei frei werdenden Wohnungen im Bestand, aber auch bei Neubauten oder modernisierten Wohnungen mit vergleichsweise hoher Miete
- Zunahme von Mietrückständen und Räumungsklagen
- Bildungs-, Ausbildungs- und Betreuungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen
- Vereinsamung von älteren Menschen
- fehlende Integrationsangebote (Sprachkurse etc.)

³ Diese Zahlen wurden entnommen aus: Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU), Ergebnisse der Befragung der am Programm „Soziale Stadt“ teilnehmenden Gebiete in Hessen, hier: Kurzprofil Hattersheim. Arbeitspapier. Berlin 2000

⁴ Vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.), Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, Wiesbaden 2000, S. 48, Darstellung des Förderstandortes Hattersheim

- fehlende Treffpunkte für alle Bevölkerungsgruppen ⁵.

Im Zentrum der städtebaulichen Maßnahmen stehen die Verbesserung von Wohnumfeld und Infrastruktur. Eine Stabilisierung des Wohnquartiers soll durch die Bündelung folgender Maßnahmen erreicht werden:

- Verbesserung der städtebaulichen Struktur
- Qualitätsverbesserung der Freiflächennutzung
- Modernisierung des Wohnungsbestandes und Wohnungsneubau
- Schaffung von wohnungsnahen wie auch zentralen Spielplatzangeboten
- Bau von Jugendtreffs
- Bau einer Bürgerbegegnungsstätte
- Aufbau eines möglichst selbstorganisierten Netzwerkes „Nachbarschaft in der Siedlung“ mit dem Ziel, Identifikation, Selbsthilfe- und Selbstorganisationskräfte und Partizipation der BewohnerInnen des Quartiers zu stärken. Dieser Prozess soll von einem externen Büro organisiert werden.⁶

Die Stadt Hattersheim ist 1999 in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Aus der der Begleitforschung vorliegenden Aufstellung der vergebenen Fördermittel des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“ in den Programmjahren 1999-2002 geht hervor, dass die Stadt Hattersheim in diesem Zeitraum Fördermittel in Höhe von 1.951.878 € erhalten hat, die Gesamtkosten der Maßnahmen sind mit 3.011.142 € angegeben.

Mit dem Programm „Soziale Stadt“ werden in Hattersheim Planungen und Entwicklungen fortgeschrieben, die bereits seit Anfang der 90er Jahre drängend waren⁷. 1996 wurde ein Rahmenplan beschlossen, der die Grundlage für den Antrag auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ war. Seit 1996 wurden von der Stadt Hattersheim und der Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft (HaWoBau) unter Einbeziehung von Mitteln aus der „Einfachen Stadterneuerung“ Verbesserungen des Wohnumfeldes im heutigen Projektgebiet vorgenommen. 1999 löste das Programm „Soziale Stadt“ die „einfache Stadterneuerung“ ab. Das bedeutete für die Realisation der städtebaulichen Absichten – vor dem Hintergrund einer prekären Haushaltssituation - eine enorme Verbesserung der finanziellen Ressourcen.

Die Stadt Hattersheim hatte bisher nur punktuelle Erfahrungen mit Bürgeraktivierung und Bürgerbeteiligung. So wurden in der Vergangenheit BürgerInnen z. B. vor der Einführung von Tempo-30-Zonen, bei Parkregelungen in einer Einkaufsstraße, bei Spielplatzplanungen mit Kindern, bei Bepflanzungsaktionen mit Eltern in einer Kindertagesstätte beteiligt. Es existieren keine Stadtteil- oder Ortsbeiräte.

Aus Sicht der Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros ist der Stadtteil Südring „Die Siedlung“⁸ kein akuter sozialer Brennpunkt, sondern ein sozial und städtebaulich benachteiligter Stadtteil, in dem sich die oben genannten Probleme verdichten.

⁵ So formuliert im Antrag der Stadt auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ aus dem Jahr 1998 und im Protokoll der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30.10.2000.

⁶ So formuliert im Antrag der Stadt auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ aus dem Jahr 1998.

⁷ So hat die Planung und Realisation für die von Jugendlichen genutzten Frei- und Spielfläche „fly-over“ unter dem Hessendamm bereits vor dem Programm „Soziale Stadt“ begonnen und wurde dann fortgeführt. Gleiches gilt für die Bestrebungen, die Brücke „Eiserner Steg“ als Verbindung mit der Kernstadt aufzuwerten. Durch Bürgerbeteiligung wurden die Planungen erneut diskutiert und geplant, die Unterführung behindertengerecht zu gestalten.

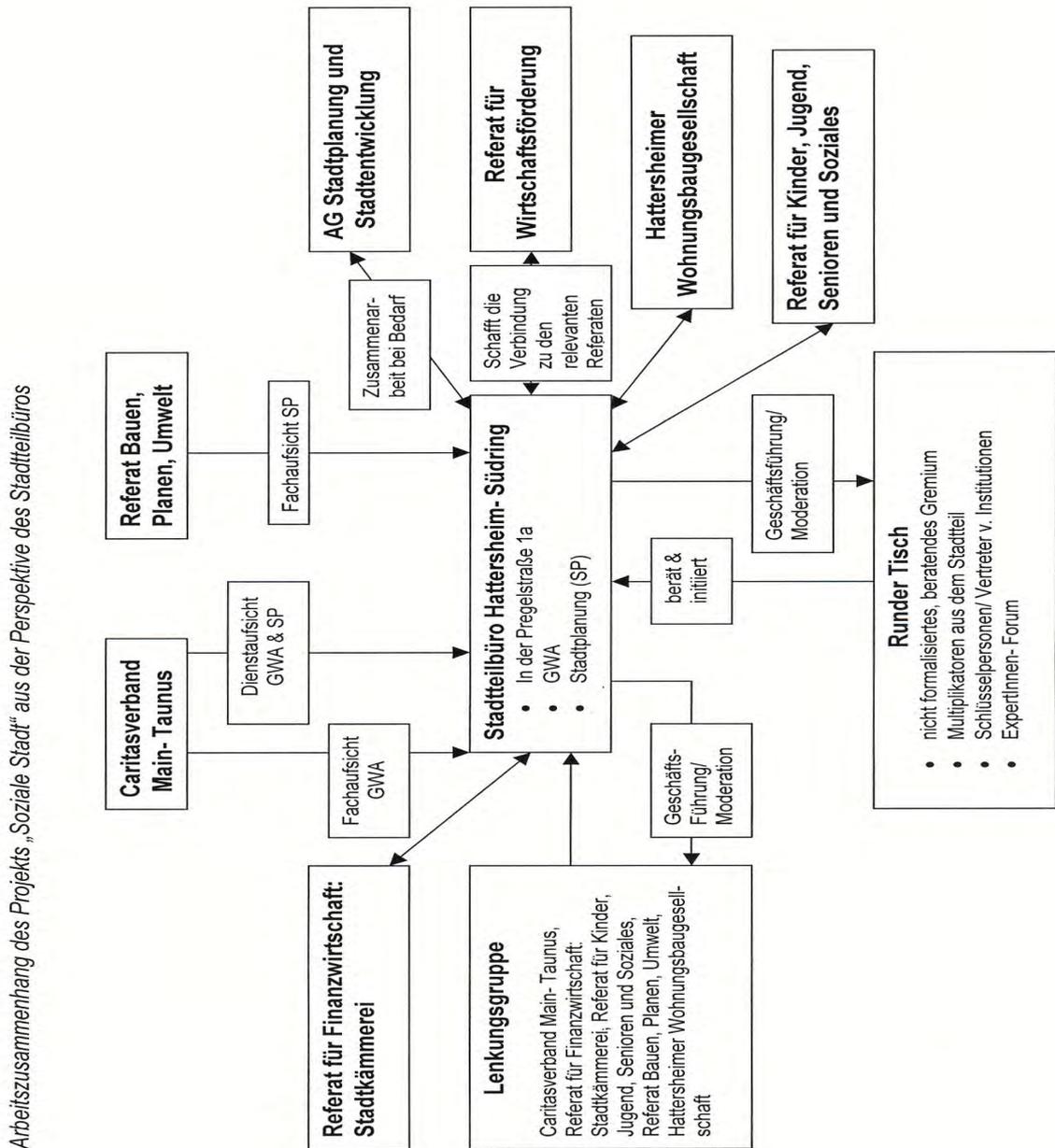
⁸ Diese Bezeichnung wird von der Bevölkerung benutzt, weil es keinen eigenen identitätsstiftenden Namen für den Stadtteil gibt.

2.2.3 Stadtteilmanagement

2.2.3.1 Stadtteilbüro

Der Handlungsrahmen des Stadtteilbüros lässt sich anhand des Schaubildes über die „Arbeitszusammenhänge des Projekts „Soziale Stadt“ aus der Perspektive des Stadtteilbüros“⁹ erläutern.

Schaubild: Arbeitszusammenhänge Soziale Stadt Hattersheim



⁹ Siehe Neuer-Miebach, Therese/Schneider, Johann/Pfeiffer, Alexander, Fachhochschule Frankfurt, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR), Evaluation: Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnenmitwirkung und des Stadtteilens. Teilbericht über den Untersuchungszeitraum Oktober bis Dezember 2001, S. 44, das Schaubild wird hier erneut dargestellt.

Die Arbeit des Stadtteilbüros soll dazu beitragen, einer weiteren negativen Entwicklung vorzubeugen und gegenzusteuern, also im Schwerpunkt präventiv zu wirken. Diese Einschätzung wird – so die Mitarbeiterinnen – von den anderen Akteuren geteilt. Projekt- und Anstellungsträger des Stadtteilbüros ist der Caritasverband Main-Taunus, der sich bereits vorher in der Mieter- und Schuldnerberatung und der Einrichtung von Ombudsleuten engagiert hatte. Die Stadt Hattersheim beauftragte den Caritasverband Anfang des Jahres 2000 mit:

- dem Aufbau einer gemeinwesenbezogenen Stadtteilsozialarbeit
- dem Aufbau eines Stadtteilbüros
- der Fortschreibung eines Entwicklungskonzeptes auf der Grundlage des bestehenden Rahmenplans
- der Koordination/Moderation von städtebaulichen Maßnahmen im Zuge des Förderprogramms (Soziale Stadt, d. V.)

Im §4 der Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Caritasverband Main-Taunus werden die zentralen Aufgaben umschrieben:

- Durchführung einer aktivierenden Befragung
- Initiierung von Aktivitäten zur Verbesserung der Kommunikation im Sinne positiver Nachbarschaft und aktiven Stadteillebens
- prozesshafte Integration und Vernetzung von Strategien und Aktivitäten im Rahmen der Zielsetzung der Quartiersentwicklung in Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und den unterschiedlichen Interessengruppen vor Ort
- Moderation der Entwicklung des Arbeitsauftrages im Zusammenwirken mit den Referaten der Stadtverwaltung und den lokalen Akteuren
- Vermittlung einzelner Planungsschritte und Bauvorhaben an die BewohnerInnen des Stadtteils gemeinsam mit dem Mitarbeiter/der Mitarbeiterin der Stadtplanung
- Vertretung von BewohnerInneninteressen gegenüber den ProjektpartnerInnen und den städtischen Gremien.

Im Rahmen einer Startklausur¹⁰ zur Konstituierung des Stadtteilbüros Ende Oktober 2000 wurden zwischen Stadt, Caritasverband Main-Taunus und den MitarbeiterInnen des Stadtteilbüros Ziele und Aufgabenbereiche weiter konkretisiert und festgelegt:

Stadtteilbüro als Treff:

- Stadtteilbüro im Sinne eines offenen Treffs mit Beratung, Treffen, Infobörse, Ressourcenbörse
- Räumliche Gestaltung des Stadtteilbüros; Entwicklung eines Raumkonzepts, das die BewohnerInnen anspricht

Konzepte und Projekte:

- Konzeptentwicklung („Integriertes Handlungskonzept“) gemeinsam mit den Bewohnern und Kooperationspartnern
- Organisation von Projekten (Projektmanagement)

¹⁰ Protokoll der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30.11.2000

Arbeit mit BewohnerInnen und Akteuren:

- Vernetzung der örtlichen Akteure
- Kontaktpflege zu den Akteuren vor Ort
- Aktivierung der BewohnerInnen
- Betreuung von BewohnerInnen-AGs
- Anwaltschaft für die BewohnerInnen zu Beginn des Prozesses (mit abnehmender Tendenz)
- Organisation der Interessen der BewohnerInnen gegenüber der Stadt, der Wohnungsgesellschaft und anderen Institutionen sowie Beratung der BewohnerInnen bei der Installation einer eigenen Interessenvertretung
- Organisation des Aushandlungsprozesses unter den Institutionen und Systemen
- Aufbau eines niedrigschwelligen Angebotes als Türöffner zu den Menschen in der Siedlung
- Geschäftsführung Runder Tisch und Lenkungsgruppe

Berichterstattung und Vertretung nach außen:

- Umsetzung von Ideen in Projekte und antragsfähige Vorlagen
- Berichterstattung gegenüber Träger und Stadtverwaltung
- Erstellen von Zwischen- und Endberichten
- Darstellung von Planungen gegenüber Betroffenen und Entscheidungsgremien
- Präsentation des Stadtteilbüros nach außen, Entwicklung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit

Weiterbildung und fachliche Kontakte:

- (Kontinuierliche) Schulung des Stadtteilbüros zur Erfüllung des neuen Aufgabenfeldes
- Kontaktaufnahme und -pflege auf der übergeordneten fachlichen Ebene
- Erfahrungsaustausch auf Kongressen, Veranstaltungen und Seminaren

Das Stadtteilbüro verfügt über 2,25 Planstellen: eine halbe Stelle (50%) ist mit einer Sachbearbeiterin besetzt. Die Mitarbeiterin mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit (75% Stelle) ist Diplompädagogin, die Mitarbeiterin mit dem Schwerpunkt Stadtplanung/Stadtentwicklung (100% Stelle) ist Stadtplanerin.

Im Vergleich zu anderen Städten ist aus der Sicht der Mitarbeiterinnen das Stadtteilbüro „gut“ besetzt, andere Stadtteilbüros hätten geringere Stellendeputate. Die Mitarbeiterinnen beschreiben sich als gut funktionierendes Team und verstehen sich als Tandem mit unterschiedlichen fachlichen Qualifikationen.

2004 wechselte die Inhaberin der Planungsstelle zur HaWoBau und wurde durch einen weiteren Sozialarbeiter für den Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit und Konzepterarbeitung (1 Stelle) und eine Mitarbeiterin für die Migrantenarbeit (1/2 Stelle) ersetzt. Der Caritasverband Main-Taunus hat die Dienst- und Fachaufsicht über die pädagogische Mitarbeiterin (Beauftragte für Gemeinwesenarbeit) und die Dienstaufsicht über die Stadtplanerin (Planungsbeauftragte); die Fachaufsicht für letztere lag beim Planungsamt der Stadt. Die Planungsbeauftragte koordinierte den Prozess der Stadtplanung bezogen auf den Stadtteil und strukturierte Planungsentscheidungen und Verfahren vor.

Die Veränderungen in der personellen Zusammensetzung hängen mit einer inhaltlichen Neuorientierung der Arbeit zusammen.

Die Stadt Hattersheim hatte sich im Vorfeld zu Fragen der Einrichtung und Konstitution eines Stadtteilmanagements von einer Organisation der Gemeinwesenarbeit beraten lassen.

Die Arbeit des Stadtteilbüros erfährt aus Sicht der Mitarbeiterinnen von Politik und Verwaltung insgesamt eine positive Wertschätzung („positives Klima“). Die Zustimmung für das Programm „Soziale Stadt“ beruht auf einem kommunalpolitischen Konsens aller Parteien, der Antrag auf Aufnahme in das Programm wurde in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen.

Die Beziehung zur Verwaltung ist geprägt von einer Organisationskultur der „kurzen Wege“ und face-to-face Beziehungen („Man kennt sich“), was ein Vorteil relativ kleiner Gemeinden ist.

Das positive Klima hängt aus Sicht der Mitarbeiterinnen auch damit zusammen, dass durch die Arbeit des Stadtteilbüros die Verwaltung „entlastet“ wird von der operativen Steuerung und Umsetzung des Projektes „Soziale Stadt.“

Auch die Wohnungsbaugesellschaft HaWoBau (Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft), die der größte Vermieter im Projektgebiet ist, zeigt sich kooperativ. Die HaWoBau ist zu 100% Tochter der Stadt Hattersheim¹¹ und wird von vielen BewohnerInnen mit der städtischen Wohnungspolitik und der Stadtteilentwicklung identifiziert. Ein Modernisierungsprogramm des Wohnungsbestandes durch die HaWoBau ist abgeschlossen. Die HaWoBau ist ein wichtiger Akteur und Interessent im Stadtteil, da sich die geplanten und durchgeführten Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ direkt oder indirekt auf die Vermietbarkeit des Wohnungsbestands der HaWoBau beziehen. Sie engagiert sich mit eigenen, zusätzlichen Finanzmitteln und kann als ein gelungenes Beispiel der Einwerbung weiterer Mittel durch das Projekt „Soziale Stadt“ angesehen werden.

2.2.3.2 Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe (Bereichsleitung Caritasverband Main-Taunus, Leiter des Referates für Finanzwirtschaft, Leiter des Referates Planen, Bauen, Umwelt, Leiterin des Referates für Kinder, Jugend, Senioren und Soziales, Leiterin des Referates für Wirtschaftsförderung, Geschäftsführer HaWoBau, Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros), deren formale Geschäftsführung (Organisation, Einladungen, Protokolle) von den beiden Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros wahrgenommen wird, übernimmt die strategische Gesamtsteuerung des Projektes „Soziale Stadt“.

Aufgaben und Arbeitsweise der Lenkungsgruppe wurden ebenfalls auf der gemeinsamen Startklausur definiert:

Aufgaben:

- Plant und steuert das Projekt „Soziale Stadt“
- Schafft Voraussetzungen/ Randbedingungen
- Unterstützt die Arbeit des Stadtteilbüros

¹¹ Im Aufsichtsrat sitzen Vertreter der örtlichen Politik.

- Definiert die konkreten Ziele, Maßnahmen Projekte
- Hält Zwischenergebnisse fest
- Achtet auf die Einhaltung der vorgegebenen Ziele
- Ist für den Verlauf und die Ergebnissicherung verantwortlich
- Gewährleistet die Beteiligung der BewohnerInnen
- Vertritt das Projekt nach außen (Öffentlichkeitsarbeit)

Bei den Aufgaben kommt es zu Überschneidungen mit dem Runden Tisch, aber auch dem Stadtteilbüro, vieles wird gemeinsam beraten und in enger Zusammenarbeit erledigt.

Arbeitsweise:

- Monatliche Treffen (jeweils am letzten Dienstag im Monat von 14.00 bis 16.00 Uhr im Stadtteilbüro)
- Geschäftsführung (Organisation, Einladungen, Protokolle) durch das Stadtteilbüro
- Moderation abwechselnd durch die verschiedenen Mitglieder der Lenkungsgruppe nach vorheriger Absprache
- Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen ¹²

Aus den der Begleitforschung zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Arbeitsweise ging *nicht* hervor, nach welchem Modus die Lenkungsgruppe entscheidet und handlungsfähig bleibt, wenn das offiziell proklamierte Konsensprinzip der Entscheidungsfindung nicht funktioniert.¹³ Von außen betrachtet sind deshalb durchaus Situationen denkbar, in denen Interessengegensätze in der Lenkungsgruppe nicht auf einen Konsens hin abgeschliffen werden können. Die insgesamt übersichtliche Situation und der enge Kontakt haben bislang solche Konflikte vermieden. Die Lenkungsgruppe überprüft die Projektvorschläge auf ihre Machbarkeit, macht die Vorlagen für den Magistrat und übernimmt die Projektsteuerung. Es gibt natürlich finanzielle Grenzen, die aber bisher vermittelbar sind. Konfliktthemen werden zunächst ausgespart. Das Concierge-Projekt, das allgemein strittig und zudem sehr teuer ist, wurde z. B. auf Eis gelegt. Es wird nun diskutiert, ob es nicht bessere und billigere Wege gibt, die erkannten Defizite zu beseitigen. Wie allerdings mit offenem und anhaltendem Konflikt umgegangen werden soll, bleibt offen.

Aus Sicht der Begleitforschung kann dieser bisher erfolgreich praktizierte konsensuale Abstimmungsmodus ein Indikator dafür sein, dass Art und Umfang der bisherigen Maßnahmen bei den verschiedenen Akteuren wenig konflikträchtig sind oder nur entsprechende Interessen(-gruppen) und deren spezifische Bedürfnisse aktivieren und auf den Plan treten lassen. Ob dies als Hinweis auf ein allgemein geringes Konfliktpotenzial im Stadtteil gewertet werden kann oder als Hinweis auf bislang „schweigende“ Mehr- oder Minderheiten, kann auf der Basis der vorliegenden Informationen nicht entschieden werden. Für die erste Interpretation spricht, dass sich bei einer aktuellen Umfrage durch eine studentische Praktikantin herausgestellt hat, dass die Zufriedenheit im Stadtteil sehr viel höher ist, als dies durch die „lautstarken Meckerer“ nahe gelegt wird. Schweigen kann

¹² Diese Zusammenfassung der zentralen Aufgaben wurde auf der Grundlage des Protokolls der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30.11.2000 erstellt.

¹³ Wobei die Arena möglicher Entscheidungen begrenzt ist, da im Protokoll der Lenkungsgruppe vom 27.9.2000 angemerkt wird: "Kostenrelevante Projekte, insbesondere im stadtplanerischen Bereich, bedürfen der Zustimmung der Stadt". Hier wird deutlich die Schnittstelle zur demokratisch legitimierten kommunalen Entscheidungsstruktur (Finanzhoheit) markiert.

also durchaus auch als Hinweis auf Zufriedenheit gedeutet werden. In jüngerer Zeit widmen sich die MitarbeiterInnen des Stadtteilbüros vermehrt jenen Gruppen, die sich bislang noch wenig an den Aktivitäten beteiligt haben. Dies wird in der Stellenbesetzung (s.o.) deutlich. Dabei besteht nicht die Illusion, alle Menschen zu erreichen oder gar für die Stadtteilentwicklung aktivieren zu können. Vielfach dominieren zunehmend Existenzprobleme, aber es gibt auch eine Reihe von psychischen Problemen, um die man sich in anderer Weise kümmern muss.

2.2.3.3 Runder Tisch

Mit dem Runden Tisch - der bisher ca. 10 Mal im Jahr tagt - wurde das zentrale, aber wenig formalisierte Beteiligungsgremium für die BewohnerInnen geschaffen. Dem Schaubild über die Arbeitszusammenhänge ist zu entnehmen, dass der Runde Tisch beratend und initiierend gegenüber dem Stadtteilbüro tätig ist. Das Stadtteilbüro führt die Geschäfte des Runden Tisches. Im Protokoll der Lenkungsgruppe vom 27.9.2000 heißt es: „Die Mitarbeiterinnen sollen den Stand ihrer Arbeitsvorgänge am Runden Tisch vortragen, weil hier das entscheidende¹⁴ Gremium ist.“

Vor diesem Hintergrund wurde nach der Funktion, Rolle und dem Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen als Geschäftsführung des Runden Tisches gefragt und danach, welche Bindungswirkung die Voten und Beschlüsse des Runden Tisches für Verwaltung und Politik haben.

Die Mitarbeiterinnen beschreiben ihre Rolle und Funktion als Geschäftsführung des Runden Tisches als ambivalent und manchmal „schwierig“, was ihrer Ansicht nach aber nicht negativ, sondern grundlegend und typisch für die Aufgabe des Stadtteilbüros und des Stadtteilmanagements sei.

Sie verstehen sich zunächst als Anwaltsplanerinnen und Anwältinnen¹⁵ der BewohnerInnen. Gleichzeitig besteht ihre Aufgabe in Moderation und Vermittlung („Wir sind auch Vermittlungsstelle“). Ohne ein „organisatorisches Rückgrat“ und eine moderierende Steuerung ist aus ihrer Sicht die Arbeit des Runden Tisches schwierig. Moderieren bedeutet auch, aktiv Themen einzubringen, anzusprechen und zu „bewegen“. Jeder Runde Tisch beginnt mit einem Bericht zum aktuellen Stand der Dinge. Die Vermittlungsfunktion bezieht sich nicht nur auf die (unterschiedlichen) Interessen der BewohnerInnen und zwischen BewohnerInnengruppen, sondern auch auf die Vermittlung zwischen der Ebene Politik/Verwaltung und BewohnerInnen. Hier ist regelmäßige und dauerhafte „Übersetzungsarbeit“ und Informationsvermittlung notwendig. (Beispiel: BewohnerInnen verstehen Fachtermini der Planung nicht, Pläne und Verfahren müssen verständlich und verstehbar „übersetzt“ werden, die Machbarkeit von Gestaltungsideen der

¹⁴ Im Sinne von „wichtig“ oder „bedeutend“. Gemeint sind hier nicht formale Entscheidungsrechte, die der Runde Tisch nicht hat.

¹⁵ Diese Rolle wurde im Vertrag zwischen Caritasverband Main- Taunus und Stadt und später von der Lenkungsgruppe so definiert. In der Dokumentation der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30. Oktober 2000, in der auch die Aufgaben des Stadtteilbüros festgelegt wurden, heißt es: „Anwaltschaft für die Bewohner zu Beginn des Prozesses (mit abnehmender Tendenz). Organisation der Interessen der Bewohner gegenüber der Stadt, der Wohnungsgesellschaft und anderen Institutionen sowie Beratung der Bewohner bei der Installation einer eigenen Interessenvertretung“

BewohnerInnen muss mit ihnen nachvollziehbar besprochen werden, statt einer pauschalen Expertenaussage aus der Verwaltung: „Das ist nicht machbar“).

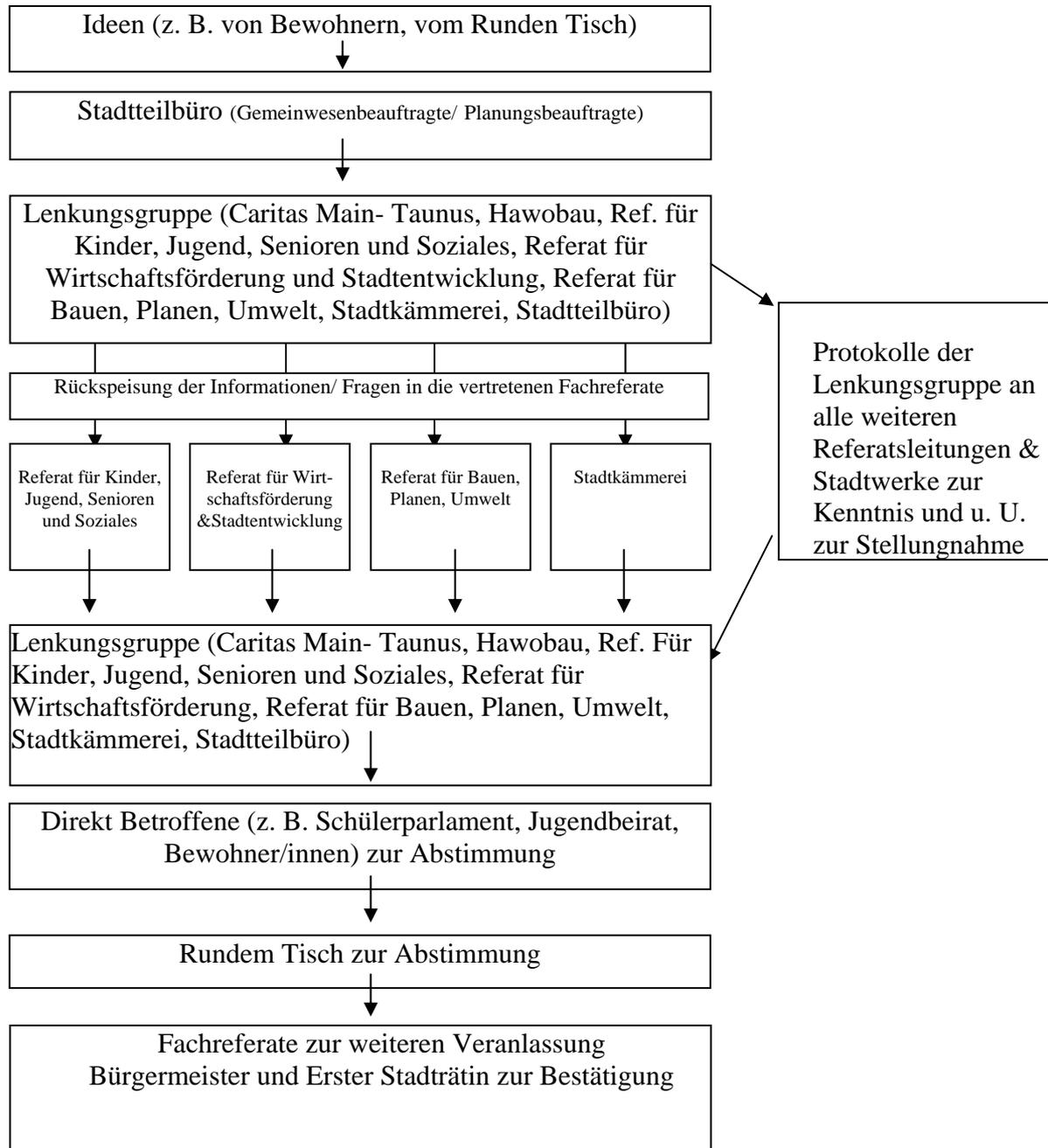
Der Runde Tisch ist als niedrigschwelliges *beratendes* Gremium installiert worden, dessen Voten und Ideen von Seiten der Verwaltung und Politik im Sinne einer Selbstverpflichtung respektiert und ernst genommen werden. Diese Selbstverpflichtung drückt sich auch in einem von der Lenkungsgruppe verabschiedeten Schema zu den Informationsabläufen aus, aus dem hervorgeht, dass Ideen und Vorschläge des Runden Tisches im „Bereich Planung“ nach einer Bearbeitung/Stellungnahme durch die Lenkungsgruppe und durch die Verwaltung wieder an den Runden Tisch zurück gegeben werden, damit dieser dann einen endgültigen Vorschlag formuliert. Umgekehrt gab und gibt es Vorschläge aus der Verwaltung oder dem Stadtteilbüro, die am Runden Tisch beraten werden, bevor endgültig über sie oder ihre weitere Entwicklung entschieden wird.

Die Mitglieder des Runden Tisches legen Wert darauf, dass die Mitglieder der Lenkungsgruppe oder Teilnehmer aus der Verwaltung sich auf ihren Expertenstatus beschränken.

Mitbestimmungsrechte im formal-rechtlichen Sinne hat der Runde Tisch nicht. Insgesamt beruht die Verbindlichkeit zwischen der politischen und der Verwaltungsebene einerseits und der Bewohnerebene andererseits auf der oben angesprochenen Selbstverpflichtung und dem ihr zugrunde liegenden politischen Willen. Fixierte Regularien, welche die Politik oder die Verwaltung an den durch den Runden Tisch artikulierten Bewohnerwillen koppeln, gibt es nicht. Die Entscheidungsstrukturen der Verwaltung wurden nicht geändert. Die Verwaltung ist klein und überschaubar und es gibt eine gewisse Tradition von Projektgruppen. Zudem gibt es verbindliche Absprachen unterhalb der Ebene einer Satzungsänderung, an denen sich die Beteiligten orientieren und an die sie sich auch halten.

Informationsabläufe des Projektes „Soziale Stadt“ zwischen den verschiedenen Akteuren in der Stadt Hattersheim am Main

(Seit Februar 2001; verabschiedet von der Lenkungsgruppe)



Weiteres Verfahren:



Zusammensetzung des Runden Tisches

Mittlerweile nehmen am Runden Tisch durchschnittlich 30-40 BewohnerInnen¹⁶ teil. Wenn sich die Zusammensetzung stark ändert, neue BewohnerInnen kommen oder solche, die länger nicht mehr da waren, sind Vorstellungsrunden erforderlich, um den sozialen Zusammenhalt und die gegenseitige Kenntnis wieder herzustellen. Es besteht eine sehr stabile „Kerngruppe“ von 10 Aktiven. Im Verteiler des Runden Tisches sind aktuell über 100 Interessierte, die nicht regelmäßig teilnehmen aber an Informationen und Einladungen interessiert sind und die gezielt angesprochen werden. Dabei - so die Mitarbeiterinnen - engagieren sich hauptsächlich BürgerInnen, die „auch sonst schon aktiv“ sind („Immer die gleichen“). Die engagierten BürgerInnen kommen - nach Einschätzung der MitarbeiterInnen - aus verschiedenen sozialen Schichten, von einer Mittelschichtdominanz könne nicht gesprochen werden¹⁷. 80% der Teilnehmer sind Frauen. Regelmäßige Teilnehmer sind auch der Geschäftsführer der HaWoBau, der Rektor der Grundschule und die Dezernentin des Planungsamtes). Die Vertreterin des ASD nimmt nach anfänglich regelmäßiger Teilnahme nur noch „bei Bedarf“ teil, da ihr Aufgabenbereich nicht regelmäßig tangiert ist.

Die Beteiligung hat sich - so die Mitarbeiterinnen - insgesamt quantitativ und qualitativ positiv entwickelt. In der Startphase war sie nicht nur insgesamt geringer, es dominierten zunächst auch die „Vertreter der Verwaltung und anderer Institutionen“ (die routinierter in der Gremienarbeit und der Interessenvertretung sind). Im Laufe des Prozesses hat sich die Bewohnerbasis so verbreitert, dass die Vertreter der Verwaltung und der Institutionen inzwischen nur noch ein Fünftel der Teilnehmer des Runden Tisches ausmachen. Am Anfang waren ältere BürgerInnen stark vertreten und brachten z. B. ihre spezifischen Interessen nach Ruhe ein, was die Diskussion über notwendige Spielorte für Kinder erschwerte. Nach wie vor allerdings sind die Interessen im Stadtteil nicht repräsentativ vertreten, so dass sich die Arbeit nicht allein auf den Runden Tisch und seine Vorschläge stützen kann und nach Formen projektbezogener Beteiligung gesucht werden muss.

Ausländische MitbürgerInnen sind unterrepräsentiert und nehmen nur punktuell teil. Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten spielen eine große Rolle, aber auch die kulturellen Hintergründe und die starke, eher defensive als aktive Bindung an den jeweils eigenen kulturellen Lebensraum, in dem Beteiligung und Mitwirkung - besonders in dieser Art von Gremien - eher ungewohnt ist. Hier sind nach Auffassung des Stadtteilbüros andere niedrigschwelligere und zielgruppenspezifische Aktivierungsformen wichtig, wie z.B. das Frauenfrühstück, an dem zunehmend Migrantinnen teilnehmen, die Frauenimpulswerkstatt, an der sich auch MigrantInnen beteiligt haben, vor allem aber informelle Beziehungen und Gespräche. Die Protokolle des Runden Tisches werden ins Türkische übersetzt, da Türken den größten Anteil ausländischer MitbürgerInnen stellen. Diese Protokolle werden von den Beteiligten auch gelesen.

Unterrepräsentiert sind auch Jugendliche. Hier spielen - so die Mitarbeiterinnen - spezifische (jugend-) kulturelle Hintergründe eine zentrale Rolle. Die begrenzte Motivation

¹⁶ Auf die Einwohnerzahl des Stadtteils (4.149) bezogen sind das 1%. Alle genannten Zahlen über Umfang der Beteiligung und Zusammensetzung des Runden Tisches sind Einschätzungen der Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros, empirisch erhobenes Zahlenmaterial liegt nicht vor.

¹⁷ Offen muss dabei bleiben, wie dabei der Begriff „Mittelschicht“ jeweils definiert und abgegrenzt wird und wie hoch der Mittelschichtsanteil im Stadtteil überhaupt ist.

von Jugendlichen, ihre Interessen im Rahmen von institutionalisierten Gremien zu vertreten, ist dabei von aktuellen Jugendstudien untersucht und belegt worden. Die Einstellung einer Fachkraft für diesen Bereich soll helfen, die Interessen dieser Gruppen stärker zu berücksichtigen.

Die BürgerInnen, die die aktivierende Befragung durchgeführt haben, arbeiten auch regelmäßig am Runden Tisch mit, sie sind wichtige „Botschafter“ und Kern der Bürgerbeteiligung.

Im Laufe der Zeit hat sich die Kommunikationskultur am Runden Tisch geändert. Am Anfang gab es viel „Nörgelei“ über die Zustände und auch zahlreiche ausländerfeindliche Äußerungen. Die BewohnerInnen haben „ihre eigene Siedlung schlecht gemacht“. Es gab anfangs auch „Disziplinschwierigkeiten (Durcheinanderreden, nicht zuhören etc.)“, deshalb war zunächst eine „straffe“ Leitung notwendig. Mittlerweile ist die Kommunikationsstruktur „offener“, die Leitung wurde zurückgenommen und an ihre Stelle ist eine Moderation durch das Stadtteilbüro getreten, die Räume für eine intensive und konstruktivere Kommunikation geöffnet hat. So steht am Anfang jeder Sitzung immer ein Punkt „Aktuelles“, unter dem aktuelle Fragen und Probleme eingebracht und bei Bedarf zu einem Tagesordnungspunkt gemacht werden können.

Beteiligung in Gremien - so das Resümee des Stadtteilbüros - erfordert auch auf der Ebene des Runden Tisches von allen Beteiligten bestimmte Kompetenzen und Rücksichtnahmen, die insgesamt nicht vorausgesetzt werden können, sondern im Prozess „gelernt“ werden (müssen). Beteiligung in Gremien ist für die BewohnerInnen ungewohnt und hier sind deutliche Lerneffekte und ein Zugewinn an Kompetenzen bei den Beteiligten festzustellen:

Die Analyse der Protokolle des Runden Tisches (September 2000 bis Mai 2002) hat gezeigt, dass neben Themen der Aktivierung (Stadtteilspaziergänge, Aktivierende Befragung,

Impulswerkstatt, Stadtteilfest, Mieter TV) städtebauliche Themen und Veränderungen dominieren: Neugestaltung der Überführung „Eiserner Steg“, der Unterführung „Im Nex“, Gestaltung von Spielflächen und Spielplätze, Freiflächenplanung, Gestaltung einzelner Plätze, Neugestaltung von Grünflächen; Beleuchtungskonzept, Fragen an die HaWoBau. Bildung und Beschäftigung standen zunächst nicht auf der Tagesordnung. Mittlerweile werden Deutschkurse und Hausarbeitshilfe angeboten und das Thema Frauenerwerbstätigkeit wird immer wieder auch im Frauenfrühstück angesprochen. Die Eltern thematisieren auch immer wieder die Defizite ihrer Kinder und die Fußgängerüber- und -unterführungen sollen auch den Schulweg und die Anbindung an andere Angebote in der Stadt erleichtern. Insgesamt sind beide Bereiche aber kein zentrales Thema der Aktivierungsstrategie, deren zusätzliches Aufgreifen durch das Stadtteilbüro als eine Überforderung angesehen wird. Es fehlen hier die erfolgsversprechenden Ansatzpunkte im Stadtteil und es bedürfte hier einer erweiterten kommunalpolitischen Prioritätensetzung.

Fragen der Stärkung der Selbstorganisations- und Selbsthilfepotenziale, des nachbarschaftlichen Zusammenhalts und der Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen werden meist nur indirekt thematisiert, obwohl sie als Leitziel des Entwicklungsprozesses bei der Startklausur von Lenkungsgruppe und Stadtteilbüro explizit formuliert wurden. Man setzt hier in erster Linie auf die Sekundärwirkungen von einzelnen

Projekten und den Stadtteilstesten, wo Kontakte geknüpft werden können und so auch Kooperationsmöglichkeiten entstehen. Auch das Mediationsprojekt soll der Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen dienen. Das Projekt wird z. Z. allerdings quantitativ zurückgefahren, da der Bedarf nicht mehr so gegeben ist. Mediation war und ist für die BewohnerInnen etwas Ungewohntes und hat sich bisher nicht durchgesetzt. Es wurde darauf geachtet, dass es keine Interessenkonflikte bei den Mediatoren gegeben hat, so dass auch etwa die Hälfte der Mediatoren von außen kam.

Zentral für die Entwicklung der Nachbarschaften ist die Bereitstellung der Gemeinschaftsräume, von denen es in ganz Hattersheim nicht genügend gibt und vor allem das von der HaWoBau geplante und gemeinsam mit neuen Mietern realisierte Wohnprojekt, an dem die zukünftigen BewohnerInnen (generationsübergreifend) schon bei der Gestaltung mitwirken konnten, bevor sie einzogen, um einer Reihe von möglichen Konflikten vorzubeugen.

2.2.4 Stand und Entwicklung weiterer Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren

Neben dem Runden Tisch wurden die BewohnerInnen des Südrings auch durch projektbezogen temporäre Verfahren aktiviert und beteiligt.

Stadtteilspaziergänge

Im Rahmen der Bestandsanalyse organisierte das Stadtteilbüro verschiedene Stadtteilbegehungen, um vor allem die Ansichten und Wünsche der BewohnerInnen zu erfahren. Die Ergebnisse der Stadtteilspaziergänge, die sich vor allem mit dem Raum und seiner Nutzung beschäftigten (u.a. fehlenden Aufenthaltsmöglichkeiten für Erwachsene und Kinder), wurden am Runden Tisch vorgestellt. Weitere Stadtteilspaziergänge sollen in Zukunft bei konkreten Anlässen als Instrument der Aktivierung und Beteiligung eingesetzt werden. Es steht das Thema Verkehr und Verkehrsberuhigung an. Auch bei der Ausweitung des Fördergebietes wurden derartige Begehungen mit BewohnerInnen erneut als aktivierendes Instrument eingesetzt.

Aktivierende Befragung

Eine aktivierende Befragung wurde am Südring von Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt, die von der Fachhochschule Frankfurt am Main unterstützt und beraten wurden. Die (nicht-repräsentativen) Ergebnisse sind in einem Bericht dokumentiert und wurden auf einer Stadtteilversammlung den BewohnerInnen vorgestellt. Die BürgerInnen, die diese Befragung durchgeführt haben, arbeiten am Runden Tisch mit. Im Rahmen der Befragung¹⁸ wurden 36 Interviews durchgeführt, die Interviewten repräsentieren die wichtigsten in der Siedlung vertretenen Gruppen¹⁹:

¹⁸ Fachhochschule Frankfurt am Main, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR), Hattersheim - Siedlung, Aktivierende Befragung im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“, Abschlussbericht, Frankfurt Juni 2001

¹⁹ 16 Familien mit Kindern, 4 Alleinerziehenden, 4 alleinstehende Bewohner, 7 Senioren, 10 Paare und zwei marokkanische Haushalte. Von 36 Befragten waren 28 deutscher Nationalität; die durchschnittliche Wohndauer beträgt 18 Jahre; 24 Befragte leben in einer Wohnung der HaWoBau. Aussagen zur Repräsentativität der Stichprobe werden nicht gemacht.

Hauptergebnisse der Befragung sind:

- nahezu die Hälfte der Befragten hat noch nichts von der „Sozialen Stadt“ gehört
- fast die Hälfte der Befragten äußert sich mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation in der Siedlung zufrieden, ein Viertel äußert das Gegenteil
- Das Image des Stadtteils, so eine deutliche Mehrheit, ist eher schlecht
- Viele BewohnerInnen sehen in der Entwicklung der Sozialstruktur („Soziale Mischung“) ein Problem. Viele Familien mit ausländischem Hintergrund seien zugezogen und es hätten sich Ghettos gebildet

Wohnen und Wohnumfeld

- Die bauliche Ausstattung der Wohnungen wird überwiegend positiv gesehen, die Betreuung durch die Wohnungsbaugesellschaft sieht nur ein Drittel als positiv, das Verhältnis BewohnerInnen - HaWoBau ist verbesserungsbedürftig. Kritik wird besonders an der Neubelegung von Wohnungen geübt (Belegung mit ethnischen Gruppen, unter denen es grundsätzliche Konflikte gebe) und an der Überbelegung von Wohnungen.
- Die Parkplatzsituation wird als verbesserungsbedürftig eingeschätzt
- Mangelnde Sauberkeit wird beklagt
- Eine Mietervertretung soll ins Leben gerufen werden

Entwicklung des Stadtteils

- Wunsch nach Nutzung von Gemeinschaftsräumen (Feste, Veranstaltungen)
- Verbesserung des Spielflächenangebotes (Kinderspielplätze) und Angebote für Jugendliche
- Beseitigung von Gefahrenpunkten auf den Schulwegen
- Erhöhung der Sicherheit in der Siedlung, bessere Beleuchtung

Soziales und kulturelles Leben

- mehr gemeinsame Veranstaltungen (Feste)
- Interkulturelle Angebote (Sprachkurse/Kochkurse)

Arbeit und Beruf

- Besonders MigrantInnen und Alleinerziehende wünschen sich einen wohnungsnahen Arbeitsplatz
- Internetrechercheöglichkeiten für die Arbeitsplatzsuche sollen geschaffen werden

Obwohl nicht repräsentativ, liefern die Ergebnisse der aktivierenden Befragung aus Sicht der Begleitforschung wichtige Impressionen und Hinweise zur Einschätzung der spezifischen städtebaulichen und sozialen Situation in Hattersheim-Südring. Für das Stadtteilbüro ist die Befragung auch weiterhin neben den anderen Instrumenten, wie dem Runden Tisch eine Hauptquelle der Anregungen durch die BewohnerInnen.

Bemerkenswert war, dass viele BewohnerInnen zu diesem Zeitpunkt nichts vom Programm „Soziale Stadt“ gehört haben. Dies ist sicherlich ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer verbesserten Informationspolitik, ohne die eine breite Beteiligung auf

Dauer nicht erreicht werden kann. Der Bekanntheitsgrad vor allem des Stadtteilbüros hat sich seitdem erheblich verbessert, ist aber wahrscheinlich je nach Nähe zur angesprochenen Problematik und der Betroffenheit von den Maßnahmen nach wie vor unterschiedlich.

Als ein zentrales Problem wird offensichtlich die Veränderung der Sozialstruktur (soziale Mischung) durch den Zuzug von Familien mit ausländischem Hintergrund registriert (Ghettobildung). In diesem Kontext wird die Belegungspolitik - bezogen auf ethnische Gruppen - als problematisch und konflikterzeugend gesehen. Hauptakteur ist dabei die Wohnungsvergabekommission der Stadt. Die HaWoBau ihrerseits versucht als Reaktion auf die Kritik, wo sie kann, sozialverträgliche Mischungen (Alter, Nationalität) herzustellen, was meist sehr schwierig und von den Folgen kaum absehbar ist. Zwischen Türken und Kurden, aber auch zwischen BewohnerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien gab es immer wieder Probleme. Eine Beteiligung der BewohnerInnen bei der Auswahlentscheidung neuer BewohnerInnen wird aber abgelehnt, um allen Gruppen Wohnungen bieten zu können und nicht einzelne auszuschließen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Im Jahr 2001 wurden zwei neue Kinderspielplätze errichtet, einer davon unter Beteiligung der Kinder. Für den Beteiligungs- und Planungsprozess wurde der Verein Umweltlernen aus Frankfurt beauftragt. Die Beteiligung war bei den Spielplätzen unterschiedlich, spielt aber für die Annahme durch die Nutzer keine allzu große Rolle. In Hattersheim wurden auch in anderen Stadtteilen Spielplätze mit Beteiligung gebaut, die die Verwaltung selbst organisierte und insgesamt hat man aus diesen Projekten soweit gelernt, dass man Plätze auch ggf. ohne Beteiligung planen könne.

Unter Beteiligung von Jugendlichen bei der Planung konnte 2001 auch die Gestaltung der Freifläche "Fly-over" unter einer Straßenbrücke als Treffpunkt für Jugendliche (Sportfläche/Skaterramps) in Angriff genommen werden. Sie ist mittlerweile abgeschlossen.

Durch die Einbeziehung einer Fachkraft für Kinder- und Jugendarbeit will man diesen Bereich insgesamt ausbauen und die Kinder und Jugendlichen mehr einbeziehen.

Frauenimpulswerkstatt

Zur Aktivierung wurde im Mai 2001 unter dem Thema: „Besser leben und Wohnen in der Siedlung in Hattersheim“, eine eintägige Zukunftswerkstatt durchgeführt, an der 27 Frauen teilnahmen und in der dringliche Probleme identifiziert wurden.

Aus der Werkstatt gingen zwei AGs - die AG Verkehrsberuhigung und die AG Mieterdienste – und ein unregelmäßig stattfindendes Frauenfrühstück hervor. Die AG Verkehrsberuhigung hat Veränderungsvorschläge erarbeitet, die in den Planungsprozess eingegangen sind: angeregt wurden ein Verkehrsberuhigungskonzept und die Verbesserung der Verkehrssicherheit (Entschärfung gefährlicher Überwege, sicherer Schulweg, Zebrastreifen) Die AG-Arbeit wurde damit beendet.

Die AG „Mieterdienste“ ruht. Ziel war, einen Ansprechpartner der Mieter in jedem Haus zu finden, der auch bei Konflikten moderieren/schlichten sollte. Für dieses Projekt gab es wenig Interesse. Die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros haben daraus abgeleitet, dass das Unterfangen auf „andere Füße“ gestellt werden muss, z. B. durch die Schulung und

Einrichtung von Mediatoren, die aus dem Stadtteil kommen. Eine entsprechende Schulung wurde durch ein professionelles Institut durchgeführt. 18 Teilnehmer hatten sich für die ½ jährige Ausbildung angemeldet. Das Institut begleitet im Anschluss an die Ausbildung die Arbeit der Stadtteilmediatoren.

Ein Förderantrag an das Hessische Sozialministerium für das Projekt „Konstruktive Konfliktberatung“ wurde abgelehnt. Das Projekt wird jetzt vom Caritasverband Main-Taunus, der HaWoBau und der Stadt finanziert, geht aber in seiner Bedeutung deutlich zurück. Die Akzeptanz war stets zurückhaltend und es dominieren immer mehr rein finanzielle Sorgen.

Das Frauenfrühstück wird zurzeit im Abstand von drei Monaten durchgeführt, hier nehmen mittlerweile eher Migrantinnen teil (ein Hinweis auf die Möglichkeit eines anderen Zugangs zu Migrantinnen jenseits des Runden Tisches). Weiterhin ist eine Kooperation mit dem Frauengesundheitszentrum geplant.

Stadtteulfeste sind, obwohl die Organisation des ersten Festes im September 2001 nach Information der Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros sehr zeitaufwendig war, auch weiterhin geplant und gewünscht.

Nachbarschaftstreff

Das Stadtteilbüro des Quartiermanagements soll sich auch als Nachbarschaftstreff entwickeln. Es soll die Kommunikation und die sozialen Beziehungen fördern. Seit dem Umzug in ein neues Gebäude im Jahre 2001 verfügt das Stadtteilbüro über räumliche Möglichkeiten für einen solchen Treff. Im Moment werden die Räume von der Hausaufgabenhilfe der Regenbogenschule und einem Chor genutzt. Weitere Vorstellungen werden z. Z. entwickelt. Nach Aussage des Stadtteilbüros wird das Ziel, den Nachbarschaftstreff in Selbstorganisation der BürgerInnen zu betreiben, z. T. kontrovers gesehen. Befürchtet wird, dass sich Gruppen/Cliquen bilden und dadurch die Offenheit verloren gehe.²⁰ Mittlerweile wurde ein Verein „Südringtreff“ gegründet, der von der Stadt die Räumlichkeiten mietet (die der HaWoBau gehören, die diese an die Stadt verpachtet hat) und verwaltet. Die Stadt hat eine Beteiligung an den laufenden Kosten zugesagt und es wird auch mit Mieteinnahmen gerechnet. Es stehen über die finanziellen Dinge aber die zentralen Verhandlungen noch aus.

Mieter-TV „K4“

Die Häuser der HaWoBau verfügen über Kabel-TV-Anschlüsse. In Umsetzung befindet sich ein Mieter-TV-Projekt der Firma Bosch, der HaWoBau, der Hessischen Leseförderung und des Stadtteilbüros, das den Einwohnern des Stadtteils ein spezifisches über Kabel eingespeistes Fernsehprogramm „K4“ bietet mit Beiträgen und Informationen über die Stadt Hattersheim und den Stadtteil. „K4“ kann von ca. 1000 Haushalten empfangen werden und wird von einem professionellen Redaktionsteam geleitet, das auch regelmäßig Beiträge produziert. Gesendet wird ganztägig, meist Info-Tafeln, auch Werbung und zu bestimmten Zeiten der wöchentliche Beitrag aus dem Stadtteil. BürgerInnen können Vorschläge für Themen machen und selbst an Beiträgen mitarbeiten; es wurde ein Sendebeirat gebildet, in dem über den Runden Tisch auch BewohnerInnen vertreten sind. „K4“ ist im Mai 2002 zum ersten Mal auf Sendung gegangen und trägt dazu

²⁰ Mit dieser Befürchtung wird ein bekanntes Standardproblem aller bereits existierenden Nachbarschaftszentren artikuliert, die stets zwischen den Polen Exklusion und Inklusion operieren müssen.

bei, stadtteilbezogene Informationen, Meinungen und Probleme - auch von BürgerInnen für BürgerInnen - einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Resonanz ist nach Einschätzung des Stadtteilmanagements positiv, besonders von Jugendlichen wird dieses Programm gerne gesehen. Im Stadtteilbüro werden Videokassetten über die aktuellen, wöchentlichen Stadtteilberichte ausgeliehen und an zwei öffentlichen Orten kann das Programm ebenfalls gesehen werden. Die wöchentlichen Berichte sind immer auch Gesprächsthemen unter den BewohnerInnen.

Kooperation mit der HaWoBau

Die Kooperation mit dem Geschäftsführer der HaWoBau ist - so die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros - positiv. Allerdings stellt sich die Beziehung zwischen den Mietern und den jeweils zuständigen Mitarbeitern der HaWoBau vor Ort nicht immer problemlos dar: Umgangston („von oben herab“) und teilweise nicht nachvollziehbare Prioritäten bei Reparatur und Sanierungsarbeiten („Bevorzugung“) waren Gegenstand von Mieterbeschwerden. Die HaWoBau hat deshalb eine Schulung ihrer Mitarbeiter zugesagt und bislang als Konsequenz ein Drittel ihrer Mitarbeiter ausgewechselt. Die HaWoBau beteiligt sich mittlerweile an der Finanzierung der Personalkosten des Stadtteilbüros und hat zusammen mit einem Wohnprojekt, das generationen- und kulturenübergreifende Wohnen fördert und dem Runden Tisch Gemeinbedarfsflächen zur Nutzung für die Öffentlichkeit eingerichtet. Diese Flächen (Multifunktionsräume, Küche) werden von Mitgliedern/ BewohnerInnen des Wohnprojekts und des Runden Tisches in Form eines eingetragenen Vereins gemeinsam verwaltet.

Einwohnerbudget und Conciergesystem

Ein weiteres, in verschiedenen Kontexten der städtebaulichen Entwicklung diskutiertes Instrument der Bewohnerbeteiligung und Mitwirkung sind so genannte Bewohnerbudgets oder Quartierfonds, über die ein jeweils legitimes Gremium der BewohnerInnen oder das Stadtteilbüro verfügen kann, um unbürokratisch kleinere Projekte (auch kleine bauliche Reparatur- oder Sanierungsmaßnahmen) in Eigenregie/Eigenverantwortung im Stadtteil durchführen zu können²¹. Aus Sicht der Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros ist ein solches Budget - obwohl es in den Zielvorstellungen, die im Jahr 2003 erreicht sein sollen, explizit genannt wurde - im Moment nicht aktuell, da die Stadt dieses Budget nicht aus eigenen Haushaltsmitteln einrichten kann. Es müsste vielmehr aus den Fördermitteln „Soziale Stadt“ finanziert werden. Erste Erfahrungen mit einem von der Kommune finanzierten und durch einen Stadtteilbeirat - der im Rahmen der Sozialen Stadt eingerichtet wurde - mitverwalteten Stadtteilbudget gibt es für Hessen allerdings z. B. in Rüsselsheim.

Vorgeschlagen wurde, die Möglichkeiten, in großen Wohneinheiten ein Conciergesystem einzurichten (ein/e bezahlte/r „Concierge“/oder „Doorman“ im Hauseingang sorgt dafür, dass die Hausgemeinschaft und die Immobilie „intakt“ bleibt). Dieser Vorschlag wurde aber nicht weiter verfolgt (s.o.).

²¹ Solchen Budgets wird in der konzeptionell-programmatischen Diskussion ein hoher Stellenwert bei der Aktivierung der Bevölkerung für ihre Belange beigemessen, da sie eine legitime Verantwortungsübernahme fördern. Budgets gibt es z. B. in Hamburg (alt: 40.000 DM), in Rosenheim (25.000 Euro), in Hannover Vahrenheide (alt: 50.000 DM) und in Bremen/Osterholz-Tenever (alt: 15.000 DM). Vgl. Newsletter „Soziale Stadt“, Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik Berlin, Nr.4 (o. J.) und Nr.7 (Feb. 2002),

2.2.5 Planungshorizonte und Bürgerbeteiligung

Als problematisch wird vom Stadtteilbüro der asynchrone Verlauf von Finanzplanung und Prozessen der Bürgerbeteiligung geschildert. Die Mitarbeiterinnen benennen damit ein allgemeines ProgrammtHEMA, das auch bundesweit auf der ersten Bilanz des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ Anfang 2002 in Berlin als Problem der „zwei Geschwindigkeiten“ von „Verwaltungswelt“ und „Lebenswelt“ thematisiert wurde: „... dem durch die Antragsstellung auf Fördermittel entstandenen zeitlichen Vorlauf der Verwaltung, ihrer zeitlichen Gebundenheit durch Vorgaben des Haushaltsrechts zur Jährlichkeit des Mitteleinsatzes und ihrem Zwang zur Einhaltung von Programmlaufzeiten und Bewilligungszeiträumen stehen Prozesshaftigkeit, Eigendynamik, Komplexität und die damit meist deutlich anderen Geschwindigkeiten auf Quartiersebene gegenüber.“²²

Die Finanzmittel des Projekts „Soziale Stadt“ müssen im Rhythmus des Haushaltsjahrs beantragt und projektbezogen begründet werden. Es kommt dabei zu Situationen, dass bei der Beantragung von Geldern Ziele festgelegt werden müssen, ohne dass die Beteiligung der BürgerInnen abgeschlossen ist. So wurden Projekte wie der Übergang „Eiserner Steg“ bereits in der Phase der Antragstellung als Ziel festgelegt, ohne dass die BewohnerInnen bei der Zielfestlegung beteiligt waren. Den BewohnerInnen musste anschließend dieses Verfahren transparent gemacht werden, so dass sie - ohne sich überfahren zu fühlen - nachvollziehen konnten, warum es zu dieser Zielfestlegung kam.

2.2.6 Kommunikationsstrukturen

Aus Sicht der Begleitforschung ist die regelmäßige Information der BewohnerInnen über das Programm „Soziale Stadt“ und die damit verbundenen Maßnahmen eine grundlegende Voraussetzung für alle Formen der Beteiligung und Partizipation.²³ Wie geschieht dies in Hattersheim?

Die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros berichteten im Interview, dass ihrer Meinung nach Printmedien im Stadtteil eine nur begrenzte Reichweite haben: „es wird nicht gelesen“. Sie haben deshalb auf eine regelmäßige Information durch eine Stadtteil- oder Projektzeitung verzichtet. Außerdem würden Printmedien in der Flut von Werbeprospekten, die die Briefkästen verstopfen, untergehen.

Gezielt informiert wird bei Bedarf über Aushänge, Plakate und Einladungen, die von der HaWoBau in den Häusern ausgehängt werden. Die örtliche Presse berichtet immer wieder über die Soziale Stadt (über 50 Zeitungsartikel seit Beginn des Projektes). Außerdem dürfe die „Mund-zu-Mund-Information“ („Man redet über das, was am Runden Tisch passiert“) nicht außer Acht gelassen werden und die Information über den bestehenden Verteiler des Stadtteilbüros.

Insgesamt sehen die Mitarbeiterinnen das Problem einer regelmäßigen und breiten Information, die auch die bisher Nichtbeteiligten erreicht, als nicht zufrieden stellend gelöst²⁴. Einen wichtigen Grund dafür sehen sie im erforderlichen Arbeitsaufwand.

²² H. Becker, T. Franke, R.-P. Lühr und V. Rösner, (2002)

²³ Lüttringhaus definiert Information als erste und unterste Stufe der Partizipation, auf der die „höheren“ Stufen Mitwirken, Mitentscheiden und Selbstverwalten aufbauen. Vgl. Lüttringhaus, M. (2000), S. 61 f

²⁴ Erinnert sei hier an das Ergebnis der (nichtrepräsentativen) aktivierenden Befragung, dass ein erheblicher Teil der Befragten sich nur unzulänglich über das Programm „Soziale Stadt“ und die Beteiligungsmöglichkeiten informiert fühlt.

2.2.7 Nachhaltigkeit

Beteiligung und Aktivierung sollen - so der Anspruch des Programms „Soziale Stadt“ - zum Aufbau nachhaltiger Beteiligungsstrukturen beitragen und die BewohnerInnen zur Selbstorganisation ihrer Interessenwahrnehmung und -vertretung befähigen.

Die Lenkungsgruppe Hattersheim hat das Ziel der Nachhaltigkeit übernommen und als Anspruch formuliert: „Insbesondere in Stadtteilen, die vom sozialen Abstieg bedroht sind, ist es ein zentrales Anliegen, das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen und die BewohnerInnen zu motivieren, an der Entwicklung mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.“²⁵

Eng verbunden mit dem Ziel der Nachhaltigkeit ist die Strategie des Empowerments, also der Aufbau und die Entwicklung entsprechender persönlicher und politischer Kompetenzen, das eigene Leben und die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen im Gemeinwesen selbstverantwortlich zu gestalten und zu beeinflussen. Dies impliziert – aus der Sicht der Begleitforschung - eine entsprechende Verhaltens- und Einstellungsänderung, die zweifellos damit verbunden sein müsste, mehr in die sozialen und kulturellen Kompetenzen der benachteiligten BewohnerInnen zu investieren.

Bezogen auf die Arbeit des Stadtteilbüros wurde dieser Entwicklungsprozess mit der Zielformulierung der sukzessiven Rücknahme der anwaltlichen Funktion gefasst: „Anwaltschaft für die BewohnerInnen zu Beginn des Prozesses (mit abnehmender Tendenz)“. Die Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros gehen auch gegenüber den BewohnerInnen offen davon aus, dass ihr Engagement im Stadtteil zeitlich begrenzt ist und auch keine Nachfolge in Sicht ist.

In der Praxis spielte der Anspruch des Programms „Soziale Stadt“, nachhaltige Strukturen aufzubauen, eine eher nachgeordnete Rolle. Er war immer präsent und wurde als strategisches Ziel mitgeführt. Im Alltag dominiert auch aktuell der weitere, arbeitsintensive aktivierende *Aufbau von stabilen* und möglichst vielfältigen Beteiligungsstrukturen, der wiederum nur auf der Basis der professionellen Unterstützung und der anwaltschaftlichen Strategie des Stadtteilbüros funktioniert. Die Vorstellung einer schrittweisen Rücknahme der Anwaltsfunktion bestimmt und steuert das alltägliche Handeln aktuell noch nicht. Eine entsprechende Operationalisierung, wie eine solche Rücknahme praktisch aussehen könnte und woran sie überprüfbar wäre, fehlt im Moment. Die BewohnerInnen wiederum haben vermutlich, so die Mitarbeiterinnen, eine eigene – verständliche - Vorstellung von Nachhaltigkeit: „... die haben die Vorstellung, dass jetzt was geschieht und das so weiterläuft mit dem Stadtteilbüro und wären enttäuscht, wenn es uns nicht mehr gäbe“. Eine Übernahme der Finanzierung des Stadtteilbüros nach Ende des Programms „Soziale Stadt“ durch die Kommune erscheint den Mitarbeiterinnen illusionär, da durch das Programm der Stadt „keine dauerhaften Folgekosten entstehen dürfen“. Die Beteiligten gehen davon aus, dass zumindest der Runde Tisch noch eine Weile weiter bestehen wird und einige BewohnerInnen mittlerweile die Kompetenz und das Interesse zu einer Weiterführung entwickelt haben. Wie lange dieser Schwung ohne professionelle Unterstützung halten wird, ist völlig unklar.

²⁵ Dokumentation der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30. Oktober 2000, S.2

Mehr Nachhaltigkeit ist vom Wohnprojekt der HaWoBau, von der Nutzung der Gemeinschaftsräume und der anderen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur zu erwarten. Andere Vereine oder Träger machen aktuell zwar mit und beteiligen sich an einzelnen Aktionen (Sportverein, Kleingartenverein), werden die stabilisierende Funktion aber nicht übernehmen können. Andere Vereine reagieren überhaupt nicht auf Kooperationsangebote oder verhalten sich segregativ-ablehnend.

Nicht im Stadtteil, aber doch in der Nähe wird demnächst ein Jugendzentrum errichtet, das auch dem Stadtteil zugute kommt.

Der Aufbau eines gewählten Beirates oder Ortsbeirates wird abgelehnt, teils weil die Erfahrungen aus anderen Standorten ein ungünstiges Verhältnis von Aufwand und Nutzen signalisieren, teils weil Ortsbeiräte nach HGO dann auch in anderen Stadtteilen eingerichtet werden müssten, was so aber politisch nicht gewollt ist. Ein Ortsbeirat wäre dann die auch in anderen Städten übliche unterste Ebene der demokratischen Repräsentanz der Bevölkerung und kein Projekt der Sozialen Stadt oder des Stadtteilbüros mehr.

2.2.8 Erfolge und Herausforderungen

Als größten Erfolg beschreibt das Stadtteilbüro, dass Beteiligung bisher gelungen, der Runde Tisch größer und stabiler geworden sei und die Beteiligungsprojekte funktioniert haben. 30 bis 40 BewohnerInnen engagieren sich mehr oder weniger kontinuierlich, ebenso viele kommen bei Einzelprojekten hinzu.

Als weitere Erfolge werden gesehen, dass:

- Zusätzliche Mittel bei der HaWoBau eingeworben wurden
- Sich die Stadt und andere Akteure um den Stadtteil gekümmert haben
- Eine hohe Akzeptanz bei der Politik erreicht wurde
- Das Image des Stadtteils sich verbessert hat und positiv in der Presse berichtet wird

Als größte Herausforderung sehen sie die offene Frage, „was nach dem Modellprojekt passiert“. Es besteht aus ihrer Sicht die Gefahr, dass die aktiven BürgerInnen enttäuscht sind im Glauben, „dass man was erreichen kann“. Diese Annahme gründet in der Überzeugung, dass für Beteiligungsprozesse ein organisatorisches „Rückrat“ und letztlich eine anwaltschaftliche Instanz nötig sei, die Kontinuität wahrt. Außerdem hätten die BewohnerInnen nur begrenzte Zeit und Ressourcen, die sie in Beteiligungsprozesse einbringen können.

2.2.9 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung

Die Lenkungsgruppe hat zu Beginn des Prozesses Ziele zu den einzelnen Bausteinen des Programms „Soziale Stadt“ in einem Szenario festgelegt, die Ende 2003 erreicht sein sollen.²⁶

„Bis dahin wurde ein integriertes Stadtteilentwicklungsprogramm (eine Vision bzw. ein Zukunftsbild incl. eines entsprechenden Handlungsplans) gemeinsam mit den BewohnerInnen und örtlichen Akteuren entwickelt. Das Konzept ist ziel- und handlungsorientiert und seine Weiterentwicklung wird als andauernder und veränderbarer Prozess verstanden. Es wird bei allen beteiligten Akteuren akzeptiert. Dieses

²⁶ Vgl. Neuer-Miebach, Therese/Schneider, Johann/Pfeiffer, Alexander, Fachhochschule Frankfurt, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR), Evaluation: Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnenmitwirkung und des Stadtteilens. Teilbericht über den Untersuchungszeitraum Oktober bis Dezember 2001, S. 45

Entwicklungsprogramm beinhaltet nachfolgende Elemente, die in ihrer Umsetzung jeweils ein unterschiedliches Gewicht haben:

Baustein: "Aktivierung und Verbesserung der Chancengleichheit der BewohnerInnen, Verbesserung der Bürgermitwirkung und des Stadtlebens" und "Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens im Stadtteil"

Bürgerbeteiligung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Stadterneuerung. Insbesondere in Stadtteilen, die vom sozialen Abstieg bedroht sind, ist es ein zentrales Anliegen, das eigenständige Stadtleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen und die BewohnerInnen zu motivieren, an der Entwicklung mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. 2003 ist in der Siedlung folgendes erreicht worden:

- Beteiligungsstrukturen für BewohnerInnen sind institutionalisiert/überlebensfähige Strukturen sind geschaffen worden. Die BewohnerInnen haben Entscheidungsbefugnisse und die Verfügungsmöglichkeit über ein Budget erhalten. Beides ist in Aushandlungsprozessen definiert und schriftlich fixiert worden. Der Magistrat hat dies politisch legitimiert.
- Die BewohnerInnen haben Fähigkeiten (erworben), sich an der Entwicklung ihres Stadtteils zu beteiligen.
- Unter den örtlichen Akteuren ist eine funktionierende Vernetzungsstruktur entstanden.
- Es haben sich gute und stabile Nachbarschaftsstrukturen entwickelt.
- Es wurden Bürgertreffs und andere Räume geschaffen, die Gelegenheit zum Gemeinschaftsleben bieten.

Baustein: "Stärkung der lokalen Wirtschaft, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen der BewohnerInnen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen"

Arbeitslosigkeit gehört zu den zentralen Ursachen von Armut und Ausgrenzung. Die Vermittlung von Arbeitsplätzen und - übergangsweise - das Angebot von Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt sind Schlüsselfunktionen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in sozial benachteiligten Gebieten. Auch wenn es nicht zu erwarten ist, in der Siedlung selbst eine große Zahl von Arbeitsplätzen einrichten zu können, wird bis 2003 jedoch die Qualifizierung von zahlreichen arbeitssuchenden BewohnerInnen für den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsprozess im Mittelpunkt stehen. Erreicht wurde, dass:

- der Erwerb von Qualifikationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen auch im Quartier gefördert wird und von allen Akteuren als dringliche Aufgabe angesehen wird.
- Dabei sind insbesondere die Zielgruppen junge Arbeitslose, junge Mütter und Alleinerziehende berücksichtigt worden.

Bausteine: "Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen durch bauliche und wohnungspolitische Maßnahmen - hier insbesondere Aufwertung des Wohnumfelds" und "Städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung des Stadtteils"

Die Aufwertung des Wohnumfelds führt zu Steigerung der Attraktivität und der Wohnzufriedenheit in den Quartieren. Ein gut gestaltetes Wohnumfeld ist die Voraussetzung für die Akzeptanz des Quartiers durch breite Bewohnerschichten. Hier bietet die Siedlung ein großes Potenzial für verschiedene Maßnahmen, die mit den BewohnerInnen entwickelt und umgesetzt werden können. Diese Maßnahmen werden eng

mit dem Bereich der Qualifizierung insbesondere von Jugendlichen verzahnt. Bis zum 31.12.2003 wurde Folgendes bereits erreicht:

- Ein Konzept zur Wohnumfeldplanung ist gemeinsam mit allen Bewohnergruppen entwickelt. Insbesondere die Interessen der Gruppen, die sich häufig im Wohnumfeld aufhalten (Kinder und Jugendliche, Mütter mit Kindern, Senioren) sind berücksichtigt.
- Verschiedene Elemente des Konzepts sind bereits umgesetzt und es hat eine deutliche Qualitätssteigerung im Wohnumfeld stattgefunden.
- Der Stadtteil ist durch Neubau und Umbau von Übergängen und Unterführungen der Bahnlinie besser an die Gesamtstadt angebunden, was eine deutliche Aufwertung innerhalb des städtischen Gefüges bedeutet.”²⁷

Mit diesem Szenario wurde - aus der Sicht der Begleitforschung - ein Ansatz der Selbstevaluation formuliert. Allerdings wird in der praktischen Anwendung die Frage der Operationalisierung und der Indikatoren eine entscheidende Rolle spielen, die in der Formulierung des Szenarios offen bleibt.

2.2.10 Resümee

In Hattersheim-Südring geht es um punktuelle Verbesserung des Wohnumfeldes und der Infrastruktur und um die Qualität und das Image des Quartiers. Der Präventionsaspekt spielt eine zentrale Rolle. Die Aktivitäten sind prinzipiell so vielfältig wie die Dimension des Sozialen. Betroffen sind verschiedene Ebenen des Zusammenlebens, die Lebenssituationen der einzelnen Bewohnergruppen und das Verhältnis des Stadtteils zur Gesamtstadt.

Die Beteiligung der BewohnerInnen hat v. a. eine Frühwarn- oder Signalfunktion für Bereiche, in denen es kritisch ist oder werden könnte oder dafür, welche Maßnahmen seitens der Stadt sinnvoll sind. „Brennende“ Probleme, die es dringlich zu beseitigen gilt, sind nicht zu erkennen, die Problemlagen halten sich in dem Rahmen, wie es die soziale Zusammensetzung der BewohnerInnen erwarten lässt.

Die Arbeit im Stadtteilbüro hat - im Vergleich zu den anderen Fallstudien-Standorten - deutlichere Anteile einer klassischen Gemeinwesenarbeit. Für die Nachhaltigkeit besteht damit das traditionelle Problem, ob und wie sich soziale Aktivitäten bei Menschen initiieren und verstetigen lassen, die offensichtlich von sich aus nicht initiativ geworden sind und offenbar auch nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen. Alle Erfahrungen legen die Vermutung nahe, dass es hier einer „Betreuung“ auf Dauer, wenn nicht systematisch in Bildung und Beschäftigung investiert wird, um die soziale Ausstattung und den sozialen Austausch zu verbessern.

Schon bei Fragen etwa der gezielten Änderung der sozialen Zusammensetzung der BewohnerInnen würde der bisherige Rahmen des Projektes verlassen und neue Formen der Aktivierung und Beteiligung notwendig werden. Eine Veränderung der sozialen Mischung gehört nicht zu den realisierbaren Zielen.

Die Aktivitäten sind wegen der Vielfalt der Gruppen und Bereiche entsprechend heterogen. Dies könnte zu einer stärkeren Mobilisierung bei Gruppen führen, die in den anderen

²⁷ Zitiert aus dem Protokoll der Klausur

Standorten eher ausgeschlossen sind. Allerdings geht es dann auch um spezifische Bedürfnisse dieser Gruppen ohne allzu enge Bezüge zu anderen Gruppen und nur indirekt zu einer allgemeinen Stadtteilentwicklung im Sinne eines konfliktfreieren Zusammenlebens auf der Basis gleichmäßiger Berücksichtigung.

Unter Prozessgesichtspunkten ging es in Hattersheim nach der top-down-Implementation des Programmes durch Beschluss des Gemeinderates und der Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ in der ersten Phase darum, die programmatisch vorgesehenen Beteiligungs- und Aktivierungsstrukturen gleichsam bottom-up mit Leben zu erfüllen. In Hattersheim war das Stadtteilbüro als intermediäre Instanz mit dem in der programmatisch-konzeptionellen Debatte favorisierten Tandem aus „Gemeinwesenarbeit + Stadtplanung“ (jeweils eine ganze Stelle) besetzt. Die beiden Mitarbeiterinnen arbeiteten als Team vor Ort im Stadtteilbüro und sind dort regelmäßig präsent und für die BewohnerInnen ansprechbar. Aktivierung von Beteiligungsprozessen wird von beiden Mitarbeiterinnen betrieben, die Stadtplanerin managte vor Ort die Bauprojekte in Zusammenarbeit mit dem Referat für Bauen, Planen, Umwelt. Der Wandel in der Zusammensetzung im Team zeigt, dass in Fragen der Beteiligung stärker auf bestimmte Gruppen zugegangen werden muss. Damit wird auch der Charakter der Arbeit als Soziale Arbeit verstärkt. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die städteplanerischen Projekte weitgehend abgewickelt oder durchgeplant waren.

Die primäre Aufgabe des Stadtteilbüros bestand in der ersten Phase in einer *Aktivierung zur Beteiligung* an den anstehenden städtebaulichen Planungs- und Entwicklungsprozessen.

Diese sind weitgehend abgeschlossen. Die Bereiche Bildung und Beschäftigung waren zwar Themen in den Gesprächen, nicht aber gezielt Gegenstand der Aktivierung und Beteiligung. Sie spielen auch in der gegenwärtigen Phase nur die Rolle, die sie im Rahmen von Gemeinwesenarbeit spielen können und sind nicht eigene Ziele der Stadtteilentwicklungspolitik der Kommune. Die starke Stellung des Gemeinwesenarbeitsanteils am Standort bringt aber auch die Grenzen dieses Ansatzes mit sich. Diese werden mit einem dauernden Rennen gegen die Richtung einer Rolltreppe beschrieben, wenn die Rolltreppe nicht durch andere Maßnahmen zum stehen gebracht werden kann. Die Realisierung der Projekte der sozialen Infrastruktur (Spielplätze, Verbindungen zu Stadt, Ruheraum, Gemeinschaftsflächen) werden dazu nicht ausreichen.

Der Runde Tisch als niederschwelliges Forum ist das zentrale Beteiligungsgremium, das regelmäßig (ca. 10 mal im Jahr) tagt und für alle Akteure im Stadtteil offen ist. Ergänzt wurde der Runde Tisch durch projektbezogene temporäre Beteiligungsstrukturen (Befragung, Impuls- und Planungswerkwerkstätten, Stadtteilsparziergänge, Spielplatzgestaltung). Auf Wahlgremien, wie Beiräte usw. wurde bewusst verzichtet, da hier selektive Mechanismen der Zusammensetzung greifen und Aktivierung durch die Einrichtung einer zuständigen Institution unnötig wird. Die Einrichtung solcher Gremien ließe sich auch nicht auf einen Stadtteil beschränken, eine generelle Einführung, z. B. von Ortsbeiräten wird politisch aber nicht gewollt, sie wären auch kein Gegenstand von Aktivierung mehr. Die professionellen Akteure achten zwar darauf, dass am Runden Tisch alles Wichtige besprochen wird, verlassen sich aber nicht auf ihn als einzige Quelle von Anregungen und Wünschen. Diese kommen sowohl aus der Verwaltung, als auch vom Stadtteilbüro und anderen Aktionen der Aktivierung, vor allem aus der aktivierenden

Befragung. Der Runde Tisch wird ohne diese anderen Anregungen und Aktivitäten alleine nicht mehr seine jetzige Funktion ausfüllen können.

Nach einer ersten Phase der Aktivierung ist nun eine Phase der Konsolidierung und Stabilisierung eingetreten. Ob die erreichte Anzahl zwischen 30 und 40 BewohnerInnen, die jeweils relativ kontinuierlich am Runden Tisch mitarbeiten, angesichts der Zahl betroffener BewohnerInnen als ausreichend betrachtet werden sollte, kann z. Z. noch nicht beurteilt werden. Die genannten Zahlen entsprechen in etwa den bisherigen Erfahrungen bei solchen Projekten, liegen vielleicht sogar etwas darüber, allerdings müsste dies auch mit dem dafür geleisteten Aufwand in Beziehung gesetzt werden.

Die notwendige Phase der Konsolidierung bringt das Risiko mit sich, dass bisher unbeteiligte BewohnerInnen nur schwer Zugang finden und gewisse Schließungsprozesse (closed-shop-Phänomen) stattfinden. Wie hier der Weg zwischen Stabilisierung und weiterer Öffnung gefunden wird, lässt sich im Augenblick noch nicht abschätzen. Unabdingbare Grundlage werden hier allerdings Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeitsstrukturen sein, die es den Unbeteiligten regelmäßig ermöglichen, einen Einblick in die jeweils aktuelle Entwicklung zu bekommen. Da kein Gremium oder keine Initiative das Monopol auf Beteiligung hat, werden diese Schließungsprozesse in ihrer Bedeutung relativiert, allerdings auch die Rolle der professionellen Akteure gestärkt.

Die Selektivität der Beteiligung wird vom Stadtteilbüro deutlich benannt: „Es engagieren sich die sowieso schon Aktiven“. Als Problem wird auch die Beteiligung von ausländischen Mitbewohnern formuliert, die auch zukünftig verstärkt durch zielgruppenspezifische Aktionen angesprochen werden sollen.

Für den Aspekt der Prozessentwicklung ist insgesamt wichtig, dass die Akteure vor Ort die selbst gesteckten Ziele in regelmäßigen Abständen überprüfen und hier auch Verfahren der Selbstevaluation und des Monitorings installieren. Hier hat Hattersheim mit einem von der Steuerungsgruppe *zu Beginn* der Entwicklung formulierten Szenario, wo der Stadtteil Ende 2003 stehen soll, ein Instrument entwickelt, das eine Ausgangsbasis für eine Selbstevaluation darstellt. Die Notwendigkeit dazu wird allerdings z. Z. nicht gesehen. Der hohe Konsens zwischen allen Beteiligten und die Überschaubarkeit der Szenerie und die enge Koppelung an Verwaltung und Politik machen in den Augen der Beteiligten eine eigenständige Evaluation überflüssig. Hier kann nur auf die Gefahr hingewiesen werden, dass es auch blinde Flecken im Konsens geben kann.

2.3 Wetzlar – Silhöfer Aue / Westend

2.3.1 Vorgehen

Im ersten Bericht der Begleitforschung für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2001 wurde auf der Basis des zur Verfügung gestellten schriftlichen Materials eine erste Bestandsaufnahme über Konzept, Struktur und aktuellen Stand der Bewohnerbeteiligung und Aktivierung erstellt.

Die Analyse der schriftlichen Materialien mündete - wie in Hattersheim - in einen Katalog von offenen Fragen, der in der zweiten Phase in einem zweistündigen explorierenden Interview, an dem die Mitarbeiterin des Stadtteilbüros und der städtische Koordinator der AG Silhöfer-Aue teilnahm, vor Ort im Stadtteilbüro erörtert wurde. Ein zweites Interview wurde mit dem beauftragten externen Planer, der für die städtebauliche Planung und Entwicklung des Projektes „Soziale Stadt“ zuständig ist, in seinem Planungsbüro in Bensheim-Auerbach durchgeführt.

Der im ersten Teilbericht formulierte Fragenkatalog diente dabei als Gesprächsleitfaden, der vom Interviewer als Orientierungsrahmen der Gesprächsführung eingesetzt wurde. Für das Interview galten die gleichen methodischen Grundlagen wie in Hattersheim.

Die explorativen Interviews zielten auf

- den Handlungsrahmen, die Entscheidungsmaximen und das Selbstverständnis des Stadtteilbüros und des beauftragten Stadtplaners
- das bisherige Erfahrungswissen und mögliche Faustregeln, die sich aus der alltäglichen Arbeit herauskristallisiert haben
- das Wissen, das aus speziellen Projekten gewonnen wird und
- das Wissen über Bedingungen, die zu Schwierigkeiten oder Hemmnissen führen.

Thematisch bezogen sich die einzelnen Fragen dabei auf

- die Schnittstellen Lenkungsgruppe/AG Silhöfer Aue/Stadtteilbüro/Planungsbüro/ Stadtbezirkskonferenz/Stadtbezirksbeirat/Politik
- auf den Zusammenhang zwischen Aktivierung in einzelnen Projekten und der Arbeit des Stadtbezirksforums und des Stadtbezirksbeirates
- die Frage, wie weit Themen der baulichen Gestaltung dominant sind
- auf die Informationskanäle, über die die BürgerInnen von der Arbeit des Stadtteilbüros erfahren
- auf Vorstellungen der Mitarbeiterinnen über Nachhaltigkeit, Empowerment, Erfolgskriterien und Schwierigkeiten.

Der Begleitforschung wurden zusätzliche schriftliche Materialien überlassen. Der Berichtsentwurf wurde im Dezember 2002 in einem ausführlichen Gespräch, an dem die Mitarbeiterin des Stadtteilbüros, der städtische Koordinator der AG Silhöfer-Aue, der externe Planer und Vertreter des Stadtplanungsamtes teilgenommen haben, erörtert und validiert. Am 7.9.2004 fand ein weiteres Gespräch mit demselben Kreis statt, in dem es um die bis dahin gemachten neueren Erfahrungen und Einschätzungen ging.

In der folgenden Falldarstellung sind die Ergebnisse der ersten Bestandsaufnahme, die der vertiefenden Interviews und die beiden Gespräche zu einem Gesamtbild zusammengefasst.

2.3.2 Ausgangslage

In vielerlei Hinsicht prägend für den Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend sind einerseits das Leitzwerk am Eingang des Gebietes und andererseits, stadtauswärts, die ehemalige Sixt-von-Armin-Kaserne. Zwischen diesen beiden Polen entwickelten sich nach 1936 bis in die Gegenwart die Besiedlung/Bebauung und die sozialen Strukturen.

Zu Zeiten der Bundeswehr-Nutzung wohnten und lebten viele Angehörige der Streitkräfte in den an das Kasernengelände angrenzenden Wohngebäuden. Dies galt bis zum Abzug der Bundeswehr und der Mehrzahl ihrer Angehörigen aus Wetzlar im Jahre 1992. Danach wurden neben sozialstrukturellen Problemen (in den leerstehenden Gebäuden der Kaserne wurden über einen mehrjährigen Zeitraum Asylbewerber und bosnische Flüchtlinge untergebracht, die freiwerdenden Wohnungen im umliegenden Gebiet wurden vielfach von einkommensschwachen Mietern belegt, starker Ausländer- und Spätaussiedler-Zuzug) auch räumliche Diskrepanzen deutlich: Das Gebiet Silhöfer Aue und die Fläche der ehemaligen Kaserne stellten bis 1992 und auch bis zum heutigen Zeitpunkt zwei räumlich und städtebaulich gesehen streng voneinander getrennte Gebiete dar, wobei der Bezirk insgesamt als heterogen zu beschreiben ist. Auffällig ist, dass es keinen räumlichen und sozialen Mittelpunkt gibt und kaum Vereinsstrukturen vorhanden sind.

Im Wohngebiet leben ca. 2100 Personen, von denen knapp 23 % Nichtdeutsche (Gesamt-Wetzlar 14,6 %) und eine größere Zahl Spätaussiedler sind. Das Wohn- und Gewerbegebiet ist ausgewiesen als dasjenige mit den höchsten Graden an sozialen Auffälligkeiten innerhalb Wetzlars und einem hohen Bedarf an städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Probleme mit der Sicherheit im öffentlichen Raum, eine hohe Anzahl an Jugendgerichtshilfefällen sowie der interkulturelle Integrationsbedarf sind einige dieser Problemfelder. Das Programm „Soziale Stadt“ will durch strategisches Vorgehen die Entwicklung im Stadtteil positiv beeinflussen und eine soziale Stabilisierung vorantreiben.²⁸

Stand 1995 ²⁹	Quartier	Gesamtstadt
Fläche	98 ha	Keine Angaben
Einwohnerzahl	2.200	53.042
Migrantenanteil	22,8 %	14,6 %
davon Aussiedler	ca. 15 - 20%	Keine Angaben
Arbeitslosenquote	(nicht erhoben)	14,2
Lage des Quartiers	Innenstadtrand	

Die Sozialplanung hat 1998/99 einen Sozialstrukturatlas vorgelegt, der Daten zur Sozialstruktur nach Stadtbezirken enthält. Die verschiedenen Indikatoren wurden in vier Klassen aggregiert, von Klasse 1 (überwiegend gute Lebenslagen, kaum Auffälligkeiten)

²⁸ Diese Beschreibung basiert auf der Darstellung im Rahmenplan: Stadt Wetzlar, Rahmenplan und Entwicklungskonzept Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend, Wetzlar 2002, S. 8f

²⁹ Diese Zahlen wurden entnommen: Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU), Ergebnisse der Befragung der am Programm „Soziale Stadt“ teilnehmenden Gebiete in Hessen, hier: Kurzprofil Wetzlar. Arbeitspapier. Berlin 2000

bis Klasse 4 (Häufung von ungünstigen Lebenslagen, Häufung von Auffälligkeiten). Der Stadtbezirk Silhöfer Aue gehört zur Klasse 4.

2.3.2.1 Zielsetzung

Die Stadt Wetzlar wurde 1999 in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Im Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung (29.11.1999) zum Programm „Soziale Stadt“ werden folgende städtebauliche, soziale und wirtschaftliche Ziele für den Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend genannt:

“Ziel für jegliche Interventionen im Gebiet Silhöfer Aue/Westend muss sein

- die Verknüpfung des gesamten Gebietes Silhöfer Aue/Westend inkl. ehem. Kaserne
- die soziale Erosion zu stoppen
- die Stärkung der Selbsthilfekräfte und die Stärkung der lokalen Identität der BewohnerInnen, der
- Gewerbetreibenden und sonstiger Institutionen zu erreichen“.

Teilziele:

- Schaffung eines bisher nicht vorhandenen Mittelpunktes für den gesamten Stadtbezirk („Stadtbezirkszentrum“)
- Verbesserung des Wohnumfeldes insbesondere im Gebiet der ehemaligen Kaserne und der angrenzenden Mehrfamilienhausbebauung
- Ausweisung und Entwicklung der Ein- bis Zweifamilienhausbebauung (auch Reihenhäuser) für junge Familien
- Renovierung und Aufwertung der Mehrfamilienhäuser an der Braunfelser Str. und der Straße „Silhöfer Aue“
- Teilentkernung, Sanierung und Entflechtung im Bereich der Mischbau- und Gewerbeflächen an der Ernst-Leitz-Str.
- Verringerung der Zahl der SozialhilfebezieherInnen und der Arbeitslosen
- Erhöhung der Zahl der einkommensstärkeren Haushalte
- Stärkung der Familien und ihrer Erziehungsaufgaben
- Ausbau der regelmäßigen Angebote für Kinder und Jugendliche
- Stärkung bzw. Aufbau eines Vereinslebens”.³⁰

Auf Aktivierung und participationsstrukturen wird in der Begründung zum Grundsatzbeschluss eingegangen:

„Ein Weg zur Aktivierung der BewohnerInnen und zur Stärkung der Eigenverantwortung ist:

- die Einrichtung eines Stadtteilmanagements,
- die Förderung selbsttragender BewohnerInnenorganisationen und stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze,
- die Förderung von BürgerInnenengagement durch Beteiligung und Mitbestimmung an Maßnahmen, die zur Stärkung der Identität des Stadtteils beitragen,
- die Förderung von Gemeinschaftsinitiativen, Selbsthilfeprojekten und Vereinsarbeit“³¹

³⁰ Zitiert aus dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29.11.1999

³¹ ebd.

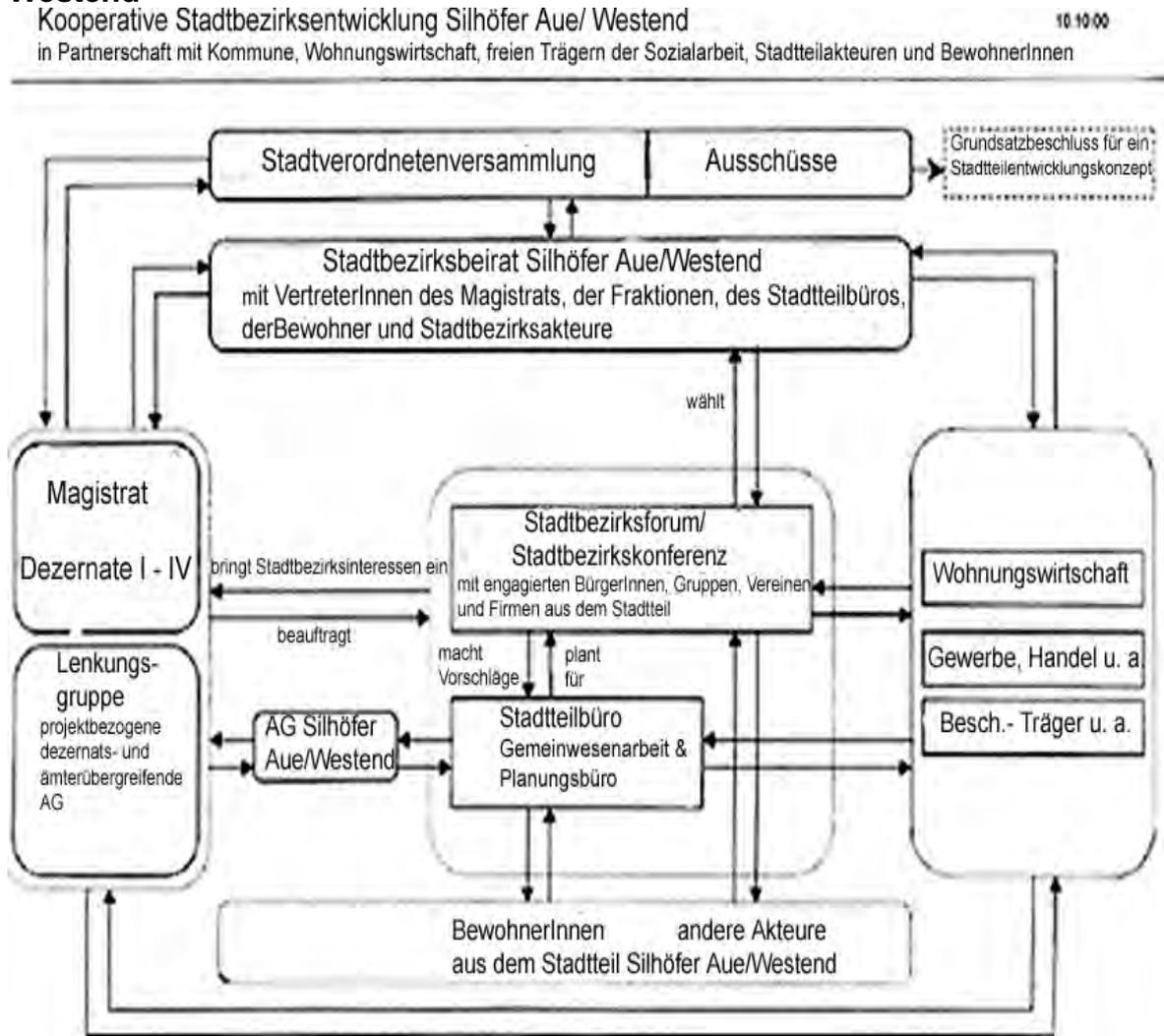
Explizit wird formuliert, dass ein Unterstützungs- und Beratungsangebot und Hilfestrukturen durch ein Stadtteilbüro vor Ort geschaffen wurden, „um die Beteiligung auf eine breite Basis zu stellen und auch gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, die sonst am Rande stehen.“³²

Aus der der Begleitforschung vorliegenden Aufstellung der vergebenen Fördermittel des Bund-Länder-Programmes „Soziale Stadt“ in den Programmjahren 1999-2002 geht hervor, dass die Stadt Wetzlar in diesem Zeitraum Fördermittel in Höhe von 2.204.066 € erhalten hat, die Gesamtkosten der Maßnahmen sind mit 3.199.191 € angegeben.

2.3.3 Stadtteilmanagement

Mit dem Schaubild „Kooperative Stadtbezirksentwicklung Silhöfer Aue/Westend“ hat das Stadtteilmanagement Organisationsstruktur und Handlungsrahmen des Programms „Soziale Stadt“ abgebildet.

Schaubild: Kooperative Stadtbezirksentwicklung Wetzlar – Silhöfer Aue/ Westend



³² ebd.

2.3.3.1 Stadtteilbüro

Das Stadtteilbüro ist seit 1.6.2000 mit der Gemeinwesenarbeit im Kontext des Projektes „Soziale Stadt“ beauftragt. Es ist mit einer vollen Stelle besetzt, die sich zwei pädagogische MitarbeiterInnen teilen (jeweils 50%). Anstellungsträger ist der Caritasverband, der auch die Dienst- und Fachaufsicht hat. Die Aufgaben des Stadtteilbüros sind wie folgt beschrieben:

”Gemeinwesenarbeit/Sozialarbeit im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ - Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Aufgabe des beauftragten Caritasverbandes für den Bezirk Wetzlar e.V. ist die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, die Sicherung der Bürgermitwirkung und die Verbesserung des Stadtteillebens. Hierzu gehören:

- die Förderung stabiler nachbarschaftlicher sozialer Netze
- die Förderung von Bürgerengagement durch Beteiligung und Mitbestimmung an Maßnahmen, die zur Wohngebietsidentität und Wohngebietsverbesserungen beitragen
- die Förderung von Gemeinweseninitiativen, Selbsthilfeprojekten und Vereinsarbeit
- die Geschäftsführung der Stadtbezirkskonferenz (nach entsprechender Beauftragung)
- die Koordination und Förderung von Planungen und Projekten von sozialen Dienstleistern (Verbände, Vereine), gemeinnützigen Vereinen und der Kirchen im Stadtbezirk
- die Vermittlung einzelner Planungsschritte und Bauvorhaben an die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtbezirks (gemeinsam mit dem Planungsbüro und dem/der städtischen Beauftragten)
- die Vertretung von Bewohnerinteressen gegenüber den Projektpartnern und den städtischen Gremien (abgestimmt mit Stadtbezirkskonferenz)”³³

Die interviewte Mitarbeiterin beschreibt die Rolle des Stadtteilbüros als „Anwalt, Assistenz für BürgerInnen, Vermittler zwischen Verwaltung, Planer und BürgerInnen, Übersetzer von Plänen und Planungsgrundlagen, die die BürgerInnen oft nicht lesen/nachvollziehen können“. Die BürgerInnen sollen aber „nicht abhängig werden“. Die Mitarbeiter des Stadtteilbüros haben einen ständigen Sitz in der AG Silhöfer Aue, sind beratend im Stadtteilbeirat vertreten und führen die formalen Geschäfte der Stadtbezirkskonferenz (Einladung, Protokoll).

Planungsbeauftragter

Im Schaubild „Kooperative Stadtbezirkentwicklung Silhöfer Aue/Westend“ ist dem Stadtteilbüro ein Planungsbüro zugeordnet, so dass für Außenstehende der Eindruck entstehen kann, es handle sich hier um eine organisatorisch und räumlich eng verbundene Einheit. Dieser erste Eindruck muss differenziert werden. Mit der städtebaulichen Planung wurde - nach einer öffentlichen Ausschreibung - im August 2000 ein externes Planungsbüro vom Magistrat beauftragt, das den Rahmenplan und ein Stadtentwicklungskonzept entwickelt und die städtebauliche Verfahrensbegleitung übernimmt.

Der Planer dieses externen Planungsbüros ist Stadtbauarchitekt und Stadtplaner und noch an anderen HEGISS-Standorten (wie Maintal, Stadt Allendorf, Langen) tätig.

³³ Zitiert aus der der Begleitforschung überlassenen Aufgabenbeschreibung

Aus seiner Sicht kooperiert er eng mit dem Stadtteilbüro und ist auch in der AG Silhöfer Aue (der eigentlichen Lenkungsgruppe) vertreten. Er hat sein Büro aber nicht vor Ort und ist nicht regelmäßig im Stadtteilbüro präsent. Aus der Sicht der Begleitforschung ist damit das System der Gemeinwesenarbeit mit dem System der Planung in Wetzlar - im Vergleich zu Hattersheim - organisatorisch weniger eng gekoppelt. Beide Seiten schildern die Zusammenarbeit als sehr gut, weil es eher auf die Kooperationsbereitschaft ankomme als auf die Organisationsstrukturen.

Der externe Planer hat den Rahmenplan entworfen, der Ende 2002 veröffentlicht wurde und mittlerweile in Beteiligungsgremien vorgestellt und diskutiert wird. Nach dem Selbstverständnis des Planers handelt es sich um eine anwaltschaftliche Planung.

Der externe Planer teilt die Einschätzung, dass die Stadt Wetzlar die Stadtentwicklung und die Bürgerbeteiligung in der Silhöfer Aue durch klare Rahmen- und Beteiligungsbedingungen vorstrukturiert und durch die Einrichtung eines Koordinationsbüros im Dezernat Jugend und Soziales, das auch die Arbeit der AG Silhöfer Aue koordiniert, das zentrale Steuerungszentrum geschaffen wurde.

Das Interview hat die Vermutung bestätigt, dass bei der Einschätzung des Projektes „Soziale Stadt“ die Vorgeschichte eine wichtige Rolle spielt. Im Kern der städtebaulichen Aufwertungs-Bemühungen steht ein seit 1992 leerstehender Kasernenbereich, dessen Konversion im Kontext anderer städtebaulicher Förderprogramme und Maßnahmen nicht realisiert werden konnte. Die Kasernengebäude sollen nun zum Großteil abgerissen und das Gelände soll für eine Neubebauung mit Wohnungen (Ein- bis Zweifamilienhausbebauung, auch Reihenhäuser für junge Familien) und entsprechender Infrastruktur genutzt werden.³⁴ Durch die Neubebauung soll auch attraktiver Wohnraum für einkommensstärkere Familien geschaffen werden, um so eine ausgewogenere soziale Mischung im Stadtteil herzustellen. Werden diese Vorstellungen realisiert, wird der Stadtteil durch Zuzug um ca. 800 Einwohner wachsen.

Bereits vor Beginn des Programms „Soziale Stadt“ existierte ein Bebauungsplanentwurf, der durch einen anderen vom Planungsamt beauftragten Planer erstellt wurde, allerdings noch nicht mit einer „Bürgerbeteiligung“ im Sinne der Sozialen Stadt. Damit war - so der externe Stadtplaner- in mehrfacher Hinsicht „ein unglücklicher Einstieg“ in das Projekt „Soziale Stadt“ gegeben, da der neu zu erarbeitenden Rahmenplan vor allem bei den Vorstellungen zur Flächenutzung mit dem bestehenden Bebauungsplanentwurf konfligierte und durch die angelaufene Bürgerbeteiligung (Planungswerkstatt) letztlich stärker „legitimiert“ ist. Die Stadt hat deshalb beschlossen, den bis dahin gültigen Bebauungsplan zu überarbeiten. Rahmenplan und Bebauungsplan wurden parallel entwickelt.

Diese Entwicklung prägt die Situation im Stadtteil natürlich auch auf Bewohnerseite. Die BürgerInnen haben bis zum Beginn des Programms „Soziale Stadt“ die Erfahrung gemacht, dass ohne sie geplant wurde. So wurde in der Vergangenheit z. B. schrittweise

³⁴ Diese Aussage des Planers wird durch den mittlerweile vorliegenden Rahmenplanentwurf bestätigt, vgl. dort S. 93 f.

Gewerbe angesiedelt, ohne dass sie an der Planung beteiligt waren³⁵. Sie sind deshalb skeptisch und fragen nach ihrem Mitwirkungsspielraum.

Für den Planungsprozess und die Mitwirkung - so der Stadtplaner - ist es deshalb bedeutsam, dass Vertrauen in den Beteiligungsprozess dadurch entsteht, dass die Mitwirkung sich nicht darauf beschränkt, dass die BürgerInnen mitbestimmen können ob „Ulmen oder Buchen“ gepflanzt werden, sondern sie an der Entwicklung der Gesamtplanung partizipieren können und diese für sie transparent verläuft.³⁶

Wieweit dieser Anspruch in Zukunft praktisch eingelöst wird und welche Reichweite und Ergebnisoffenheit Mitwirkungsprozesse vor dem Hintergrund einer Planung, die sich als anwaltschaftlich versteht, tatsächlich bekommen, ist eine zentrale Frage. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es nicht ohne z. T. heftige Diskussionen und Konflikte geht und sich die BewohnerInnen auch nicht immer durchsetzen, die Beteiligungsbereitschaft aber zumindest noch nicht darunter leidet. Dies wird auf eine härtere Probe gestellt, wenn sich die Ansprüche nicht mehr so ohne weiteres vereinbaren lassen.

Nach Auffassung des beauftragten Planers müssen die BürgerInnen zur Mitwirkung aber erst aktiviert werden, um Vertrauen in die Beteiligung aufzubauen, das nicht von selbst entsteht oder vorauszusetzen ist. Diese Aktivierung managt das Stadtteilbüro aus seiner Sicht erfolgreich. Besonders ist es ihm gelungen, BürgerInnen für die Arbeit in den Gremien zu gewinnen, vor allem für die Bezirkskonferenz.

Als Gefahr sah er anfänglich, dass bei der Aktivierung vom Stadtteilbüro zu viele „Fässer aufgemacht“ werden, die möglicherweise Erwartungen bei den BürgerInnen wecken, die später nicht erfüllt werden können. Diese Gefahr war aber nicht gegeben. Eine Reihe von Anregungen und Wünschen wurde von den BewohnerInnen nicht weiter verfolgt oder erwiesen sich als nicht sonderlich relevant. Es sei wichtig, Einzelideen und Aktionen immer wieder auf den Kontext der Gesamtplanung und Gesamtentwicklung zu beziehen und zu überprüfen, ob diese Aktivitäten der geplanten Entwicklung förderlich sind³⁷.

2.3.3.2 Lenkungsgruppe

Die eigentliche Funktion einer Lenkungsgruppe liegt bei der **AG Silhöfer Aue**. Ihre zentralen Aufgaben sind die

- Begleitung, Koordination und Umsetzung des Leitprogramms

³⁵ Das wird auch auf der zweiten Bezirkskonferenz im Juni 2001 deutlich. „Unter Verschiedenes wurde es noch einmal spannend. Ganz deutlich wurde hier formuliert, dass mittlerweile genug Gewerbe angesiedelt sei. Ein Mischgebiet Gewerbe/Wohnen werde klar bejaht, doch solle eine gesunde Mischung gefunden werden.“ (Wetzlarer Neue Zeitung 28.6.2001)

³⁶ Ein aktuelles Beispiel zeigt, dass dieser Prozess nicht immer widerspruchsfrei verläuft: die Ansiedlung einer Tankstelle, die nach dem Rahmenplan zulässig war, wurde von der Stadtverwaltung zugesagt. Dies führte zu einer heftigen Debatte zwischen den Vertretern der Verwaltung und den Bewohnervertretern, bei der auch grundsätzliche Fragen der Transparenz und des Stellenwertes der Bewohnerbeteiligung für Planungsentscheidungen angesprochen wurden.

³⁷ Diese Aussage indiziert einerseits das hohe Engagement des Stadtteilbüros. Andererseits ist hiermit auf ein Problem verwiesen, das offensichtlich auch bei anderen Standorten virulent ist. B. Reimann (2001, S. 16) hat dies in ihrem persönlichen Zwischenresümee über ihre Tätigkeit in Berlin-Marzahn so formuliert: „Letztlich sollten alle Akteure die Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes als Grundlage der eigenen Arbeit nicht damit verwechseln, alle Probleme und Themen im Stadtteil angehen und lösen zu wollen. Dies ist ein falsches Verständnis von Ganzheitlichkeit. Es muss daher verstärkt darüber diskutiert werden, wie integrierte Konzepte wachsen und gleichzeitig konzentriert werden können.“

- Bündelung der Aktivitäten, der Ideen und des Know-hows aller Beteiligten
- Vorbereitung der Entscheidung
- Verbindung zu externen Partnern.

Die Leitung der AG liegt beim Bürgermeister für Soziales, ständige Mitglieder sind die Stadtplanung, das Jugendamt/ASD, das Sozialamt, das Stadtteilbüro, das Planungsbüro und bei Bedarf das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, die Wirtschaftsförderung, das Planungs- und Hochbauamt, das Stadtbetriebsamt, die Wohnungsbaugesellschaften, die Beschäftigungsträger u.a. Die AG wird von einem städtischen Mitarbeiter koordiniert, dessen Arbeitsschwerpunkt hier liegt³⁸. Das Stadtteilmanagement und der externe Planungsbeauftragte sind als sogenannte „ständige Externe“³⁹ dem Gremium zugeordnet und nehmen in dieser Rolle an den Sitzungen teil.

Was im Schaubild „Kooperative Stadtbezirkentwicklung Silhöfer Aue/Westend“ (s.o. 2.3.2) mit dem Begriff „Lenkungsgruppe“ gekennzeichnet wird, bezeichnet - nach Information der Interviewten - nur ein verwaltungsinternes Vor-Abstimmungsverfahren der Dezernenten, die sich „bei Bedarf“ treffen, um bestehende (unterschiedliche) Positionen zwischen den Dezernaten „vorzuklären“.

2.3.3.3 Stadtbezirkskonferenz

Die Stadtbezirkskonferenz wurde im November 1999 gegründet, sie ist ein offenes Forum für alle BürgerInnen, Gruppen, Vereine und Firmen im Stadtteil, das über die Belange des Stadtteils berät und Voten, Meinungen und Einschätzungen abgibt, aber keine formalisierte Mitsprache oder Mitbestimmungsrechte hat. Das Forum ist einem Runden Tisch vergleichbar und tagt zurzeit alle 6 Wochen. Mittlerweile nehmen regelmäßig ca. 10 - 15 BürgerInnen teil, zu manchen Themen auch sehr viel mehr. Dies ist auch ein Ergebnis der Aktivierungsarbeit des Stadtteilbüros. Mitglieder der Verwaltung nehmen nur auf Anfrage hin an der Konferenz teil. Es besteht also ein geschützter Raum für die BewohnerInnen, um ihre Interessen zu artikulieren und zu beraten.

Der Begleitforschung liegt ein Protokoll der Stadtbezirkskonferenz vom 20.6.2001 vor. Dort stehen Themen der städtebaulichen Entwicklung (Ergebnisse der Planungswerkstatt vom April 2001) im Vordergrund.

2.3.3.4 Stadtteilbeirat

Als zentrales Mitwirkungs- und Beteiligungsgremium der BürgerInnen ist in Wetzlar ein Stadtteilbeirat eingerichtet worden, der sich im November 2001 konstituiert hat. Im Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Programm „Soziale Stadt“ wird die Aufgabe allgemein umschrieben:

„Der Beirat soll als „Runder Tisch“, mit allen Akteuren aus dem Stadtteil, den Vertreterinnen der Kommunalpolitik und den Spitzen der Verwaltung die Aufgaben im Rahmen der sozialen Stadterneuerung erörtern und möglichst im Konsens entscheiden. Ziel ist es, die gemeinsame Verantwortungsbereitschaft zu erhöhen, realitätsnahe Lösungen zu entwickeln und neue Ressourcen zu erschließen.“⁴⁰

Der Stadtteilbeirat ist eine Kommission gemäß § 72 HGO und berät den Magistrat bei öffentlichen Aufgaben der Neugestaltung und Entwicklung des Stadtteils. Er besteht aus 5

³⁸ Siehe auch Erster Teilbericht, S. 54.

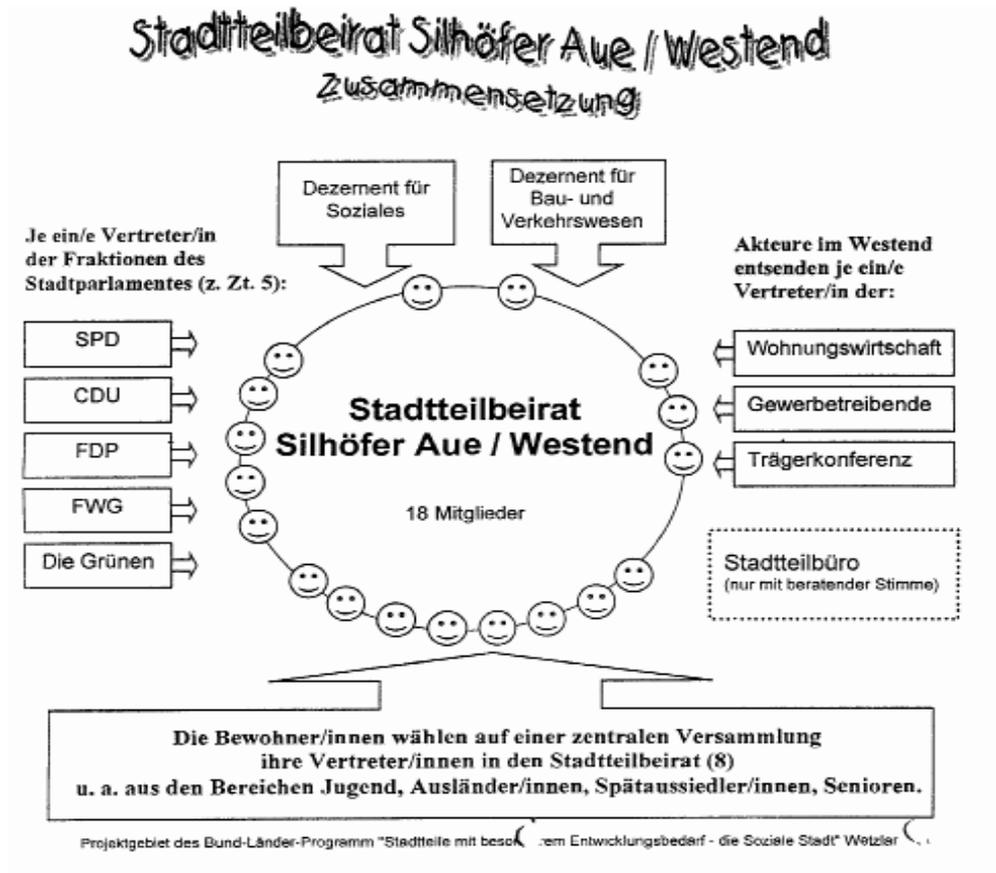
³⁹ So die Formulierung in der Aufgabenbeschreibung der AG Silhöfer Aue.

⁴⁰ Zitat aus dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29.11.1999

Vertretern der Parteien, 8 gewählten Vertretern der BewohnerInnen und je einem entsandten Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Gewerbetreibenden und der Trägerkonferenz. Das Stadtteilbüro nimmt mit beratender Stimme teil, der Vorsitz wird vom Dezernenten für Soziales und dem Dezernenten für Bau- und Verkehrswesen wahrgenommen.⁴¹ Die Beiratsmitglieder haben wenig Einfluss auf Termine und Ablauf, was nicht so positiv ist und die Dominanz der Verwaltung zeigt. Angesichts des ohnehin vorhandenen Informationsvorsprunges der Verwaltung wäre nach Ansicht der Gesprächspartner ein neutraler Vorsitzender vielleicht besser.

Die Kandidaten für die BewohnervertreterInnen wurden in einer Urwahl auf einer öffentlichen Versammlung mit ca. 50 – 60 Teilnehmern, von den BewohnerInnen des Stadtteils nach einem Repräsentationsprinzip gewählt⁴², das VertreterInnen aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (4 BewohnervertreterInnen, 1 VertreterIn Nicht-Deutsche, 1 VertreterIn Spätaussiedler, 1 VertreterIn Senioren, 1 VertreterIn Jugendliche) verbindlich festlegt. Dadurch soll gewährleistet werden, dass VertreterInnen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Beirat repräsentiert sind und sich nicht die sowieso schon Aktiven und Dominanten durchsetzen. Die von den BewohnerInnen gewählten Kandidaten wurden der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen und von dieser bestätigt.

Geplant sind mindestens 4 Sitzungen pro Jahr.



⁴¹ Siehe Schaubild auf S. 55 im Ersten Teilbericht.

⁴² Und nicht von der Stadtbezirkskonferenz, wie es das Schaubild "Kooperative Stadtbezirkentwicklung Silhörer Aue/Westend" nahelegt. Die Kandidatenaufstellung erfolgte wiederum auf einer Stadtbezirkskonferenz.

Die Beiratssitzungen waren zunächst öffentlich und es besteht eine Selbstverpflichtung des Magistrats, alle geplanten Maßnahmen im Stadtteil zunächst im Stadtteilbeirat zu erörtern, bevor der parlamentarische Weg der Beschlussfassung beschritten wird. Diese Selbstverpflichtung und die Teilnahme der Parteienvertreter im Beirat sichern auch den politischen Konsens in der Stadtverordnetenversammlung. Durch die Teilnahme der Bewohnervertreter haben die Vorschläge auch ein stärkeres politisches Gewicht. Die Öffentlichkeit wurde anlässlich einer sehr turbulenten Sitzung über die Ansiedlung einer Tankstelle wieder abgeschafft, weil die Politik einen geschützten Beratungsraum ohne Störungen und sofortige Informationsweitergabe nach draußen haben wollte.

Aus den der Begleitforschung vorliegenden Protokollen der ersten beiden Sitzungen aus dem Jahr 2002 geht hervor, dass sich der Stadtteilbeirat bisher vor allem mit Fragen der Verkehrsplanung, der Entwicklung des Nachbarschaftszentrums und dem Förderantrag „Soziale Stadt 2002“ befasst hat.

Auf der ersten Sitzung des Beirates kam es nach Auskunft der Interviewten offensichtlich zu einer „Enttäuschung“ auf Seiten der Bewohnervertreter, da der Dezernent für Soziales wohl sehr „unmissverständlich und direkt“ den Beiratsmitgliedern die Grenzen ihrer Einflussmöglichkeiten erläutert hat, die in der beratenden Funktion des Beirates liegen. In einem direkten Gespräch zwischen Dezernenten und Bewohnervertretern konnte die Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit wiederhergestellt werden.

Die Mitarbeiterin des Stadtteilbüros hat die Bewohnervertreter zu diesem „klärenden Gespräch“ ermutigt, das die verärgerten Bewohnervertreter zunächst nicht führen wollten. Vom Stadtteilbüro wird diese Erfahrung als Beispiel genannt dafür, dass bei der Entwicklung von Beteiligung und Partizipation *alle* lernen müssten, nicht nur die BürgerInnen.

Die VertreterInnen der BewohnerInnen im Stadtteilbeirat engagieren sich auch in der Stadtbezirkskonferenz, was den Informationsfluss zwischen diesen Gremien gewährleistet und verhindert, dass sich die BewohnervertreterInnen von ihrer Basis entfernen. Vor den Beiratssitzungen finden regelmäßig Vorbesprechungen statt, auf denen vor allem die festgelegten Gruppenvertreter ermutigt werden, ihre Anliegen vorzubringen. Es reicht nicht, diesen Gruppen einen Sitz zu reservieren, sie müssen auch lernen, wie man in Gremien arbeitet und seine Interessen vertritt.

2.3.4 Stand und Entwicklung weiterer Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren

Aktivierende Befragung

Nach dem Interview mit der Mitarbeiterin des Stadtteilbüros wurden der Begleitforschung die Ergebnisse der aktivierenden Befragung zu Verfügung gestellt, die im Zeitraum September 2000 bis April 2001 von den Mitarbeitern des Stadtteilbüros durchgeführt wurde. Die Untersuchung ist nicht repräsentativ. Die aktivierende Befragung sollte die Mitarbeiter des Stadtteilbüros, die gerade ihre Arbeit aufgenommen hatten, bekannt machen, über die geplanten Veränderungen und Beteiligungsmöglichkeiten informieren und Meinungen und Haltungen der BewohnerInnen eruieren.

Es wurde ca. 200 Interviews (!) vor Ort (Küchentischgespräche, Interviews auf der Straße und bei Veranstaltungen) geführt⁴³. Um Sprachbarrieren zu überwinden, wurde das Stadtteilbüro von kundigen Dolmetschern begleitet. Von den Befragten wurden zahlreiche Ideen und Anregungen zur Gestaltung des Wohnumfeldes, der öffentlichen Grün- und Freiflächen, der Straßenräume, der Wegeverbindung, der geplanten Neubausiedlung, Sport und Freizeit, Gewerbe und Nachbarschaftszentrum gemacht, die in der Dokumentation der Befragung dargestellt sind. Die Ergebnisse gingen bereits als erster Beteiligungsbeitrag über die Planungswerkstatt in die Beratungen zum Rahmenplan ein.

Das Stadtteilbüro resümiert:

„Besonders aufgefallen ist uns in den Gesprächen, dass die Mehrheit der Gesprächspartner nicht über die geplanten Veränderungen im Stadtteil informiert war, oft frustriert und resigniert ist:

- „Wir haben keine lokale Zeitung abonniert.“
- „Da werden seit Jahren immer wieder neue Pläne gemacht, aber es passiert nichts. Damit beschäftigen wir uns schon gar nicht mehr“.
- „Wir sollen uns beteiligen? Glauben Sie im Ernst, dass sich jemand für unsere Meinung interessiert?“
- „Die da oben machen doch, was sie wollen!“
- „Was ist uns nicht schon alles versprochen worden, gehalten wurde nichts!“
- „Wie viele Pläne die schon gemacht haben und doch ist nichts geschehen!“

Speziell in der Gruppe der russlanddeutschen Familien wurde häufig geantwortet:

- „Uns geht es besser als früher, was sollen wir uns denn noch wünschen!“
- „Wir sind zufrieden“.
- „Es wäre gut, wenn Fortbildungskurse hier im Stadtteil angeboten würden.“
- „Es wäre hilfreich, wenn es einen Ganztags-Kindergarten hier gäbe, damit beide Elternteile berufstätig werden können.“

Bei der Gruppe der türkischen und kurdischen Familien:

- „Tische und Bänke auf den Grünflächen wären schön“
- „Sprachkurse hier im Stadtbezirk“
- „Bisher sind wir noch nie nach unseren Wünschen gefragt worden“.⁴⁴

Hier werden nicht nur die unterschiedlichen Lebenssituationen und Kulturen und die damit verbundenen Interessen und Anspruchsniveaus im Stadtteil deutlich, sondern auch die Skepsis, die offensichtlich mit den bisherigen Erfahrungen im Stadtteil verknüpft ist und

⁴³ So die Aussage der Dokumentation. Nähere Angaben über die Zusammensetzung der Befragten werden nur bezogen auf die Nationalität gemacht: 70 Interviews wurden mit Russlanddeutschen gemacht, 20 mit türkischen/kurdischen Bewohnern. Ein kurzer Frageleitfaden, der die positiven Seiten, die Probleme und den Veränderungsbedarf aus der Sicht der Befragten thematisiert, diente den offen strukturierten Gesprächen.

⁴⁴ Ergebnisse der Bewohnerbefragung im Stadtteil Silhörer Aue / Westend, Dokumentation, Oktober 2001, S.25

nicht nur einem generellen dichotomischen Weltbild („Die da oben - wir da unten“) entspringt.

Die Mitarbeiter des Stadtteilbüros ziehen abschließend folgendes Fazit:

„Um Ergebnisoffenheit zu gewährleisten und Handlungsspielräume zu schaffen, bemühen wir uns, Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend frühzeitig in die Planung einzubinden. Denn wenn die „Beteiligung“ bereits zur Ideenfindung eingesetzt wird, werden spätere, aufwendige Änderungsverfahren für die planende Verwaltung überflüssig. Die Chance, dass durch diesen Prozess eine sozialkompetente Nachbarschaft entsteht, die mitwirkt bei Veränderungen, ist gegeben. Mit unserer Arbeit und die Befragung ist ein Teilbereich davon, möchten wir Kommunikation fördern. Wir wollen dazu beitragen, dass Konflikte verbalisiert und dadurch greifbar werden. Die Sprachlosigkeit muss überwunden und Resignation soll abgebaut werden. Wir hoffen, dass sich die Menschen in diesem Prozess der Zusammenarbeit wieder stärker mit ihrem Quartier identifizieren und sich damit auch mehr verantwortlich fühlen für ihr Wohnumfeld.“⁴⁵

Aus der Sicht der Begleitforschung enthält dieses Fazit implizit das Selbstverständnis und das konzeptionelle „Arbeitsprogramm“ des Stadtteilbüros: Rechtzeitig beteiligen, Kommunikation fördern, Konflikte verbalisieren, Sprachlosigkeit überwinden, Resignation abbauen, Identifikation und Verantwortung stärken.

Mit der intensiven und umfangreichen aktivierenden Befragungsaktion ist der Einstieg des Stadtteilbüros in die Arbeit vor Ort offensichtlich gelungen.

Weitere Einzelaktivitäten des Stadtteilbüros waren:

- Im Sommer 2000 wurde ein Beachvolleyballfeld unter aktiver Mitarbeit der BewohnerInnen hergestellt
- Stadteilbegehung mit Anwohnern und allen Interessierten (2.12.2000)
- Erzählcafe für russlanddeutsche BewohnerInnen aus dem Quartier (6.12.2000).
- Jugendaktionswoche (Angebote für Jugendliche von Hip-Hop bis zur Fahrradwerkstatt in den Osterferien 2001)
- Länderkundeseminar „Soziale Stadt und Partizipation von Migrantinnen“ (Mai 2001)
- Kinder- und Jugendaktionswoche (Angebote für Jugendliche) im Westend im Juni 2001 mit anderen Trägern
- Unterstützung einer Jugendfarminitiative (mittlerweile wieder eingestellt) Stadtteilstufe.

Insgesamt ausschlaggebend für Interesse und **Motivation** zur Beteiligung ist - so eine zentrale Aussage - das **Vorliegen eines konkreten Anlasses**. Für die Beteiligung vor allem in Gremien müssen immer wieder neue Leute persönlich angesprochen und motiviert werden, da immer auch alte wieder wegbleiben. Vor allem auch Ausländer sind schwer für Gremienarbeit zu gewinnen.

Nachbarschaftszentrum

Durch den Erwerb der Liegenschaft Block B40 (ein ehemaliges Kasernengebäude) im Kasernengelände durch die Stadt Wetzlar stehen Büroräume für das Stadtteilbüro zu Verfügung, das im Moment dienstags bis donnerstags zwischen 14 und 16 Uhr für

⁴⁵ ebd. S 26

interessierte BürgerInnen geöffnet hat. Räumlich getrennt vom Stadtteilbüro sollen in diesem Gebäude ein Jugendtreff und verschiedene Gruppenräume des Nachbarschaftszentrums untergebracht werden, gegenüber wird eine Kindertagesstätte geplant und vermietbarer Raum für Vereine.

Montags bis Donnerstags von 14 Uhr bis 17 Uhr werden in den Räumlichkeiten des Nachbarschaftszentrums von unterschiedlichen Trägervereinen Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote für Jugendliche angeboten.

Der Aufbau des Nachbarschaftszentrums als kulturelles Zentrum ist ein wesentliches Element der Gemeinwesenarbeit. „Es soll ein Ort werden, an dem sich alle Menschen des Stadtviertels treffen, sich Gesprächskreise bilden, Projekte starten und Feiern stattfinden“, so die Mitarbeiterin des Stadtteilbüros.

Träger des Nachbarschaftszentrums soll ein Trägerverbund unter Beteiligung von BewohnerInnen werden, wie dieser aussieht, wird noch in beiden Gremien diskutiert. Was im Nachbarschaftszentrum in Zukunft „passieren“ soll, darüber gibt es - auch bei den BewohnerInnen - unterschiedliche Vorstellungen. Konsens besteht darüber, dass der Betrieb „dem Stadtteil was bringen soll“ und nicht nur ausgewählten Zielgruppen oder privaten Gruppen, die dort Räume mieten. Die Vereine wollten zunächst individuell zugewiesene Räume für sich, was sich aber aus quantitativen Gründen nicht realisieren lässt.

Wie in Hattersheim wird auch hier ein Standardproblem diskutiert, das sich mit Blick auf die Erfahrung anderer bereits seit längerer Zeit existierenden Nachbarschaftszentren offensichtlich nicht mit einem Patentrezept lösen lässt, sondern auf eine „Sowohl als Auch“- Mischung zwischen Exklusion und Inklusion angewiesen ist.

Aktivierung von ausländischen MitbürgerInnen

Bei der Aktivierung und Integration von ausländischen MitbürgerInnen sieht das Stadtteilbüro große Schwierigkeiten. Zu Beginn der Arbeit hat es vielfältige Formen von Fremdenfeindlichkeit registriert. Ein zentrales Problem sind Sprachschwierigkeiten, die Kommunikation und Beteiligung verhindern oder schwierig machen. Es müssen deshalb kontinuierlich Sprachkurse angeboten werden. Ständige Aufgabe ist es, BürgerInnen verschiedener Nationalität in Kontakt zu bringen. Um sicherzustellen, dass ausländische BewohnerInnen im Stadtteilbeirat vertreten sind, wurde festgelegt, dass dort Vertreter der Migranten und der Aussiedler neben den Vertretern der anderen Bevölkerungsgruppen jeweils einen Sitz haben. Diese Vertreter werden teilweise auf ihre Aufgabe gesondert vorbereitet.

Rahmenplan und Bürgerbeteiligung

Der Ende 2002 veröffentlichte Rahmenplanentwurf, der sich als Entwicklungskonzept versteht, enthält die Eckpfeiler der zukünftigen Stadtentwicklung. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme zusammen mit den Ergebnissen der aktivierenden Befragung, die zu einem Stärken-Schwächenprofil führt, werden die zukünftigen stadträumlichen Einbindungen und Verflechtungen, Schwerpunkte der Gebietsnutzung, die Infrastrukturentwicklung und die Wege und Verkehrsverbindungen dargelegt. Der Rahmenplan ist in der Bezirkskonferenz und im Stadtteilbeirat vorgestellt worden.

Ein Kapitel dieses Rahmenplans thematisiert die Bewohnerbeteiligung. Hier werden im Wesentlichen verschiedene Beteiligungsgremien und Aktivitäten dargestellt:

- Von der Stadtbezirkskonferenz ist das Ergebnis einer Stärken-Schwächen-Analyse vom September 1999 dokumentiert, das - so die Aussage des Rahmenplans - eine wichtige Grundlage für die Antragstellung zur Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ war.
- Es wird auf die Aktion Stadtteildetektive verwiesen, die vor Eröffnung des Stadtteilbüros stattfand. Im Mai 2000 waren im Rahmen einer gemeinsamen Aktion der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde und des Jugendbildungswerkes der Stadt Wetzlar Jugendliche eingeladen, als Stadtteildetektive ihr Quartier zu entdecken. Die Ergebnisse (Mängel und Potenziale) wurden dokumentiert und veröffentlicht.
- Die vertraglichen Aufgaben der Gemeinwesenarbeit und deren Aktivitäten (Aktivierende Befragung und Stadtteilbegehung) werden beschrieben und die Ergebnisse bezogen auf Grün- und Freiflächen, Wohnumfeldverbesserung, Verkehr, Infrastruktur und Nahversorgung, Sport und Freizeiteinrichtungen, Gewerbe, Nachbarschaftszentrum, Sicherheit, Nachbarschaftsbeziehungen ausführlich dargestellt.
- Die Ergebnisse der Planungswerkstatt vom 28.4.2001 werden dokumentiert.
- Die Einrichtung des Stadtteilbeirates wird beschrieben.

Im Vorwort äußern sich die beiden zuständigen Dezernenten zur Bürgerbeteiligung:

„ (...) An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass die Erstellung des Rahmenplanes nicht am „grünen Tisch“ vollzogen wurde. Aufbauend auf den Diskussionsergebnissen aktiver Bürgerinnen und Bürger in der Stadtbezirkskonferenz wurden in weiteren Schritten unter intensiver Beteiligung deren Anliegen eingearbeitet und rückgekoppelt. So fanden gemeinsame Ortsbegehungen statt, Vertreter der Kirche sammelten mit Kindern und Jugendlichen als „Stadtteildetektive“ Anregungen und Verbesserungswünsche und die Ergebnisse aus Projekten der Jugendhilfe wurden mit einbezogen. Eine „aktivierende Befragung“ der AnwohnerInnen wurde durch das Stadtteilbüro durchgeführt. In einer Planungswerkstatt wurde unter Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften und Gewerbetreibenden Fragestellungen zur Wohnungsversorgung, zum Wohnumfeld, zur Infrastrukturausstattung, zu Sport- und Naherholungsmöglichkeiten, aber auch zum Verkehr und zur Verbesserung von Fuß- und Radwegen diskutiert. Als wichtigem Gremium der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kommt dem im Jahr 2001 ins Leben gerufenen Stadtteilbeirat Silhöfer Aue / Westend eine zentrale Rolle bei der zukünftigen Gestaltung des Stadtbezirkes zu.“⁴⁶

Hier wird – aus Sicht der Begleitforschung – das besondere Gewicht deutlich, das dem Stadtteilbeirat aus der Perspektive der Dezernenten für die demokratische Legitimation beigemessen wird.

In der zweiten Phase der Begleitforschung wird u. a. die „zentrale Rolle“ des Stadtteilbeirates zu analysieren sein.

⁴⁶ Stadt Wetzlar, Rahmenplan und Entwicklungskonzept Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend, Wetzlar 2002, S.2

2.3.5 Kommunikationsstrukturen

Wie in Hattersheim wurden in Wetzlar die Informations- und Kommunikationsstrukturen des Projektes „Soziale Stadt“ als zentrale Voraussetzung und Grundlage für alle Formen der Bürgerbeteiligung und Aktivierung bezeichnet.

Auch hier kam die Aussage „Es wird nicht gelesen“ als Erfahrung und Begründung für das Fehlen einer regelmäßigen Stadtteilzeitung/Projektzeitung für alle BewohnerInnen des Stadtteils. Viel geschehe über „Mundpropaganda“. In Abständen betreibt das Stadtteilbüro Infostände bei besonderen Anlässen, zur Stadtbezirkskonferenz werden alle BewohnerInnen schriftlich eingeladen. Die Pressearbeit insgesamt sei - so die Selbsteinschätzung - „verbesserungsbedürftig“.

Die Verbesserung der Information und Kommunikation zwischen den Stadtteilakteuren wird auch im neuen Rahmenplanentwurf als Entwicklungsziel formuliert.⁴⁷

2.3.6 Nachhaltigkeit

Für die Entwicklung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen sind in Wetzlar folgende Eckpunkte bedeutsam:

Zum einen ist der Prozess der Sanierung und Stadtteilentwicklung und die damit verbundenen Bewohnerbeteiligung auf ca. 10 Jahre angelegt. Mit der Bebauung der Freiflächen und dem Zuzug von ca. 800 neuen BewohnerInnen vornehmlich von Mittelschichtsfamilien in Wohneigentum wird sich auch die soziale Zusammensetzung verändern. Dieser zentrale Punkt der Stadtteilentwicklung war und ist allerdings nicht Gegenstand von Beteiligung, wenn man davon absieht, dass im Bebauungsplan nicht zuletzt auf Druck der BewohnerInnen der Vorrang des Wohnens festgeschrieben wurde. Am Ende dieses Prozesses soll sich vor allem das Nachbarschaftszentrum zu einem für alle BewohnerInnen offenen Ort der Kommunikation und Diskussion über die Belange des Stadtteils entwickelt haben, von dem dauerhaft verschiedene soziale und kulturelle Aktivitäten und Aktivierungen ausgehen. Eine gewisse Rolle wird auch das Freizeitzentrum und seine Nutzungsorganisation spielen. Dabei ist auch daran gedacht, es für Nutzergruppen außerhalb des Stadtteils zu öffnen, wenn die wiederum offen für Teilnehmer aus dem Stadtteil sind und so Verbindungen über den Stadtteil hinaus schaffen. Zum anderen soll die Stadtbezirkskonferenz als offenes Beteiligungs- und Beratungsgremium weiterbestehen, während die Existenz des Stadtteilbeirates auf die Laufzeit des städtebaulichen Sanierungsprozesses befristet sein soll. Da der Beirat für die BewohnerInnen die formalisierte Verlängerung ihrer offenen Beteiligungsstruktur ist, muss abgewartet werden, ob und wie diese sich ohne den Beirat als Scharnier zur Stadt, Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung am Leben erhält. Da die Gewinnung von neuen Mitgliedern als Ersatz im normalen Fluktuationsprozess immer der persönlichen Aktivierung bedarf und es in Zukunft auch nicht mehr viel beteiligungsintensiv zu verteilen gibt, muss man skeptisch in die Zukunft sehen.

Aktuell wird diskutiert, ein Vereinsnetz aufzubauen, um hier nachhaltige Strukturen zu installieren. Selbsttragende Nachbarschaften u. Ä. sind allerdings nach Ansicht der Akteure illusionäre Ziele.

Das Stadtteilbüro versteht sich einerseits als Anwalt für die BürgerInnen und andererseits als Assistenz der BürgerInnen, etwas auf den Weg zu bringen, „dabei zu bleiben“. Die BürgerInnen - so der Anspruch - sollen „nicht abhängig von den Mitarbeitern werden“.

⁴⁷ Stadt Wetzlar, Rahmenplan und Entwicklungskonzept Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend, Wetzlar 2002, S.91

Wie das erreicht werden kann und wie selbsttragende Strukturen, die nicht mehr auf anwaltschaftliche Unterstützung und Vertretung angewiesen sind, unter den konkreten Bedingungen vor Ort aufgebaut werden können, ist offen und zurzeit auch kein Thema in der Diskussion.

Möglicherweise - so wurde von den MitarbeiterInnen des Stadtteilbüros formuliert - sei das Ziel „Nachhaltigkeit“ „sehr anspruchsvoll“. Mit „Nachhaltigkeit“ wird Beständigkeit und Dauerhaftigkeit verbunden. Hier wäre - so die MitarbeiterInnen - die Enttäuschung groß, wenn es die Arbeit des Stadtteilbüros und die damit verbundenen kontinuierlichen Unterstützungsleistungen nicht mehr gäbe.

Die subjektiven Voraussetzungen für mehr Beteiligung, eine stärkere Integration in den Arbeitsmarkt und eine stärkere Bildungsbeteiligung sind vom Stadtteilbüro oder den beiden anderen Gremien kaum zu leisten und es fehlt auch an der entsprechenden Kommunalpolitik. Die meisten Kooperationen bieten sich mit den kommunalen Beschäftigungsgesellschaften an, die am Rande des Stadtteils liegen, weil hier auch einige Qualifizierungsmaßnahmen laufen. Bei den Umbaumaßnahmen wurden über diese Träger auch BewohnerInnen beschäftigt, eine Innovation für Wetzlar. Die BewohnerInnen wollen allgemein zwar Arbeitsplätze, aber nicht als Störfaktor für ihre Wohnbedürfnisse, hier gibt es einfach einen latenten Konflikt.

Es gibt keine Schule direkt im Stadtteil und auch keinen Zugriff auf das Schulamt. Die direkte Kooperation mit den Schulen in der Nähe scheitert daran, dass man keine Anreize bieten kann, es gibt in dieser Hinsicht nichts zu verteilen. Die Notwendigkeit etwa einer Ganztagschule wird gesehen, die Verfolgung dieses Zieles liegt aber außerhalb des Programms. Ähnliches gilt für den Bereich der Gesundheitsvorsorge. Sowohl im Schul- wie auch im Gesundheitsbereich versucht die Gemeinwesenarbeit die Interessen der BewohnerInnen aufzugreifen (Hausaufgabenhilfe, Yoga-Kurse usw.), ist aber damit von den Ressourcen her überfordert.

Nachhaltig könnte auch die Qualifizierung einzelner BewohnerInnen für die Gremienarbeit wirken. Wenn das Programm zuende ist und es keine zusätzlichen Ressourcen im Stadtteil zu verteilen gibt, fehlt die Motivation, sich anlassbezogen zu beteiligen. Die Interessen des Stadtteils müssen dann im kommunalpolitischen Gesamtzusammenhang vertreten werden und die anderen Stadtteile werden darauf dringen, auch mal an die Reihe zu kommen. Die Beteiligungsformen, die jetzt praktiziert werden, haben dann keinen Stellenwert mehr. Da der Beirat wieder abgeschafft werden soll, werden die Beteiligungsformen wieder sehr hochschwellig und auf wenige begrenzt. Wichtig wird sein, dass die Stadtverwaltung rascher auf Anregungen aus dem Stadtteil reagiert, das geht alles noch sehr bürokratisch und langsam und das wirkt frustrierend und demotivierend.

2.3.7 Erfolge und Herausforderungen

Als größten Erfolg beschreibt das Stadtteilbüro, dass die Beteiligung insgesamt gewachsen ist und sich stabilisiert hat, in der Stadtteilbezirkskonferenz arbeiten ca. 30 BewohnerInnen mit.⁴⁸ Das Stadtteilbüro hat sich zu einem Treffpunkt entwickelt, Senioren kamen z. B. um in den Räumen einen Spielnachmittag zu machen, auch Jugendliche kommen, sie erfahren über ihre Eltern vom Stadtteilbüro und einige nutzen die angebotenen Informations- und Beratungsmöglichkeiten. Auch wenn man nicht genau sagen kann, wie sich der Prozess ohne Beteiligung entwickelt hätte und ob es zu anderen inhaltlichen Schwerpunkten gekommen wäre, so zeigt der Rückblick doch, dass die Betonung des Wohnens und der

⁴⁸ Das sind ca. 1,5% der Bewohner des Stadtteils.

Frei- und Grünflächen in den Rahmen- und Bebauungsplänen nur auf den Druck der BewohnerInnen erreicht wurde und dass auch alle anderen Forderungen aufgrund der Tatsache, dass sie von den Bewohnern erhoben wurden, in der Politik ein größeres Gewicht bekommen haben und auf beiden Seiten Beteiligung selbstverständlicher geworden ist. Wäre es alleine nach der Verwaltung gegangen, gäbe es sicherlich eine dichtere Bebauung und mehr Gewerbefläche, auch wenn die Nachfrage aufgrund der wirtschaftlichen Situation vielleicht gar z. Z. nicht so groß ist.

Aus Sicht des Stadtteilbüros ist bei den verschiedenen verantwortlichen Akteuren die Vorstellung von Bürgerbeteiligung sehr unterschiedlich, hier stehe auch in Zukunft eine weitere Klärung auf der Basis der bisher erreichten Akzeptanz an. Eine Beteiligungskultur hat sich aber schon ansatzweise entwickelt.⁴⁹ Hier müssten *alle* Beteiligten lernen - so die Mitarbeiterin des Stadtteilbüros.

2.3.8 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung

In Wetzlar werden die zentralen Ziele, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ mittel- und langfristig erreicht werden sollen, im Rahmenplanentwurf beschrieben. Hintergrund ist, dass in Wetzlar im Rahmen des AGENDA-Prozesses ausdifferenzierte Leitbilder im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung für die Gesamtstadt in einem konsultativen Verfahren erarbeitet und von den städtischen Gremien als Handlungsgrundsätze beschlossen wurden.

Der Rahmenplanentwurf überträgt diese Leitbilder auf die Entwicklung des Stadtbezirks Silhöfer Aue / Westend. Ausgehend von dem generellen Ziel des Programms „Soziale Stadt“, eine *nachhaltige* Stadtentwicklung auf der Ebene der Stadtteile zu befördern, formuliert der Rahmenplan folgendes Zukunftsszenario als Leitziel bezogen auf die Bürgerbeteiligung:

- „Die Nachbarinnen und Nachbarn im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend kennen, akzeptieren und tolerieren einander; sie nehmen Rücksicht und leisten sich gegenseitig Hilfe. Im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend existiert eine lebendige Nachbarschaft aller ethnischen Gruppen.
- Die Nachbarinnen und Nachbarn im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend leben in und mit einer reichhaltigen, dem Wohnumfeld angepassten Natur; für Begegnungen gibt es unterschiedlich gestaltetete Orte drinnen und draußen.
- Die Nachbarinnen und Nachbarn im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend erkennen gemeinsame Interessen, organisieren sich und setzen sie um. Dieses ehrenamtliche Engagement im Rahmen der Bürgerbeteiligung trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung des Stadtbezirks bei.“⁵⁰

⁴⁹ Bezogen auf den Stadtteilbeirat ist hier allerdings an den Grundsatzbeschluss des Magistrats zu erinnern. Dort wird davon gesprochen, dass man mit Beteiligungsgremien dieser Art zur „politischen Begleitung bei der Sanierung anderer Stadtteile“ bereits gute Erfahrung gemacht habe. Vgl. Erster Teilbericht S. 51

⁵⁰ Stadt Wetzlar, Rahmenplan und Entwicklungskonzept Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend, Wetzlar 2002, S.90

Aus diesen Leitbildern werden dann Entwicklungs- und Projektziele für den Prozess der Sozialen Stadterneuerung definiert. Für das Handlungsfeld Aktivierung der Bewohnerschaft sind dies:

„Entwicklungsziele

- Aufbau einer dauerhaften **Beteiligungsstruktur** für die Bewohnerinnen und Bewohner, die auch über die Laufzeit des Projektes hinaus eine Einbeziehung der Bewohnerschaft in politische Entscheidungsabläufe sicherstellt.
- Aufbau eines **Stadtteilmanagements**, in dem alle für die Entwicklung des Stadtteils relevanten Entscheidungsebenen miteinander kooperieren.
- Aufbau und Stärkung einer dauerhaften **Selbstorganisation** der Bewohnerschaft über die Laufzeit des Projektes, insbesondere des Stadtteilbüros hinaus.
- Erarbeitung und Verankerung eines **Stadtteilentwicklungskonzeptes**, das Zielaussagen auch über die Laufzeit des Projektes hinaus trifft.
- Verbesserung der **Information und Kommunikation** zwischen den Stadtteilakteuren.

Realisierte Projekte

- Einrichtung einer autonomen **Stadtbezirkskonferenz** als offenes Bürgerforum.
- Schaffung eines **Stadtteilbeirats** mit Vertretern aller Stadtteilakteure und der politischen Entscheidungsebenen, der fester Bestandteil der Entscheidungsabläufe auf kommunaler Ebene ist.
- Durchführung einer aktivierenden und aufsuchenden **Befragung**, um Bewohnerinnen und Bewohner in den Prozess zu integrieren, die sich nicht selbstverständlich in Gremien äußern.

Laufende Projekte

- Einrichtung eines **Stadtteilbüros** in stadtferner Trägerschaft zur Unterstützung der Bewohnerselbstorganisation, zur Vertretung von Bewohnerinteressen, zur Geschäftsführung der Stadtbezirkskonferenz sowie zur Projektentwicklung.
- Partizipative Erarbeitung eines städtebaulichen **Rahmenplans** sowie eines Stadtteilentwicklungskonzeptes mit Begehung und Planungswerkstatt.
- Gründung eines **Trägervereins** für das zukünftige Nachbarschaftszentrum unter Einbeziehung aller Nutzer und der Bewohnerschaft als nachhaltiges Element der Selbstorganisation.
- **Planerische Begleitung** des gesamten Projektes durch ein Stadtplanungsbüro.
- **Beteiligung** der Bewohnerschaft bei allen städtischen Projekten und Entscheidungen im Stadtbezirk Silhöfer Aue / Westend.

Projektperspektiven

- Durchführung eines **Modellbauprojekts** zur Fortsetzung des begonnenen partizipativen Planungsprozesses mit der besonderen Zielsetzung der vertieften Erarbeitung von Lösungen für Probleme im Bereich des Wohnumfeldes.
- Einrichtung von zusätzlichen **Informationsmedien** (offener Kanal, Stadtteilzeitung, Internetauftritt, Litfasssäulen usw.)“⁵¹

⁵¹ Stadt Wetzlar, Rahmenplan und Entwicklungskonzept Stadtbezirk Silhöfer Aue/Westend, Wetzlar 2002, S.91-92

Die formulierten Entwicklungsziele haben insgesamt eher strategischen Charakter. Die einzelnen Projekte sind bereits Konkretisierungen. Für eine Selbstevaluation sind sie von den Zielen her noch zu allgemein beschrieben, als dass sich anhand von Indikatoren ein Erfolg ablesen ließe. Es besteht bei den Beteiligten allerdings eine allgemeine Unsicherheit über die Frage, wie man Qualität und Erfolg der einzelnen Maßnahmen messen kann. Es werden Projekte fallen gelassen, für die sich die BewohnerInnen nicht interessieren und solche weiterentwickelt, die dazu relativ gut laufen. Es gibt aber keine Zahlen, anhand derer Beteiligungsintensität überprüft wird. Wenn der Beirat die Stadt gut berät oder über die Ergebnisse der Planungswerkstatt, an der vielleicht nur 10 –15 Personen teilgenommen haben, in der Bewohnerschaft viel diskutiert wird, dann sind das Erfolge, die sich nicht an der bloßen Zahl der direkt Beteiligten messen lassen.

2.3.9 Resümee

In Wetzlar liegt der Schwerpunkt der Sozialen Stadt bei der Stadtentwicklungsplanung: Neuordnung aus Anlass der Konversion eines Kasernengeländes, Bau zusätzlicher Wohnungen und damit verbunden der Zuzug weiterer BewohnerInnen. Notwendigerweise geschieht dies mit großem Gewicht der planenden Verwaltung und des externen Planungsbeauftragten. Im Gegensatz zu Hattersheim, wo das Tandem in den ersten Jahren die Dimensionen von Gemeinwesenarbeit und Planung vor Ort integriert hat, übernimmt der externe Planer direkt kommunale Planungsaufgaben und tut dies in Verbindung mit den Beteiligungsstrukturen vor Ort. Er steht so einerseits deutlicher zwischen BewohnerInnen und Verwaltung, kann auf diese Weise diese auch gut mit einander vermitteln. Angesichts der Dominanz der kommunalen Stadtteilentwicklungsplanung erscheint dies als eine angemessene Lösung. Vieles hängt hier von der Person des externen Planers ab, wie sie als Vermittlungsstelle zwischen beiden Seiten wirkt. Die Rolle des Advokatenplaners wird durch Beteiligung gestärkt, lässt diesem aber andererseits genügend Spielraum in den Verhandlungen mit der Verwaltung und eigene Vorstellungen. Die Bewohnerstruktur wird sich durch den Zuzug der neuen BewohnerInnen positiv verändern (keine Mietwohnungen) und das Nachbarschaftszentrum hat die Aufgabe, neue und alte BewohnerInnen zu integrieren und die Entwicklung zu zwei unterschiedlichen Stadtteilen zu verhindern. Dies würde umso mehr gelingen, wenn sich die Situation der Stammbewohner auch materiell ändern würde. Beteiligung und Nachbarschaftszentrum alleine werden dies nicht erreichen. Eine bessere Bildungsbeteiligung und Integration in den Arbeitsmarkt spielen aber vom Programmansatz in Wetzlar nur eine Nebenrolle. Das zentrale Beteiligungsgremium ist als „klassischer“, formalrechtlich legitimierter Beirat eingerichtet worden. Für die BewohnerInnen ist es wichtig, sich für diese Arbeit zu qualifizieren und in politischen Kategorien denken und handeln zu lernen. Die Mitarbeit im Beirat spricht eher BewohnerInnen an, die über die entsprechende Voraussetzung (soziales und kulturelles Kapital) verfügen, was wiederum einen traditionellen Selektionsdruck in Richtung Mittelschicht ausüben kann. Die praktizierte Quotierung der Vertreter bestimmter Gruppen steuert dem entgegen, vor allem wenn die Vertreter besonders betreut werden. Die Rückbindung an die Stadtteilbezirkskonferenz hat dabei eine stabilisierende Funktion. Da der Beirat aber mit Ende des Programms wegfallen wird, steht die entstandene Qualifikation vor der Alternative, sich in die normalen Prozesse der Kommunalpolitik zu integrieren oder funktionslos zu werden. Tendenzen der Entfremdung von Beiratsvertretern und Basis aus der Bezirkskonferenz konnten so lange vermieden werden, als auf der unteren Ebene noch Gestaltungsspielraum bleibt, der eine breitere Beteiligung zulässt oder erforderlich macht. Fehlt dies, besteht die

Gefahr, dass die Beteiligungsbemühungen und Aktivitäten an den Stadtteilbeirat „abgegeben“ werden und so eine „klassische“ Beteiligungskultur entsteht, die ihre Legitimation aus demokratisch formal festgelegten Repräsentationsprinzipien eines Beirates bezieht. Mit dem Ende des Beirates entfällt auch diese stadtteilnahe Möglichkeit.

Für die Nachhaltigkeit ergibt sich einerseits die Chance der Integration in die traditionelle Kommunalpolitik für die „Bewohner-Vertreter im Beirat“ (Erwerb und Übernahme der Rolle eines klassischen kommunalpolitischen Interessenvertreters/Profis), auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass nach Abschluss der Maßnahmen die Aktivitäten wieder erlahmen – dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn nicht in die – ihre persönlichen Angelegenheiten überschreitende - Handlungsfähigkeit der BewohnerInnen investiert wird. Dies mag sich mit einer veränderten Bewohnerstruktur so ergeben, allerdings durch Zuzug neuer BewohnerInnen und nicht durch Veränderung bei den alten BewohnerInnen. Da die Stadt mit Hilfe des Programms mehrere Millionen im Stadtteil investiert hat, ist zu erwarten, dass es in Zukunft keinen zusätzlichen Kuchen zu verteilen und Projekte zu gestalten gibt. Wenn zudem die bisherige Erfahrung weiter gilt, dass für ausscheidende BewohnerInnen aus dem Kreis der Aktiven nur durch permanente Aktivierung und persönliche Ansprache Ersatz gefunden werden kann, steht die Nachhaltigkeit der Aktivierung sehr in Frage. Eine Aufrechterhaltung der bisherigen Aktivitäten in diese Richtung, vor allem auch in anderen Stadtteilen will und kann sich die Stadt nicht leisten.

Im Vergleich zu Hattersheim ist die institutionell-formale Beteiligungsebene in Wetzlar insgesamt um eine Stufe komplexer. Dies liegt daran, dass neben dem Beirat als zentralem Beteiligungsgremium eine Stadtteilkonferenz existiert, die als niedrighwelligeres Gremium für alle BürgerInnen offen ist. Die Frage, ob diese höhere Komplexität eine breite Beteiligung fördert oder eher hemmt, kann auf der Grundlage der vorliegenden Informationen noch nicht beantwortet werden. Es lassen sich aber verschiedene Ambivalenzen und Chancen und Risiken ausmachen, die mit solchen Strukturen verbunden sind.

Zum einen wächst mit der höheren Komplexität generell die Schwierigkeit, das komplexe Geflecht der Zusammenhänge und Beziehungen zu verstehen und zu durchschauen. Dieser höhere Aufwand und die damit verbundenen Anstrengungen „Licht in das Dunkel“ der komplexen Verflechtungen und zu bringen, können die Motivation zur Beteiligung bremsen und/oder selektiv wirken, weil sie nur diejenigen ansprechen, die bereits die entsprechenden Voraussetzungen und Erfahrungen mitbringen, sich in solchen Strukturen aktiv zu bewegen, Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Zum anderen entsteht durch die höhere Komplexität eine Schnittstellenproblematik bezogen auf die Kommunikation, die Koordination und Transparenz der Interessenartikulation und Durchsetzung.

Interessen von BewohnerInnen artikulieren sich in zwei Gremien und eine offene Frage ist, wie die Interessen im Sinne einer BewohnerInnen-Vertretung abgestimmt werden. Diese Abstimmung spielt für die Motivation der Beteiligung sicherlich eine wichtige Rolle, denn durch eine solche Abstimmung erhöhen sich das „Gestaltungs-Gewicht“ der vorgetragenen Interessen und die Transparenz. Fehlt diese Abstimmung, so besteht das Risiko, dass sich

die Gremien nebeneinander oder auseinander entwickeln⁵² und letztlich das Gremium mit der „höheren“ formalen Legitimation, in diesem Fall der durch Wahl und HGO legitimierte Beirat, dominiert und auch von Verwaltung und Politik als der zentrale Ansprech- und Verhandlungspartner fokussiert wird und in die Rolle klassischer Beiratstätigkeit gerät, die aus anderen Städtebauförderungsprogrammen bekannt und in ihrer Reichweite, aber auch den Begrenzungen beschrieben worden ist.

Dem steht gegenüber, dass - gemessen an der Ausgangssituation - die Einrichtung eines Beirates und die Aktivierung der Stadtteilkonferenz ein deutlicher Zugewinn für die Beteiligung sind und damit auf zwei Ebenen Beteiligungsmöglichkeiten und Chancen verbessert wurden. Vor allem sind die BewohnerInnen in die Schnittstelle zur Kommunalpolitik selbst eingebunden und können so die Interessen des Stadtteils in größeren Zusammenhängen sehen und vertreten.

Letztlich wird die transparente Vernetzung der Beteiligungsaktivitäten darüber entscheiden, ob die Potenziale einer komplexeren Beteiligungsstruktur im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ genutzt werden können.

Diese Vernetzung wird - nach der Phase des Aufbaus der Beteiligungsstrukturen – in Zukunft sicherlich eine wesentliche Aufgabe des Stadtteilmanagements sein, dem nicht nur die Aufgabe der Aktivierung zufällt, sondern angesichts der kommunalpolitischen Einbindung der Maßnahmen und dem Grad der Formalisierung der Entscheidungsprozesse eine starke Vernetzungs- und Advokatenrolle.

Wenn sich der Planungsprozess tatsächlich für die Interessen der BewohnerInnen weiterhin inhaltlich öffnet, dann ergeben sich auch immer wieder Chancen der Moderation und Mediation zwischen unterschiedlichen BewohnerInnen-Interessen und zwischen BewohnerInnen-Interessen und Interessen der Verwaltung, der Geschäftswelt usw. Da die wichtigen Entscheidungen allerdings gefallen sind, wird sich Beteiligung mehr auf das Wie als auf das Was beschränken.

Wie in Hattersheim ging es auch in Wetzlar in der ersten Phase der Programmumsetzung um eine *Aktivierung zur Beteiligung* an den anstehenden städtebaulichen Planungs- und Entwicklungsprozessen. Dabei spielen die Aktivierung für die Beteiligung an der Stadtteilkonferenz und die Wahl zum Beirat eine wichtige Rolle neben projektbezogenen Aktivitäten, inhaltlich begrenzt auf baulich-räumliche und soziale Aspekte der Quartiersentwicklung. Diese Einschränkung verzichtet auf parallele Strategien der Verbesserung bei den subjektiven Voraussetzungen von Beteiligung. In Wetzlar wurde dabei im Rahmen der aktivierenden Befragung eine Grundskepsis der BewohnerInnen beschrieben, die auf der bisherigen Erfahrung des Nichtbeteiligtwerdens und der Tatsache beruht, dass über das Programm „Soziale Stadt“ städtebauliche Probleme und Entwicklungen bearbeitet werden, die nicht neu sind, da sie bereits vor Beginn des Programms bearbeitet wurden, wenn auch ohne Beteiligung.

Nach der ersten Phase der Aktivierung beginnt nun eine Phase der Konsolidierung und Stabilisierung, in der das im Fallbeispiel Hattersheim beschriebene „Closed-Shop-Risiko“ besteht. Als Problem wird auch in Wetzlar die Beteiligung von ausländischen MitbewohnerInnen formuliert, allerdings geht es hier offensichtlich um die Beteiligung an

⁵² Der theoretisch angenommene worst-case wäre, dass sie sich gegeneinander entwickeln oder paralysieren

niedrigschwelligen Prozessen, da die Vertretung der Interessen der ausländischen BewohnerInnen im Beirat durch einen vorgeschriebenen Proporz gewährleistet ist. Es wird eine interessante Frage für die Zukunft sein, wie sich dieses Instrument bewährt. Langfristig wird sich das Niveau der Beteiligung nur stabilisieren oder erhöhen lassen, wenn parallel die subjektiven Voraussetzungen der BewohnerInnen, teilweise auch gruppenspezifisch, verbessert werden.

Grundlagen für eine Selbstevaluation und ein Monitoring sind in Wetzlar durch den Ende 2002 veröffentlichten Rahmenplanentwurf geschaffen worden, der Leitvorstellungen für den weiteren Entwicklungsprozess und die damit verbundene Bewohnerbeteiligung und Aktivierung enthält. Allerdings müssten die allgemeinen Leitvorstellungen in einem Operationalisierungsprozess mit überprüfbaren Indikatoren kombiniert werden, um für ein regelmäßiges Monitoring brauchbar zu sein. Auch wäre es empfehlenswert, in den weiteren Schritten der Planung und Durchführung die Bereiche Wirtschaft und Schule unter Beteiligung der Bewohnerschaft voran zu bringen.

2.4 Wiesbaden Biebrich Süd-Ost

2.4.1 Vorgehen

Im ersten Bericht der Begleitforschung wurden auf der zu diesem Zeitpunkt noch schmalen Daten- und Dokumentenbasis des zur Verfügung stehenden schriftlichen Materials Konzept und Struktur des Projektes Wiesbaden Biebrich Süd-Ost skizziert. Die Entwicklung der Bewohnerbeteiligung und -aktivierung konnte dabei nur umrissen werden.⁵³

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurden drei Ortsbegehungen vorgenommen. Mehrere Gespräche wurden im Stadtteilbüro BauHof mit dem für die Gesamtsteuerung verantwortlichen Projektleiter (Abteilungsleiter Wohnungsbauförderung und Stadterneuerung im Wohnungsamt der Stadt Wiesbaden) und dem Quartiermanager geführt. Während es dabei zunächst um Fragen der Teilnahme an der Begleitforschung ging und um einen ersten Einblick in die Entwicklung im Stadtteil, wurden in den weiteren Gesprächen die Projektstruktur, die Art und Weise der Bürgerbeteiligung, die Aufgabe des Stadtteilmanagements vertiefend erläutert, der Stand der einzelnen Projekte dargelegt und nach Vorlage des Berichtsentwurfs eine erste Zwischenbilanz vorgenommen.

Bei den einzelnen Interviews wurden der Begleitforschung umfängliche Materialien überlassen. Der Berichtsentwurf wurde Anfang 2003 und nach weiterer Bearbeitung im September 2004 im Gespräch mit Projektleiter und Quartiermanager validiert.

In der folgenden Falldarstellung sind die Ergebnisse der Bestandsaufnahme und der vertiefenden Interviews zusammengefasst.

⁵³ Vgl. Neuer-Miebach, Therese/Schneider, Johann/Pfeiffer, Alexander, Fachhochschule Frankfurt, Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR), Evaluation: Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnenmitwirkung und des Stadtteillebens. Teilbericht über den Untersuchungszeitraum Oktober bis Dezember 2001, S. 58 f

2.4.2 Ausgangslage

Alt-Biebrich ist historisch ein von der chemischen Großindustrie, von Gewerbe und Handwerk geprägter, innerstädtischer Arbeiterstadtteil mit hohem Zuwandereranteil. Das Quartier Biebrich-Südost unterscheidet sich Ende der 90-er Jahre durch mehrere Risikofaktoren vom Gesamtstadtteil Biebrich-Mitte: starke Bevölkerungszunahme, hoher Ausländeranteil, jüngere Bevölkerung, größere Haushalte, stärkere Abhängigkeit von Transferzahlungen und sozialer Unterstützung. Zu Beginn des Programms „Soziale Stadt“ ist das Quartier Biebrich-Südost gekennzeichnet durch eine multinationale Mischbevölkerung: MigrantInnen machen in einigen kleinräumigen Blockbereichen einen Anteil von bis zu 80% der Wohnbevölkerung aus. Die soziale Lage der MigrantInnen ist gekennzeichnet durch die mehrheitliche Zugehörigkeit zur sozialen Unterschicht mit teilweise schlechter werdenden Lebensbedingungen und einer Minderheit mit sozialer Aufstiegsmobilität. Insbesondere der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen in der Großindustrie hatte in den vorausgehenden Jahren zu einer negativen Entwicklung der Sozialstrukturdaten geführt. Es besteht eine hohe Konzentration von unterprivilegierten Gruppen: neben Einwanderern sind dies v.a. deutsche Langzeitarbeitslose, alte Menschen mit niedrigem Einkommen, sowie deutsche und ausländische Jugendliche ohne Ausbildung und Beschäftigung. Während junge deutsche Familien tendenziell wegziehen, kommen größere, ärmere nichtdeutsche Familien hinzu. Ca. 3.500 EinwohnerInnen leben im Quartier.

Das städtebauliche Erneuerungsgebiet Biebrich-Südost ist charakterisiert durch verdichteten Altbaubestand, zu zwei Dritteln aus der Zeit vor 1948. Nur 15 % des Wohnungsbestandes wurden erst in den 70-er Jahren gebaut. Die Mehrzahl der Wohngebäude ist im Besitz mehrerer Wohnungsgesellschaften. Das äußere Erscheinungsbild ist gekennzeichnet durch hohe Wohnungsdichte, großen Umbau-, Modernisierungs- und Erneuerungsbedarf, durch ein z. T. desolates Wohnumfeld, insbesondere im Grenzgebiet zu Gewerbe und Industrie sowie am eingeschränkt zugänglichen Rheinufer. In Relation zum Zustand der Bausubstanz und zum Wohnungserneuerungsbedarf in Biebrich-Südost sind die Mieten in den Altbauquartieren recht hoch, das Wohnungsangebot für Familien mit Kindern und die Wohnumfeldqualität sowie Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind nicht ausreichend. Die Lebensqualität im Quartier und insbesondere entlang des Rheinufer wird durch Auto- und Schwerlastverkehr in besonderer Weise beeinträchtigt.

Trotz der Problemlagen handelt es sich um ein als Wohnstandort gefragtes Quartier mit vielfältigem städtischem Leben und (noch) eigenständigen Kommunikationsstrukturen.

Bemerkenswert aus der Sicht der Begleitforschung ist die im Jahresbericht 2001 des Caritasverbandes formulierte prägnante Beschreibung der Situation im Fördergebiet: „Obwohl es auf eine dramatische Realitätsverkennung hinauslief, den gesamten Stadtteil als sozialen Brennpunkt zu bezeichnen, sind in die kleinräumig differenzierte Bebauung „Inseln“ zunehmender Segregation eingestreut, die zahlreiche Merkmale sozialer Brennpunkte aufweisen. Um diese „Inseln mit dem Festland zu verbinden“, bedarf es nicht nur der baulichen Erneuerung, sondern auch der Veränderung der monotonen Sozialstruktur, die derzeit z.B. die Erneuerungsmaßnahme einer Wohnanlage der GeWeGe am Bauhof Teplitzstraße bestimmt.“⁵⁴

⁵⁴ Jahresbericht 2001 „Gemeinsam für Biebrich“, Caritasverband Wiesbaden e.V., S. 7

Stand 1995 ⁵⁵	Quartier	Gesamtstadt
Fläche	42 ha	
Einwohnerzahl	3.800	266.730
Migrantenanteil	ca. 40%	
davon Aussiedler	<i>(nicht ausgewiesen)</i>	<i>(nicht ausgewiesen)</i>
Arbeitslosenquote	<i>(nicht ausgewiesen)</i>	<i>(nicht ausgewiesen)</i>
Lage des Quartiers	Wiesbaden-Biebrich ist ein Stadtteil mit Mittelstadtcharakter und ca. 40.000 Einwohnern	

Wiesbaden Biebrich-Südost wurde im Jahr 2000 in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Aus der der Begleitforschung vorliegenden Aufstellung der vergebenen Fördermittel des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in den Programmjahren 1999-2002 geht hervor, dass Biebrich-Südost in diesem Zeitraum Fördermittel in Höhe von 1.400.952 € erhalten hat, die Gesamtkosten der Maßnahmen sind mit 2.182.829 € angegeben.

Ziel des Gesamtprojektes „Soziale Stadt Biebrich-Südost“ ist – unter Nutzung und Stabilisierung der vorhandenen Potentiale und Ressourcen - die umfassende Entwicklung und Aufwertung des Quartiers hinsichtlich Wohnen, Stadtteilkultur, Freiflächengestaltung, Verkehr, Wirtschaft und Beschäftigung, nicht nur zur inneren Stabilisierung, sondern v. a. mit Blick auf kommunale Interessen am Stadtteil Biebrich in seiner gesamtstädtischen und regionalen Funktion.

Die städtebauliche Erneuerung im Rahmen der „Sozialen Stadt“ in diesem recht großen Areal wurde aufgegliedert in 4 Quartiere mit fünf Erneuerungsbereichen, die schrittweise realisiert werden sollen:

- 1) Bauliche Sanierung der GeWeGe-Häuser am Bauhof mit Bewohnerbeteiligung (E 1) und Bauhof Teplitzstr. als SozialKulturelles Zentrum (E 2)
- 2) Neugestaltung des Jägerhofplatzes mit Bürgerbeteiligung (E 3)
- 3) Stadterneuerung – Neugestaltung des Rheinuferbereiches Biebrich: Neuordnung der Nutzungen Wohnen, Gewerbe, Grün- und Freiflächen; Sanierung und Neugestaltung der Gebäude.
- 4) Rahmenplanung Industriegrenze: Neuordnung Kalle-Wald im Übergang von Wohnen zu Gewerbe und Industrie (E 5).

Einen Überblick über die Fördergebiete gibt die folgende Karte:

⁵⁵ Diese Zahlen stammen vom Deutschen Institut für Urbanistik (DifU) (2000) hier: Kurzprofil Biebrich-SüdOst.



Die kleinteilige Zielsetzung in den fünf Erneuerungsbereichen unterscheidet sich durchaus. Zunächst ging es darum, sichtbare Zeichen für die Bewohnerschaft zu setzen, die diese ermutigen sollten, selbst aktiv zu werden bzw. sich an den geplanten Projekten der Kommune zu beteiligen.

Das Jägerhof-Projekt (Erneuerungsbereich 3) als Initiative „von unten“ mit dem Ziel der Neugestaltung des Wohnumfeldes war ein willkommener Selbstläufer mit Modellcharakter für Bewohnerbeteiligung.

Dem gegenüber mussten für die Wohnungsmodernisierung am Bauhof (Erneuerungsbereich 1) und die Entwicklung des soziokulturellen Zentrums (Erneuerungsbereich 2) dezidiert Ziele und Strategien zur Aktivierung der Bewohnerschaft entwickelt werden: für die erstere, weil alle Haushalte unmittelbar betroffen und Negativwirkungen zu befürchten waren; für die letztere, weil das soziokulturelle Zentrum auf die Verbesserung des Zusammenlebens im und der Identifikation mit dem Quartier gerichtet ist – eine Zielsetzung, die nicht unbedingt unmittelbar und vorrangig im Blick sozial benachteiligter Haushalte ist.

In erster Linie eine städtebauliche Erneuerungsmaßnahme, zielt die Wohnungsmodernisierung der GeWeGe-Häuser am Bauhof (E 1) nicht nur auf die Anhebung der Wohnqualität für die ansässige Bevölkerung, sondern v. a. auch – mehr indirekt - auf sozialstrukturelle Veränderungen: Qualifizierung und Existenzsicherung,

Zuzug sozial weniger belasteter deutscher Familien, um die „kulturelle Mischung“ zu verändern. Damit verbunden wird die Erwartung einer Verbesserung des Quartiersimages. Das Projekt „Sozialkulturelles Zentrum BauHof“ (E 2) soll diese Außenwirkung unterstützen: „Buntes Leben“ nicht nur als Garant für friedliches Zusammenleben, sondern auch als Attraktivität für die Gesamtstadt. Verfolgt werden diese Projekte mittels Aktivierung vorhandener Potenziale und unter verstärktem Einsatz von Gemeinwesenarbeit.

2.4.3 Stadtteilmanagement

Schaubild: Projekt – Architektur Soziale Stadt Stadterneuerung Biebrich – SüdOst stand 6.2001

Lenkungsgruppe 69, 61, 51, Ovst, VI, II, V	Projektgruppe monatlich	Projektleitungsgruppe wöchentlich					
Quartiersmanger watter barth.CV Stadtteilbüro	Projektleitung Einzelprojekte	Projektleitung 6802 h. vollmar + 6103.ch.heime					
arbeits-schwerpunkte CV.	Projekte	Aspekte		Akteur extern	Akteur intern		
Caritasverband initiieren Netze knüpfen Planspiele anstoßen	Jägerhof	Kultur + Kunst	Arbeit + Beschäftigung Integration - Sprache Kinder + Jugendliche	AG Bauhof	Ortsbeirat		
ext. Zuarbeit Beteiligung Öffentlichkeitsarbeit	Bauhof Teplitzstraße	Soziales	Gewerbe + Einzelhandel	Bürgergruppen Nachbarschaftshaus	Stadtteilkonferenz		
	Rheinufer III	Wirtschaft + Liegenschaften		AG Interkulturelle Arbeit	Projektverbund	SEG	Geno 50
	Adolf-Todt-Straße	Umwelt + Grün		ext. Zuarbeit städtebauliche Grundlagen	61 Stadtplanung		
	GeWeGe-Häuser am Bauhof	öff. Ordnung + Sicherheit		Modernisierungsarchitek- ten Beratung	66 Tiefbauamt		
	GeWeGe-Häuser Breslauer Straße	Gestaltung		Handwerkskammer	69 Wohnungsamt Stadterneuerung + Wohnbauförderung	Modteams Wohnraumerhaltung + Stadterneuerung	GeWeGe gww
	Innenhof Breslauer Str. 15	Beteiligung Öffentlichkeitsarbeit		EinzelhandelsVereinigung BIG	67 Grünflächenamt		
	Kurfürstenstraße	städtebauliche Grundlagen		Heimat + Verschön. e. V.	36 Umweltamt		
	Rheingaustraße III			Vereinsring	80 Wirtschaft + Liegenschaften		
	Zoll Projektentwicklung GWG- Häuser am Rheinufer Grünzug, Reg. Park				51 Amt f. Soziale Arbeit	Kinder + Jugendzen- trum Galatea	
	WLZ Lichturm				41 Kulturamt		

2.4.3.1 Lenkungsgruppe

Eine ämterübergreifende Lenkungsgruppe mit dem Amtsleiter des Wohnungsamtes, der Leitung des Stadtplanungsamtes, dem Ortsvorsteher, der Projektleitung und dem Quartiermanager hat Ende 2003 ihre Arbeit aufgenommen. In ihr werden die strategischen Leitlinien auch in Bezug zur Gesamtstadt abgestimmt.⁵⁶

Die Projektleitung und Gesamtsteuerung des Projektes „Soziale Stadt Biebrich-Südost“ liegt bei einer **„Projektleitungsgruppe“**, die im Ressort Stadterneuerung des Wohnungsamtes der Stadt Wiesbaden angesiedelt ist und der neben einem Vertreter des Stadtplanungsamtes auch der Quartiermanager angehört.

Ca. alle 6 Wochen kommt die **„Projektgruppe“** (die sog. „ÄmterPlus-Runde“) zusammen, die aus der Projektleitungsgruppe und den Vertretern der verschiedenen Fachämter, die jeweils an den einzelnen Projekten beteiligt sind, besteht. Hier werden Kooperation und Arbeitsteilung der betroffenen Fachämter bezogen auf das Programmgebiet gezielt und projektbezogen koordiniert und abgestimmt. Projektbezogen können dabei auch einzelne Fachämter wie z.B. das Grünflächenamt im Gestaltungsprozess des Quartiers Jägerhofplatz, die Federführung für einzelne Projekte übernehmen.⁵⁷

Bezogen auf die einzelnen Erneuerungsbereiche im Programmgebiet „Soziale Stadt“ sind bzw. werden künftig zusätzliche quartiersbezogene Projektgruppen eingerichtet, die die jeweiligen Projekte steuern und die notwendige Vernetzung der Akteure verbunden mit einer entsprechenden Bürger- oder Bewohnerbeteiligung herstellen sollen. Das Quartiermanagement ist als wichtiger Akteur in den jeweiligen Projektgruppen vertreten. Ihre Zusammensetzung und die Art und Weise der Beteiligung folgen keinem einheitlichen „flächendeckenden“ Muster, sondern variieren quartiersbezogen. Die Form der Beteiligung hängt dabei, projektspezifisch, ab von den Erneuerungsdimensionen und den vorhandenen Beteiligungspotenzialen. Die aktuell unterschiedlichen Beteiligungsstrukturen werden im Folgenden am Beispiel einzelner Projekte beschrieben.

Das gemeinsame Dach dieser Vorgehensweise ist ein „integriertes Konzept, das die verschiedenen - auch bereits eingeleiteten Projekte - der städtebaulichen Entwicklung verknüpft und in quartiersbezogene konkrete Entwicklungs- und Aufwertungschancen bündelt.“⁵⁸ In der Struktur der Gesamtsteuerung spielt der Aspekt einer quartiersbezogenen Vernetzung der jeweiligen Ressourcen eine wichtige Rolle.

Dies spiegelt sich - aus der Sicht der Begleitforschung - auch in der graphischen Darstellung des Projektzusammenhangs wider, in der nicht nur Zuständigkeiten und Projekte dargestellt sind, sondern auch die verschiedenen Aspekte der Projektentwicklung und die internen und externen Akteure, die zu berücksichtigen sind.

⁵⁶ Die Lenkungsgruppe soll sich demnächst konstituieren, dies kann aus Sicht der Begleitforschung - als Indikator für die Bedeutung und das Gewicht der Projektleitungsgruppe bei der Gesamtsteuerung gewertet werden.

⁵⁷ Siehe Projektbeschreibungen unter 2.4.4 dieses Berichtes.

⁵⁸ So die Begleitinformationen des Planungsamtes für die Beschlussvorlage des Gemeinderates der Stadt Wiesbaden zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2002.

Bemerkenswert aus der Sicht der Begleitforschung ist, dass die Beteiligungsstrukturen in der Projektarchitektur nicht dargestellt sind, sondern sich erst im Rahmen der Interviews erschlossen haben.

Die Projektarchitektur hat - so die Vertreter der Projektleitung - eine breite Akzeptanz. Insbesondere der Ortsbeirat, der regelmäßig informiert und einbezogen wird, trägt diese Strukturen mit.

2.4.3.2 Quartiermanagement

Seit 1.7.2001, zunächst befristet bis zum 30.6.2005, versehen mit Verlängerungsoption, ist ein Quartiermanagement für das gesamte Erneuerungsgebiet „Soziale Stadt“ in Biebrich-Südost eingerichtet, finanziert aus Mitteln der Stadt und des Caritasverbandes (letzterer für die Gemeinwesenarbeit). Es steht eine 80% Stelle für einen Quartiermanager (Dipl.-Sozialpädagoge) zur Verfügung in Trägerschaft des Caritasverbandes, der bereits langjährig Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Biebrich durchgeführt hat. Die Aufgaben des Quartiermanagers sind in einem Vertrag zwischen dem Caritasverband und der Landeshauptstadt Wiesbaden beschrieben, dessen Kernelemente sind:

„Die Wohn- und Lebensbedingungen in Biebrich-Südost sollen durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts sowie durch Wohnungs- und wohnumfeldbezogene Maßnahmen gemeinsam mit den BürgerInnen des Stadtteils nachhaltig verbessert werden. Im Rahmen des Programms sollen zur Stabilisierung der Wohn- und Lebenssituation im Stadtteil zusammen mit den dort lebenden Bürger/innen Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Die soziale Infrastruktur soll im Hinblick auf den aktuellen und zukünftigen Bedarf überprüft werden.

Die aufgesetzte Projekt-Struktur und die Projekt-Architektur Soziale Stadt Biebrich-Südost sieht vor, dass:

- Bewohner/innen
- Mieter und Vermieter,
- Großindustrie, Handwerk + Gewerbetreibende,
- Vereine, Kirchen und Schulen,
- städtische Fach-Ämter,
- Institutionen und freie Träger

an dem Entwicklungsprozess, sowohl in der Analyse und Planung als auch bei der Umsetzung, in Beteiligung gewonnen werden.

In einem offenen Prozess sollen die Bewohner/innen selbst zu Akteuren der Quartiersentwicklung in Biebrich-Südost werden. Hier kommt der Förderung der Kommunikation im Quartier zwischen den Bürger/innen der unterschiedlichen ethnischen Gruppen und den Akteuren vor Ort besondere Bedeutung zu. Das Instrument QM soll prozesshaft eine Integration und Vernetzung aller Strategien und Aktivitäten fördern und die Entstehung von Projekten initiieren und begleiten; der multiethnischen Zusammensetzung der BewohnerInnen des Stadtteils wird gezielt Rechnung getragen.

Zur Berücksichtigung aller Lebensbereiche der dort lebenden Menschen werden integrative Handlungsansätze gewählt. Die wesentlichen zu bearbeitenden Aspekte sind:

- soziale Integration / Zusammenleben im Quartier unter multikulturellen Aspekten
 - Wohnen, Wohnumfeld und Umwelt
 - Wirtschaftsförderung und Stadtteilökonomie
 - Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
 - Schule und Bildung
- soziale und kulturelle Infrastruktur“⁵⁹

Wesentliche Handlungsfelder des Quartiermanagements sind:

„2.1 Stadtteilkoordination

- Einrichtung eines niedrigschwelligen Informations- und Beratungsangebotes durch die Inbetriebnahme des Stadtteilbüros Teplitzstr. 17 vor Ort im BauHof mit regelmäßigen Öffnungszeiten.
- Initiierung, Koordination und Umsetzung einer lokalen Öffentlichkeitsarbeit.
- Sammeln der Informationen, Koordination und Dokumentation aller Aktivitäten und Vorhaben, die zur Quartiersentwicklung beitragen.
- Vernetzen der unterschiedlichen Interessensgruppen vor Ort unter der Zielsetzung eines mit der Projekt-Leitung zu entwickelnden Quartierskonzeptes, mit den in der Projekt-Architektur genannten Aspekten.
- Initiierung und Aufbau von dauerhaften oder projektbezogenen Kooperationen zwischen den lokalen Akteuren/Experten, Initiativen, Institutionen und Unternehmen zur Verbesserung des aktiven Stadtteillebens,
- Aktivierung der StadtteilbewohnerInnen zur Beteiligung an Maßnahmen zur nachhaltigen Veränderung im Stadtteil und zur Kommunikation innerhalb der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen im Sinne positiver Nachbarschaft.
- Begleitung des Arbeitskreises Stadtentwicklung Biebrich SüdOst, (ehemalige AG Bauhof), in dem interessierte Bürger/innen und Interessensgruppen aus dem Stadtteil und Vertreter/innen der städtischen Verwaltung mitarbeiten.
- Kooperation mit und Beteiligung an der Arbeit der Projektleitung und der Verwaltungsprojektgruppe Stadtentwicklung Biebrich SüdOst.
- Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und anderen HEGISS- Projekten auf Landesebene zum Zwecke des Erfahrungsaustausches und der Qualitätssicherung.

2.2 Bewohneraktivierung

- Entwicklung einer quartiersbezogenen Struktur für die Trägerschaft von Bürgerbeteiligung in Kooperation mit dem Ortsbeirat und der Projektgruppe Biebrich-SüdOst
- Aktivierung von Selbsthilfepotentialen mit Begleitung und Unterstützung von Bewohnervertretungen, -aktivitäten und -initiativen.
- Beratung von Gewerbetreibenden, Initiativen, Vereinen u.a. beim Aufbau projektbezogener kooperativer Beteiligung.
- Aufbau eines Gewerberaum-Katasters auf freiwilliger Mitwirkungs-Basis von Eigentümern.
- BewohnerInnen-Beteiligung und -Beratung bei konkreten Erneuerungs-Projekten und Wohnumfeldverbesserungen mit Wohnungsbaugesellschaften und privaten

⁵⁹ „Vertrag über die Dienstleistungen des Quartiermanagements (QM) im Rahmen des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt Biebrich SüdOst“ zwischen dem Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden und dem Caritasverband Wiesbaden vom 15.11.2001

Eigentümern.

2.3 Projektentwicklung

- Initiierung von Aktivitäten und Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation, der Wohnumfeldbedingungen und der sozialen, kulturellen und freizeitbezogenen Infrastruktur.
- Verknüpfung abgestimmter Wohnumfeldverbesserungen mit Beschäftigungsförderung.
- Bündelung und Begleitung der vor Ort geäußerten Projektideen und auf den Boden bringen von „Top down“ Projekten.
- Unterstützung bei der Umsetzung der Projekte, Beratung von Vereinen und Initiativen über mögliche Projektförderungen.
- Koordination von Planungen und Aktivitäten im Rahmen der Quartiersentwicklung zwischen den BewohnerInnen und den unterschiedlichen internen und externen Akteuren.

2.4 Berichte und Erfolgskontrolle

Definition von Messgrößen. Evaluierung und Erfolgskontrolle.(...)

2.5 Projektbudget

Das Quartiermanagement verfügt - im Rahmen der Verwaltungsvorschriften öffentlicher Mittel der Stadterneuerung - über ein Projektbudget von jährlich bis zu 7500 Euro. Alle daraus zu finanzierenden Maßnahmen dienen dem Projektziel direkt und/oder den Zielvorgaben. Eine Abstimmung vor Auftragserteilung erfolgt mit dem AG; die Abrechnung und Anweisung erfolgt über den AG (.....) ⁶⁰

Im September 2001 wurde das Stadtteilbüro „BauHof“ im Rahmen einer Auftaktveranstaltung Soziale Stadt im Zentrum des Fördergebietes im ehemaligen BauHof Teplitzstraße 17 eröffnet und der Biebricher Bevölkerung vorgestellt.

Im Stadtteilbüro arbeitet der im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ angestellte Quartiermanager als Ansprechpartner für sämtliche Prozesse der sozialen Stadterneuerung, gemeinsam mit zwei SozialarbeiterInnen des Caritasverbandes (jeweils 75% Stelle) und einem ZDL. Ihr Arbeitsansatz ist gemeinwesen orientiert bezogen auf die Handlungsfelder Soziale Beratung, Sanierungsberatung, Kulturarbeit mit deutschen und nichtdeutschen Frauen und Kindern und Sprachförderung.⁶¹

⁶⁰ ebd.

⁶¹ Hintergrund ist eine interne Umstrukturierung des Caritasverbandes im Stadtteil Biebrich. So wurde die seit 10 Jahren existierende Gemeinwesenarbeit des Sozialzentrums „Breslauer-Straße“ des Caritasverbandes im Sanierungsgebiet Breslauer-Straße (Erneuerung erfolgte vor dem Programm „Soziale Stadt“) nach Abstimmung mit der Stadt, der Wohnungsbaugesellschaft und mit den BewohnerInnen in das neue Stadtteilbüro verlagert und die Gemeinwesenarbeit im Sozialzentrum „Hans-Böckler-Straße.“ aufgegeben und die entsprechende 75% Stelle ebenfalls in die Räumlichkeiten des neuen Stadtteilbüros Biebrich Süd-Ost eingebracht. Im Jahresbericht der Caritas 2001 „Gemeinsam für Biebrich“ spricht die Caritas von einer Grundsatzentscheidung hinsichtlich der personellen Ressourcen im Bereich der GWA des Caritasverbandes. „Ziel war es, die Personalkapazitäten der beiden Einrichtungen - Sozialzentrum „Breslauer Straße“, Sozialzentrum „Hans-Böckler-Straße“ - in dem neuen Projekt „Soziale Stadt“ Biebrich Süd-Ost zu bündeln und dem zukünftigen Quartiermanager (...) ein erfahrenes und eingespieltes GWA Team als Unterstützung zur Seite zu stellen“ (Jahresbericht 2001, S.3). Damit fokussiert der Caritasverband im Rahmen einer Restrukturierung auch eigene Ressourcen auf das Programmgebiet und bringt diese in das Netzwerk der Akteure der Sozialen Stadt ein.

Unterstützt wird dieses Team durch eine städtische Mitarbeiterin des Sozialdienstes, die in enger Kooperation eine regelmäßige Außensprechstunde des Amtes für Soziale Arbeit anbietet.

Regelmäßige Sprechstunden werden hier auch von der Wohnungsbaugesellschaft GeWeGe im Kontext der baulichen Erneuerung im Quartier Bauhof/Teplitzstraße⁶² angeboten.

Ergänzt wird dieses Beratungsangebot durch ein sog. Modernisierungsteam, das „Beratung und Förderung zu baulichen Maßnahmen und zur Wohnumfeldverbesserung“ anbietet - ein städtisches Beratungs- und (bescheidenes) Förderprogramm, mit dem - im Kontakt mit dem Haus- und Grundbesitzerverein - private Grundstückseigentümer für Modernisierungsaktivitäten gewonnen werden sollen.

Das Stadtteilbüro ist die zentrale Anlaufstelle, in der nicht nur die Beratungs- und Unterstützungsressourcen des Quartiermanagers verfügbar sind, sondern auch weitere Ressourcen, insbesondere solche der Gemeinwesenarbeit. Die eigenständigen Arbeitsbereiche des Stadtteilbüros sind - so die Schilderung des Quartiermanagers - miteinander vernetzt und kooperieren bei Bedarf untereinander. Diese Verknüpfung des Quartiermanagements mit der GWA ist - so der Caritasverband - im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung ein besonderes Merkmal des Projektes „Soziale Stadt“ Biebrich-Südost.⁶³

2.4.4 Stand und Entwicklung der Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren

2.4.4.1 BewohnerInnenbeteiligung bei der baulichen Erneuerung der GeWeGe Häuser Teplitzstr.

Die bauliche Erneuerung der GeWeGe-Häuser am Bauhof/Teplitzstr. und die Entwicklung des auf dem gleichen Gelände liegenden BauHof Teplitzstr. (Erneuerungsbereiche 1 und 2) zu einem soziokulturellen Treffpunkt bilden den Startpunkt für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“. Hier geht es um die Modernisierung von Wohngebäuden, die sich im Eigentum der GeWeGe (der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Wiesbaden) befinden und um die Neuordnung des Wohnumfeldes: Grundstückserweiterung und Abbruch der Hallen des ehemaligen Bauhofes, Erweiterung der Freiflächen.

Die Erneuerung der Wohngebäude der GeWeGe am Bauhof wurde in einer Projektgemeinschaft von GeWeGe und Landeshauptstadt Wiesbaden, Sozialdezernat, durchgeführt. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass eine „kleine und handlungsfähige Projektgruppe“ von der Verwaltung gegründet wurde, die sich in regelmäßigen Abständen trifft und die Vorbereitung und Durchführung des Projektes, insbesondere in Bezug auf die übergeordneten Aspekte der Quartierserneuerung und eine intensive Beteiligung der Hausbewohner und BlockanwohnerInnen, koordiniert. Diese Projektgruppe ist ein Beispiel für die unter 2.4.3.1 erwähnte quartiersbezogene Steuerungsgruppe.

Zur Projektgruppe gehören Vertreter:

- der GeWeGe (Planungs- und Bauabteilung + Mieterservice)
- des Sozialdezernats (ein Vertreter des Amtes für Soziale Arbeit und ein Vertreter des Sozialdienstes), ein Vertreter des Wohnungsamts (Stadterneuerung und

⁶² siehe Erneuerungsbereich 1 und 2 auf der Karte S.72 dieses Berichtes

⁶³ Jahresbericht 2001 „Gemeinsam für Biebrich“, Caritasverband Wiesbaden e.V., S. 8

Wohnungsbauförderung), der gleichzeitig Mitglied der Projektleitungsgruppe für das Gesamtgebiet „Soziale Stadt“ ist

- der Quartiermanager, der Beratung, Aktivierung und Betreuung der Bewohnerschaft während der Vorbereitungs- und Durchführungsphase übernimmt
- VertreterInnen aus der Bewohnerschaft der GeWeGe-Häuser (die im März 2002 als Bewohnervertretung gewählt wurden).⁶⁴

Die Ausgangslage im Quartier wurde von der GeWeGe zusammen mit dem Wohnungsdezernat (Wohnungsbauförderung und Stadterneuerung) wie folgt beschrieben:

Andreas-/Heppenheimer Straße

Besondere Situation

- desolates Umfeld
- verrufene Adresse
- zusammengewürfelte, „benachteiligte“ BewohnerInnen
- Situation im Haus desolat (Eingang, Treppenhaus, Briefkästen)
- Ausstattung Sub-Standard
- Wohnungszuschnitt nicht zukunftsorientiert

Mieter

- GeWeGe macht sowieso „nix“
- Informationsdefizit über geplante Schritte
- Vertrauen auf Veränderung verloren
- die Mieter fühlen sich im Stich gelassen
- die desolote Gesamtsituation wirkt sich negativ aus
- Ansätze aus der Beteiligung an Projektgruppe „Bauhof“ müssen aufgegriffen werden

Auswirkungen auf die Art und Weise der Vorbereitung der Modernisierung

- besonders behutsames Vorgehen erforderlich
- über das technische Vorbereiten und über die bauliche Maßnahme hinausgehende Begleitung erforderlich
- bewährte Vorbereitung und Begleitung der Erneuerung durch Sozialstation Caritasverband Biebrich-Süd-Ost, Beispiel Breslauer Str. GWW nutzen
- übliche Einzelbefragung nicht ausreichend
- gestaltbare Veränderungspotentiale benennen, eigene Wohnung, Hauseingang, Wohnumfeld
- Wünsche der Mieter berücksichtigen
- Bedeutung dieses 1. Erneuerungsprojektes in Biebrich-Südost für das gesamte Umfeld
- Chancen für junge Familien.⁶⁵

Nachdem Beauftragte der Projektgemeinschaft die Wohnungen in den Häusern des Quartiers besichtigt und Zustand und Ausstattung aufgenommen haben, wird zur ersten

⁶⁴ Papier des Sozialdezernats vom 27.3.2000, in dem einvernehmlich das Vorgehen der Projektpartner GeWeGe und Sozialdezernat (Wohnungsamt, Wohnbauförderung und Stadterneuerung) für das Quartier „Bauhof“ festgehalten wird.

⁶⁵ Ebd.

BewohnerInnenversammlung im September 2000 eingeladen mit dem Slogan „.....die Erneuerung wird jetzt vorbereitet.....Sie sind gefragt“. Neben den Vertretern der Projektgemeinschaft nimmt auch der Sozial- und Wohnungsdezernent teil.⁶⁶ Ziel dieser Veranstaltung ist die Erörterung der Vorstellungen der BewohnerInnen in der Vorbereitungsphase der Planung.⁶⁷

Im November 2000 wird als weiterer Beteiligungsschritt eine Haushaltsbefragung von der Projektgemeinschaft durchgeführt: „*Es geht um Ihre Meinung, um Ihre Fragen zur Sanierung, die in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen geklärt werden. Die Befragung ist freiwillig! Sie haben jetzt die Chance, bei der Gestaltung ihrer zukünftigen Wohnung und des Wohnumfeldes mitzureden*“ heißt es in der Ankündigung. 40 Fragen werden von den Interviewern zur aktuellen Wohnsituation, zu den zukünftigen Wünschen an Größe und Ausstattung des Wohnraums, zum Wohnumfeld, zur Einschätzung des Wohngebietes, zu Möglichkeiten der Mitbestimmung/Mitwirkung, zum Bedarf nach Beratung und zur Einkommens- und Beschäftigungssituation der BewohnerInnen gestellt.

„80 % der Haushalte beteiligten sich an der Befragung und die Ergebnisse wurden in der 2. BewohnerInnenversammlung im März 2001 vorgestellt. Ziel der Umfrage war es, die BewohnerInnen dieser rund 70 Wohneinheiten in die geplante Sanierung, die Teil des Projektes „Soziale Stadt Biebrich“ ist, mit einzubeziehen.“ Nur die Akzeptanz seitens der Mieter ermöglicht einen Umbau im bewohnten Zustand“. So begründete Xaver Braun, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GeWeGe, die Umfrage. „Und auch nur die Hilfe der BewohnerInnen sichert eine langfristige Erhaltung der Anlage.“ Nun informierten Hans Vollmar vom Wohnungsamt und Xaver Braun über die Ergebnisse und die weitere Planung. Die BewohnerInnen forderten eine grundsätzliche Erneuerung des Wohnblocks. Die Anlage soll nicht nur optisch aufgewertet werden, sondern vor allem soll die Wohnungsqualität in und um den Gebäudekomplex verbessert werden. Dazu gehören eine neue Ausstattung mit Heizungen und modernen Fenstern sowie der Anbau von Balkonen. Die Planer versprachen zusätzlich eine Erweiterung der Grünfläche und einen Spielplatz hinter den Häusern. Auch sollen in Absprache mit den Mietern einige Wohnungen familiengerecht zusammengelegt und umgebaut werden.

Im Vorfeld ist den BewohnerInnen aber vor allem die Zusage wichtig, dass die Wohnungen bezahlbar bleiben. Momentan liegt der Preis für den Quadratmeter bei 8,30 Mark; Xaver Braun versprach, dass die Miete nicht über 9,90 Mark steigen wird. Um dies zu finanzieren, sind jedoch Förderungen durch die Stadt und das Land notwendig.“⁶⁸

Im März 2002 werden dann die BewohnerInnenvertreter gewählt, alle BewohnerInnen wurden zuvor vom Stadtteilbüro Bauhof zur Teilnahme an der Wahl aufgerufen.⁶⁹

Wahlberechtigt waren 48 Personen der Andreasstrasse/Heppenheimer Straße. An der Wahl beteiligten sich 63% der BewohnerInnen, das entspricht 29 abgegebenen Stimmen. Alle

⁶⁶ der sich auch an den folgenden Bewohnerversammlungen beteiligt

⁶⁷ Dokumente über die Ergebnisse der Erörterung liegen der Begleitforschung nicht vor.

⁶⁸ Wiesbadener Kurier 19.3.01; andere Materialien über die Ergebnisse der Befragung und der zweiten BewohnerInnenversammlung liegen der Begleitforschung nicht vor.

⁶⁹ Quelle: Aufruf des Stadtteilbüros Bauhof vom 20.2.02

drei gewählten Personen haben offenbar – die Namen lassen darauf schließen – einen Migrationshintergrund.

Auf der 3. BewohnerInnenversammlung im März 2002 wird nicht nur der neu gewählte Bewohnerrat vorgestellt, sondern auch

- das Sanierungskonzept
- Zeitplanung, Baustellenplanung
- die Planung der Architekten
- die Bauabschnitte 1 und 2
- das Angebot des Stadtteilbüros.

Da die Modernisierung der GeWeGe-Gebäude so grundlegend war, dass Räumung während der Bauzeit notwendig wurde, stellte sich die Frage nach der künftigen Belegung, ob und zu welchen Konditionen die früheren BewohnerInnen wieder dort einziehen konnten bzw. wollten, zumal einige Wohnungen zusammengelegt und somit vergrößert werden konnten – es entstanden große Familienwohnungen, dies allerdings zu Lasten der Anzahl der Wohneinheiten.

Für die Neubelegung der modernisierten Gebäude wurde ein zwischen Projektleitung/Stadtteilbüro, Wohnungsbaugesellschaft, Bewohnerrat und Wohnungsamt abgestimmtes Verfahren gewählt: die früheren BewohnerInnen hatten Vorrang; allerdings wurde – durch Befragungen und Absprache unter den BewohnerInnen - darauf geachtet, „wer mit wem“ zusammen passt, die Bildung von Hausgemeinschaften wurde versucht. Das, so das Quartiermanagement, hat gut funktioniert.

Für Neuinteressenten wurde das Stadtteilbüro zum zentralen Anlaufpunkt, nachdem die Dringlichkeit der Wohnungsvermittlung vom Wohnungsamt festgestellt war. In der Projektgruppe dieses Erneuerungsbereiches wurde auf der Grundlage der „Charta der guten Zusammenarbeit“ ein Raster für das Belegungskonzept entwickelt. Das Stadtteilbüro erstellte auf dieser Basis eine Vorschlagsliste, die von den genannten Institutionen abgestimmt wurde.

Der Prozess des Einzugs und der Akklimatisierung wurde vom Quartiermanagement begleitet und betreut durch regelmäßige Infotreffs, Beratung und sog. Bewohnercafés, um die Entwicklung neuer Nachbarschaften zu unterstützen. Zusätzlich wurden Gemeinschaftsaktionen angeregt, etwa zur Bepflanzung von Freiflächen oder zur interkulturellen Begegnung.

Dieses Konzept scheint sich, so zumindest die kurzfristige Bilanz des Quartiermanagements, offenbar zu bewähren. Die ersten Reaktionen aus der Bewohnerschaft sind sehr positiv. Das Beispiel dieses Belegungsverfahrens macht mittlerweile Schule und wird übernommen von einer anderen Wohnungsbaugesellschaft, der GWW, für die Modernisierung von Gebäuden an der Breslauerstraße.

Seit Beginn der Baumaßnahmen werden regelmäßige Sanierungssprechstunden im Stadtteilbüro angeboten. Seit dem Jahr 2002 finden Stadtteilstefeste („Kultursommerfest BauHof“) auf dem Areal statt, bei denen sich die Besucher durch Präsentationen und Ausstellungen zum aktuellen Stand und zu Aspekten der Sozialen Stadt informieren, künstlerisch-kunsthandwerklich tätig werden und sich von den Bemühungen um interkulturelle Integration überzeugen können (s. auch 2.4.4.2).

Im Mai 2004 wurde der Abschluss der Modernisierungsmaßnahme mit einem Fest begangen.

Die Wohnungen wurden modernisiert, das Wohnumfeld neu gestaltet - mit intensiver Bewohnerbeteiligung. Aufgrund von öffentlichen Zuschüssen wurde der Mietpreis nur geringfügig erhöht.

Durch die teilweise Zusammenlegung wurde die Zahl der Wohneinheiten von 72 auf 54, z. T. vergrößerte und speziell ausgestattete Wohnungen, insbesondere für kinderreiche Familien und für behinderte Menschen, reduziert. Rund 80 % der ehemaligen BewohnerInnen sind – z. T. nach Zwischenumzug – geblieben. Man habe, so der Quartiermanager, auf eine „ausgewogene Mieterschaft“ geachtet.

2.4.4.2 Stadtteil-Kulturarbeit im sozialkulturellen Zentrum „BauHof“

Seit 1999 besteht die AG Bauhof, in der sich bereits vor und unabhängig vom Programm „Soziale Stadt“ aktive BürgerInnen und BewohnerInnen des Stadtteils zusammengeschlossen hatten, um die verschiedenen sozialen und kulturellen Aktivitäten und Entwicklungen im gesamten Stadtteil zu erörtern, Aktionen und Angebote abzusprechen und zu vernetzen.

Als Erneuerungsbereich 2 hat sich die Kommune dieser Initiative angenommen, um sie zum Schwerpunkt quartiersbezogener interkultureller Integration und stadtteilspezifischer Identität aufzuwerten.

Für den Quartiermanager, der an den Sitzungen der AG Bauhof regelmäßig teilnimmt, hat dieser den Charakter einer offenen Vernetzungsplattform. An den monatlichen Treffen nehmen durchschnittlich 10-20 BürgerInnen teil. Themen und Entwicklungen des Programms „Soziale Stadt“ werden zwar regelmäßig erörtert, das Themenspektrum ist aber nicht auf das Programm begrenzt. Über die regelmäßige Teilnahme des Quartiermanagers ist eine Vernetzung gewährleistet.⁷⁰

In den Räumen dieses Zentrums, mit dessen Ausbau 2003 begonnen wurde, ist - und das wird auch in Zukunft so sein - das Stadtteilbüro angesiedelt. Ziel ist der Aufbau eines sozialkulturellen Zentrums.

Eine Befragung von 180 Haushalten, die um den Bauhof herum wohnen, im Jahr 2004 hat den mehrheitlichen Wunsch der BewohnerInnen zum Ausdruck gebracht, dass der BauHof Anlaufstelle für Beratung, Bildung, Kultur und Treffpunkt mit Café werde solle. V.a. für Kinder, so das Ergebnis eines Planungsworkshops im September 2004, sollten mehr Angebote gemacht werden, auch in Kooperation mit den Schulen. Das Programm solle mit den BewohnerInnen abgestimmt werden.

Bereits jetzt können dort Räume von Kindern und von Familien mit Kindern genutzt werden; Künstlerateliers (Wohnen und Arbeiten), eine Stadteilküche, Angebote der Kinder- und Erwachsenenbildung, eine Sprachschule, Werkstatträume, eine Kultur- und Spielscheune und Frei- und Spielflächen für Kinder sind im Entstehen. Jugendliche sind lediglich als Adressaten einzelner Veranstaltungen vorgesehen; ihr eigentliches Terrain sollen das Jugendzentrum, „offene“ Schulhöfe und zusätzlich künftig Freiflächen im Bereich des Rheinufers sein.

Ein beachtliches Spektrum an Kulturarbeits-Aktivitäten hat sich in den letzten drei Jahren heraus gebildet: Kunstwerkstatt, Kurse und Aktionen für kunsthandwerkliche und für künstlerische Gestaltung, Theater- und Musikveranstaltungen, spezielle Angebote für Kinder und Erwachsene, z.T. in Kooperation mit Künstlern, Schulen, mit dem

⁷⁰ Diese Darstellung der AG Bauhof basiert auf dem Gespräch der Begleitforschung mit dem Quartiermanager.

Nachbarschaftshaus, interkulturelle Feste und Kommunikationsangebote und nicht zuletzt die Biebricher Kulturwochen 2004 mit großer Resonanz unter den BewohnerInnen und öffentlicher Unterstützung (s. auch 2.4.4.1).

2.4.4.3 Eine Initiative „von unten“: Instandsetzung und Gestaltung des Jägerhofplatzes

Der Jägerhofplatz (Erneuerungsbereich 3) hat als grüner Quartiersplatz im Bereich Elisabethenstraße und eines Nachbarschaftshauses eine besondere Bedeutung. Er wurde vor ca. 20 Jahren neu angelegt; im Rahmen dieser Maßnahme wurden von Bürgern der Stadt eine Brunnenanlage und mehrere Bäume gespendet, die in die damalige Gestaltung integriert wurden. Der Platz wurde in der Folge von den BürgerInnen des Quartiers rege genutzt.

Im Zuge größerer Neubaumaßnahmen (ein Wohnhaus und eine Kindertagesstätte) wurde der Platz als Baustelleneinrichtung mitbenutzt und anschließend seit geraumer Zeit als „wilder“ Quartiersparkplatz zweckentfremdet. Dadurch waren Feuerwehruzufahrten, Rettungswege und Löschwasserentnahmestellen zeitweise nicht erreichbar. Der durch Fahrzeuge zerstörte Belag stellt für Fußgänger eine erhebliche Unfallgefahr dar.

Im Juni 2001 hat sich eine Bürgerinitiative aus Anwohnern, Gewerbetreibenden des Quartiers, Vertretern des Nachbarschaftshauses und der Kindertagesstätte am Jägerhof zusammengefunden, um die Möglichkeiten der Instandsetzung und Neuordnung des Jägerhofplatzes zu betreiben. Die Bürgerinitiative hat kontinuierlich mit einer Beteiligung von 15 bis 30 Teilnehmern das Projekt verfolgt und bis zur Entwurfsplanung begleitet. Grünflächenamt, Wohnungsamt-Stadterneuerung (Projektleitung „Soziale Stadt Biebrich Süd-Ost“) und Stadtplanungsamt haben die Initiative der BürgerInnen aufgegriffen und mit dem Nachbarschaftshaus die regelmäßigen Sitzungen der Gruppe unterstützt, sie mit Planmaterial versorgt und fachlich beraten. Die Moderation und Protokollführung hat das Nachbarschaftshaus übernommen.

Neben den angestrebten Qualitäten eines grünen Quartiersplatzes spielte in der Bürgerinitiative die vorhandene Parkplatznot für Anwohner und Gewerbetreibende in dem beengten und kleinteiligen Quartier eine große Rolle und wurde intensiv diskutiert. Als Konsequenz daraus wurden durch die Projektleitung in Kooperation mit dem Tiefbauamt und dem Stadtplanungsamt eine Parkraumbestandsaufnahme und ein Parkraumkonzept für den gesamten Bereich Biebrich-Süd in Auftrag gegeben. Auf dem Hintergrund dieses erwarteten Parkraumkonzepts hat sich die Gruppe für einen grünen Quartiersplatz mit Aufenthaltsqualität und gegen einen Parkplatz auf dem Jägerhof entschieden.

Die Bürgerinitiative hat in 8 Sitzungen und 2 Planungsworkshops 4 Gestaltungsvarianten ausgearbeitet und diese in einer Präsentation auf dem Bauhof der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Grünflächenamt hat aus den Varianten in einer fachlichen Überarbeitung einen um Konsens bemühten Gestaltungsentwurf entwickelt. Dieser wurde durch die Bürgerinitiative als Grundlage für die Ausführungsplanung ausgewählt und bestätigt. Der Ortsbeirat wurde über die Tendenzen im Projektprozess informiert. Die Presse hat durch mehrere Berichte von der Arbeit der Bürgerinitiative den Planungsprozess öffentlich gemacht.

Der Jägerhofplatz wurde mittlerweile als Quartiersplatz mit Aufenthaltsqualität in dem kleinteiligen, baulich hoch verdichteten historischen Altstadtbereich wiederhergestellt.

Sämtliche Bereiche des Platzes sind barrierefrei erreichbar; die sichere Begehbarkeit des Platzes und der anliegenden Wege und Gassen sind wieder hergestellt.

Nach dem Beschluss des Entwurfes erfolgte die Ausführungsplanung, die Ausschreibung und die Vergabe; Baubeginn war März 2003. Die freiraumplanerischen Leistungen bis zur Fertigstellung übernahm das Amt für Grünflächen. Nach dem Projektstart durch die Bürgerinitiative wurde mit dem Antrag der Sozialen Stadt 2002 das Fördergebiet in Abstimmung mit dem zuständigen hessischen Ministerium um den Bereich Jägerhofplatz erweitert. Damit ist das Gesamtprojekt als unrentierliche Wohnumfeldmaßnahme in Form von Grün- und Freiflächengestaltung im öffentlichen Bereich aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ förderfähig.

Die Neuordnung des Parkens soll auf der Grundlage des erarbeiteten Parkraumkonzeptes Biebrich-Süd für das gesamte, kleinteilige und beengte Quartier um den Jägerhof-Platz geschehen. Parallel zur Ausführungsplanung der Platzgestaltung sollen geeignete Regelungen für den ruhenden Verkehr in den öffentlichen Flächen, insbesondere zugunsten der Anwohner und Gewerbetreibenden, geprüft und umgesetzt werden. Im September 2004 konnte der neugestaltete „Platz am Jägerhof“ mit hoher Akzeptanz feierlich seiner Bestimmung übergeben werden.

Insgesamt ist die Entwicklung des Bereiches Jägerhofplatz ein Beispiel für einen gelungenen Entwicklungsprozess „von unten“: BürgerInnen und VertreterInnen von Institutionen des Quartiers⁷¹ greifen ein städtebauliches Problem, das sie direkt betrifft, auf, entwickeln Gestaltungsvorschläge, bewegen Politik und Verwaltung zu einer gezielten Veränderung im Sinne und unter aktiver Einbeziehung der Bürgerinitiative. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass dieses Projekt erst im Nachhinein in die Planungen zur „Sozialen Stadt“ einbezogen wurde; die Sozialstruktur der beteiligten BewohnerInnen dürfte sich vom Gesamt-Quartier Biebrich-Südost unterscheiden. Dies zeigt einmal mehr, dass gelingende Beteiligung an die Entwicklung entsprechender Voraussetzungen und Fähigkeiten gebunden ist, die durch bloße Aktivierungsbemühungen allein nicht erreicht werden kann, sondern die Investition in Arbeit und Bildung der BewohnerInnen erfordern, um diese Beteiligungs-Voraussetzungen zu schaffen und sicher zu stellen.

2.4.4.4 Künftige Entwicklung weiterer Erneuerungsbereiche mit BürgerInnen-/AnwohnerInnen-Beteiligung

Mit der Erneuerung von zwei weiteren Bereichen im Quartier Biebrich-Südost (Erneuerungsbereiche 4 und 5) wurde im Jahr 2003 begonnen.

Zum einen geht es um die Neugestaltung des industriell geprägten Rheinufers (Erneuerungsbereich 4), das durch ehemalige Lagerhäuser und ein Zollamt geprägt ist, dessen Nutzung ausgelaufen ist. Diese Gebäude blockieren den Zugang zum Rheinufer und die Potenziale eines „Stadtteils am Fluss“. Ziel ist, das Rheinufer für eine breite Nutzung zu öffnen und zugänglich zu machen: attraktives Wohnen, durchgängige öffentliche Grün- und Freiflächen und Naherholungsbereiche, Kunst und Kultur im öffentlichen Raum. Nach langer Vernachlässigung ist die Gestaltung des Rheinufers aus Sicht der Projektleitung der „Sozialen Stadt“ und des Stadtteilmanagers auch deshalb dringlich, weil verschiedene kommerzielle Interessenten die hochwertigen Flächen am Rheinufer verwerten möchten. Ziel ist deshalb die Entwicklung einer Rahmenplanung „Rheinufer“.

⁷¹ das keine ausgeprägten Merkmale besonderer sozialer Benachteiligung aufweist, so die Einschätzung des Stadtteilmanagements.

Die Beteiligung der Anwohner, der Eigentümer und der Industrie an diesem Planungsprozess ist im Projektauftrag ausdrücklich formuliert.

Nach vorbereitenden Untersuchungen ist ein offener Planungs- und Beteiligungsprozess in Gang gesetzt worden („Der Durchbruch am Rheinufer steht bevor“); Initialzündung war eine gut besuchte Auftaktveranstaltung im November 2004. Mehrere Planungsforen, in denen Ideen für die Nutzung des Zollhofes, für das Wohnen, für die Gestaltung der Rhein-Promenade und weiterer Freiflächen gesammelt werden sollen in einem „offenen Planungsprozess“ - offen für alle Interessierten - sind bis zum Frühjahr 2005 vorgesehen. Die Ergebnisse sollen als Empfehlungen in die weitere Planung eingehen. Ein Gestaltungswettbewerb für die Grün- und Freiflächengestaltung soll ausgeschrieben werden. Mit der Neugestaltung des Rheinufers verbunden ist die Sanierung und Neugestaltung der GeWeGe-Häuser am Rheinufer: hier sollen Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen und Eigentumswohnungen geschaffen werden. Ein Planungskonzept dafür ist im Herbst 2004 gemeinsam mit Anwohnern und am dortigen Wohnen Interessierten gestartet worden. Ein erstes Wohnungsbauprojekt mit insges. 70 Wohneinheiten in der Pfälzerstraße wird zum Berichtsabschlusszeitpunkt, November 2004, in einem Architektenwettbewerb mit BürgerInnenbeteiligung bearbeitet. Ende des Jahres soll ein Plankonzept dazu vorliegen.

Zum zweiten geht es um die umfassende Neuordnung der „Industriegrenze“ (Erneuerungsbereich 5). Der im Osten des Programmgebietes liegend Übergangsbereich von Wohnen zu Gewerbe und Industrie („Kalle-Wald“) soll in einer bereits angelaufenen Kooperation und Abstimmung mit dem Industriepark (Infraserv Wiesbaden KG) und unter „angemessener Beteiligung“ der Bürger im Zuge einer „Kooperativen Rahmenplanung“ neu gestaltet werden. Ein Rahmenplanbeschluss für dieses Projekt ist zum Berichtsabschlusszeitpunkt noch nicht gefasst; ein Konzept für die Bürgerbeteiligung liegt noch nicht vor.

Beide Vorhaben werden direkte und indirekte Wirkungen auf das Quartier im engeren Sinne haben. Zugleich sind sie in übergreifende gesamtstädtische und regionale Entwicklungsprozesse eingebunden, die eine Abstimmung auch mit anderen Interessen erfordern und Beteiligung vor größere Schwierigkeiten stellen. Vor allem werden durch die neuen Wohnmöglichkeiten am Rheinufer neue BewohnerInnen in den Stadtteil kommen, die dazu beitragen, die Sozialstruktur zu verändern und Auswirkungen auf zukünftige Stadtteilqualitäten und Beteiligungschancen haben können. Hier entsteht eine Gestaltungschance, die entweder allein administrativ oder unter Beteiligung der jetzigen BewohnerInnen aufgegriffen werden kann. In diesen beiden Erneuerungsbereichen wird das Konzept der BewohnerInnen- bzw. BürgerInnen-Beteiligung seine eigentliche Bewährungsprobe erfahren.

2.4.4.5 Weitere Aktivitäten zur Aktivierung und Beteiligung Stadtteilkonferenz Biebrich

Die Stadtteilkonferenz besteht seit 15 Jahren und ist eine AG, in der sich regelmäßig professionelle Akteure der sozialen Einrichtungen und Institutionen treffen, um Ideen und Maßnahmen abzusprechen, zu koordinieren und Kommunikation und Dialog im Stadtteil zwischen verschiedenen Akteuren zu fördern. Sie hat die Erstellung einer Expertise über Migrant*innenjugendliche in Wiesbaden-Biebrich beim ISS, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, in Frankfurt angeregt, um Hintergrundinformationen für die

Entwicklung der Jugendarbeit zu bekommen.⁷² Aus der Stadtteilkonferenz sind außerdem eine Zukunftswerkstatt für Mitarbeiter zum Thema „Toleranz und Demokratie“ hervorgegangen, ein Mal- und Plakatwettbewerb für Kinder und Jugendliche zum gleichen Thema, die Idee zu einem Geschichtsprojekt „Geschichte der Migration“, das mit vielfältigen Beteiligungsformen einen Dialog zwischen den Generationen, Kulturen und Religionen fördern soll, sowie ein Streitschlichtungsprojekt und Veranstaltungsreihen zum interkulturellen Zusammenleben in den Jahren 2003 und 2004. Diese Projekte sind Ergebnis eines lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, der Integrationsprozesse - in einem Stadtteil mit einem Migrantenteil von ca. 40% - gezielt befördern soll.

Stadtteilrundgänge

Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des Stadtteilbüros fanden verschiedene Stadtteilrundgänge statt.

Bildung und Beschäftigung

Dank der bereits vor Beginn des Programms „Soziale Stadt“ guten Beziehungen von Gemeinwesenarbeit und Schule und der zusätzlichen Fördermöglichkeiten durch das LOS - Programm werden in Sprach- und Qualifizierungskursen gezielt Jugendliche und Erwachsene aktiviert, die besondere Schwierigkeiten haben, Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu bekommen bzw. sich dort zu behaupten. Hier besteht eine Schnittstelle zum Teilprojekt „Bildung und Schule“ der Begleitforschung.

Gewerbe

Die Biebricher Gewerbegemeinschaft versucht in Kooperation mit der IHK eine Modernisierung der Angebotspalette und des Marketings.

Im Jahr 2003 wurde eine Gewerbeuntersuchung in Biebrich-Südost durchgeführt. Diese hat den Schwerpunkt Dienstleistungsfunktion für die Bewohnerschaft – in Handel und spezialisiertem Handwerk - und einen relativ hohen Anteil produzierenden und verarbeitenden Gewerbes (von 15 %) herausgearbeitet – ein recht breites Spektrum an Waren und Diensten und unterschiedlichen kulturellen Milieus.

Bemerkenswert ist zudem der recht hohe Quartiersbezug der Unternehmen durch Aktivität in Vereinen, Initiativen und Stadtteilkultur.

Dies Ziel- und Maßnahmen bezogen auszuwerten – Wertschöpfung durch Qualifikation und Quartiersbezug - sollte Gegenstand des Teilprojekts „Arbeit und Beschäftigung“ der Begleitforschung sein.

Darüber hinaus dürfte mittelfristig die Realisierung der Erneuerung am Rheinufer (Erneuerungsbereich 4) quartiersübergreifende Auswirkungen auf die Gewerbeentwicklung und die Beschäftigungsmöglichkeiten im Quartier Biebrich-Südost haben – dies in Abhängigkeit vom Aktivitätsgrad der Gewerbetreibenden und der Flexibilität der Beschäftigung Suchenden.

2.4.5 Nachhaltigkeit

Aus Sicht der städtischen Projektleitung und des Quartiermanagers lassen sich BewohnerInnen und BürgerInnen am besten im Rahmen konkreter Projekte für eine Beteiligung gewinnen. Dies hätten auch die Erfahrungen in früheren Beteiligungsprojekten

⁷² s. ISS (2002): Jugend für Toleranz und Demokratie.

außerhalb des Projekts „Soziale Stadt“ gezeigt (z. B. Breslauer Straße). Die Beteiligung sollte sich für den Einzelnen „rentieren“, er müsse betroffen sein und es müsse die Möglichkeit bestehen, durch Beteiligung konkret die eigenen Lebensverhältnisse zu gestalten und zu verbessern. BewohnerInnen und BürgerInnen als „nichtbezahlte“⁷³ Akteure haben - so die Erfahrung - nur begrenztes Interesse und begrenzte Ressourcen für eine Beteiligung. Nach Abschluss der jeweiligen Projekte fallen sie zurück oder richten ihr Interesse auf ein neues, überschaubares Vorhaben.

Durch Beteiligung werde der Planungsprozess geöffnet und die mit dem Planungsprozess verbundenen Konflikte, die aus unterschiedlichen Interessenlagen der beteiligten und betroffenen Akteure resultieren, würden „vor Ort“ zwischen den Akteuren ausgetragen und ausgehandelt und nicht auf der „politischen Ebene“. Eine besondere Qualität sei dabei der Aspekt der „*Selbstregulation*“. Fähigkeiten und Kompetenzen zur Selbstregulation werden in Beteiligungsprozessen erfahren und erworben und sind Grundlage für einen weiteren wichtigen Aspekt: *Identifikation* mit dem Quartier, in dem man lebt und dem Stadtteil. Selbstregulationsprozesse wiederum hätten auch entlastende Effekte für die Planung, weil unterschiedliche Interessenlagen im Planungsprozess bearbeitet würden und nicht außerhalb oder z. B. erst nach Abschluss der Planungsprozesse.

Für die Gesamtprojektsteuerung sei eine Kooperation der beteiligten Ämter „quer zu den Hierarchien“ ausschlaggebend, die für Biebrich-Südost festgelegt und beschlossen wurde. Entscheidend sei auch die verbindliche Festlegung der vorliegenden Projektleitungsstruktur gewesen, die eine effektive Steuerung ermöglicht und auf Vernetzung setzt.

Nachhaltigkeit selbsttragender Strukturen der Beteiligung und Aktivierung an diesem Standort zu kreieren, ist nicht das Thema des Gesamtprojektes.

Vielmehr geht der Wunsch von Projektleitung und Quartiermanagement dahin, nach Abschluss der „Sozialen Stadt“ das sozialkulturelle Zentrum als kommunikative Quartiersmitte stabilisiert und ein Stadtteilbüro als Dienstleistung für die Wohnungswirtschaft in Verbindung mit einem Wohnraumversorgungskonzept installiert zu haben: Mieterservice und Kultur aus dem Quartier als Angebotsstruktur.

2.4.6 Entwicklungsziele und Erfolgsüberprüfung

Der Vertrag zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Caritasverband über das Quartiermanagement enthält im Kapitel „Berichte und Erfolgskontrolle“ zwei Punkte, die sich auf eine Erfolgskontrolle beziehen:

- Definition von Messgrößen. Evaluierung und Erfolgskontrolle.
- Der AN (Auftragnehmer) stellt die schriftliche und bildliche Dokumentation (Notizen, Protokolle, Aktenvermerke, Karten, Fotos etc.) sämtlicher relevanten Vorgänge im Rahmen seiner Tätigkeit in geordneter Form sicher und hält diese zur externen und internen Verwendung bereit.

Wieweit eine an dieser Grundlage orientierte Erfolgskontrolle bisher erfolgt ist, darüber liegen der Begleitforschung bis auf eine Anmerkung im Jahresbericht des Caritasverbandes von 2001 keine Informationen vor. Dort heißt es:

⁷³ Mit „bezahlten“ Akteuren sind die Vertreterinnen von Institutionen gemeint, die sich im Kontext ihrer beruflichen Tätigkeit engagieren.

„5. Wirkungen und Ergebnisse

Ein Jahr nach Beauftragung und Beginn der Maßnahmen lässt sich bereits ein sozialer Gewinn feststellen:

- Durch eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung mit Vorstellung des Quartiermanagements des CVW, spannenden Stadtteilrundgängen und Projektpräsentationen, sowie der Eröffnung des Stadtteilbüros mit ca. 150 beteiligten BürgerInnen und Akteuren wurde die Biebricher Öffentlichkeit für das Projekt interessiert. Das Stadtteilbüro „BauHof“ im Zentrum des Fördergebietes wird seitdem von den BürgerInnen als Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung genutzt.
- Die Wohnungsgesellschaften unterstützen den baulichen und sozialen Erneuerungsprozess in den Quartieren, z.B. die abgestimmte Charta und Projektgemeinschaft zur baulichen Erneuerung der GeWeGe Häuser am BauHof.
- Initiierung und Implementierung eines Bewohnerrates im Siedlungsgebiet der GeWeGe Häuser am Bauhof mit einer Beteiligung von über 60% der BewohnerInnen.
- Sich selbst tragende informelle soziale Netzwerke beginnen sich durch die Arbeit mit den BewohnerInnen im Siedlungsgebiet um den BauHof und den unterschiedlichen Frauenprojekten zu bilden.
- Ehrenamtliches Engagement, insbesondere von ausländischen Frauen für den Stadtteil im Rahmen der vielfältigen Kulturprojekte entwickelt sich auf hohem Niveau weiter.
- Die professionellen „Experten“ öffnen sich für den Geist der „Sozialen Stadt“ und lassen sich mehr und mehr auf die Lebenswelt und Kommunikationsform von lokalen Experten ein.
- Die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sind durch die regelmäßig tagende AG Stadteilerneuerung und die Stadtteilkonferenz Biebrich, sowie durch gemeinsame Projektentwicklung mehr oder weniger miteinander vernetzt. Die Einbindung der örtlichen Jugendhilfe in den sozialen Erneuerungsprozess im Stadtteil wurde durch eine Zukunftswerkstatt sichergestellt.
- Der Ortsbeirat mit den Parteien sowie die Ortsverwaltung unterstützen den Erneuerungsprozess mit hohem Engagement.
- Das Stadtteilmanagement des CVW in Biebrich beteiligt sich an der Konzeptentwicklung des neuen Integrationsamtes der Stadt Wiesbaden.“⁷⁴

Zwischen den Akteuren sind keine Messgrößen oder Erfolgskriterien verbindlich festgelegt und operationalisiert worden. Daher können diese Aussagen aus der Sicht der Begleitforschung nur als *Einschätzung aus der Perspektive eines Akteurs* gewertet werden, deren empirische Überprüfung aussteht.⁷⁵

Eine eigene Erfolgskontrolle oder Selbstevaluation betreibt die Projektleitung entgegen ursprünglichen Ankündigungen nicht, sondern will sich auf Beobachtung von außen stützen.

⁷⁴ Jahresbericht 2001 des Caritasverbandes Wiesbaden e.V., Soziale Stadt Biebrich SüdOst, S. 13/14

⁷⁵ Das gilt z.B. für Formulierungen wie „informelle soziale Netzwerke beginnen... sich zu bilden“, „Ehrenamtliches Engagement entwickelt sich auf hohem Niveau weiter“. „Die sozialen Einrichtungen im Stadtteil sindmehr oder weniger miteinander vernetzt“.

Das Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung der Stadt Wiesbaden führte ein statistisches Monitoring durch, im Rahmen dessen über ein Projekt „Siedlungsentwicklung in Wiesbaden“ die „sozialräumliche Entwicklung im Planungsraum Biebrich-Mitte und im Quartier Biebrich-Südost“ quantitativ für den Zeitraum 1998-2003 beobachtet wurde. Demnach haben die bisherigen Maßnahmen, v. a. Modernisierung der GeWeGe-Wohnungen, Sozialkulturelles Zentrum BauHof und Jägerhof keine spürbaren Wirkungen für die sozialräumliche Entwicklung zeitigen können: die Abwanderungstendenz jüngerer deutscher Bewohnerhaushalte und der Zuzug ausländischer Haushalte haben sich trotz der Modernisierungsmaßnahmen eher verstärkt. Trotz Zunahme der Anzahl und der Erhöhung der Wohnfläche pro Wohneinheit hat sich die Wohnungsversorgung (Haushalte pro Wohneinheit), auch im Vergleich zu anderen Gebieten, sogar verschlechtert.⁷⁶ Die sozialen Problembelastungen stagnieren (die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen erhöht sich, die der Langzeitarbeitslosen reduziert sich) oder nehmen im Zeitverlauf der Erhebungsperiode zu (Sozialhilfequote, Interventionen des Bezirkssozialdienstes, Räumungsklagen).

Diese Ergebnisse sprechen zunächst noch nicht gegen die Wirksamkeit der Maßnahmen der Sozialen Stadt, weil diese sich noch nicht statistisch niederschlagen können; insbesondere aber insofern nicht, als sie nicht lokal bedingt, verursacht und höchstens geringfügig beeinflussbar sind.

Dennoch sind v. a. die wohnungswirtschaftlichen und gewerbebezogenen Aktivitäten darauf hin zu beobachten, ob und in wie weit sie der ansässigen Bevölkerung nutzen oder zu Verdrängung in den Bereichen Wohnen und Beschäftigung beitragen.

Darüber hinaus ist Biebrich-Südost einbezogen in eine bundesweite Zwischenevaluierung des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin (IfS) im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (insgesamt 13 Fallstudien im Bundesgebiet). Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen Grundlage der Ziel- und Erfolgsüberprüfung vor Ort sein. Sie sind nicht vor Ende des Jahres 2004 zu erwarten.

2.4.7 Resümee

„Erntezeit“, so nennt die Projektleitung den derzeitigen Stand der Sozialen Stadt Biebrich-Südost; erste Erfolge zeigen sich: die BewohnerInnen der GeWeGe-Häuser sind überwiegend zufrieden, die Stadtteilkultur wird gut angenommen, der Jägerhof ist angenommen, das Rheinufer kommt in Bewegung.

Die Politik der kleinen Schritte hat sich offenbar bewährt: Das Projekt „Biebrich-Südost“ im bisherigen Verlauf ist quartiersbezogen und nach kommunalpolitischen Gesichtspunkten wenig komplex; das wird sich vermutlich in den Erneuerungsbereichen 4 und 5 ändern.

Bildlich könnte man angesichts der Projektorientierung von „Inseln städtebaulicher Erneuerung“ sprechen, bei denen die jeweiligen „Insel-Bewohner“ oder „Anrainer“ beteiligt und aktiviert werden. Die Aktivitäten anderer Gremien, wie z.B. dem Stadtteilarbeitskreis ergänzen die Prozesse, werden aber nicht in systematischer Weise in ein integriertes Handlungskonzept einbezogen.

Zusätzliche, auf den gesamten Stadtteil bezogene Beteiligungsgremien wurden nicht geschaffen. Der Ortsbeirat hat eine starke Stellung für die Entwicklung des Quartiers. Er

⁷⁶ s. Projekt Siedlungsentwicklung in Wiesbaden November 2004

stimmt seine Tagesordnung mit der Projektleitung der Sozialen Stadt ab und ist aktiv beteiligt an deren Veranstaltungen.

Im Quartier „Bauhof/Sanierung der GeWeGe-Häuser“ geht es um Wohnungsanierung, also kleinräumige Maßnahmen mit dem Gewicht auf Wohnungsbaugesellschaft und BewohnerInnen als Beteiligten und im Quartier „Jägerhofplatz“ um die Neugestaltung des Quartiersplatzes.

Alle BewohnerInnen sind unmittelbar betroffen und motiviert sowie tendenziell Gewinner des Projektes. Konflikte bleiben begrenzt, wenn sie sich im Spielraum der finanziellen Rahmenbedingungen halten. Auch die Zahl der beteiligten Parteien ist überschaubar. Die Kleinräumlichkeit der Einzelprojekte und die generelle und sehr konkrete Betroffenheit der BewohnerInnen sprechen für eine hohe Mobilisierbarkeit mit geringer sozialer Selektion, vor allem auch der ausländischen BewohnerInnen, allerdings mit hoher Individualisierung der Interessen.

Die Rolle des Quartiermanagements konzentriert sich auf individuelle Beratung, Unterstützung Einzelner bei ihrer Interessenvertretung und Organisation und Moderation der Willensbildung für die allen gemeinsamen Angelegenheiten.

Nachhaltigkeit der Beteiligung auf dieser Basis wäre, selbst wenn sie gewollt wäre, grundsätzlich nur schwer erreichbar und zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch nicht nachweisbar. Nach Abschluss der Projekte können allenfalls Sekundäreffekte für andere Lebensbereiche erwartet werden (die Betroffenen kennen sich durch den vergangenen Prozess). Nachhaltigkeit könnte gefördert werden, wenn Elemente der Selbstverwaltung durch die BewohnerInnen oder in gemeinsamen Gremien von Mietern und Vermietern installiert würden. Dafür gibt es allerdings kaum Konzepte und positive Erfahrungen; Wohnungsprobleme werden eher individualisiert bearbeitet. Anders könnte dies im Bereich des BauHofs aussehen, bei dem es um längerfristige integrationsfördernde soziale und kulturelle Aktivitäten und Strukturen im Stadtteil gehen wird.

In den beiden weiteren Erneuerungsbereichen „Neugestaltung des Rheinufers“ und „Neuordnung der Industriegrenze Kalle Wald“ wird von einer „angemessenen Beteiligung“ gesprochen; erste Erfahrungen mit Bürger-Beteiligung im Sinne von Information, Anhörung und Ideensammlung sind gemacht. Entscheidend für den Stellenwert der Beteiligung und Aktivierung wird es sein, in wie weit die Bürgeranregungen – auch in ihrer Unterschiedlichkeit, u. U. in ihrer Gegensätzlichkeit – Eingang in den Planungs- und Entscheidungsprozess finden werden. Konkrete Strukturen sind noch nicht entwickelt. In den Erneuerungsbereichen wird die Strategie der „Insellösungen“ verlassen und Beteiligung der BewohnerInnen in komplexere Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden sein. Dies kann auch ein Test dafür sein, ob eine erfolgreiche Beteiligung in kleinräumlichen Projekten sich durch die selben Gruppen auch auf andere Ebenen übertragen lässt. Zudem ist offen, inwieweit die Ergänzung durch neue BewohnerInnen und Gewerbetreibende (Bürger) selbst partizipativ gestaltet und Rückwirkungen auf den Stadtteil angestrebt werden (soziale Mischung).

Eine systematische Einbeziehung der Bereiche lokale Ökonomie/Arbeit und Bildung ist aktuell noch nicht erkennbar. Die kulturellen Aktivitäten, sowie die angelaufenen Bildungsangebote weisen zwar indirekt in dieser Richtung; sie sind jedoch nicht

ausdrücklich Gegenstand oder Ziel von Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft insgesamt oder einzelner Bewohnergruppen.

2.5 Wiesbaden - Inneres Westend

2.5.1 Vorgehen

Die Entscheidung über die Einbeziehung des Standortes „Wiesbaden- Inneres Westend“ in die **Begleitforschung** „Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnenmitwirkung und des Stadtlebens“ konnte erst Ende Oktober 2002 getroffen werden.

Die Hereinnahme bot sich an, weil zu vermuten ist, dass hier eine weitere Variante von Aktivierung/Beteiligung vorliegt.

In einem ersten Gespräch gab die Projektleiterin einen Überblick über die Entwicklung im Stadtteil und überließ der Begleitforschung die im Anhang III aufgeführten Materialien. Grundlage der folgenden Darstellung sind dieses Gespräch, die Analyse der überlassenen Materialien, weitere Fachgespräche mit Projektleitung und Quartiermanagement, Ortsbegehungen und Diskussionen im Rahmen der HEGISS- Arbeitstreffen. Eine Vertiefung der Fallstudie im Stadtteil Inneres Westend ist für die zweite Forschungsphase geplant.

2.5.2 Ausgangslage

Sozialräumliche Situation

Der Stadtteil „Inneres Westend“ in Wiesbaden ist ein innerstädtisches Altbau-Wohngebiet, zwischen Innenstadt und Stadtrand gelegen („transitorische Zone“), mit zum Teil mangelhafter Bausubstanz, mit einer heterogenen Nutzungs- (Kleingewerbe und Dienstleistungen) und Bevölkerungsstruktur.

Das Gebiet ist gekennzeichnet durch starke Mängel der Bausubstanz und hohen baulichen Erneuerungsbedarf, Grün- und Freiflächendefizite und Mängel im äußeren Erscheinungsbild.

Die BewohnerInnen- Mobilität ist hoch: Der Ausländeranteil ist hoch - mit steigender Tendenz, während der Anteil von lang ansässiger Stammbevölkerung gering ist und weiter abnimmt (hohe Mobilität).

Hohe Arbeitslosigkeit, ein hoher Anteil einkommensschwacher Haushalte und vielfältige soziale Probleme kennzeichnen die sozialstrukturelle Situation. Die Problemstrukturen und ihre Darstellung in Medien und öffentlichen Diskussionen tragen (im Zusammenwirken mit Vorurteilen und Informationsdefiziten) zur Verstärkung eines negativen Fremd-Images und zur Stigmatisierung des Stadtbezirks und seiner BewohnerInnen bei.

Stärker als andere Innenstadtrandgebiete weist der Stadtteil im Hinblick auf den Bestand und die Qualität der Wohnungen und des Wohnumfeldes, die Gewerbestruktur, das Arbeitsplatzangebot und die Sozialstruktur Merkmale zunehmender Instabilität auf. Hoher städtebaulicher Erneuerungsbedarf geht einher mit sozialräumlichen Polarisierungen, mit zunehmender sozialer Desintegration der BewohnerInnen, Individualisierungsprozessen mit abnehmenden sozialen und lokalen Bindungen, Arbeitslosigkeit, fortschreitendem Bevölkerungsaustausch und Niedergang der gewerblichen Nutzungsattraktivität. Ausdruck und zugleich Folge struktureller Wandlungsprozesse - verweisen diese Kennziffern auf einen wachsenden Problemdruck sowie auf planerischen und politischen Handlungs- und Entscheidungsbedarf. Die sozialen und kommunikativen Strukturen sind insbesondere

geprägt durch jahrzehntelange Einwanderung; d.h. MigrantInnen bilden eine neue Stammbevölkerung nicht deutscher Herkunft. Es sind dies insbesondere Haushalte, die wegen der günstigen Wohn- und Geschäftsmöglichkeiten dort sesshaft geworden sind.⁷⁷ Es gab in der Vergangenheit keine ausgeprägten spezifischen „sozialen Problemgruppen“, so dass sich keine Struktur sozialarbeiterischer Intervention etabliert hat.

Stand 2002 ⁷⁸	Quartier	Gesamtstadt
Fläche	28 ha	
Einwohnerzahl	6.243	266.730
Migrantenanteil	43,9 %	17,5 %
Aussiedleranteil	1,6 %	2,4 %
Arbeitslosenquote	19,8 %	10,3 %
Lage des Quartiers	Innenstadt	

Ende 1999 wurde der Stadtteil in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, die Programmumsetzung begann Anfang 2000. Aus der der Begleitforschung vorliegenden Aufstellung der vergebenen Fördermittel des Bund- Länder- Programms „Soziale Stadt“ in den Programmjahren 1999-2002 geht hervor, dass die Stadt Wiesbaden in diesem Zeitraum Fördermittel in Höhe von 2.669.040 € für das „Innere Westend“ erhalten hat, die Gesamtkosten der Maßnahmen sind mit 4.118.853 € angegeben.

Entwicklungsziele

Hauptziel der Stadtteilentwicklung gemäß den Förderanträgen ist es, einen Ausweg aus der „Abwärtsspirale“ im Inneren Westend zu finden. Als Motor dafür wird nicht auf eine allgemeine, unspezifische BewohnerInnen-Aktivierung, sondern auf Gewerbeentwicklung gesetzt: „Aufbau einer Selbsthilfe des lokalen Gewerbes in Verbindung mit Aufwertung des Quartiers.“⁷⁹

Zentrale Maßnahmenbereiche werden genannt:

- Selbstorganisation und lokale Wirtschaftsförderung mit Hilfe von kommunalen Anschubinvestitionen, Moderations- und Infrastrukturvorleistungen.
- Erhaltung der Bausubstanz durch Sanierung der Häuser und Modernisierung der Wohnungen
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität im direkten Wohnumfeld durch mehr Grün- und Freiflächen
- Entwicklung von Zukunftschancen für das vielfältige gewerbliche Leben und für die berufliche Integration vor allem junger Menschen
- gute Nachbarschaft der unterschiedlichen Kulturen und gemeinsames Engagement
- Verbesserung der kulturellen Aktivitäten und Herstellung von mehr Öffentlichkeit.⁸⁰

⁷⁷ Diese Darstellung basiert auf der Beschreibung des Stadtteils im Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003.

⁷⁸ Quelle: Mitteilung des Wohnungsamtes der Stadt Wiesbaden an die Begleitforschung vom 3. Juni 2003

⁷⁹ Bewerbungsantrag „Preis Soziale Stadt 2004“, Juli 2004

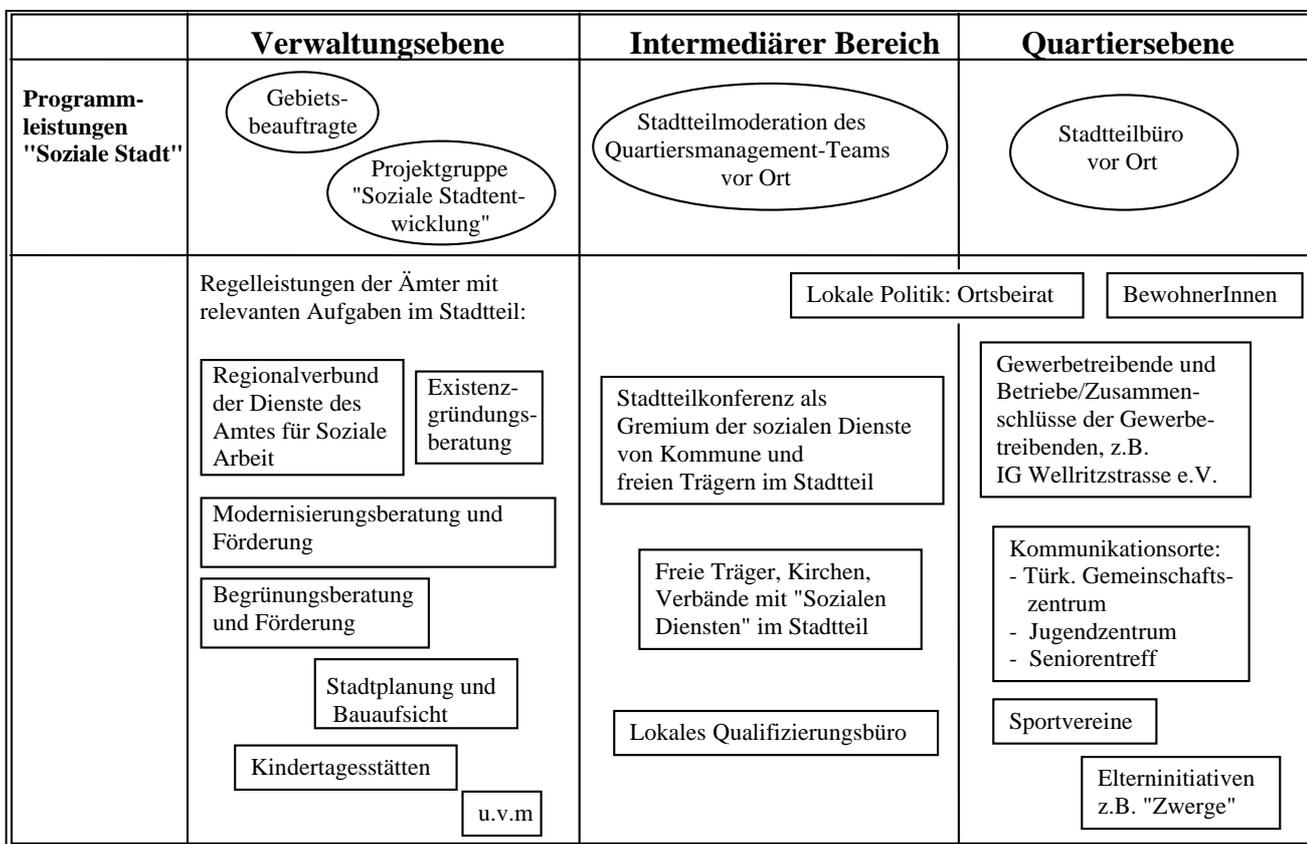
⁸⁰ Entnommen dem Folder: Stadtteilentwicklungsprojekt „Inneres Westend- Worum geht es?“

Aus der Sicht der Begleitforschung lassen sich diese Themen als Vorstellungen im Sinne eines Leitbildes interpretieren. Wie dieses Leitbild operativ umgesetzt wird und welche Rolle und Funktion die BewohnerInnen-/BürgerInnen- Beteiligung spielt, die bei allen Maßnahme „immer wesentliches Element ist“,⁸¹ ist somit die zentrale Frage für die weitere Untersuchung.

2.5.3 Stadtteilmanagement

Das folgende Schaubild vermittelt einen Überblick über die Projektarchitektur. Die Projektleitung liegt bei der Gebietsbeauftragten/Projektleiterin, die Abteilungsleiterin im kommunalen Wohnungsamt ist.

Stadtteilentwicklung „Inneres Westend“ Wiesbaden- Konkretisierung der Steuerungsebenen/Projektarchitektur



Quelle: Stadt Wiesbaden

⁸¹ so die Begleitinformationen zum Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003, S. 4

Projektsteuerung

Eine in der Verwaltung angesiedelte Projektgruppe „Soziale Stadtentwicklung“, in die Vertreter der Sozialen Dienste, der Abt. Kindertagesstätten, der Stadtplanung und Bauaufsicht, der Modernisierungs-, Begrünungs- und Existenzgründungsberatung einbezogen sind, soll Koordination und Bündelung der kommunalen Ressourcen bezogen auf den Stadtteil sicherstellen.

Sie steht für die Kontinuität und Steuerung des Planungs- und Umsetzungsprozesses, praktiziert eine offene Arbeitsweise, lädt je nach Thema Beteiligte oder Interessierte (z. B. Ortsbeirat, Gewerbeverein) ein und steht in ständigem Kontakt mit den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien.

Stadtteilkonferenz

Die im Schaubild über die Projektarchitektur genannte Stadtteilkonferenz ist eine AG der Träger der Sozialen Arbeit und der Schulen, die bereits vor Programmbeginn existierte. Ihre Aufgabe, nun unterstützt durch das Quartiermanagement, war und ist die der Koordinierung von Angeboten und Einzelprojekten. Für spezifische Themen werden Untergruppen gebildet.

Der Ortsbeirat ist in die Stadtteilkonferenz eingebunden und stellt die kommunalpolitische Unterstützung des Gesamtprojektes „Soziale Stadt Inneres Westend“ sicher.

Quartiermanagement

Im Unterschied zu anderen Standorten der Sozialen Stadt gibt es im Inneren Westend keine Tradition stadtteilbezogener Sozialer Arbeit. Es existieren keine Gemeinwesenarbeitsstrukturen, an die hätte angeknüpft werden können.

Die Konzeptidee des Quartiermanagements ist eine der ausdrücklich projektbezogenen Aktivierung und Beteiligung. D. h.: es werden keine neuen Beteiligungsgremien geschaffen, sondern gezielt – nach Thema und (potentiell) daran interessierten bzw. davon betroffenen BürgerInnen – Gruppen und Einzelne angesprochen.

Strukturell offen für alle Gruppen im Quartier, liegen in der Praxis – bedingt durch die ersten Projekte - die Schwerpunkte der Arbeit des Quartiermanagements bei Beratung und Betreuung von Gewerbetreibenden und Grundeigentümern. Ausdrückliche Bewohnerbeteiligung ist bisher nicht allgemein auf BewohnerInnen, sondern v.a. – naheliegend aufgrund der Nutzungsstruktur und der Problemlagen – auf Gewerbetreibende zugeschnitten sind die Angebote und Maßnahmen.

Eine weitere Besonderheit des Quartiermanagements im Inneren Westend ist die Beauftragung eines auswärtigen Planungsbüros.

Das Quartiermanagement wurde über ein EU-weites Ausschreibungsverfahren rekrutiert: Eine Berliner Beratungsgesellschaft bekam den Auftrag, das Quartiermanagement mit Beginn im Juni 2000 einzurichten. Die Distanz zum Stadtteil wurde als Vorteil für die Verfahrensbetreuung eingeschätzt.

Das Team setzt sich zusammen aus zwei Quartiermanagern (ein Planer mit 30 Wochenstunden, ein Sozialarbeiter türkischer Herkunft mit 20 Wochenstunden) und einem Architekten (Terminfestlegung nach Bedarf). Vor Ort betreibt es als Anlaufstelle einen Stadtteilladen, der allen Bürgerinnen offen steht zu Information und Beratung in Fragen der Integration von BewohnerInnen, der Gewerbeaktivierung und der städtebaulichen Entwicklung. Dazu gehören auch die fachliche und finanzielle Beratung, die Unterstützung

privater Vorhaben zur Fassadengestaltung, zur Modernisierung und Sanierung von Wohnungen und Gebäuden, zur Begrünung und Entsiegelung von Innenhöfen.⁸²

Das Quartiermanagement soll die Integration der Wohnbevölkerung und die Stabilisierung des Gewerbes koordiniert und kooperativ voranbringen durch Aktivierung, Moderation und interkulturelle Mediation.

Durch Aktivierung und Unterstützung soll es „Beteiligung und Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Stadtentwicklung anstoßen, motivieren und aktivieren, sowie Beteiligungsprozesse moderieren und das operative Management von Projekten unterstützen.“⁸³

Die Menschen im Stadtteil - vor allem die ausländischen BewohnerInnen und Gewerbetreibenden - sollen auf breiter Basis beteiligt, ihre Wünsche, Probleme, Ideen und Anliegen aufgenommen werden mit dem Ziel „dass die örtliche Gemeinschaft die Verantwortung für Planung und Durchführung von Vorhaben übernimmt.“⁸⁴

Als programmatische Schwerpunkte des Quartiermanagements „Integration und Gewerbeentwicklung“, die bereits erste Erfolge nachweisen können, werden hervorgehoben:

- Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur: ein interkulturelles Gemeinschaftszentrum mit Nationalitäten übergreifendem Angebot ist in Angriff genommen worden.
- Kultur: mit Förderung aus dem Integrations-Programm des Hessischen Sozialministeriums wurde die Vorbereitung und Gestaltung der jährlichen Kulturtage durch Stadtteilgruppen gestartet – und bereits mit Erfolg durchgeführt.
- Anreiz für die Gewerbeentwicklung: Eine gemeinsame Aktion (größtenteils eigenfinanzierte) Weihnachtsbeleuchtung führte zur Gründung des Gewerbevereins „IG Wellritz“, einer Interessengemeinschaft der türkischen und deutschen Betriebe und Dienstleistungsanbieter. Die unterstützende Infrastruktur durch das Quartiermanagement war entscheidende Voraussetzung für das Gelingen. Sie ist auch weiterhin unverzichtbar zur Stabilisierung des Vereins und dessen Aktivitäten, bei der Entwicklung und Realisierung der Projektideen.
- Öffentlichkeitsarbeit: Eine - inzwischen gut angenommene - Stadtteilzeitung mit fester Redaktionsgruppe unter Beteiligung von BewohnerInnen wurde ins Leben gerufen.
- Beteiligung der Anwohner und der potentiellen Nutzer an der Planung des Wellritzhofes mit Nutzungs- und Gestaltungsvorschlägen
- Diverse Gesprächsforen zu wichtigen Themen des Stadtteils und Einzelaktionen zur Gestaltung von Freiflächen (z. B. Bepflanzung von Baumscheiben) wurden initiiert.

⁸² Im ersten Gespräch mit der Projektleiterin wurde deutlich, dass es viele Einzeleigentümer im Stadtteil gibt.

⁸³ So die Begleitinformationen zum Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003, S. 6

⁸⁴ Arbeitspapier Stadtteilentwicklungsprojekt „Inneres Westend, o. J, S.10

Künftig sollen - neben der weiteren Verfolgung der genannten Maßnahmen - folgende Einzelprojekte vom Quartiermanagement mit Priorität in Angriff genommen werden:

- Unterstützung der interkulturellen Öffnung und des besseren Verständnisses unterschiedlicher Kulturen und der Verbesserung von Bildungsübergängen von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache. Hierzu konnte das kommunale Ressort „Kindertagesstätten“ gewonnen werden, in der Kita im Stadtteil ein Pilotprojekt zum Spracherwerb im Elementarbereich zu starten.
- Kulturelle Aktivitäten sollen in den Stadtteil gezogen, vorhandene sollen intensiv unterstützt werden.
- Die weitere Entwicklung eines gewerblichen „Profils“ zur ökonomischen Stabilisierung des Stadtteils soll unterstützt werden.
- Das Projekt der Werbegemeinschaft IG „Wellritz 2000“ zur Aufwertung des Erscheinungsbildes der Wellritzstraße soll weiterhin begleitet werden (private Finanzierungsbeteiligung): insbesondere neue Gehwegpflasterung, neue Beleuchtung, Laternen, Programm zur Aufwertung von Hausfassaden.⁸⁵

2.5.4 Stand und Entwicklung von Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren

Wie in Wiesbaden Biebrich Süd-Ost erfolgt die Aktivierung und Beteiligung der BewohnerInnen themenbezogen und projektorientiert⁸⁶. Anders als in Biebrich Süd-Ost sind die Aktivierungs- und Beteiligungsmaßnahmen jedoch weniger kleinräumig und eher auf das gesamte Quartier ausgerichtet.

Bei den Aktivierungsstrategien steht die gezielte Förderung von Engagement⁸⁷ für ganz bestimmte Aspekte der Stadtteilentwicklung im Vordergrund: Städtebau, soziale Infrastruktur, Gewerbeentwicklung, Beschäftigungsmaßnahmen.

2.5.4.1 Gewerbeentwicklung

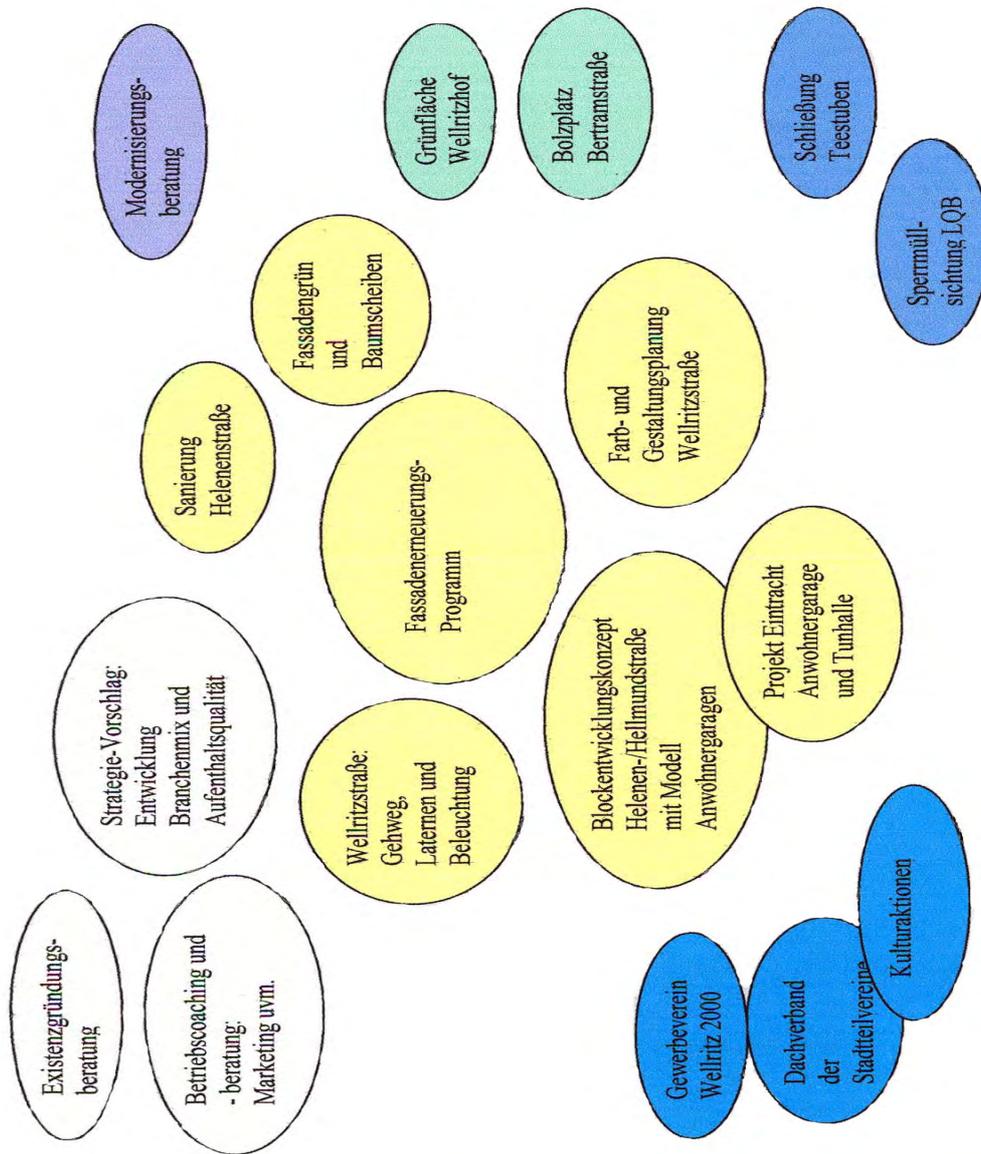
Bemerkenswert aus der Sicht der Begleitforschung ist, dass die Aktivierung sich neben den Bereichen Wohnen, Kultur und lokale Beschäftigung schwerpunktmäßig auf den gewerblichen Bereich richtet.

⁸⁵ Zusammengefasste Darstellung aus den Begleitinformationen zum Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003

⁸⁶ Im ersten Gespräch hat die Projektleiterin diese Grundeinstellung („Philosophie“) deutlich gemacht: „Durch konkrete Themen und Projekte motivieren wir die Bürger“

⁸⁷ In den Begleitinformationen zum Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003 wird von einer „Förderung des gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagements deutscher und nichtdeutscher BewohnerInnen für die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil“ gesprochen.

Projektlandschaft Gewerbe-Themen



Projektlandschaft Gewerbe-Themen 18.05.02, Amt 69 H-k
 Stand: Mär. 2004
 C:\Dokumente und Einstellungen\gr6901.STY\W\Lokale Einstellungen\Temporary, Internet Files\01.KA\1\Projektlandschaft 18.05.04.doc

Von der Unterstützung der Aktivitäten des Gewerbevereins „Wellritz 2000“ durch das Quartiermanagement verspricht sich die Projektleitung eine Breitenwirkung, nicht zuletzt auch positive Effekte für die Integration und Kooperation von deutschen und ausländischen Gewerbetreibenden.

Eine Initiative der Projektleitung zur Fassadengestaltung hat den gewünschten Schneeballeffekt erzielt: weitere Gewerbetreibende sehen sich veranlasst, ebenfalls aktiv zu werden zur Aufwertung ihres Angebotes. Die Idee, einen Wochenmarkt einzurichten, wird aktuell diskutiert. In der Frage der Außenbewirtschaftung konnte hingegen fürs Erste keine Einigung erzielt werden wegen unterschiedlicher Vorstellungen über den Parkverkehr; das Projekt ruht.

Erste Erfolge, so konstatieren Projektleitung und Quartiermanagement 2004, sind sichtbar: Eigeninitiative mit beachtlicher finanzieller Investition ist angeregt und wirkt stimulierend auf andere Gewerbetreibende, selbst initiativ zu werden und zu investieren und mit

anderen Gewerbetreibenden zu kooperieren. Vom Zusammenschluss der Gewerbetreibenden und v. a. vom neu gegründeten Dachverband aller Vereine und Initiativen InWest als gemeinsame Plattform erhofft man sich, dass dieser längerfristig eine stabile Säule der selbsttragenden Strukturen im Quartier darstellen wird zur Stärkung des sozialen und kulturellen Lebens im Westend – dann, wenn die finanziellen Anreize weniger werden und das Quartiermanagement nicht mehr moderierend zur Verfügung steht.

Der Beobachtungszeitraum der Sozialen Stadt ist zu gering, um bereits jetzt schon längerfristige Effekte auszumachen. Immerhin stellt eine exemplarische Gewerbebefragung im Jahr 2004 fest, dass die befragten Geschäftsleute eine positive Grundeinstellung zum Quartier haben, sich zunehmend damit identifizieren und trotz wirtschaftlicher Flaute bereit sind zu investieren, ihr Angebot zu verbreitern und aufzuwerten, dies um so eher, wenn sie selbst Grundeigentümer sind. Die Bewerbung für den Preis „Soziale Stadt 2004“ des Bundesverbandes für Wohneigentum und Stadtentwicklung - vhw, mit dem Projekt „Eine Straße blüht auf – Selbstorganisation und lokale Wirtschaftsförderung im Inneren Westend“, bei der die Eigeninitiative der Gewerbetreibenden zur Aufwertung des Geschäftslebens hervorgehoben wurde, ist erfolgreich gewesen: das Projekt wurde prämiert. Es erfährt so eine Würdigung von außen, die zusätzlichen Auftrieb geben dürfte für die Wirksamkeit von Aktivität und Engagement. Hauseigentümer hingegen, die nicht Inhaber von Geschäften in ihren Gebäuden sind, haben demgegenüber lediglich Interesse an der schnellen individuellen Rendite und sind wenig bereit, sich an Vorleistungen für eine Aufwertung des Quartiers zu beteiligen. Die Nachhaltigkeit der Investitions- und Gestaltungsansätze gilt es in der nächsten Untersuchungsphase vertiefend zu untersuchen.

2.5.4.2 Lokale Bildung und Beschäftigung

Berufliche Integration vor allem junger Menschen ist einer der Zielbereiche der Sozialen Stadt im Inneren Westend. In der Aufgabenpalette des Quartiermanagements ist die Verbesserung der Bildungsübergänge vor allem von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache ausdrücklich erwähnt. Grundsätzlich einschränkend ist zu sagen, dass die Partner für die Bereiche Ökonomie und Bildung auf kommunaler Ebene nicht institutionell in die Soziale Stadt eingebunden sind. Dadurch sind Ansätze zu einem integrativen Konzept erschwert und die Aktivitäten auf eine Ebene beschränkt, auf der relevante Entscheidungen dazu nicht getroffen werden können.

Die für die Soziale Stadt verfügbaren Ressourcen des LOS- Förderprogrammes werden dennoch von einem lokalen Beschäftigungsbüro für im Quartier lebende Jugendliche und Erwachsene so weit wie möglich genutzt: so z. B. Trainingsangebote für junge Arbeitslose zur Vorbereitung auf Ausbildung und Berufstätigkeit, Handwerksqualifizierungsprojekt für junge Frauen und Mädchen, Integration ausländischer Frauen in das Arbeitsleben, Betriebscoaching mit einem Muttersprachler der teilnehmenden Gewerbetreibenden und Existenzgründer.

Die lokale Struktur – vorwiegend Kleingewerbe – bietet wenig Ausbildungsplätze und nur geringe Chancen für zusätzliche Beschäftigung.

2.5.4.3 Kultur- und Infrastruktur-Projekte

Verschiedene Aktivitäten zielen auf die Stärkung der sozio-kulturellen Infrastruktur, der kulturellen Aktivitäten im Stadtteil und letztlich auf die Integration verschiedener Ethnien.

KUBIS, ein multikultureller, gemeinnütziger Verein („limited“) für Kultur, Bildung und Sozialmanagement (gefördert durch LOS seit 2003 für drei Jahre) hat sich die Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen im Inneren Westend zum Ziel gesetzt, übernimmt zu diesem Zweck pädagogische, administrative und organisatorische Funktionen zur Stärkung der ökonomischen Entwicklung, der Qualifikationspotentiale und der kulturellen Kooperation. Der Träger bietet Sprachkurse und Mediatorenausbildung an, Wiedereingliederungshilfen für Frauen, einen Seniorentreff.

Darüber hinaus gibt es (von terre des hommes) einen Schreibservice für schreibunkundige BürgerInnen, der - so eine Idee – perspektivisch der Ausgangspunkt sein könnte für ein Bürgerbüro nach Abschluss der Sozialen Stadt sein.

Auch im Kindertagesstättenbereich wird gezielte Sprachförderung angeboten, die einer verbesserten Integration von fremdsprachigen Kindern dient. Die Kooperation mit den für das Westend zuständigen Schulen ist verbesserungsbedürftig, weil die Sprachschwierigkeiten vieler fremdsprachiger Kinder offenkundig sind und häufig zu Sonderschulüberweisung führen.

Hier findet sich (insbes. zum Thema „Quartiers-Grundschule“) eine Schnittstelle zum Schwerpunkt „Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement“ der Begleitforschung. In diesem Schwerpunkt wird u.a. die Entwicklung in Wiesbaden untersucht.

Alte Menschen sind als Gruppe im Inneren Westend nicht präsent. Ihre mutmaßlichen Bedürfnisse sollen Eingang finden in die Konzeption eines geplanten Stadtteilzentrums – ein Kommunikations- und Bildungszentrum als Teil der Stadtteilkultur für alle Bevölkerungsgruppen.

2.5.4.4 Bewohnerbeteiligung Projekt Wellritzhof

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der baulichen Erneuerung und der Wohnumfeldverbesserung mit Bewohnerbeteiligung. Das Quartier „Wellritzhof“ ist das erste Sanierungsgebiet, weitere Gebiete bzw. Einzelprojekte (z. B. Bleichstraße; Parkhausprojekt) stehen auf der Agenda.

Die weitgehend geschlossene Blockrandbebauung des Westends mit ihren drei- bis viergeschossigen Gebäuden weist größtenteils ein harmonisches und intaktes Stadtbild auf. Innenhöfe sind nach 1945 z. T. stark verdichtet worden durch, die Wohnfunktion störende, gewerbliche Nutzung.

Der Wellritzhof, ein ehemaliger Wohn- und Kleingewerbebereich, liegt mitten im Gebiet. Das Areal bietet die größte zu entwickelnde Freifläche im Stadtteil.

Das Projekt „Wellritzhof“ ist das städtebauliche Schlüsselprojekt im Inneren Westend und zugleich das Modell für BewohnerInnenaktivierung.

Alle Grundstücke der genannten Fläche wurden von der Stadt Wiesbaden im Zuge des Stadtteilentwicklungsprojektes erworben, um sie im Sinne der Zielsetzung „Verbesserung der Ausstattung mit Grün- und Freiflächen im Stadtteil“ aufzuwerten. Dieser Anspruch folgt aus der städtebaulichen Rahmenplanung vom April 2001, der für dieses Areal eine öffentliche Grünfläche mit Spielplatz vorsieht. Mit der Durchführung des Projektes wurde ein Landschaftsarchitekturbüro beauftragt.

Im Rahmen eines Beteiligungsprojektes sollten die Möglichkeiten der Einbindung des Grundstücks in den Block sowie die Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mit

Schwerpunkt „Grün- und Freiflächen mit Aufenthaltsqualitäten“ unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet werden. Wesentliche Ziele hierbei waren:

- „Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten mit BewohnerInnen, Anwohnern, Gewerbetreibenden und anderen Akteuren im Stadtteil entwickeln, diskutieren und sie auf geeignete Art und Weise transportieren
- Im Rahmen eines Beteiligungsprozesses Interessen, Ideen und Wünsche der Akteure im Stadtteil einholen und gleichzeitig das Verständnis für realisierbare Möglichkeiten vertiefen
- Im Rahmen eines Abwägungsprozesses durch Rückkopplung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses mit Politik (Ortsbeirat), Verwaltung etc. „Leitplanken“ erarbeiten, die im realisierbaren Bereich liegen“⁸⁸

Der Beteiligungsprozess folgt dabei der Maxime „Verantwortung durch Beteiligung“⁸⁹ und will so die Identifikation mit dem Stadtteil fördern. Durch die Umgestaltung des Wellritzhofes soll nicht nur die Wohnqualität erhöht werden, entstehen soll auch ein öffentlicher Kommunikationsort, der durch seine „Aufenthaltsqualität zum Verweilen einlädt und so Nachbarschaftskontakte fördert.“⁹⁰

Um ein möglichst breites Informationsspektrum zu erhalten, wurden zunächst mehrere Gespräche mit den Lokalpolitikern, den beteiligten Ämtern, den Stadtteilakteuren, den Schulen und den Anwohnern geführt. Sie bildeten die Basis zur Vorbereitung von zwei Workshops.

Da die Jugendlichen in derartigen Kontext erfahrungsgemäß zu kurz kommen, hat das beauftragte Planungsbüro eine Befragung von Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren durchgeführt. Insgesamt 150 Fragebögen in Deutsch und Türkisch wurden u.a. im Jugendzentrum und in der „Brücke“ (zeitweiliges Kommunikationszentrum) ausgelegt. Das in der Wellritzstrasse ansässige Kinder- und Jugendzentrum war von Anfang an in das gesamte Projekt eingebunden und unterstützte den Prozess durch Partizipations-Aktionen für Kinder und Jugendliche: Informationsveranstaltung, Gespräche mit Anwohnern, Kindern und Jugendlichen, Malaktionen zu Vorstellungen über den Wellritzhof und eine Wellritzhof-Party.

Die Äußerungen der Beteiligten, die Ergebnisse der Mal-Aktion und die der Fragebögen⁹¹ gingen in zwei im November und Dezember 2001 durchgeführte Workshops ein, bei denen Wünsche und Befürchtungen der Zielgruppen ermittelt und Gestaltungs-Szenarien

⁸⁸ Dokumentation Wellritzhof, Bearbeitung: Die Landschaftsarchitekten Bittkau-Bartfelder+Ingenieure. Im Auftrag des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden, Wohnungsamt, o. Jahresangabe und Seitenangaben.

⁸⁹ ebd.

⁹⁰ ebd.

⁹¹ Der Dokumentation „Wellritzhof“ ist zu entnehmen, dass nur 14 Fragebögen von Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren ausgefüllt wurden. Als Fazit wird festgehalten: „Das Kinder und Jugendzentrum im GMZ ist wichtige Anlaufstelle für die Jugendlichen im Inneren Westend. Außerdem herrscht ein offensichtlicher Mangel an Grün und Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität bzw. mit einem Sportangebot. Ferner wird ein Jugendcafé gewünscht. Bei der Umgestaltung des Inneren Westendes sollte vor allem für Frauen die Sicherheit durch geeignete Maßnahmen wie z. B ausreichende Straßenbeleuchtung gewährleistet sein“. ebd.

entwickelt wurden. Ziel war, ein „repräsentatives Meinungsbild der BewohnerInnen und Beteiligten zu erhalten.“⁹² Teilgenommen haben Anwohner, Stadtteilakteure, Vertreter der Hauseigentümer und Vertreter der Ämter. In der Dokumentation „Wellritzhof“⁹³ wird die Teilnahme als „rege“ beschrieben, jeweils 30-40 Personen.

Im Rahmen von Gruppendiskussionen im Plenum und in AGs wurden zunächst alle Vorschläge zusammengetragen und „die bevorzugten oder abgelehnten Aspekte ermittelt und jeweils in einem Musterplan zusammengestellt. Pro und Kontra standen sich so sichtbar gegenüber.“⁹⁴

Als Fazit wird resümiert:

„Im Zuge des Projektes hat sich herausgestellt, dass die Umgestaltung des Wellritzhofs nicht allen Forderungen und Wünschen, insbesondere denen der Jugendlichen, gerecht werden kann. Aber gerade für die Jugendlichen steht in näherer Umgebung eine Auswahl an Spielmöglichkeiten zur Verfügung.

Aus diesem Grund sollten vor allem Nutzungsmöglichkeiten für die Altersgruppen Kinder, Erwachsene und Senioren bei der Planung berücksichtigt werden.

„Grün“ sollte eines der wesentlichen Gestaltungselemente sein. Die meisten Freiflächen im Inneren Westend sind versiegelt und kaum mit Grünflächen ausgestattet. Auch aus klimatischen Gründen sollten im Wellritzhof 17/21 vorwiegend Gehölze eingesetzt werden.

Bei der Gestaltung sind auch überdachte Bereiche vorzusehen, damit der Wellritzhof auch bei schlechtem Wetter wenigstens teilweise bespielt und benutzt werden kann.

„Wasser“ in Form eines Brunnenobjekts, eines Matschbereichs in Kombination mit Sandspiel oder eines kleinen Bachlaufs sollte wegen der notwendigen Sinneserfahrung für die Kinder unbedingt eingeplant werden.

„Soziale Kontrolle“ ist unbedingt erforderlich und sollte nicht nur durch bauliche Maßnahmen, sondern vor allem durch die Nutzung gewährleistet sein. Toranlagen, die nachts geschlossen werden, schließen die unerwünschte nächtliche Nutzung aus. Durch die Errichtung eines Cafes/Bistros oder sonstiger Gastronomie könnte dieser Forderung Rechnung getragen werden.“⁹⁵

Allerdings, so das Resümee der Projektleitung, ergab diese Ideensammlung – vor dem Hintergrund von Planungsvorgaben und geringen Gestaltungsspielräumen - keine großen Überraschungen; grundlegende Änderungen der städtischen Planung waren nicht erforderlich.

Das erarbeitete Blockleitkonzept – kombinierte Wohn- und Freizeitnutzung (aktueller Stand: Wohnungen für alte Artisten; eine Halle für ausgewählte Sport- und Artistikaktivitäten Jugendlicher, Freifläche mit Aufenthaltsqualität unter „sozialer Kontrolle“) - wurde im Jahr 2002 zunächst dem Ortsbeirat vorgestellt und dann den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Während der weiteren

⁹² ebd.

⁹³ ebd.

⁹⁴ ebd.

⁹⁵ ebd.

Planungsphase „sollen weitere Veranstaltungen stattfinden, die die BürgerInnen über den aktuellen Stand der Planung informieren.“⁹⁶ Ob und wie z.B. Jugendliche oder MigrantInnen, nur unmittelbar Betroffene oder auch Anwohnende einbezogen werden und in weit sich das Vorgehen hier tatsächlich von dem in den anderen Standorten unterscheidet, ist noch nicht sichtbar. Inzwischen liegt die Abrissgenehmigung für zu beseitigende Gebäude vor; die Vorentwurfsplanung ist von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden; der Baubeginn ist für 2005 vorgesehen.

In der zweiten Forschungsphase ist die Bewohnerbeteiligung an diesem Projekt zu evaluieren.

2.5.5 Kommunikationsstrukturen

Nach Einschätzung von Projektleitung und Quartiermanagement ist die stadtteilinterne und stadtteilbezogene Kommunikation auf einem guten Weg. Zur lokalen Presse bestehen gute Kontakte; sie berichtet über Aktivitäten der Sozialen Stadt und distanziert sich von Stigmatisierungsversuchen gegenüber dem Stadtteil.

Über die Stadtteilzeitung erfahren BewohnerInnen und Gewerbetreibende regelmäßig, welcher Stand von Planung und Entwicklung erreicht ist.

Allerdings wird die verbale Kommunikation, etwa die Präsenz des Quartiermanagements im Stadtteil – im Stadtteilbüro, v. a. aber vor Ort – als wichtige Ergänzung eingestuft. Der Ortsbeirat wird kontinuierlich über die Aktivitäten des Quartiermanagements informiert, um die kommunalpolitische Kommunikation über die Soziale Stadt zu gewährleisten. Gelegentlich sieht er sich im Nachteil gegenüber dem ständig präsenten Quartiermanagement: einer der Quartiermanager wird als der stille „Bürgermeister der Wellritzstraße“ bezeichnet.

Die Planungsperspektive sieht vor, das Quartiermanagement noch für maximal 2 Jahre zu betreiben; bis dahin – so die Vorstellung der Projektleitung – müssten selbsttragende Strukturen aufgebaut sein. Diese könnten koordiniert und durch das im Quartier ansässige kommunale Amt für Soziale Arbeit ausgestattet werden mit einem niedrigschwelligen Beratungsangebot für alle (s.o.: Schreibservice).

Zum Thema Integration ausländischer BewohnerInnen und Gewerbetreibender wird von Seiten des Quartiermanagements von Toleranz gesprochen: öffentliche Veranstaltungen, Feste etc. im Stadtteil, seien von gegenseitigen Respekt geprägt. Tatsächliche Akzeptanz wird als ausstehender Entwicklungsschritt angesehen.

2.5.6 Nachhaltigkeit

Der Zeitraum von 5 Jahren Projektlaufzeit wird von der Projektleitung und vom Quartiermanagement als zu kurz erachtet, um nachhaltige Entwicklungen und v. a. selbsttragende Strukturen nachweisen zu können. Sie erhoffen sich von den kommunalen Initiativen und Aktionen – v. a. im Bereich der Gewerbeentwicklung – einen Domino-Effekt, der sich auf das Wirtschaften, das Leben und das Zusammenleben im Quartier positiv und dynamisch auswirken soll.

⁹⁶ ebd.

2.5.7 Evaluation

Aus Sicht der Begleitforschung ist die Frage nach dem Stand der programmatisch angekündigten Evaluation von großem Interesse: die Entwicklung einer Evaluierungssystematik im Jahr 2003, „mit der - zugeordnet zu einzelnen Zielen und Maßnahmen - Ergebnisse und Wirkungen/Erfolge den eingebrachten Ressourcen (Input) gegenüber gestellt werden soll. Insbesondere ist zur „Messung“ der Wirkung an Befragungen (z.B. von Schlüsselpersonen) gedacht.“⁹⁷

Die Ansprüche daran sind mittlerweile reduziert und zeitlich gestreckt worden.

Da bauliche Investitionen bisher in relevantem Umfang nicht stattgefunden haben, ist zur städtebaulichen Entwicklung aktuell wenig zu berichten.

Eine Ebene der Bewertung ist die kommunalpolitische: Berichte und Diskussionen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung.

Basis der Langzeitbeobachtung ist die hervorragende quantitative und z. T. qualitative Erhebung bzw. Fortschreibung des Amtes für Wahlen, Statistik und Stadtforschung; die statistische Dauerbeobachtung der Stadt kann Hinweise liefern, insbes. für quantitative Veränderungen.

Die Gewerbebefragung von 2004 gibt darüber hinaus qualitative Anregungen von Projektgruppen an den Gewerbeverein, die dort und in der Lenkungsgruppe „Soziale Stadt“ bewertet werden können.

Das Monitoring zur Bevölkerungsentwicklung (sozialräumliche Entwicklung im Inneren Westend 1998- 2003) kann lt. Projektleitung nur indirekt qualitativ auf das Projekt „Soziale Stadt“ bezogen werden, weil die Daten überwiegend nicht ursächlich - und wenn, dann erst kurzfristig auf den Prozess der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts der Sozialen Stadt bezogen werden können.

Dennoch sind einige Daten von Interesse für den weiteren Umsetzungsprozess:

so konnte z. B. die Bewohnerfluktuation bisher kaum eingedämmt werden; es handelt sich dabei überwiegend um den Wegzug von „sozial aufstrebenden“ deutschen Haushalten, während die ausländische Bevölkerung weiter zunimmt. Es werden zwar mehr Haushalte, aber sie werden kleiner. Die Wohnungsversorgung – Wohnfläche pro Person und Belegungsdichte - verschlechtert sich; die sozialen Probleme der Haushalte nehmen deutlich zu⁹⁸ – entgegen dem erklärten Ziel der Sozialen Stadt das Quartier aufzuwerten.. Demzufolge wäre in einer weiteren Evaluationsphase zu prüfen, ob bzw. in wie weit die gewählten Maßnahmen zielführend oder korrekturbedürftig sind. Spezifische Evaluationskriterien, v. a. qualitativer Art, für die „Soziale Stadt“ sind bisher nicht formuliert worden.

2.5.8 Erfolge und Herausforderungen

Die Projektleitung sieht sich in ihrer Strategie der kleinen Schritte mit Multiplikatorwirkung bisher bestätigt.

Eine Änderung der projektbezogenen Vorgehensweise bei der weiteren Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes ist nicht vorgesehen. Umfang, Art und Weise der Beteiligung und Aktivierung sollen wie bisher projektspezifisch in Gang gebracht werden.

Kommunikation mit den BewohnerInnen / Aktivierung und Beteiligung:

⁹⁷ ebd. S.13

⁹⁸ s. Projekt „Siedlungsentwicklung in Wiesbaden“. Teilanalyse „Sozialräumliche Entwicklung im Inneren Westend 1998-2003“.

Diese wird und soll auch künftig gezielt über Projekte hergestellt werden. Welche und wie viele BürgerInnen sich beteiligen, wer aktiv, welche Gruppen weniger oder gar nicht aktiv sind, sollte Gegenstand der weiteren Dokumentation sein.

Als verbesserungsbedürftig gilt die Aktivierung und Beteiligung von ausländischen BewohnerInnen und von Jugendlichen. Sie scheinen die hinsichtlich der Quartiersentwicklung bisher zu kurz gekommenen Gruppen zu sein. Allerdings wird auch nicht von Protest oder Unzufriedenheit ihrerseits über „Benachteiligung“ berichtet; ebenso wenig liegen dazu Informationen von älteren Menschen im Quartier vor.

Eine Strategie zur ihrer Aktivierung, wenn auch nur projektbezogen, steht aus.

Ein allgemeines Empowerment wird von Projektleitung und Quartiermanagement nicht befürwortet, weil der dafür erforderliche hohe Aufwand durch das Programm „Soziale Stadt“ nicht abgedeckt ist. Vielmehr wird auf die städtebauliche Programmausrichtung, auf deren Ansetzen an gemeinsamen Interessen und auf ihre Multiplikatorwirkung gesetzt, um Beteiligung und Aktivierung zu motivieren.

Zudem soll Beteiligung durch Bildung angeregt, stabilisiert bzw. realisiert werden – quasi als Voraussetzung der personalen und sozialen Ressourcenbildung und Selbstbehauptung im Quartier.

Geplant sind weitere beteiligungsrelevante Einzelmaßnahmen:⁹⁹

- Neugestaltung eines Bolzplatzes unter Beteiligung der Nutzer, der direkten Nachbarn, einer Kita und eines Gymnasiums
- die Fortführung der Aufwertung von Ladenfassaden
- Städtebauliche Rahmenplanung für den Block/Helenstraße/Hellmundstraße. Hier ist Bürgerbeteiligung geplant – sinnvoller Merkpunkt für die zweite Untersuchungsphase
- Bauprojekt TUS Eintracht (Gymnastikhalle und Tiefgarage) – ein Beteiligungskonzept dafür liegt bisher nicht vor
- Einrichtung eines Gründerzentrums.

2.5.9 Resümee

Gefragt nach dem größten Erfolg bisher, gab die Projektleitung an, dass in recht kurzer Zeit Bewegung mit sichtbarer Wirkung für das Erscheinungsbild der Haupteinkaufsstraße in das Innere Westend gekommen sei, die insbes. auf die Aktivierung von Gewerbetreibenden zurück zu führen ist.

Die Atmosphäre habe sich verbessert; eine Art verhalten-optimistische Grundstimmung herrsche vor. Dieser Elan, so die Hoffnung, könne und solle sich positiv auf das (Zusammen-)Leben und Wirtschaften im Quartier auswirken und bis zum Ende der Programmlaufzeit Rahmenbedingungen geschaffen haben, die den Rückzug zusätzlicher externer Impulse rechtfertigen.

Charakteristik des Handlungskonzeptes „Inneres Westend“ ist die Orientierung auf Projekte – Impulse zur Gewerbeentwicklung, städtebauliche Modellprojekte, Bewohnerbeteiligung an kleinen städtebaulichen Projekten, Beteiligung durch Bildung und Stabilisierung der kulturellen Identität – Projekte, die kurz- und mittelfristig angelegt sind und sichtbare (**Erscheinungsbild**) und spürbare (**Angebotspalette, Kommunikation**) Erfolge für die Gebietsqualität nachweisen können.

⁹⁹ Begleitinformationen zum Antrag „Soziale Stadt“ für das Programmjahr 2003, S. 13f

Von diesen Anreizen wird ein Domino-Effekt für selbsttätige Entwicklung in den verschiedenen Bereichen erhofft, die auf längere Sicht nicht mehr auf öffentliche Unterstützung angewiesen sein sollen.

Aufgabe des Quartiermanagements wird es für die Restzeit seiner Existenz sein, Aktivator, Moderator und operativer Projektmanager zu sein, um möglichst viel Eigenständigkeit im Quartier zu etablieren und selbsttragende Strukturen zu unterstützen, unter den Gewerbetreibenden, aber v. a. auch unter und zwischen den BewohnerInnen. Neben der allgemeinen Kommunikation und Offenheit für Bewohner- und Nutzerbelange („Ohr am Stadtteil“) wird von Seiten des Quartiermanagements die Kooperation mit der ämterübergreifenden Projektgruppe der Stadt, mit zuständigen Ämtern und Abteilungen und mit der Kommunalpolitik als seine zentrale Aufgabe für die nähere Zukunft angesehen. Fragen für die weitere Perspektive werden sein:

- wie sich die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Planungsbüro für das Projekt Wellritzhof gestaltet, welche Rolle das Quartiermanagement bei der weiteren Beteiligung der anliegenden BewohnerInnen und der potentiellen Nutzer der Halle spielen kann, wie mit den unterschiedlichen Interessen umgegangen wird und welcher Stellenwert der Beteiligung bei den künftigen städtebaulichen Projekte zukommen wird.
- die weitere Aktivierung der Gewerbetreibenden – selbsttätig, oder angewiesen auf Quartiermanagement?
- Folgerungen der Gewerbeentwicklung für die Beschäftigungssituation im Inneren Westend, v. a für BewohnerInnen.
- Spannend wird auch sein zu beobachten, wie sich die Sprach- und Bildungsangebote auswirken und ob bzw. wie der Schulbereich stärker einbezogen werden kann.

3. BewohnerInnen-Perspektiven

Am 14.6.2002, am 24.5.2003 und am 16.10.2004 fanden auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte (LAG) Treffen von BewohnerInnen-Vertretungen aus den HEGISS- Standorten statt. Ziel dieser von der LAG Soziale Brennpunkte moderierten Treffen war der Erfahrungsaustausch aus der Sicht der BewohnerInnen. Die Einladungen gingen an alle HEGISS- Programm- Standorte.

Am ersten Treffen in Frankfurt-Unterliederbach haben teilgenommen:

- BewohnervertreterInnen und einige QuartiermanagerInnen aus 7 Standorten (Darmstadt-Kranichstein, Frankfurt- Unterliederbach, Fulda- Aschenberg, Gießen, Hattersheim-Südring, Limburg-Nord und Stadtallendorf)¹⁰⁰
- der für das Programm „Soziale Stadt“ zuständige Vertreter des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Das zweite Treffen in Fulda- Aschenberg fand in anderer Zusammensetzung statt. Teilgenommen haben die 6 Standorte Darmstadt- Kranichstein, Darmstadt- Eberstadt, Frankfurt- Unterliederbach, Fulda- Aschenberg, Eschwege, Hanau- Lamboy- Nord.

¹⁰⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren 26 Standorte in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen.

Beim dritten Treffen in Wetzlar- Silhöfer Aue waren die HEGISS- Standorte Darmstadt-Eberstadt, Eschwege, Fulda, Hünfeld, Gießen und Wetzlar vertreten.

Die Begleitforschung hat an allen Treffen teilgenommen. Die Erfahrungen und Einschätzungen von BewohnerInnen mit dem Programm „Soziale Stadt“, die bei diesen Treffen artikuliert wurden, können als Schlaglichter insbesondere auf das Verhältnis von Bewohnerschaft und Verwaltung/Politik gewertet werden. Für eine Vertiefung und Evaluation wären weitere Interviews und BewohnerInnen- Expertengespräche notwendig.
101

Bei der Interpretation ist zudem nicht nur die Repräsentanz (ein gutes Drittel aller Standorte) zu berücksichtigen; auch dürften Mechanismen der Selbstselektion und die Anwesenheit der professionellen Akteure die Äußerungen bei diesen Treffen akzentuiert haben. Allerdings kann die große Offenheit der Diskussion, auch oder gerade in Anwesenheit von Vertretern der Projektträger, ein Hinweis auf die Authentizität der Aussagen sein.

Aus den verschiedenen Statements und Diskussions- Beiträgen der Standorte lassen sich folgende Kernthemen der Beteiligung und Aktivierung aus BewohnerInnen- Perspektive herausfiltern:

Verbreiterung der Beteiligung

Eine wichtige Fragestellung für die Standorte ist offensichtlich, wie man die Beteiligung weiter verbreitern kann über die (oft „überschaubare“) Gruppe der sowieso schon (immer) Aktiven hinaus. „Wie erreiche ich verschiedene Zielgruppen, insbesondere MigrantInnen, Jugendliche, sonstige Sprachlose - möglichst alle BewohnerInnen- Gruppen etc.?“ ist eine vielgestellte Frage. Einige Statements sprechen von einer Konsumhaltung der BürgerInnen, die sich darin äußere, dass die BürgerInnen ihre Interessen nicht artikulieren. Formuliert wird, dass Beteiligung eine begrenzte Ressource sei: „damit ist Zeit und Arbeit verbunden“ und „Zeit fehlt bei vielen Menschen“. Eine weitere Frage ist, wie man neuzugezogene BürgerInnen gewinnen kann, z.B. durch Patenschaften. Kernthema ist ebenfalls, wie sich „die Zugänge zu den Stadtteilgremien und -foren“ organisieren lassen. Hintergrund ist hier die häufig benannte Erfahrung, dass diese Gremien nur bestimmte BürgerInnen ansprechen („Beteiligungsgremien passen nicht für alle Engagierte“) und die Arbeit in den Gremien von den Nichtbeteiligten oft kaum wahrgenommen werde. Verschiedene Beiträge bringen zum Ausdruck, dass das Interesse an Beteiligung dann groß sei, wenn „die Leute unmittelbar betroffen sind“.

Politischer Stellenwert von Beteiligung

„Was zählt eigentlich im Bereich der Politik, Verwaltung, der Stadtplanungsbüros und der Quartiersbüros die BürgerInnen- Stimme?“

Zahlreiche Diskussionsbeiträge thematisieren den Einfluss, den die BürgerInnen *tatsächlich* auf Planung und Entwicklung im Stadtteil haben und nehmen können. Wenn die Bewohnervertretung sich grundsätzlich einer Überzahl von Verwaltungsmitarbeitern und Kommunalpolitikern gegenüber sieht, wie einige das anmerkten, dann ist das eine ungute Ausgangsbedingung für partnerschaftliche Planungsbeteiligung. Auch die Formalisierung der Beteiligung durch die Institution einer Kommission gemäß HGO ist offenbar keine Garantie für größere Durchsetzungsfähigkeit

¹⁰¹ Die folgenden Aussagen und Einschätzungen basieren auf der Auswertung der eigenen Aufzeichnungen der Begleitforschung und der Protokolle über diese Treffen.

von Bewohner-Interessen, wenn dazu kritisch angemerkt wird, dass die Tagesordnung immer schon vorgegeben ist, die Bewohnervertreter keinen Einfluss darauf haben und ihre Nachfragen als „Gegnerschaft“ und „Misstrauen“ gegenüber Verwaltungshandeln und Politik interpretiert werden.

Die an anderer Stelle aufgeworfenen Fragen „Wie können Projekte von der Basis der BürgerInnen her umgesetzt werden? Wie ist der Einfluss der Basis auf Projekte?“ zielen auf den gleichen Zusammenhang. Es werden Beispiele genannt, wo Vorschläge des Stadtteilbeirates nicht „ernst“ genommen und gegen seine Empfehlungen entschieden wurde, oder der Beirat aus der Zeitung erfährt, welche weiteren baulichen Maßnahmen im Stadtteil realisiert werden sollen. Vor diesem Hintergrund wird gefragt, „ob es sich im Programm „Soziale Stadt“ nur um eine „Alibi- Beteiligung“ handelt? Der Wunsch nach mehr Durchsetzungskraft auf politischer Ebene („ernst genommen zu werden“) wird geäußert. Ein Statement kritisiert die städtebauliche Dominanz des Vorgehens: „Die BürgerInnen sagen: Wozu brauchen wir neues Pflaster, wir brauchen mehr Räume und mehr Jugendarbeit“.

Information und Transparenz

Beide Dimensionen werden ebenfalls in verschiedenen Beiträgen und Statements angesprochen und als verbesserungsbedürftig eingestuft. Hierzu zählen der Informationsfluss zwischen „BürgerInnen und Stadt“, die Transparenz der Entscheidungen auf allen Handlungsebenen und die Transparenz in Gremien und über Gremien- und Beteiligungsstrukturen. Oft scheint es Unklarheiten über die Verwaltungsstrukturen und Dienstwege („Dschungel“) auf Seiten der BürgerInnen zu geben. Offensichtlich ist auch der Gesamtansatz des Programms mit seinen längerfristigen Zielen nicht immer transparent: „Es wird zu wenig über die Grundlinien der Entwicklung gesprochen, Beteiligung erfolgt nur projektbezogen“ und nur in marginalen Angelegenheiten, während über Grundlinien, die die Bewohnerschaft elementar betreffen, etwa den mögliche Verkauf von größeren Wohnungsbau-Beständen, ohne BewohnerInnen- Beteiligung verhandelt wird.

Nachhaltigkeit

Kontinuität und langer Atem werden als zentrale Erfolgsbedingungen für die Aktivierung und Bürgerbeteiligung gesehen. Eine „ständige Anlaufstelle“ (Quartiermanagement vor Ort/Stadteilladen) ist dafür - so die TeilnehmerInnen - eine wesentliche Voraussetzung. Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass das Programm in vielen Standorten erst seit relativ kurzer Zeit umgesetzt wird. Thematisiert wurden in diesem Zusammenhang auch die so genannten „Leuchtturmprojekte“. Zu Programmbeginn stehen vor allem das Quartiermanagement aber auch die anderen aktiven Akteure unter hohem Druck, schnelle Erfolge bei der Aktivierung und Beteiligung vorzuweisen. Offensichtlich liegt es deshalb zu Beginn nahe, ein überschaubares und öffentlichkeitswirksames „Leuchtturmprojekt“ mit Bewohnerbeteiligung durchzuführen, das oft viel Energie bindet, aber auch bald an Leuchtkraft verliert. Danach schließt sich eine Phase des Übergangs zum „Klein-Klein“ im Alltag an, in der keine schnellen Erfolge mehr sichtbar sind und deutlich wird, dass vor allem die Aktivierung bisher unbeteiligter Gruppen oft mühsam ist und „langen Atem“ erfordert.

Politikstrukturen

„Politiker müssen noch viel lernen“. Mit dieser Aussage lässt sich ein weiteres Themenfeld fassen, dass die BürgerInnen offensichtlich bewegt. Hier werden zum einen erneut Fragen der tatsächlichen politischen Einflussmöglichkeiten zwischen „Alibibeteiligung oder echter Mitbestimmung“ diskutiert. Die Resignation einiger gipfelte in der Einschätzung: „Die Soziale Stadt ist überflüssig, die Politiker schmücken sich nur damit!“

Die jeweiligen Entscheidungs- und Handlungsspielräume im Rahmen von Beteiligungsverfahren und Gremien sind - so der Eindruck der Begleitforschung - für die BürgerInnen nicht immer klar und transparent und vor diesem unklaren Hintergrund oft mit hohen subjektiven Erwartungen über Einflussmöglichkeiten aufgeladen, die sich später als unrealistisch herausstellen.¹⁰² Die implizit oder explizit formulierte Lernerwartung an die Kommunalpolitik bezieht sich in diesem Kontext darauf, dass Politik und Verwaltung einen Teil ihrer angestammten Macht abgeben sollen und Entscheidungsbefugnisse in die Quartiere verlagert werden. Dadurch soll verhindert werden, dass zum Teil mühsam ausgehandelte Empfehlungen der BewohnerInnen im Quartier im Nachhinein von der Politik verworfen werden und so das Vertrauen in Entwicklung nachhaltig unterminiert wird („dann ist die Enttäuschung groß“, so ein Statement)¹⁰³. Jenseits der Frage formal festgelegter Entscheidungsrechte schwingt in der Lernerwartung an die Kommunalpolitik gleichzeitig die Hoffnung und Erwartung mit: „ernst genommen“ zu werden, „Rückendeckung“ und „Akzeptanz“ durch Politik beim jeweiligen Engagement zu spüren.

Verfügungsfonds

Ein Verfügungsfond, der es vor Ort ermöglicht, Projektentscheidungen zu treffen und Projekte umzusetzen, wäre - so die Teilnehmerinnen - ein wichtiges weiteres Element der Beteiligung und dies umso mehr, als die Förderung sozialer Initiativen durch das Land weggebrochen ist und lediglich auf Mittel aus dem LOS- Programm und aus der Gesundheitsförderung (gem. Krankenkassengesetz) zurück gegriffen werden kann.

Kommunikation und Rückkoppelung

Der übereinstimmend formulierte Wunsch der Bewohnervertreter, sich auch in Zukunft regelmäßig zu treffen um Schwierigkeiten, Hemmnisse und Erfolge bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ auszutauschen und ein entsprechendes Informationsnetzwerk aufzubauen, sollte aus Sicht der Begleitforschung aufgegriffen werden. Ein solches Forum eröffnet die bisher nicht bestehende Möglichkeit, Erfahrungen, Einschätzungen und Interessen der BewohnerInnen als der zentralen Akteursgruppe des Programms „Soziale Stadt“ anderen Akteuren rückzukoppeln und so einen landesweiten Einblick in die Entwicklung und Umsetzung des Programms aus der Perspektive der BewohnerInnen zu bekommen. Die regelmäßige Rückkoppelung von Erfolgen und „guter Praxis“, von

¹⁰² Dies unterstreicht die in der bundesweiten Diskussion immer wieder thematisierte Notwendigkeit, die Frage der Möglichkeiten aber auch der Grenzen der Mitwirkung zu Beginn des Prozesses eindeutig zu klären: „Um keine falschen Erwartungen zu schüren, sondern konstruktive Prozesse starten zu können, sollte Klarheit zu folgenden Fragen bestehen: Worüber können Bewohnerinnen und Bewohner entscheiden, wobei mitwirken, selbst aktiv sein? Welche Aufgaben und Rechte haben sie? Wie lang oder kurzfristig sind Prozesse angelegt? Welche finanziellen Mittel stehen zur Verfügung? Wie ernst werden ihre Beiträge von Politik und Verwaltung genommen“, Dokumentation Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtentwicklung, Arbeitspapiere zum Programm „Soziale Stadt“ Bd. 7, Bericht aus der Arbeitsgruppe 1, Bewohnerbeteiligung bei der Entwicklung von Integrierten Handlungskonzepten, (2002, S. 73)

¹⁰³ Solche eher kontraproduktiven „Parallel- Strukturen“ werden auch in der bundesweiten Diskussion als Problem identifiziert, vgl. dazu Franke, Th. (2002, S. 4)

Problemen, Schwierigkeiten und Ernüchterungen, von Anspruch und Wirklichkeit, kann dazu beitragen, das Programm in seinen Möglichkeiten und Grenzen realistischer einzuschätzen und in einem Diskurs aller Akteure zu bewerten. Um den Einschätzungen der BewohnervertreterInnen ein entsprechendes Gewicht zu geben, wird es in Zukunft wichtig sein, an möglichst vielen Standorten BewohnerInnen- Vertretungen zu aktivieren, an diesen Treffen teilzunehmen. Neben einer möglichst breiten Beteiligung wird auch die Kontinuität der Teilnahme bedeutsam sein, um bei den Treffen Entwicklungsprozesse der einzelnen Standorte regelmäßig verfolgen zu können. Wechselnde Zusammensetzung der TeilnehmerInnen, wie sich ansatzweise zwischen ersten und zweitem Treffen gezeigt haben, könnten dabei auf Dauer eher demotivierend wirken.

Die bisherigen Erfahrungen sind insgesamt wenig ermutigend.

Lediglich aus dem Bereich des Wohnens wird von positiven Erfahrungen berichtet: Mieterbeiräte bzw. Bewohnergruppen werden von einigen Wohnungsunternehmen in die Wohnungsmodernisierungsverfahren einbezogen.

Wenn die Einschätzung: „Egal, ob wir etwas sagen oder nicht, es ist schon alles beschlossen“, tatsächlich eine generelle Stimmungslage in der Einwohnerschaft der Standorte widerspiegelt, ist die geringe Beteiligungsquote am kommunalen Handlungskonzept insgesamt gut nachvollziehbar und es bedürfte erheblicher politischer Überzeugungskraft, diesen Eindruck zu korrigieren und mehr BewohnerInnen zu aktivieren.

Ein anderer Bremsfaktor könnte eine gewisse Semiprofessionalisierung bei den engagierten BürgerInnen sein, die nicht allen sozialen Gruppen in gleicher Weise offen steht, die Bewohner-Interessen selektiv wahrnimmt und zu einer Hierarchisierung der Beteiligung und/ oder zu einer Parallelstruktur zu anderen Abstimmungsgremien führen kann.

Allerdings ist die mangelnde faktische Repräsentativität ein generelles Thema politischer Entscheidungs- und Beratungs-Gremien und sollte im Kontext von BewohnerInnen- und BürgerInnen-Beteiligung nicht überbetont werden.

Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse der drei Treffen der BewohnervertreterInnen aus der Sicht der Begleitforschung zentrale Fragestellungen, die sich auch bei den Fallstudien gezeigt haben. Es geht um:

- Probleme mit der Selektivität und der Breite der Beteiligung (aktiv ist eine eher kleine Gruppe der sowieso schon Aktiven; MigrantInnen und Jugendliche sind unterrepräsentiert, Beteiligungsgremien sprechen nur bestimmte BürgerInnen an; unmittelbare Betroffenheit ist ein wichtiger Faktor für Beteiligung)
- die Notwendigkeit von Transparenz und kontinuierlichem Informationsfluss als Voraussetzung für Motivation und Aufbau von Vertrauen
- die Bedeutung einer „anderen“ Kooperationskultur zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik („Ernstnehmen“)
- Hinweise, dass das Programm nur bei einer längeren Laufzeit nachhaltige Erfolge zeitigen kann, die über einzelne „Leuchtturmprojekte“ hinausgehen.

Deutlich wird auch, dass die aktiven BewohnerInnen sich die Probleme der professionellen Akteure zu Eigen machen und das Nachdenken über Beteiligung für sie ebenso wichtig zu sein scheint wie die Beteiligung selbst.

Zwischen den drei Treffen scheint eine Entwicklung der Ernüchterung stattgefunden zu haben: von hohen Erwartungen an Bürgerbeteiligung hin zu einer kritischer Einschätzung der Bereitschaft der politischen Entscheidungsträger, Bewohnerinteressen in die Planung und Umsetzung der Maßnahmen aufzunehmen.

Dementsprechend klar sind Forderungen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Programms formuliert worden:

- mehr Eigenständigkeit für Bewohnervertretungen gegenüber den politischen Steuerungsstrukturen
- verwaltungsunabhängige Pressearbeit der Bewohnervertretungen
- Beteiligung der Bewohnervertretung an der Leitbildentwicklung der Sozialen Stadt vor Ort
- Verstärkung von Beteiligungsgremien
- Koppelung der Finanzierung aus dem Programm „Soziale Stadt“ an BewohnerInnenbeteiligung: Projekt- und Mittel- Prioritätensetzung gemeinsam mit den BewohnerInnen.

4. Ergebnisse der Befragung an den Standorten

4.1 Zielsetzung, Konzeption und Methode

4.1.1 Zielsetzung

Aufgabe des Begleitforschungsprojekts zum HEGISS-Baustein „Aktivierung der BewohnerInnen/Verbesserung der BürgerInnen-Mitwirkung und des Stadtlebens“ ist es, neben den Fallstudien an ausgewählten Standorten einen Gesamtüberblick über die Bürgerbeteiligung in den HEGISS-Standorten zu gewinnen.

Anlass war die im ersten Teilbericht der Begleitforschung ausgewertete schriftliche Befragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU) aus dem Jahr 1999, in der zwar Grunddaten über den jeweiligen Gebietstyp, die Entwicklungsziele und –strategien, das Akteurssetting, das Management und das Monitoring in der Phase des Projektbeginns erhoben wurden, es aber keinen expliziten Fragenkomplex zur Beteiligung gab.

Vor diesem Hintergrund sollten mit einer schriftlichen Befragung die Aktivitäten und Strukturen der Bürgerbeteiligung in allen Standorten überblicksartig erfasst und beschrieben werden. Im Berichtszeitraum wurde eine schriftliche Erhebung in allen HEGISS-Standorten durchgeführt.

Ziel der Befragung war es, einen möglichst breiten vergleichenden Überblick über die Standorte in Bezug auf den Entwicklungsstand zum Baustein „BürgerInnen-Beteiligung“ zu bekommen. Die Ergebnisse der Befragung sollten gleichzeitig Bezugspunkt für die Zwischenergebnisse der vertiefenden Fallstudien sein: lassen sich Entwicklungstendenzen, Fragestellungen und Problemanzeigen aus den Fallstudienstandorten auch an anderen Standorten aufgrund der Befragungsergebnisse identifizieren und gibt es umgekehrt aus den Befragungsergebnissen Hinweise, die für die Einschätzung der Entwicklung an den Fallstudienstandorten interessant und hilfreich sein können? Die Ergebnisse werden in der folgenden Darstellung z. T. auf der Basis der Diskussionen auf den Regionalforen zur

Zwischenbilanz im Sommer 2004 ergänzt.

4.1.2 Konzeption

Aus dem ersten Teilbericht der Begleitforschung vom März 2002 ging hervor, dass Modelle, Instrumente und der aktuelle Stand der Bewohnerbeteiligung und Aktivierung an den einzelnen Standorten variieren und sich nicht in einem standardisierten Modell beschreiben lassen. Um die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen abbilden zu können wurde die überwiegende Zahl der Fragen in offener Form gestellt. Der Fragebogen (s. Anhang 1) besteht aus 6 Fragekomplexen, die explorierende Fragen enthalten:

- A) über bereits vorliegende Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung, an die Projekte möglicherweise anknüpfen können
- B) über die Formen und Strukturen der Bürger- und BewohnerInnenbeteiligung
- C) über die bisherige Entwicklung der Beteiligung
- D) über Aktivierungsstrategien
- E) über Kommunikations- und Informationsstrategien und Strukturen
- F) über die weiteren Perspektiven

Das Ziel der Befragung - einen breiten Überblick über Strukturen und Aktivitäten der Bürgerbeteiligung und der Aktivierung zu bekommen - führt zunächst zu einer vor allem quantitativen Beschreibung. Die qualitative Dimension ist auf weitere Untersuchungsschritte angewiesen, zumal häufig nur stichwortartige Antworten gegeben wurden, die oft nur schwer interpretiert werden können.

Die Befragung macht nur eine Momentaufnahme in einem relativ frühen Stadium der Entwicklung. Die Standorte, die gleich zu Programmbeginn 1999 in das Programm aufgenommen wurden, konnten durchgängig im Jahr 2000 mit der Aktivierung und Beteiligung beginnen und zum Zeitpunkt der Befragung auf einen Erfahrungs- und Entwicklungszeitraum von ca. 2 ½ Jahren zurückgreifen, bei den später hinzugekommenen Standorten ist die Erfahrung entsprechend geringer, einige befinden sich erst in der Aufbauphase.

4.1.3 Untersuchungsmethode

Die Erhebung umfasste alle 27 HEGISS- Standorte, darunter auch die vier, an denen die vertiefenden Fallstudien durchgeführt werden. Die Fragebögen wurden im Mai 2002 verschickt. Um sicherzugehen, dass die Erhebungsbogen von den beteiligten Gemeinden akzeptiert und mit der notwendigen Sorgfalt ausgefüllt wurden, wurden sie über die HEGISS- Servicestelle versandt.

10 der 27 Standorte liegen in 5 kreisfreien Städten, 17 Standorte liegen in insgesamt 15 kreisangehörigen Gemeinden und diese wiederum in 9 Landkreisen.

Der Rücklauf der Fragebögen war bis Ende Januar 2003 mit insgesamt 25 erfreulich hoch, nur ein Fragebogen wurde nicht zurückgeschickt. Die Stadt Hanau konnte für die Südliche Innenstadt den Fragebogen nicht ausfüllen, weil es bisher noch keine konkreten Schritte zur Umsetzung des Programms gibt, so dass von 25 Standorten 24 verwertbare Fragebögen vorlagen¹⁰⁴. Bei verschiedenen Standorten musste der Rücklauf durch mehrfache

¹⁰⁴ Die Stadt Marburg hat die Fragen zu den beiden Programmgebieten „Oberer Richtsberg“ und „Unterer Richtsberg“ in einem Fragebogen beantwortet.

telefonische Nachfragen unterstützt werden.

4.1.4 Fragebogenrücklauf

Standort	Fragebogen zurückgeschickt	im Programm Soziale Stadt seit:
Darmstadt Eberstadt-Süd	ja	1999
Darmstadt Kranichstein	ja	2000
Dietzenbach Spessartviertel	ja	1999
Erlensee Rückingen	nein	1999
Eschwege Heuberg	ja	1999
Frankfurt Gallus	ja	11/2001
Frankfurt Unterliederbach	ja	12/1999
Fulda Aschenberg	ja	1999
Gießen Nordstadt	ja	1999
Hanau Lamboy-Nord	ja	1999
Hanau Südliche Innenstadt	ja, unausgefüllt	2001
Hattersheim Südring	ja	1999
Kassel Nordstadt	ja	1999
Kassel Oberzwehren	ja	11/2001
Stadt Langen	ja	11/2001
Limburg	ja	11/2001
Stadt Maintal Dörnigheim/Westend	ja	1999
Marburg Oberer Richtsberg/Unterer Richtsberg	ja	1999
Offenbach Östliche Innenstadt	ja	1999
Raunheim Ringstrassensiedlung	ja	11/2001
Rüsselsheim Dicker Busch II	ja	1999
Seligenstadt Nord	ja	2000
Stadtallendorf Inseln der Stadt	ja	2000
Wetzlar Silhörer Aue	ja	1999
Wiesbaden-Biebrich SüdOst	ja	2000
Wiesbaden Westend	ja	1999

Die folgende Darstellung enthält eine zusammenfassende Auswertung der Antworten auf die offen formulierten Fragestellungen nach den Fragekomplexen und gibt - als Momentaufnahme - eine Übersicht über die Bandbreite und den Entwicklungsstand von Beteiligungs- und Aktivierungsstrukturen im Programmgebiet aus der Sicht des für Bürgerbeteiligung und Aktivierung verantwortlichen kommunalen Akteurs (vgl. auch Tabellen in Anhang 2).

Wegen der überschaubaren Grundgesamtheit von 24 auswertbaren Fragebögen wird auf quantitative Aggregationen und graphische Darstellungen- wie z. B. Darstellung von Prozentanteilen verschiedener Antwortkategorien an der Grundgesamtheit - verzichtet. Die detaillierte standortspezifische Auswertung der einzelnen Fragen in Tabellenform ist in Anhang 2 enthalten.

Im Sommer 2004 wurde von der HEGISS- Servicestelle ein Fragebogen zur Selbstevaluation verschickt und ausgewertet. Auf vier Regionalworkshops unter der

Überschrift: 5 Jahre Soziale Stadt in Hessen –Zwischenbilanz und Empfehlungen für die 2. Programmphase wurden die Ergebnisse diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Für die Begleitforschung ergaben sich daraus wertvolle Hinweise und Ergänzungen, die in die folgende Darstellung aufgenommen wurden.

4.2 Befragungsergebnisse

A) Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung

Die ersten drei Fragen dieses Fragekomplexes zielten auf die Existenz von Erfahrungen mit Beteiligung, die *vor* dem Eintritt in das Programm „Soziale Stadt“ im Quartier und/oder außerhalb des Quartiers vorliegen.

Keinerlei Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung (Frage A1)

- Nur 3 Standorte nennen keinerlei Erfahrung mit Bürgerbeteiligung, weder auf der Ebene der Gesamtstadt noch im jetzigen Quartier „Soziale Stadt“

Stadtteilbezogene Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung vor Programmeintritt

- 6 Standorte verweisen darauf, dass es vor Programmeintritt keine Erfahrungen mit Bewohner- und Bürgerbeteiligung innerhalb des jeweiligen Stadtteils gab oder geben keine Antwort
- In 3 Standorten gab es nur einmalige Aktivitäten (Befragung/Stadtteilbegehungen)
- Ein Standort führt ein „Forum Kinder und Jugendarbeit“ an, wobei offen bleiben muss, ob es sich um ein Expertengremium handelt oder auch BürgerInnen beteiligt waren
- Ein weiterer Standort nennt als einzige Erfahrung die förmliche Beteiligung nach §3/§137/§172 BauGB
- Bei 13 Standorten liegen Erfahrungen von längerer Dauer mit verschiedenen Beteiligungsformen vor. Genannt wurden Stadtteilwerkstätten, Stadtteilkonferenzen, Mieterbeiräte, Bewohnerbeiräte, AGs, Runde Tische, Bürgerversammlungen

Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung außerhalb des Programmgebietes (noch Frage A1)

- Hier geben 12 Standorte an, auch über Erfahrungen mit Beteiligung in anderen Stadtteilen zu verfügen

Gab es Initiativen oder Aktivitäten vor Beginn des Programms Soziale Stadt, die sich für die Lösung bestehender räumlicher, baulicher oder sozialer Probleme engagiert haben? (Frage A2)

Diese Frage zielte auf Hinweise über mögliche Aktivitätspotenziale im jeweiligen Stadtteil: darauf wieweit verschiedene Akteure bereits vor Beginn des Programms „Soziale Stadt“ *von sich aus* initiativ und aktiv geworden sind, Entwicklungen in ihrem Stadtteil herbeizuführen?

- **Keinerlei Aktivitäten** geben nur 2 Standorte an
- Ein Standort bejaht die Frage, ohne Aktivitäten zu nennen
- 3 Standorte nennen **Bürgerinitiativen/Interessengemeinschaften** von BürgerInnen als *einzig*e Aktivitäten

- 3 weitere Standorte nennen als *einzig*e Aktivitäten **Initiativen, die sich für unterschiedliche Bereiche engagiert haben**: Familien-Treff, Elterninitiativen für Kitas, Interkultureller Seniorenverein, Sprachförderung, Verein für Toleranz, Verein für Ausbildung-Beruf-Information-Soziales, deutsch-ausländische Begegnungswochen
- An 6 weiteren Standorten werden sowohl **Bürgerinitiativen/Interessengemeinschaften und Initiativen** (also Aktivitäten die eher bottom-up entstanden sind) genannt als auch verschiedene **Gremien** (Stadtteilkonferenzen oder Stadtteilforen, Bürgerforen, Stadtteil-Arbeitskreise, Runde Tische). Bei letzteren, so zunächst unsere Interpretation und ihre Bestätigung auf den Regionalforen, handelt es sich in der Regel um Formen, die von Akteuren der Verwaltung oder sozialen Organisationen (top-down) ins Leben gerufen wurden. Bei den Arbeitskreisen werden zum Teil auch Arbeitskreise von Fachleuten und InstitutionenvertreterInnen genannt, die ihre Tätigkeiten in diesen Gremien bezogen auf den Stadtteil koordinieren/vernetzen¹⁰⁵. Insgesamt liegt bei diesen 6 Standorten also eher eine Mischung von top-down und bottom-up Aktivitäten vor
- 9 Standorte nennen *nur* Stadtteilkonferenzen oder Stadtteilforen, Bürgerforen, Stadtteil-Arbeitskreise (einschließlich Arbeitskreisen von Fachleuten), Runde Tische. An diesen Standorten, so lässt sich annehmen, dominieren die top-down-Aktivitäten.

Insgesamt können die Ergebnisse nur als erste Hinweise betrachtet werden, ob und welche Aktivitäten es überhaupt vor Programmeintritt in den jeweiligen Stadtteilen gab. Eine qualitative Bewertung und Einschätzung der einzelnen Aktivitäten und ihrer Gesamtwirkung unter dem Aspekt, ob und wie sie die Aktivierung und Bürgerbeteiligung gemessen am Programmanspruch der Sozialen Stadt begünstigen, ist auf dieser Ebene nicht möglich. Wieweit es sich insbesondere bei den bottom-up-Aktivitäten, die von immerhin 12 Standorten genannt werden, nicht um die Durchsetzung unmittelbarer persönlicher Belange geht (wie z.B. eine Elterninitiative für eine Kita), sondern um ein eher zivilgesellschaftliches Engagement für örtliche Gemeinschaftlichkeit oder gar um die Aktivierung von Ressourcen zugunsten der Entwicklung des *gesamten* Quartiers (hier wäre zum Beispiel an ein bottom-up Engagement der BürgerInnen für Förder- und oder Investitionsprogramme zu denken), kann aus den Antworten, die den Charakter stichwortartiger Nennungen haben, im einzelnen nicht erschlossen werden. Offen bleibt auch die Frage nach der sozialen Zusammensetzung dieser Initiativen, über die an den Standorten zwar Einschätzungen, aber keine gesicherten Daten existieren.

Werden die Initiativen/Aktivitäten in das Programm „Soziale Stadt“ einbezogen? (Frage A3)

- 20 Standorte geben an, die jeweiligen Aktivitäten und Initiativen in das Programm „Soziale Stadt“ mit einzubeziehen. Die Antworten indizieren, dass die Einbeziehung je nach Standort variiert und auf die unterschiedlichen Beteiligungsgremien und -verfahren, die mit Beginn des Programms „Soziale Stadt“ jeweils vor Ort entwickelt wurden oder werden, bezogen ist. *Wie* die jeweiligen Akteure einbezogen werden, z. B. als ständige Mitglieder oder projektbezogen, über Delegierte, als Mitglieder von

¹⁰⁵ Deshalb weicht die Zahl aller Standorte (=15), die auf verschiedene Gremien verweisen, von der Zahl der Standorte ab, die bei Frage nach Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung Erfahrungen mit verschiedenen Beteiligungsgremien nennen (=13).

Runden Tischen, Steuerungsgruppen etc. kann anhand der Antworten nicht geklärt werden und bleibt eine offene Frage.

- Ein Standort beantwortet die Frage nicht, bei einem weiteren liegt noch kein klarer Auftrag für Beteiligung und Aktivierung vor.
- Bei den restlichen 2 Standorten existieren keinerlei Initiativen.

Bei der Einbeziehung der vorhandenen Aktivitäten und Initiativen stellt sich die weiterführende Frage, ob dadurch der Charakter des Projektes geprägt wird und damit eine spezifische Selektivität der Beteiligung und der Interessen verbunden ist.

Interesse der BewohnerInnen an Beteiligung? (Frage A 4)

- 12 der Befragten schätzen das Interesse der BewohnerInnen der HEGISS-Standorte an Mitwirkung generell als „**groß**“ ein (auf einer 5-Punkte Skala von sehr groß, groß, mittelmäßig, eher mäßig, gering). Von diesen 12 Nennungen wird bei 6 die Antwort zusätzlich kommentiert:
 - groß, bei den Mitgliedern des Runden Tisches, Interesse der übrigen BewohnerInnen kann nicht eingeschätzt werden
 - groß, da viele BewohnerInnen durch die vorherige Arbeit die Beteiligung als positiv erlebt haben
 - groß, bei konkreten Realisierungsschritten werden zum Teil aber unterschiedliche Personengruppen aktiv
 - groß, vorwiegend BewohnerInnen aus der Mittelschicht, sozial Benachteiligte sowie Ausländer schwer zu beteiligen
 - groß, ehrenamtliches Engagement von MigrantInnen ist groß, z.B. bei der Stadtteilkulturarbeit
 - groß, ca. 100 BürgerInnen aus unterschiedlichen Schichten wirken kontinuierlich mit, dazu weitere 150 themenbezogen/punktuell.
- „**Eher mittelmäßig**“ schätzen 6 Befragte das Interesse der BewohnerInnen ein, auch hier wieder bei drei Antworten Ergänzungen durch Kommentare:
 - eher mittelmäßig, bei Häuserversammlungen groß und bei AGs
 - eher mittelmäßig, weil das Projekt erst am Anfang steht
 - eher mittelmäßig, zu wenig schnelle Erfolge, hängt vom Grad der Betroffenheit ab.
- „**Mäßiges**“ oder „**geringes**“ Interesse für die Beteiligung diagnostizieren 6 Befragte, wobei die Kommentare zeigen, dass das geringe Interesse bei drei Standorten darauf zurückzuführen ist, dass das Programm „Soziale Stadt“ sich dort erst in der Anfangsphase befindet und offensichtlich noch keine Aktivierung begonnen wurde. Kommentare finden sich bei 5 Antworten:
 - Gering bei Erwachsenen, groß bei Kindern
 - mäßig bis groß, je nach Beteiligungsangeboten
 - mäßig, da Programm erst im Anfangsstadium
 - „Wir sind noch in der Aufbauphase“
 - mäßig, da bisher noch keine gezielte Bewohnerarbeit durch ein Stadtteilbüro.

Die Ergebnisse zum Fragekomplex „Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung“ lassen sich wie folgt **zusammenfassen**:

In 13 der befragten Standorte liegen Erfahrungen von längerer Dauer mit verschiedenen Beteiligungsformen *im* Stadtteil vor. Alle anderen Standorte haben keinerlei oder nur zeitlich begrenzte Erfahrungen (z.B. einmalige Befragung, einmalige Stadtteilspaziergänge) und befinden sich - bezogen auf Bewohnerbeteiligung - in einer „Pioniersituation“.

Die Frage nach Initiativen und Aktivitäten unterschiedlicher Akteure, die es bereits *vor* Beginn des Programms „Soziale Stadt“ in den jeweiligen Stadtteilen gab, zielt auf erste Hinweise über das Aktivitätspotenzial. 6 Standorte nennen als einzige Aktivitäten verschiedene Initiativen, Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen, also bottom-up Aktivitäten von BewohnerInnen. An 6 weiteren Standorten gibt es eine Mischung von bottom-up und top-down Aktivitäten (verschiedene Gremien, AGs unterschiedlicher Akteure) und 9 weitere Standorte nennen ausschließlich solche top-down Aktivitäten.

20 Standorte geben an, die verschiedenen Aktivitäten und Initiativen in das Programm „Soziale Stadt“ mit einzubeziehen, wie das geschieht und welche Bedeutung dies insgesamt für die Bewohnerbeteiligung und Aktivierung vor Ort hat und wie das Programm dadurch qualitativ geprägt wird, muss dabei offen bleiben. Zumindest besteht hier die Chance, an schon bestehende Potenziale anzuknüpfen, sie aufzugreifen und in ein Gesamtkonzept der Aktivierung und Beteiligung zu integrieren. Auf den Regionalforen wurde deutlicher, dass aus diesen Initiativen eine Reihe der aktiven BewohnerInnen stammt und auch die Nachhaltigkeit mit ihrer Integration steigt. Das Vorhandensein solcher Aktivitäten entlässt die Programmakteure allerdings nicht aus der Verantwortung, die Vereinbarkeit mit den Zielen der Sozialen Stadt zu überprüfen und ggf. nur selektiv zu integrieren.

12 Standorte schätzen das Interesse der BewohnerInnen an Beteiligung als groß ein, 6 als eher mittelmäßig und weitere 6 als eher gering. Berücksichtigung man die vorliegenden - nicht von allen Standorten gemachten - Erläuterungen zu diesen Einschätzungen, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. Mittelmäßiges, mäßiges oder geringes Interesse wird von einigen Standorten mit „Wir stehen noch am Anfang“ begründet, andere Standorte aus dieser Antwortgruppe scheinen in ihrer Antwort eher das „Gesamtinteresse“ aller BewohnerInnen einzuschätzen, da sie darauf verweisen, dass bei Einzelprojekten das Interesse durchaus groß ist bzw. dass das Interesse vom Grad der konkreten Betroffenheit abhängt. Umgekehrt ist die generelle Einschätzung „großes Interesse“ in einzelnen Fällen offensichtlich an Erfahrungen mit einzelnen Projekten und Themen gebunden oder wird an sozialen Schichten festgemacht („groß bei BewohnerInnen aus der Mittelschicht, sozial Benachteiligte und Ausländer schwer zu beteiligen“).

Insgesamt können die Aussagen zum Interesse nur als erste Hinweise gewertet werden. In ihnen drückt sich sicherlich auch eine generelle Beurteilung der Chancen von Bürgerbeteiligung durch die für die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ zuständige Projektleitung in der Verwaltung aus.

B) Formen der Bürgerbeteiligung

In diesem Fragekomplex wurden insgesamt sieben Fragen gestellt. Bei den ersten vier ging es zunächst um die institutionellen Arrangements der Beteiligung, die weiteren thematisieren den Einbezug von Selbsthilfegruppen und die weiteren Aktivierungsstrategien.

Die **erste Frage** (Frage B1) zielte darauf, **ob für die Beteiligung neue Gremien oder Institutionen geschaffen** wurden. Ergebnisse sind hier:

- 2 Standorte **stehen erst am Anfang** und können noch keine Aussagen machen
- An einem Standort wurden **keine neue Gremien** für die Beteiligung geschaffen
- An 8 Standorten wurde ein **Beiratsmodell** eingerichtet (in dem gewählte BewohnervertreterInnen vertreten sind mit beratender Funktion gegenüber der Stadtverordnetenversammlung/dem Gemeinderat) oder ist in Aufbau. 3 Standorte haben **Runde Tische** für die Bürgerbeteiligung neu eingerichtet
- Ein Standort nennt neueingerrichtete „**Projektteams**“ zu konkreten Projekten (die einen bereits bestehenden **Runden Tisch** ergänzen)
- Ein Standort nennt die Einrichtung eines **Sanierungsausschusses**
- Ein Standort verweist auf die Gründung einer „**Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadt**“ (Vertreter der Vereine, Organisationen, Initiativen, Gruppen, Beteiligung der BewohnerInnen erfolgt projektbezogen)
- An einem Standort wird eine **Stadtteilkonferenz** und ein **gewählter Sprecherrat** der Stadtteilkonferenz genannt
- An einem Standort wurde eine **Projektkonferenz** für die laufenden Projekte eingerichtet
- 3 Standorte nennen ausschließlich **verschiedene AGs/Gesprächsforen** zu bestimmten Themen
- 2 Standorte haben **Bewohnerbeiräte** (Mieter eines kleinräumigen Quartiers) eingerichtet.

Die neu eingerichteten Gremien werden an vielen Standorten durch Arbeitsgruppen/Arbeitskreise zu bestimmten Themen/für Zielgruppen ergänzt; hier liegen insgesamt 11 Nennungen vor.¹⁰⁶

Die Auswertung insgesamt zeigt, dass in fast allen Standorten neue Gremien oder Institutionen für die Bewohnerbeteiligung geschaffen wurden, nur ein Standort verneint die Frage, die zwei, die erst am Anfang stehen, können noch keine Aussagen machen. Eine besondere Bedeutung haben offensichtlich durch Wahlen der BewohnerInnen aus dem Stadtteil legitimierte Vertretungsmodelle, zu denen das Beiratsmodell (insgesamt 8) und sicherlich das Modell eines von der Stadtteilkonferenz gewählten Sprecherrates (1 Nennung) zu zählen sind. An zweiter Stelle liegen Runde Tische (insgesamt 4) als weniger formalisierte, aber ebenfalls *zentrale* Beteiligungsgremien.

Drei Standorte setzen bei den neueingerrichteten Gremien offensichtlich auf eine themen- oder projektbezogene Beteiligung und nennen ausschließlich AGs zu bestimmten Themen und themenbezogenen Gesprächsforen. Zu dieser Gruppe der projektbezogenen

¹⁰⁶ Diese Zahl berücksichtigt *nicht* die drei Standorte, die ausschließlich AGs bei den neueingerrichteten Gremien nennen.

Beteiligung ließe sich auch der Standort zählen, der die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadt“ nennt und der, in dem eine Projektkonferenz für die laufenden Projekte genannt wird.

An zwei weiteren Standorten werden ausschließlich Bewohnerbeiräte genannt, die neu eingerichtet wurden. Hier geht es offensichtlich um eine kleinräumige quartiersbezogene Beteiligung, wie sie z. B. in der Fallstudie Wiesbaden-Biebrich Süd-Ost dargestellt wurde.¹⁰⁷

Mit der zweiten **Frage** (2. Antwortmöglichkeit Frage B1) wurde nach dem **Einbezug von Gremien gefragt, die es bereits vor Programmbeginn gab.**

- 7 Standorte machen hierzu keine Angaben, vermutlich existierten hier keine entsprechenden Gremien in der Vergangenheit¹⁰⁸
- 2 Standorte integrieren eine bereits bestehende Stadtteilrunde (in der neben InstitutionenvertreterInnen auch BürgerInnen vertreten sind) in ihr Beteiligungskonzept
- 7 Standorte beziehen bereits bestehende Stadtteilkonferenzen/Stadtteilforen (für BürgerInnen offen) mit ein
- ein Standort verweist darauf, dass Ortsbeirat, Ausländerbeirat und Mieterbeirat am Runden Tisch teilnehmen
- ein weiterer Standort nennt einen bereits vor Programmbeginn bestehenden Runden Tisch, an dem angeknüpft wird
- Einbezug bereits bestehender AGs werden von zwei Standorten genannt
- bestehende Projektverbände oder Expertennetzwerke werden von zwei Standorten aufgeführt
- 2 Standorte verweisen auf den Einbezug eines Stadtteilarbeitskreises/ bzw. einer Stadtteilkonferenz mit InstitutionenvertreterInnen.

Insgesamt zeigt die Auswertung dieser Frage, dass offensichtlich alle Standorte bemüht sind, schon vorher bestehende Gremien, in denen BewohnerInnen aber auch ExpertInnen beteiligt sind, in ihr Beteiligungskonzept einzubeziehen. Wie das geschieht und welche Rolle und welches Gewicht die jeweiligen Gremien im Rahmen des gesamten Beteiligungskonzeptes bekommen, lässt sich aus den Antworten nicht ableiten.

Mit der weiteren **Frage** (3. Antwortmöglichkeit Frage B1) sollten Informationen darüber gewonnen werden, **wieweit BewohnerInnen neu in schon bestehende Gremien einbezogen werden**, diese Gremien also für Bürgerbeteiligung geöffnet werden.

- 2 Standorte nennen hier ihre Stadtteilrunde, in der bisher die Institutionen des Stadtteils vertreten sind und die jetzt für die BewohnerInnen durch Entsendung von Bewohnervertretungen geöffnet werden sollen.
- 2 Standorte verweisen auf die (schon immer existierende) Möglichkeit, dass BürgerInnen an den öffentlichen Ortsbeiratssitzungen teilnehmen können.

¹⁰⁷ Eine der Nennungen ist aus Biebrich SüdOst, die zweite ist Hanau Lamboy

¹⁰⁸ Berücksichtigt man die Auswertung der Frage A1, dass 11 Standorte über keinerlei quartiersbezogene Erfahrung mit Bürgerbeteiligung oder über Erfahrungen im Rahmen einmaliger Aktionen verfügten, bestätigt sich diese Annahme.

- Ein Standort wiederum merkt an, dass der Ortsbeirat am Runden Tisch vertreten ist.

Die restlichen Standorte machen keine Angaben. Dies ist insofern nicht überraschend, da die Auswertung der beiden vorhergehenden Fragen gezeigt hat, dass für die Beteiligung entweder *neue* Institutionen geschaffen wurden (Runde Tische, Beiräte, AGs etc.) und /oder auf schon vorher existierende Institutionen mit Bürgerbeteiligung (exemplarisch z.B. Stadtteilkonferenzen oder Foren, die für alle BürgerInnen offen sind) zurückgegriffen wird. Zusätzlich geöffnet werden könnten dann nur noch die bestehenden Gremien der Institutionenvertreter, was auch an zwei Standorten intendiert ist. Interessant wäre für weitere Untersuchungsschritte, inwieweit es tatsächlich gelingt, den Closed-Shop-Charakter vieler Gremien zu überwinden.

Während die Fragen bisher auf Gremien zielten, in denen Bürger- und BewohnerInnen-Beteiligung stattfindet, geht es in der anschließenden **Frage** darum, **wieweit es an den einzelnen Standorten lediglich befristete, projektbezogene Beteiligungsformen gibt** (4. Antwortmöglichkeit auf Frage B1).

Hintergrund ist hier, dass die im ersten Teilbericht unserer Begleitforschung ausgewertete DIFU-Umfrage und vor allem die vertiefenden Fallstudien zahlreiche Hinweise enthalten, dass projektbezogene Beteiligungen einen wichtigen Stellenwert bei den verschiedenen Beteiligungsformen einnehmen und durch ihren konkreten Bezug zu den Interessen der jeweiligen BewohnerInnen und die befristete Dauer eine besondere Motivationsqualität haben. Kurzfristige Beteiligungserfolge wurden immer wieder als ein wichtiger Einstieg in das Programm und als Voraussetzung für den Aufbau breiterer und kontinuierlicher Beteiligungsformen bezeichnet.

Drei Standorte haben die Frage nach der befristeten Beteiligung wieder mit dem Hinweis nicht beantwortet, dass sie erst am Anfang der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ stehen.

Eine Auflistung der Nennungen der restlichen 21 Standorte ergibt folgendes Bild:

Befristete Beteiligung/Mitwirkung bei:	Anzahl der Nennungen¹⁰⁹
Projekte mit Jugendlichen (Skateranlage, Spiel und Freizeitflächen, Umgestaltung Jugendeinrichtungen, Jugendforen)	9
Befristete Bewohner-AGs bei Wohnungssanierungen einzelner Gebäude/Wohnblocks	9
Umgestaltung KiTas/Spielflächen	9
Mitwirkung am Stadtteilstfest	8
Planungswerkstätten/Impulswerkstatt/Zukunftswerkstatt	7
Stadtteilbegehungen/-erkundung	6

¹⁰⁹ Mehrfachnennungen pro Standort waren möglich. Außerdem ist zu beachten, dass die Zahl der Nennungen nicht verwechselt werden darf mit der absoluten Zahl der durchgeführten Beteiligungsprojekte. Bei den Antworten einzelner Standorte werden z.B. Stadtteilbegehungen und Bewohnerversammlungen, also mehrere Veranstaltungen genannt. Gefragt wurde nicht nach der absoluten Zahl, sondern nach Themen und Formen befristeter Beteiligung.

Wohnumfeldgestaltung (einzelne Blocks/Straßen)	6
in verschiedenen Workshops (ohne Nennung des Themas)	5
AG Verkehr/Verkehrssicherheit	5
AG Frauen	4
Mieterversammlungen	4
Befragungen (auch aktivierende Befragung)	4
Schulhofgestaltung	4
Erzählcafé, Kunstprojekte, Kulturtage	3
Bewohnerversammlungen	3
Lokal-Radio/Stadtteilzeitung	3
AG Senioren	1
AG Integration	1

Insgesamt zeigt die Auswertungen der Nennungen zunächst die Bedeutung projektbezogener Beteiligungsformen, wobei nicht immer klar ist, worin die Befristung besteht. Insgesamt 12 Nennungen verweisen allgemein - ohne Angabe von konkreten Themen - auf befristete Beteiligungsformen wie Planungs-/Zukunftswerkstätten, (7 Nennungen) und Workshops (5 Nennungen), die auf der Agenda stehen.

Es zeigt sich, dass AGs oder Projekte, in denen es um die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern im Rahmen einer Verbesserung der kinder- und jugendspezifischen Infrastruktur (Spielflächen, Jugendtreffs etc.) geht, offensichtlich an vielen Standorten eine Rolle spielen. Hier scheint ein besonderer Bedarf und ein besonderes Interesse der für die Aktivierung und Beteiligung zuständigen Akteure vorzuliegen.¹¹⁰

Auch die befristete Beteiligung von BewohnerInnen bei der Modernisierung/Sanierung ihrer Wohnungen liegt bei den Nennungen an oberer Stelle. Die Aktivierung zur Beteiligung in diesem Bereich, das hat das Beispiel Wiesbaden-Biebrich Südost gezeigt, hat in der Regel günstige Ausgangsbedingungen, sie kann an konkreter Betroffenheit ansetzen und das Engagement ist auf Bewohnerseite mit einer Verbesserung der Wohnsituation verbunden.

Neben der Beteiligung an Stadtteilsten spielen Stadtteilspaziergänge als Aktivierungsform und Fragen der Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrs für die projektbezogene Beteiligung noch eine Rolle. Weniger häufig werden genannt AGs zum Thema Frauen (4 Nennungen), Mieterversammlungen (4 Nennungen), Befragungen (4 Nennungen) Schulhofgestaltung (4 Nennungen), Erzählcafé/Kunstprojekte/ Kulturtage (3 Nennungen), Bewohnerversammlungen (3 Nennungen), Lokal-Radio/Stadtteilzeitung (3 Nennungen), AG Senioren (1 Nennung), AG Integration (1 Nennung). Über die **Qualität** der jeweiligen Beteiligungsverfahren lassen sich aufgrund des Datenmaterials auch hier keine Aussagen machen.

¹¹⁰ Eine Vermutung aus Sicht der Begleitforschung ist, dass sich Projekte in diesem Bereich gut für die Anfangsphase des Programms eignen, weil sie in überschaubaren Zeiträumen Erfolge zeitigen und auch öffentlichkeitswirksam sind. Erinnerung sei an das Fallbeispiel Hattersheim, das gezeigt hat, dass das Thema „Spiel- und Freiflächen/Aufenthaltsorte für Jugendliche“ bereits vor Programmbeginn aktuell war und das Programm „Soziale Stadt“ die anstehenden Entwicklungen unterstützt und beschleunigt hat.

Frage 5 (B1) fragt nach **der Beteiligung von Selbsthilfegruppen**, also von BürgerInnen, die sich bereits selbst organisiert haben, um Probleme anzugehen.

- Hier nennen 9 Standorte Selbsthilfegruppen (Tauschring, Sprachkurs, Frauencafé, Wohngruppe, Seniorengruppe/Nähgruppe/Frauentreff, Lebenswerter Stadtteil e.V., Mütterzentrum/Bürgerfrühstück, „Wir leben zusammen e.V.“, IG Gewerbetreibende/Türk Sport- und Kulturverein, IG Marketingkonzept) die beteiligt sind; ein Standort verweist darauf, dass Selbsthilfegruppen im zentralen Beteiligungsgremium als stimmberechtigtes Mitglied vertreten sind.
- Die restlichen Standorte beantworten die Frage nach der Beteiligung von Selbsthilfegruppen nicht. Zu vermuten ist, dass es hier keine Selbsthilfegruppen gibt, bzw. diese den Programmakteuren nicht bekannt sind.

Die Ergebnisse indizieren, dass offensichtlich alle Standorte, an denen Selbsthilfegruppen existieren, diese auch in ihr Beteiligungskonzept einbeziehen. *Wie* das geschieht und welche Rolle und welches Gewicht die Selbsthilfegruppen im Rahmen des gesamten Beteiligungskonzeptes bekommen, kann aus den Antworten nicht herausgelesen werden. Auch hier stellt sich die Frage, in wieweit die Einbeziehung dieser Gruppen Einfluss auf die Ausgestaltung des Programms nimmt und bestimmte, schon aktive Gruppen stärker eingebunden sind.

Sind in Zukunft weitere Beteiligungsprojekte geplant? (Frage B2)

Diese Frage nach den geplanten weiteren Beteiligungsprojekten eröffnet einen ersten Blick auf die zukünftige Entwicklung. Sie diene aber auch als Absicherung, dass nicht nur die gerade aktuellen, sondern auch die bereits geplanten Beteiligungsformen erhoben werden.

- 2 Standorte geben mit dem Verweis, erst am Anfang des Prozesses zu stehen, keine Antworten
- 2 Standorte beantworten die Frage nicht, sondern verweisen auf die vorhergehenden Fragen, was sich so interpretieren lässt, dass die bisherigen Beteiligungsmaßnahmen und -formen in Zukunft weitergeführt werden sollen.
- Für einen Standort, an dem bereits eine für alle BürgerInnen offene Stadtteilkonferenz und 3 thematische AGs mit Bürgerbeteiligung bestehen, ist diese Frage noch offen.

Eine Auflistung der Nennung der restlichen 19 Standorte ergibt folgendes Bild:

Weitere geplante Beteiligungsmaßnahmen an:	Anzahl der Nennungen
Beteiligung bei einzelnen Projekten/themenbezogene AGs, ohne Nennung der Themen	8
Spielraumgestaltung	7
Beirat (soll gegründet werden/ist in Aufbau)	4
Planungswerkstätten/Impulswerkstatt	3
Wohnumfeldgestaltung	3
Sprachförderung, Migrantencafé	2
Befragungen	2
Hausversammlungen	1
Bürgerstammtisch	1
Leitbildentwicklung	1
Kulturtage	1

Frauen und Gesundheit	1
Bewohnerversammlungen	1

Die Nennungen ergeben ein ähnliches Bild wie die Auswertung der Frage nach projektbezogenen befristeten Teilnehmungsformen. Auch für die Zukunft spielen projektbezogene Teilnehmungsformen eine wichtige Rolle und das Thema Spielraumgestaltung hat weiterhin eine besondere Bedeutung. Die Standorte, in denen die Beiratsgründung noch nicht abgeschlossen ist, nennen dieses Gremium als zukünftige Institution der Teilnehmung.

Auf den Regionalforen zur Zwischenbilanz ergaben sich bezüglich der Teilnehmungsformen und –inhalte zwei unterschiedliche Ansätze, die sich auch schon bei dieser Befragung zeigen. Auf der einen Seite stehen Formen, die vor Beginn der Aktivitäten die Wünsche und Bedürfnisse der BewohnerInnen abfragen, zu einer Schwächen-Stärken-Analyse führen und zur Grundlage eines integrierten Handlungskonzeptes führen sollen. Auf der anderen Seite steht das Konzept, Entwicklungsziele für den Stadtteil festzulegen und die Projekte auszuwählen, zu deren Realisierung dann Teilnehmungsformen vorgesehen werden. Praktisch relevant und realistisch gesehen, kommen beide Wege nicht ohne einander aus und kommt es an den Standorten zu einer Wechselwirkung beider Verfahren, allerdings mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunkten auf der einen oder anderen Seite der Alternative.

Welche Aktionen und Aktivitäten sind seit Beginn des HEGISS-Programms im Quartier angelaufen, um mehr und andere Bewohner(-gruppen) als die üblichen Aktiven zur Mitwirkung zu motivieren? (Frage B3)

Mit der Frage wurde nach den Aktivitäten gefragt, bisher Nichtbeteiligte anzusprechen und zu aktivieren. Hier hat nur ein Standort, der erst am Beginn des Prozesses steht, keine Antwort gegeben. Die Liste der Nennungen der restlichen 23 Standorte ergibt folgende Rangfolge:

Aktivitäten, um bisher Nichtbeteiligte zu aktivieren:	Anzahl der Nennungen
Flyer/Infoblätter/Infowände	14
Versammlungen für bestimmte Zielgruppen oder Themen, Einrichtung von AGs, Workshops, Stammtische	12
Aktivierende Befragung/Bewohnerbefragung/Expertisen	10
Pressearbeit	7
Aufsuchende Arbeit/Haustürgespräche/persönliche Ansprache	7
Bewohnerfeste	7
kulturelle Veranstaltungen und Feste	7
Stadtteilbegehungen	5
Planungswerkstätten/Impulswerkstätten	5
Stadtteilzeitung	4
Infostände	4
Vorstellung des Programms bei den Institutionen	2
Info über Nachbarschafts-TV	2
Wahlveranstaltung zum Stadtteilbeirat	1

Die Liste der Nennungen zeigt ein ähnliches „Set“ von Aktivitäten wie in den Fallstudienstandorten. Es dominieren die klassischen Informationsstrategien über Printmedien und Presse, Informationsveranstaltungen und aktivierende Befragung, gefolgt von Haustürgesprächen, Information im Rahmen von Festen und kulturellen Veranstaltungen, Stadtteilbegehungen und Beteiligung an befristeten Planungs- und Impulswerkstätten.

C) Entwicklung der Beteiligung

Welche und wie viele BürgerInnen beteiligen sich im Rahmen der verschiedenen Mitwirkungs- und Beteiligungsprojekte? (Frage C1)

Mit dieser offenen Frage, wie viele und welche BürgerInnen sich an den verschiedenen Beteiligungs- und Mitwirkungsprojekten an den jeweiligen Standorten beteiligen, sollte ein erster quantitativer Einblick gewonnen werden. Die Ergebnisse, bezogen auf die einzelnen Standorte, sind im Anhang¹¹¹ ausführlich dargestellt und sollen hier nicht wiederholt werden. Auf statistische Aufbereitungen (Summe aller Beteiligten in den jeweiligen Standorten, arithmetisches Mittel der Beteiligung, Ranking der Standorte nach Beteiligungszahlen) wird aus folgenden Gründen bewusst verzichtet:

- die Gesamtzahl der genannten Beteiligten ist offensichtlich sehr ungenau angegeben. So werden in einigen Fällen z. B. die Teilnehmer an Stadtteilsten (an einem Standort z.B. 500) genannt, an anderen Standorten, an denen diese aber ebenfalls stattgefunden haben, werden sie nicht aufgeführt.¹¹²
- Die Gesamtzahl ist sehr stark aktionsform-abhängig, an einigen Standorten gab es projektbezogene Umgestaltungsaktionen (z.B. Schulhöfe) oder Einzelaktionen (Müllsammelaktionen, „Aktion sauberer Stadtteil“), an denen zwischen 200 und 500 BürgerInnen beteiligt waren, an anderen Standorten gibt es solche Aktionen nicht.
- teilweise werden geschätzte Werte in einem breiten Korridor (50-100 oder 15-200) angegeben, teilweise ist die Zahl der Beteiligten bei einzelnen Projekten als unbekannt gekennzeichnet und ein Fragebogen merkt an, dass nicht alle Beteiligungs-Projekte aufgeführt sind.

Dennoch erscheint eine regelmäßige Dokumentation der quantitativen Beteiligungsentwicklung an den einzelnen Standorten nicht unwichtig, da sie *ein (jedoch nicht der einzige)* Indikator für den Erfolg von Beteiligungsgremien und -maßnahmen ist. Um Vergleiche zwischen den Standorten anstellen zu können, wäre ein stärker standardisiertes und trotzdem aussagekräftiges Befragungs- und Dokumentationsinstrument erforderlich, das von den einzelnen Standorten in bestimmten Zeitabständen angewendet wird.

Generell bestätigt die Durchsicht der Beteiligungszahlen, dass die Zahl der Beteiligten in Arbeitsgruppen (die offensichtlich über begrenzte aber dennoch längere Zeiträume themenbezogen arbeiten und ein verbindlicheres und dauerhafteres Engagement erfordern) fast überall zwischen 10- und 20 liegt. Mit in der Regel auf einen kurzen Zeitraum

¹¹¹ Tabelle 3 Auswertung C: Entwicklung der Beteiligung

¹¹² In den Interviews an einem Fallstudienstandort wurde auf Stadtteilsten hingewiesen, die aber im Fragebogen nicht aufgeführt und durch Teilnehmerzahlen quantifiziert sind.

begrenzten Impuls-/ oder Planungswerkstätten lassen sich größere Gruppen (50 bis 75) erreichen, an Stadtteilspaziergängen nehmen zwischen 10 und 30 BürgerInnen teil. Für einmalige Aktionen wie Schulhofumgestaltungen, Spielplatzsanierungen, „Aktion Sauberer Stadtteil“, Stadtteilstefen, Kulturfeste lassen sich offensichtlich größere Zahlen von BewohnerInnen aktivieren.

Die Beteiligung an den genannten Runden Tischen liegt zwischen 25 und 40, die Beteiligung in den Stadtteilbeiräten hängt von der entsprechenden Zahl der Sitze für die gewählten BewohnervertreterInnen ab und liegt zwischen 8 und 20.

Insgesamt stützen diese Ergebnisse die Annahme, dass verschiedene Themen und Formen der Beteiligung unterschiedliche Aktivierungspotenziale haben. Mit konkreten, kurzfristig umsetzbaren und oft einmaligen „handfesten“ Aktionen (Schulhofumgestaltung, Aktion „Sauberer Stadtteil“ etc.) lässt sich offensichtlich die größte Zahl von BürgerInnen aktivieren. Zeitliche Befristung und konkreter Themen- und Interessenbezug sind ebenfalls günstige Rahmenbedingungen für Beteiligung an Planungs- und Impulswerkstätten, mit denen sich durchaus Großgruppen (um die 50 Teilnehmer) erreichen lassen.

Beteiligungsformen - wie z.B. Runde Tische -, die eine dauerhafte und kontinuierliche Mitarbeit in mehr oder weniger stark formalisierten Gremien erfordern und deren thematischer Bezug nicht regelmäßig mit unmittelbarer, persönlicher Betroffenheit verbunden ist, sondern eher ein an der Gesamtentwicklung des Stadtteils orientiertes bürgerschaftliches Engagement erfordern, sprechen offensichtlich nur eine begrenzte Zahl von BewohnerInnen an, die die entsprechenden Voraussetzungen und Kompetenzen (Soziales Kapital) für eine Beteiligung in solchen Gremien mitbringen.¹¹³ Da die Anzahl derer, die sich kontinuierlicher in formalisierten Gremien engagieren, unabhängig von der Größe des Stadtteiles ist, liegt die Vermutung nahe, dass solche Gremien eine optimale Größe haben, mit der sie für die Beteiligten eine produktive und motivierende Arbeit ermöglichen.

Immerhin sind die quantitativen Angaben über die Beteiligung ermutigend, zeigen aber auch Grenzen auf. Vor allem bei den kontinuierlicheren Formen scheint die Anzahl der zu aktivierenden BürgerInnen unabhängig von der Größe des Standortes zu sein und eher von den Arbeitskapazitäten der Programmakteure abzuhängen. Diese Kapazitäten variieren kaum mit der Größe des Stadtteiles, sondern hängen vom standortspezifischen Konzept und dem Stellenwert der Beteiligung darin ab.

Wie sind MigrantInnen vertreten? (Frage C2)

Die Stadtteile im Programmgebiet „Soziale Stadt“ sind durchgängig durch einen überproportionalen Ausländeranteil geprägt, zugleich wird immer wieder von den Schwierigkeiten berichtet, MigrantInnen einzubeziehen. Deshalb wurde mit einer offenen Frage nach der Beteiligung von MigrantInnen gefragt. Keine Antwort auf diese Frage

¹¹³ Dies bestätigen die Ergebnisse der Fallstudien und die Statements auf den Treffen der BewohnervertreterInnen, die diese Personengruppe als die der „immer schon Aktiven“ kennzeichnet. Auch in der bundesweiten Fachdiskussion über Beteiligungsverfahren und Aktivierungsstrategien wird die selektive Wirkung „klassischer“ Beteiligungsverfahren im Rahmen von „Runden Tischen“, „Stadtteilkonferenzen“ oder „Stadtteilforen“ diskutiert. W. Hinte (2001) spricht von einem „heimlichen Lehrplan“ dieser Beteiligungsverfahren, die s.M.n. von klassischen bürgerlichen Mittelstandstandards geprägt sind und H. Herrmann (2001) von einem eindeutigen „middle-class-bias“: „Eine Aktivierung der Armen oder der sozial Benachteiligten (...) und deren Integration in die Beteiligungsorganisation ist bisher nicht gelungen. Dies entspricht den bisherigen Erfahrungen, die zeigen, dass eine Integration sozial Benachteiligter offensichtlich nur über die praktische Einbeziehung innerhalb konkreter Projekte gelingt“, (S. 181).

haben 4 Standorte gegeben. Grund ist durchgängig der Hinweis, dass sie erst am Programmbeginn stehen. Die Antworten der übrigen Standorte werden standortbezogen wiedergegeben:

- AK MigrantInnen
- AK MigrantInnen vertritt die Interessen in der Stadtteilkonferenz
- Ausländerbeirat und Vertreter von MigrantInnen-Vereinigungen haben Sitz im offiziell eingerichteten Beteiligungsgremium (AG Soziale Stadt)
- im Stadtteilbeirat hat der Ausländerbeirat einen Sitz
- stimmberechtigtes Mitglied im Stadtteilbeirat
- im Stadtteilbeirat sind 5 MigrantInnen
- im Sprecherrat der Stadtteilkonferenz vertreten, es existiert Frauen-/Mädchenarbeit mit MigrantInnen, in der Jugendarbeit wird mit Aussiedlerjugendlichen gearbeitet
- im Vorstand des Fördervereins sind 5 MigrantInnen
- persönlich
- eine Person im Mieterbeirat, sonst nicht aktiv
- nur wenig aktiv, schwer zu erreichen
- bei Jugendlichen überproportional, Erwachsene müssen über direkte Ansprache aktiviert werden
- wechselnd, teilweise 50%, dann wieder nur vereinzelt (je nach Beteiligungsform und Anlass)
- bei Frauen-, Kinder- und Jugendgruppen gut vertreten, im Planungsprozess unterrepräsentiert
- am Anfang kaum, jetzt steigend durch direkte Ansprache aber immer noch unterrepräsentiert
- unterdurchschnittlich vertreten, sprachliche Barrieren sollen abgebaut werden, gezielte Ansprache der Frauen durch Frauenfrühstück
- gemeinsame Kochaktion von deutschen und türkischen Frauen
- ja 50 %
- hohe Beteiligung von MigrantInnen
- in allen Projekten dominieren MigrantInnen.

Fasst man die Ergebnisse zusammen so wird deutlich:

- dass 6 Standorte formalisierte Arrangements der Vertretung nennen, bei denen MigrantInnen über den Ausländerbeirat oder durch delegierte (gewählte) Vertreter in Beteiligungsgremien (z. B. in Stadtteilkonferenz, Stadtteilbeirat....) vertreten sind.
- An einem weiteren Standort wird nur ein AK MigrantInnen als mögliches Beteiligungsgremium genannt.
- 7 Standorte nennen verschiedene Probleme bei der Ausländerbeteiligung (unterrepräsentiert, wechselnde Beteiligung, Erwachsene unterrepräsentiert, sprachliche Barrieren, persönliche Ansprache notwendig, gezielte Beteiligungsaktionen notwendig).
- An 3 Standorten wird - ohne weitere Erläuterungen - die Beteiligung von MigrantInnen generell als gut bzw. hoch eingeschätzt.
- Die Antwort eines weiteren Standortes, der lapidar „persönlich“ antwortet, kann hier nicht eingeordnet werden.

Insgesamt legen die Antworten nahe, die Beteiligung von MigrantInnen nicht pauschal als schwierig zu bezeichnen, wie dies häufig in programmatischen Diskussionen über die Soziale Stadt geschieht. Differenziert werden muss auch hier nach den Ebenen, Formen

und Anlässen der Beteiligung. Die Beteiligung ist offensichtlich „wechselnd, je nach Beteiligungsform und Anlass“, so eine Antwort. In einem größeren Teil der Standorte sind MigrantInnen über repräsentative Verfahren (Wahlen/Delegation) in die formalisierten Beteiligungsgremien (Beiräte, Stadtteilkonferenzen) eingebunden. Offen bleibt hier, wie die Rückbindung der Delegierten an die BewohnerInnen einzuschätzen ist und welche Art von (Gruppen-) Interessen und Bedürfnissen eingebracht werden.

Die Schwierigkeiten, die eine zweite Gruppe von Standorten artikuliert, beziehen sich zum einen offensichtlich auf Selektionsmechanismen in den Beteiligungsgremien, wie z. B. Runde Tische (siehe auch Fallstudie Hattersheim) oder bei Planungsbeteiligungsverfahren (Planungswerkstätten, Zukunftswerkstätten etc.). Zum anderen finden sich in dieser Antwortgruppe generelle Einschätzungen von Beteiligungs- und Aktivierungsschwierigkeiten, wie: „nur wenig aktiv, schwer zu erreichen“, die nicht auf konkrete Anlässe oder Gremien bezogen sind.

Eine kleinere Gruppe von Standorten schätzt die Beteiligung als gut ein. Es handelt sich um Hanau Lamboy-Nord, Wiesbaden-Biebrich Süd-Ost und Wiesbaden-Inneres Westend. Die Situation in den beiden Wiesbadener Quartieren wurde in den vertiefenden Fallstudien aufgegriffen. Hier spielen die Erfahrungen mit projektbezogenen Beteiligungserfahrungen in kleinräumigen Quartieren - bei denen auch viele MigrantInnen betroffen und beteiligt waren - sicherlich eine Rolle. Bei Hanau Lamboy-Nord liegt der Ausländeranteil mit 57 % sehr hoch, was ein erster Hinweis für die Interpretation der „guten“ Beteiligung sein kann. Wieweit diese positive Einschätzung auf alle Beteiligungsverfahren bezogen ist oder sich je nach Anlass und Verfahren unterschiedlich darstellt, kann anhand des vorliegenden Materials nicht beantwortet werden. Immerhin ist dies ein Hinweis darauf, dass MigrantInnen unter besonderen Bedingungen und auf sie zugeschnittenen Zielsetzungen durchaus aktivierbar sind und sich beteiligen. Es muss jedoch darauf geachtet werden, in wie weit der Erfolg mit segregativen Konsequenzen erkauft wird.

Wie wird die Aktivierung der BewohnerInnen finanziert? (Frage C3)

- 3 Standorte geben keine Antwort
- 12 Standorte finanzieren die Aktivierung zu 100% aus dem Programm „Soziale Stadt“
- 3 Standorte finanzieren 50% aus dem Programm Soziale Stadt und 50% aus kommunalen Mitteln
- 6 Standorte verweisen auf eine Mischfinanzierung ohne Prozentanteile anzugeben

Die Hälfte der Standorte finanziert die Aktivierung der BewohnerInnen ausschließlich aus dem Programm „Soziale Stadt“: Das unterstreicht, dass Aktivierung erst durch diese zusätzlichen Ressourcen möglich wurde und an diese Ressourcenzufuhr gebunden ist. 9 weitere Standorte verweisen auf eine Mischfinanzierung, 6 davon auf eine zwischen kommunalen Mitteln und Mitteln der „Sozialen Stadt“. Ob dies eine besondere Bereitschaft indiziert, Aktivierung und Beteiligung auch bei Wegfall der Landesmittel fortzuführen, kann hier nicht beurteilt werden. Der positiven Wirkung des Programms steht die Gefahr gegenüber, dass mit dem Programm auch die Beteiligungsaktivitäten enden könnten.

D) Aktivierungsstrategien

Die Bürgerbeteiligung und Aktivierung soll, so die programmatische Empfehlung des Programms „Soziale Stadt“, von einem Stadtteil- oder Quartiermanagement betrieben werden: „Im Stadtteilmanagement verschränken sich die formellen kommunalpolitischen Entscheidungsstrukturen mit informellen Strukturen intermediärer Organisationen, d.h. mit Runden Tischen der lokalen und überlokalen Akteure (...) sowie mit anderen Formen der bürgerschaftlichen Mitgestaltung.“¹¹⁴

Der erste Frageblock in diesem Fragekomplex zielt deshalb auf das Stadtteilmanagement, seine Struktur und Einbindung in kommunale Entscheidungsstrukturen.

Wurde ein Stadtteil-/Quartiermanagement eingerichtet? (Frage D1)

- 21 Standorte haben ein Stadtteilmanagement eingerichtet
- 3 Standorte stehen erst am Beginn des Programms und haben noch *kein* Stadtteilmanagement eingerichtet.

Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Bezeichnungen für das Stadtteilmanagement, die genannt werden:

- Stadtteilmanagement und Stadtteilwerkstatt (2 mal genannt)
- Projekt- und Stadtteilmanagement und Quartiermanagement (2mal genannt)
- Stadtteilbüro (5 mal genannt)
- Quartiermanagement (2 mal genannt)
- Stadtteilkoordination
- Nordstadtbüro
- Steuerungsgruppe
- technisches Stadtteilmanagement
- Stadtteilteam
- Stadtteilwerkstatt
- Projektkoordination.¹¹⁵

Diese erhebliche semantische Elastizität ist sicherlich der Tatsache geschuldet, dass hier Neuland betreten wird und die Berufspraxis noch zu keiner einheitlichen Terminologie gefunden hat. Sie kann aber auch als Indikator für unterschiedliche Aufgabenzuschnitte, Organisationsstrukturen und damit verbundene Organisationskulturen gewertet werden, wie sie exemplarisch bereits an den Fallstudienstandorten deutlich wurden.

Als Initiator für das Stadtteilmanagement wird in 17 Standorten direkt die Kommune/Kommunalverwaltung genannt, an drei Standorten sind es Trägerverbünde und an einem ein gemeinnütziger Verein (in drei Standorten ist - wie erwähnt - noch kein Stadtteilmanagement eingerichtet).

Wie ist das Stadtteilmanagement organisiert? (Frage D 1.1)

Die Antworten auf diese Frage geben weitere Hinweise auf die unterschiedlichen Konstruktionen, wie sie bereits durch die große Bandbreite der Bezeichnungen des Stadtteilmanagements indiziert wurden.

¹¹⁴ Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.), (2000, S. 21)

¹¹⁵ Die übrigen Standorte beantworten die Frage einfach mit „ja“

- An 4 Standorten wird explizit zwischen **Stadtteilmanagement** und **Quartiermanagement**¹¹⁶ unterschieden und damit werden offensichtlich auch verschiedene Handlungsebenen gekennzeichnet. Allerdings ist aus den vorliegenden Angaben nicht rekonstruierbar, ob damit unterschiedliche Hierarchieebenen verbunden sind. Während dem Stadtteilmanagement die Aufgabe der gesamten Projektkoordination zufällt¹¹⁷, ist das Quartiermanagement für die Gemeinwesenarbeit, die Aktivierung und Beteiligung zuständig. Ein Standort beschreibt die Arbeitsteilung zwischen Stadtteilmanagement und Quartiermanagement so: „Das Projekt- und Stadtteilmanagement sichert und organisiert die Beteiligung der BürgerInnen an allen Projekten. Quartiermanagement führt die Beteiligung und Aktivierung durch“. Stadtteilmanagement und Quartiermanagement sind in allen vier Fällen unterschiedlichen Trägern zugeordnet: das Quartiermanagement in zwei Fällen dem Caritasverband zusammen mit der Diakonie, im dritten Fall der AWO und im vierten dem Caritasverband. Mit dem Stadtteilmanagement ist in drei Fällen offensichtlich das gleiche freie Planungsbüro beauftragt, im vierten Fall ist der Träger eine GmbH „Kommunale Arbeitsförderung“.
- Von dieser Organisationsstruktur lässt sich ein anderes „Modell“ unterscheiden, bei dem mit Stadtteilmanagement die Aufgaben eines **Stadtteilbüros im Quartier** bezeichnet werden. Träger (bzw. Anstellungsträger) für diese Stadtteilbüros sind oft Freie Träger (v. a. der Caritasverband, Naturschutzbund, Projektverbund, Internationaler Bund). In einigen Fällen ist das Stadtteilbüro primär mit der Gemeinwesenarbeit der Aktivierung und Beteiligung der BürgerInnen/BewohnerInnen und der Initiierung von Projekten beauftragt und mit (sozial)pädagogischen Fachkräften besetzt.
In einem anderen Fall besteht das Stadtteilbüro aus dem von der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ favorisierten Tandem¹¹⁸ (Stadtplanerin/ Gemeinwesenarbeiterin), wobei die Stadtplanerin wesentliche Funktionen bei der Vorbereitung und Koordination des städtebaulichen Planungsprozesses übernimmt (siehe Fallstudie zu Hattersheim- Südring).
In einem weiteren Stadtteilbüro, das von einem Trägerverbund eingerichtet wurde, ist nur eine Stadtplanerin angestellt, die sowohl die Bewohneraktivierung / Beteiligung, die Vernetzung als auch die Projektentwicklung übernimmt.
- Eine weitere Variante ist ein so genanntes „**Stadtteilteam**“ (ein Vertreter der Gemeinwesenarbeit, ein Vertreter der Stadtplanung und ein Vertreter eines Beschäftigungsträgers), das offensichtlich als *Teamverbund* gemeinsam das Stadtteilmanagement wahrnimmt.
- Ein anderer Teil der Antworten verbindet mit dem Stadtteilmanagement offensichtlich ein **Quartiermanagement**,¹¹⁹ das - vor Ort in einem Büro präsent - primär die Aufgaben der Gemeinwesenarbeit mit den Funktionen Aktivierung, Beteiligung, Vernetzung, Beratung übernimmt (In diese Gruppe fällt der Fallstudienstandort Wiesbaden-Biebrich Süd-Ost)

¹¹⁶ das an zwei von den drei Standorten als „Stadtteilwerkstatt“ bezeichnet wird

¹¹⁷ in welchem Umfang dies auch die Funktionen der städtebaulichen Planung einschließt, kann den Antworten nicht entnommen werden.

¹¹⁸ vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.), Hessische Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, S.21, Wiesbaden 2000

¹¹⁹ Häufig bei freien Trägern angestellt, aber in einem Fall auch über öffentliche Ausschreibung der zuständigen Verwaltung rekrutiert

- In einer Antwort wird **Stadtteilmanagement** offensichtlich **als Oberbegriff** für das *Stadtteilbüro* (Sozialpädagogische Fachkraft für Aktivierung, Beteiligung und Gemeinwesenarbeit; Träger Caritasverband), für das mit der städtebaulichen Rahmenplanung beauftragte *externe Planungsbüro* und für das bei der *Verwaltung eingerichtete Koordinationsbüro* verwendet

Insgesamt weisen die Organisationsformen des Stadtteilmanagements deutliche Unterschiede auf. Als Leitdifferenz kann die unterschiedliche organisatorische „Verortung“ der Funktion städtebauliche Planung und Gemeinwesenarbeit im jeweiligen Stadtteilbüro ausgemacht werden, wie sie sich exemplarisch in den vertiefenden Fallstudien gezeigt hat. Vergleichbare Ergebnisse sind auch von der Begleitforschung zum Thema „Netzwerkanalyse“ festgestellt worden: „Das Aufgabenspektrum und die personelle Besetzung sowie die Qualifikation des Personals in den Stadtteilbüros wiesen Unterschiede auf. Vorherrschend war die Ausrichtung auf Gemeinwesenarbeit und kommunikative Tätigkeiten in der Netzwerkpflge, es gab aber auch vereinzelt eine Ausrichtung auf planerische Tätigkeiten. Das in den Stadtteilbüros angesiedelte Tätigkeitsspektrum reicht also von der traditionellen Gemeinwesenarbeit und Aktivierung der Bevölkerung zu stark umsetzungsorientierten und städteplanerischen Aufgaben“¹²⁰. Das von der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ favorisierte Tandem-Modell¹²¹, bei dem die Funktionen Stadtteilplanung und -entwicklung und Aktivierung der Bevölkerung (Gemeinwesenarbeit) vor Ort im Stadtteilbüro gleichgewichtig vertreten sind, scheint eher die Ausnahme zu sein. Welche Gründe und Auswirkungen diese unterschiedlichen Zuschnitte für Aktivierung und Beteiligung haben und welche möglichen Stärken und Schwächen damit verbunden sind, kann man nur durch einen intensiveren qualitativen Vergleich erhärten. In wie weit sich hier konzeptionelle und inhaltliche Unterschiede niederschlagen, ist unklar, weil aus vielen Diskussionen hervorgeht, dass lokale Besonderheiten und Traditionen eine große Rolle spielen und die jeweiligen Vorstellungen und Kooperationsbereitschaften die Organisationsstrukturen in ihrer Wirkung überlagern.

Wie ist das Stadtteil-/Quartiermanagement eingebunden in die kommunalen Entscheidungsstrukturen? (Frage D1.2)

Die Einbindung des jeweiligen Stadtteilmanagements/Quartiermanagements in das Programm erfolgt durchgängig über eine Steuerungs- oder Lenkungsgruppe (Vertreter der unterschiedlichen städtischen Ressorts, z. Teil Dezernenten), die auf Seiten der Stadtverwaltung zur Gesamtkoordination eingerichtet werden und in der Vertreter des jeweiligen Stadtteilmanagements eingebunden sind. Eine zentrale Frage vor diesem Hintergrund ist, *wie* diese Einbindung funktioniert und welches „Gewicht“ das Stadtteilmanagement - auch in seiner anwaltschaftlichen Funktion - bei der Entscheidungsfindung hat. Diese Frage kann nur im Rahmen der weiteren Vertiefung der Fallstudien erhellt werden. Aus den zusätzlichen Diskussionen und den Fallstudien geht hervor, dass angesichts der zusätzlichen Mittel durch das Programm der sozialen Stadt und die meist prinzipielle Zustimmung der politischen Gremien zum Programm keine grundsätzlichen Konflikte entstanden sind und sowohl Beteiligungsformen und -inhalte, wie auch ihre „anwaltschaftliche“ Vertretung sich im vorgegebenen Rahmen gehalten

¹²⁰Evers, A./Schulz, A./Wiesner, C. (2003, S.150)

¹²¹ vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.), (2000, S.21)

haben. Der generelle Top-Down-Charakter sorgt offensichtlich für ein mehr oder weniger reibungsloses funktionieren, in dem die Verwaltung die Finanzierbarkeit und technische Realisierbarkeit überprüft und die Projekte verwaltungsmäßig „vorlagefähig“ macht. Auf den Bewohnertreffs (s. Kapitel 3) wurde allerdings auch deutlich, dass für die BewohnerInnen oft unklar bleibt, auf welcher Seite die verschiedenen Akteure stehen und welche Interessen sie vertreten. Diese Unklarheit lässt sich kaum vermeiden, wenn von oben Beteiligung aktiviert und erwünscht, zugleich aber auch auf bestimmte Spielräume beschränkt wird.

Wieweit ist das Stadtteil-/Quartiermanagement an der Aktivierung der BewohnerInnen beteiligt? (Frage D1.3)

Hier formulieren alle 24 Standorte, dass Aktivierung eine zentrale Aufgabe des jeweiligen Stadtteilmanagements sei.

Gibt es neben oder anstelle des Stadtteil-/Quartiermanagements andere Organisationsstrukturen zur Aktivierung und Mitwirkung der BewohnerInnen ? (Frage D2)

Diese Frage zielt auf weitere Akteure, die schwerpunktmäßig mit der Aktivierung und Mitwirkung befasst sind.

- 15 Standorte verneinen diese Frage
- 3 Standorte geben keine Antwort, da sie noch am Beginn der Programmumsetzung stehen
- 1 Standort nennt das Kinder- und Jugendforum und zwei AGs
- 1 Standort nennt das Nachbarschaftshaus
- 1 Standort nennt den Mieterbeirat, Ortsbeirat, Kinderbüro
- 1 Standort nennt Multiplikatoren mit Vorbildfunktion
- 1 Standort nennt eine Kontaktstelle für Selbsthilfe und Bürgerengagement und die aufsuchende Jugendarbeit
- 1 Standort nennt das soziale Netz des Stadtteils.

Diese Antworten unterstreichen die zentrale Rolle, die dem Stadtteilmanagement für Aktivierung/Beteiligung zugeschrieben wird.

Welche strategischen Überlegungen gibt es, um bisher nichtbeteiligte BürgerInnen zu aktivieren an der weiteren Stadtteilentwicklung mitzuarbeiten? (Frage D 3)

Diese Frage knüpft an die Frage über die Aktivitäten, bisher nicht Beteiligte zu aktivieren, im Fragekomplex B an (Formen der Bürgerbeteiligung), fragt aber explizit nach *strategischen* Überlegungen.

- 8 Standorte geben keine Antwort. Drei davon sind in der Aufbauphase, 2 Standorte wollen Strategien mit dem Stadtteilmanagement oder den BewohnerInnen-Vertretungen im Beirat erst erarbeiten; 1 Standort antwortet, dass alle zur Verfügung stehenden Methoden angewendet wurden.
- 3 Standorte wollen sich verstärkt um die Zielgruppe MigrantInnen, ein Standort davon zusätzlich um Arbeitslose und ein weiterer zusätzlich um ein Spielraumkonzept und die Mieterbeteiligung bei Wohnungsanierungen bemühen.

- Die restlichen 13 Standorte nennen als Antwort keine Themen oder Zielgruppen sondern bestimmte Methoden. Sie wollen in Zukunft verstärkt auf folgende Aktivierungs- und Beteiligungsinstrumente setzen:
 - persönliche Ansprache/persönliche Kontakte
 - projektbezogene (an konkreten Anlässen orientierte) Beteiligung (themenspezifisch oder zielgruppenspezifisch).

Die Antworten zeigen, dass Fragen strategischer Orientierungen bei einem Drittel der Standorte im Moment keine Rolle spielen und bei den restlichen Befragten eng mit Fragen nach Methoden verbunden sind, die für die Zukunft als viel versprechend für eine breitere Aktivierung und Beteiligung erscheinen. Im Zentrum stehen hier eindeutig die projektbezogene Beteiligung und die Intensivierung persönlicher Ansprache.

Gibt es bei der Aktivierung Themen/Projekte für bestimmte Zielgruppen? (Frage D4)

Diese Frage zielt auf die Bedeutung der Zielgruppenorientierung für die weitere Entwicklung. Da die Antworten auf die Frage Mehrfachnennungen enthalten, werden die Ergebnisse in der folgenden Tabelle auf Grundlage der Nennungen und nicht standortbezogen dargestellt.

Zielgruppe	Thema/Projekt	Nennungen
Kinder und Jugendliche	u. a. Spielplätze, Sportflächen, Freizeitangebote, Begehungen, Planungswerkstätten	12
MigrantInnen	u. a. kulturelle Veranstaltungen, Café/Treff, Anlage von Mietergärten, Integrationskurse	12
Alle	Wohnen und Wohnumfeld (quartiersbezogen)	9
Senioren	u. a. Verbesserung des Freizeitangebotes, Räume, Zukunftswerkstätten	5
Alle	Verkehr	4
Alle	Nachbarschaftsentwicklung, Förderung der Begegnung, Zusammenleben der Kulturen	3
Mieter/Vermieter	Verbesserung der Kommunikation/ Mieterprobleme	2
Gewerbetreibende	Öffnung Runder Tisch für Gewerbetreibende	2
Frauen	Thema nicht genannt	2
Alle	Sicherheit/Sauberkeit	2
Alle	Stadtteilfernsehen/-radio	2
Alle	Nachbarschaftshaus	1

Mit „nein“ hat ein Standort die Frage beantwortet, 6 Standorte haben keine Antwort gegeben.

Es zeigt sich, dass bei den Zielgruppen „Migranten“, „Kinder- und Jugendliche“ und mit etwas Abstand „Senioren“ am häufigsten genannt werden und bei den Themen, die alle angehen, „Wohnen und Wohnumfeld“ und „Verkehr“. Das Thema „Bildung“, vor allem Schule im Stadtteil wird nicht genannt und auch der Bereich lokale Ökonomie und Arbeitsplätze kommt nur an zwei Standorten vor.

Wer hat bisher die Bewohnerbeteiligung vorangetrieben? (Frage D5)

Die Auswertung der Antworten wird wieder standortbezogen dargestellt, da nur so die unterschiedlichen Gewichtungen bei den Antworten deutlich werden:

- 2 Standorte antworten „alle“
- 3 Standorte geben keine Antwort (2 stehen noch am Anfang).

Die restlichen Standorte antworten wie folgt:

- Stadtteilbüro des Trägerverbundes, Bewohnerinitiative, Jugendförderung der Kommune
- Multiplikatoren, aktive BürgerInnen
- Quartiermanagement, Jugend- und Sozialamt, Forschungsstelle für Spiel
- Quartiermanagement, Multiplikatoren aus dem Quartier, engagierte BewohnerInnen, Mitarbeiter aus der Sozial- und Jugendverwaltung
- Kinder- und Jugendforum, Interessengemeinschaft, Familienbeirat, aktive Multiplikatoren und BürgerInnen
- Trägerverbund Nordstadt e.V., Stadtteilbüro, verschiedene Bewohnerinitiativen, Stadt, zunehmend auch der Beirat
- Stadtteilbüro, Institutionen vor Ort, Kita, Schule, Kirche, Nachbarschaftshaus, Stadtplanungsamt,
- Mitarbeiterinnen der Verwaltung, Multiplikatoren, aktive BürgerInnen
- Stadtteilmanagement, Quartiermanagement, mobile Cliquesbetreuung der Stadt, Stadt (Wohnungsamt), Mieterbeirat, AWO-Beratung für MigrantInnen
- Mitarbeiter der Verwaltung, Quartiermanagement, MultiplikatorInnen
- Lenkungsgruppe, Stadtteilteam, Gemeinwesenprojekte, Büro für Stadterneuerung, Kirche, Schulen, Kindergärten
- Projektteam Quartiermanagement, Lenkungsgruppe der Stadt, Runder Tisch Innenstadt, Präventionsrat
- Mitarbeiter der Verwaltung und aktive BürgerInnen
- Stadtteilwerkstatt, Kinderschutzbund
- Mitarbeiter der Verwaltung und Stadtteilbüro, Multiplikatoren aus dem Quartier (insb. Kirchen und Kitas), aktive BürgerInnen (insb. Bürgerverein)
- Projektbüro Kontaktstelle, Jugendpflege und aufsuchende Jugendarbeit, deutsch - ausländische Begegnungswoche
- Mitarbeiter der Verwaltung, Multiplikatoren aus dem Quartier, aktive BürgerInnen
- Quartiermanagement, Projektleitung, aktive BürgerInnen
- Projektleitung, Quartiermanagement; Wellritz 2000 e.V., IG Bleichstr., Die Brücke .

Insgesamt bestätigt sich, dass bei fast allen Standorten das Quartiermanagement / Stadtteilbüro und/oder MitarbeiterInnen der Verwaltung als treibende Kräfte genannt sind.

Dies kann als weiterer Hinweis darauf gewertet werden, dass bei der Bewohnerbeteiligung in den Standorten Top-Down-Strategien dominieren.

Wer soll in Zukunft die Beteiligung koordinieren? (Frage D6)

Abgesehen von den Standorten, die erst am Anfang stehen, verweisen alle auf das jeweilige Quartiermanagement oder das Stadtteilbüro.

E) Kommunikation und Information

Kommunikation und Information ist die erste Stufe der Beteiligung und damit eine Grundvoraussetzung für Aktivierung und Beteiligung in Gremien und Projekten. Besonders für die nichtbeteiligten BürgerInnen sind Informationen über die laufenden Entwicklungen notwendig, um die Möglichkeit der Teilhabe und der Beteiligung offen zu halten und eine Spaltung in zwei Gruppen „aktiv/beteiligt/informiert“ und „nichtaktiv/unbeteiligt/uninformiert“ entgegenzusteuern. Deshalb lautete die erste Frage in diesem Abschnitt:

Wie werden nichtbeteiligte BürgerInnen über die laufenden Entwicklungen im Stadtteil und die Aktivitäten im Rahmen der Bürgerbeteiligungsstrukturen informiert? (Frage E1)

Auch hier wurde eine standortbezogene Darstellung der Antworten gewählt, weil sie einen ersten Einblick über die jeweils gewählten Ansätze gibt

3 Standorte geben keine Antwort (2 stehen noch am Anfang), die restlichen Standorte antworten wie folgt:

- 4- mal im Jahr Infostände, regelmäßige Aushänge in Schaukästen, Artikel in Zeitung, regelmäßig Artikel in der Stadtteilzeitung, Flugblätter etc. bei gegebenem Anlass, geplant: Stammtisch „Soziale Stadt“
- 4- mal im Jahr Infostände, Bestückung von Infoflächen regelmäßig, Flugblätter bei gegebenem Anlass, Printmedien alle zwei Monate, geplant: Homepage
- Medien regelmäßig, da hohes Interesse der Presse
- Stadtteilzeitung alle 3 Monate, Flyer einzelner INIs und AGs, Zeitungsartikel in der örtlichen Presse; Infoveranstaltungen, Aushänge in Schaukästen, im Schaufenster des Stadtteilbüros
- Perspektivisch geplant: Stadtteilzeitung. Hauswurfsendungen und Informationsflugblätter
- 2- bis 3- mal pro Jahr Wurfsendungen an alle Haushalte; Plakate (Hinweise auf Veranstaltungen, 1 mal im Monat), Berichterstattung in der Regionalpresse, bei Festen/Veranstaltungen, Mund-zu-Mund-Propaganda, regelmäßige Sprechzeiten Stadtteilbüro, aufsuchende Aktivierung
- Stadtteilzeitung (alle 2 Monate), Berichte in örtlichen Medien über Sitzungen, Offener Kanal/Lokalfernsehen, Flugblätter/Plakate bei gegebenem Anlass
- über Tageszeitungen, anlassbezogene Verteilaktionen, Infomobil, Nordstadtfernsehen Stadtteilzeitung, Flyer, Presseberichte bei gegebenem Anlass
- Wurfsendungen, Flugblätter bei gegebenem Anlass, Mieter TV, Presse
- Stadtteilkonferenz (einmal pro Jahr), Projektspiegel (einmal pro Jahr), Stadtteilzeitung (alle drei Monate), Auslage von Infobroschüren nach Bedarf, Beiträge Offener Kanal (unregelmäßig), Lokale Presse

- Örtliche Presse monatlich, Flugblätter aus gegebenem Anlass
- Stadtteilzeitung (4- bis 5- mal im Jahr), zentrale Aushänge, Flugblätter, normale Pressearbeit je nach Bedarf
- regelmäßig über Veranstaltungen, Aushänge, Wurfsendungen des Stadtteilbüros, Internetpräsenz der Stadt, Stadtteilinfo im Aufbau
- Tageszeitung, Anschreiben zu bestimmten Projekten in der Landessprache, Aushänge im Stadtzentrum.
- Berichte in Zeitungen, Bürgerversammlungen, regelmäßige Berichte im Stadtteilbeirat, Aushänge, Stadtteilzeitung, Radio
- Stadtteilzeitung (noch unklar ob in Zukunft regelmäßig), örtliche Presse (zwei bis drei Artikel pro Monat) Schaukasten „Soziale Stadt“, persönliche Kontakte
- örtliche Presse bei gegebenem Anlass, Präsenz auf zentralen Veranstaltungen
- Zeitungsberichte und Internet
- Presseberichte, Radio Quer, Infostände im Quartier (unregelmäßig), Offene AG Bauhof (einmal im Monat), offenes Bewohnercafé (einmal im Monat), Sprechstunden im Bauhof (täglich)
- Stadtteilzeitung (4- Mal jährlich), Handzettel mit Aktuellem (etwa 2- Mal monatlich).

Die genannten Aktivitäten zeigen viele Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten. Artikel in der Lokalpresse, periodische /anlassbezogene Wurfsendungen und Flugblätter an die Haushalte, Infostände und Aushänge gehören zum Standardrepertoire aller Standorte, einige nennen noch eine Stadtteilzeitung.

Zusätzlich verweisen einige Standorte auf Informationen bei BürgerInnen-Versammlungen, auf zentrale Veranstaltungen, bei Festen und bei Sprechstunden und persönliche Ansprache.

Eine grundsätzliche Frage für die einzelnen Standorte wird sein, welche Reichweite die einzelnen Medien und Kommunikationskanäle haben und ob dadurch die präferierten Zielgruppen regelmäßig angesprochen werden.¹²²

Printmedien (auch Stadtteilzeitungen) z.B. haben nach Einschätzung des Stadtteilmanagements an zwei Fallstudienorten offensichtlich eine nur begrenzte Reichweite, weil „viele BewohnerInnen nicht lesen“ und/oder die Informationen nicht in der jeweiligen Landessprache vorliegen. Insgesamt ist eine regelmäßige Überprüfung der Kommunikationsstrategien - auch vor dem Hintergrund begrenzter Kapazitäten des Stadtteilmanagements - ein wichtiger Aspekt für Aktivierung und Beteiligung. erinnert sei daran, dass die Ergebnisse der aktivierenden Befragung an den Fallstudienstandorten deutliche Hinweise enthalten, dass sich BewohnerInnen unzulänglich informiert fühlen und viele das Programm „Soziale Stadt“ zu diesem Zeitpunkt kaum kennen.

¹²² vgl. K. Selle (2000), der von der Notwendigkeit „nachhaltiger Kommunikation“ als Voraussetzung für eine Bürgerbeteiligung spricht

F) Perspektiven

Die einleitende Frage zielt auf eine Einschätzung der grundsätzlichen Bedeutung von Aktivierung und Beteiligung im jeweiligen kommunalen Konzept.

Welchen Stellenwert haben Aktivierung und Mitwirkung im kommunalen Konzept der Sozialen Stadt Ihrer Gemeinde/Stadt? (Frage F1)

- 4 Standorte geben hier (unkommentiert) keine Antwort
- 17 Standorte formulieren einen „grundlegenden“, „hohen“ oder „wesentlichen“ Stellenwert
- 1 Standort verweist darauf, dass Aktivierung und Beteiligung „integraler Bestandteil der Maßnahmen ist“
- 1 Standort antwortet „Thema wird jetzt verstärkt behandelt“
- 1 Standort spricht von einem „zunehmenden Stellenwert“.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten beschreibt den Stellenwert als „hoch/grundlegend/wesentlich“. Dieses Ergebnis kann als Hinweis interpretiert werden, dass der programmatische Anspruch des Programms „Soziale Stadt“ bezogen auf Aktivierung und Beteiligung vor Ort anerkannt ist und dass sich eine große Mehrheit der Befragten damit auch identifiziert.

Welche weiteren Ziele und Maßnahmen werden für die weitere Bewohnerbeteiligung verfolgt? (Frage F2). Diese Frage zielte auf die Ausleuchtung des jeweiligen Zielhorizontes.

4 Standorte geben hier keine Antwort.

Die Antworten der restlichen Standorte sind:

- BewohnerInnen sollen erleben, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden, kurzfristige Umsetzung von Maßnahmen, Aufbau nachhaltiger participationsstrukturen, Einrichtung eines neuen Stadtteilgremiums (z.B. Sanierungs-/Erneuerungsbeirat)
- BürgerInnen im Quartier übernehmen Verantwortung in Kooperation mit Stadt und Quartiermanagement, langfristig: selbsttragende Strukturen im Stadtteil
- Ziel ist die Entwicklung eigenständiger Strukturen über die Laufzeit des Programms hinaus
- Für 2003 Wahl eines Beirates nach HGO, Öffentlichkeit im Quartier durch Multiplikatoren
- größere Einbindung von Jugendlichen, größere Einbindung von Migranten, größere Einbindung der Gruppe junger Familien
- stärkere Einbindung von MigrantInnen, Kindern und Jugendlichen über gezielte Projekte und Maßnahmen, Aufbau "Beirat Soziale Stadt"
- stärkere Einbindung von MigrantInnen, Projekt Konfliktvermittlung
- Verbesserung der Beteiligung von BewohnerInnen, Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit mit geeigneten (mehrsprachigen) Medien
- Sprachlosigkeit und Ver-Igelung überwinden, BewohnerInnen ohne Wahlrecht stärker in Entscheidungen einbeziehen
- Aktivierung weiterer BürgerInnen, Konkretisierung der Aufgabenstellung Quartiermanagement

- Angebote und Ziele des Stadtteilmanagements müssen bei den BewohnerInnen noch mehr verbreitet werden, damit noch mehr sich beteiligen. Ziel: Identifikation mit dem Ort, an dem man gerne wohnt
- Identifikation mit dem Stadtteil, Nachbarschaftsbildung, Identifikation mit dem Haus
- Identitätsstiftung, interkulturelle Begegnung, generationsübergreifender Dialog.
- bedarfsgerechte und nachhaltige Maßnahmen
- insgesamt hoher Stellenwert
- Erweiterung quantitativ und qualitativ
- Beteiligung am Rahmenplan Rheinufer, Umgestaltung Adolf-Todt-Str.

Zusammenfassend lassen sich bei den Zielen und Maßnahmen folgende Entwicklungsperspektiven herausfiltern:

- ⇒ Stärkere Einbeziehung von BewohnerInnen allgemein
- ⇒ Stärkere Einbeziehung bestimmter Zielgruppen: MigrantInnen, Jugendliche und Junge Familien
- ⇒ Erfolgserlebnisse in einem überschaubaren Zeitraum sind wichtig (Anwohner sollen erleben, dass sie ernst genommen werden und kurzfristig Maßnahmen umgesetzt werden)
- ⇒ Bessere Verankerung des Stadtteilmanagements im Stadtteil
- ⇒ Förderung der Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil
- ⇒ Aufbau nachhaltiger (eigenständiger, selbstorganisierter) Strukturen.

Auf diesem Hintergrund lässt sich ein „synthetisches Perspektiven-Modell“ für einen „fiktiven Durchschnittsstandort“ formulieren, bei dem auch die an anderen Stellen der Auswertung dargestellten Hinweise über die zukünftige Bedeutung verschiedener Aktivierungs- und Beteiligungsformen und über bestimmte Zielgruppen berücksichtigt sind. Für einen solchen synthetisch konstruierten Durchschnittsstandort zeichnet sich dabei folgende Perspektive ab:

Für die Zukunft ist die generelle Verbreiterung der Bewohnerbeteiligung eine wichtige Aufgabe. Dabei sollen Aktivierungs- und Beteiligungsformen eine große Rolle spielen, die in einem überschaubaren Zeitraum sichtbare Erfolgserlebnisse für BewohnerInnen bringen. Temporäre, auf konkrete Projekte bezogene Aktivierung und Beteiligung werden hier favorisiert. Zielgruppenspezifische Aktionen sollen in Zukunft besonders auf MigrantInnen und Jugendliche/Kinder gerichtet sein. Um seine zentrale Rolle und Verantwortung für die Aktivierung und Beteiligung wahrzunehmen, muss die Verankerung des Quartiermanagements/des Stadtteilbüros weiter verbessert werden. Als langfristiges Ziel wird der Aufbau nachhaltiger Strukturen und die Förderung der Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil genannt, womit implizit die Erwartung verbunden ist, dass mit steigender Identifikation auch die Bereitschaft der BewohnerInnen wächst, sich für ihre und die Belange des Stadtteils aktiv einzusetzen.

Die letzte Frage des Fragebogens

Sind Sie an weiteren Informationen und Ergebnissen der Begleitforschung interessiert?

wird - bis auf eine fehlende Antwort - von allen Standorten mit „ja“ beantwortet.

4.3 Resümée

Mit der vorliegenden Befragung sollte ein Überblick über Strukturen und Aktivitäten der Bürgerbeteiligung und der Aktivierung an allen Hessischen Standorten gewonnen werden, die für sich genommen noch keine Einschätzung der Effektivität der Verfahren erlauben.

Die vorliegenden Ergebnisse sind eine Momentaufnahme etwa zur Halbzeit des Programms. Die Befragung fand noch zu einem relativ frühen Zeitpunkt statt, aber von den fehlenden Antworten aufgrund späteren Beginns bei einigen Standorten abgesehen, hat sich das erhobene Bild auch in den späteren Diskussionen bestätigt. Die Standorte, die zu Beginn 1999 in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen wurden, konnten im Jahr 2000 mit der Aktivierung und Beteiligung beginnen und zum Zeitpunkt der Befragung auf einen Erfahrungs- und Entwicklungszeitraum von ca. 2 ½ Jahren zurückgreifen, bei den später hinzukommenden Standorten ist die Erfahrung entsprechend geringer; einige befinden sich erst in der Aufbauphase. Die Ergebnisse der Befragung lassen sich in 12 Punkten zusammenfassen:

1) Für knapp die Hälfte der befragten Standorte sind Aktivierung und BewohnerInnen-Beteiligung Neuland. Sie können auf keinerlei Erfahrungen zurückgreifen. Bei den übrigen Standorten liegen Erfahrungen von längerer Dauer und mit unterschiedlichen Beteiligungsformen im Stadtteil vor. An allen Standorten werden - mit ähnlichen Methoden, wenn auch in unterschiedlichen Strukturen und mit ähnlichen Themen - Aktivierungsarbeit geleistet und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen. Die meisten greifen auf das Instrumentarium der traditionellen Gemeinwesenarbeit zurück.

2) 12 Standorte schätzen das Interesse der BewohnerInnen an Beteiligung als groß ein, 6 als eher mittelmäßig und weitere 6 als eher gering. Mittelmäßiges, mäßiges oder geringes Interesse wird z. T. von Standorten berichtet, die erst am Anfang stehen; andere sehen bei konkreten Einzelprojekten großes Interesse, schätzen dies auf genereller Ebene aber skeptischer ein. Umgekehrt ist die generelle Einschätzung „großes Interesse“ in einzelnen Fällen offensichtlich an Erfahrungen mit einzelnen Projekten und Themen gebunden oder wird nach sozialen Schichten differenziert („groß bei BewohnerInnen aus der Mittelschicht, sozial Benachteiligte und Ausländer schwer zu beteiligen“). Hier zeigt sich, was im Zuge der weiteren Befragung mehrfach bestätigt wird: die unterschiedlichen Beteiligungsformen und Themen haben Einfluss auf die Zahl und die soziale Struktur der aktivierbaren BewohnerInnen.

3) Betrachtet man die Formen und Strukturen der Beteiligung, so fällt zunächst auf, dass in fast allen Standorten neue Gremien oder Institutionen für die BewohnerInnen-Beteiligung geschaffen wurden.

Dabei lassen sich drei Gruppen mit ähnlichen Strukturen erkennen:

1. Die erste Gruppe besteht aus durch Wahlen der BewohnerInnen der Stadtteile legitimierten Vertretungsmodellen, zu denen das Beiratsmodell (insgesamt 8) und das Modell eines von der Stadtteilkonferenz gewählten Sprecherrates zu zählen sind. Diese Gremien sind z. T. auf die Dauer des Programms beschränkt, z. T. sollen sie als nachhaltige Beteiligungsgremien darüber hinaus wirken.

2. In einer zweiten Gruppe sind Runde Tische (insgesamt 4) die weniger formalisierten, aber ebenfalls *zentralen* Beteiligungsgremien.

Diese neu eingerichteten Beteiligungsgremien werden an vielen Standorten zusätzlich durch Arbeitsgruppen/Arbeitskreise zu bestimmten Themen und durch Zielgruppen ergänzt.

3. Die dritte Gruppe (insgesamt 9 Standorte) setzt bei den neu eingerichteten Gremien offensichtlich auf eine themen- oder projektbezogene Beteiligung im Rahmen von AGs, themenbezogene Gesprächsforen, Projektkonferenzen oder MieterInnen-Beiräten. Bezogen auf diese Ergebnisse können die in den Fallstudien dargestellten Beteiligungsstrukturen: Beiratsmodell (Wetzlar) Runder Tisch-Modell (Hattersheim), projektbezogene Beteiligung (Wiesbaden) durchaus als repräsentativ für die Gesamtheit der Standorte angesehen werden.

4) Alle Standorte, an denen es schon vorher Initiativen und Gremien gab, an denen BewohnerInnen aber auch ExpertInnen beteiligt waren, wollen diese in ihr Beteiligungskonzept einbeziehen. Die Fallstudie Wetzlar hat exemplarisch gezeigt, dass durch den Einbezug schon bestehender Beteiligungsgremien (in diesem Fall die Stadtteilkonferenz) die Komplexität der Beteiligungsstruktur wächst und Schnittstellenprobleme entstehen können, die - gelingt eine Integration der unterschiedlichen Beteiligungsebenen nicht - negative Rückwirkungen auf die Bereitschaft und Motivation zur Beteiligung haben können. Es muss auch der Frage nachgegangen werden, in wie weit dadurch bereits etablierte, unterschiedliche Beteiligungschancen verfestigt und Exklusionstendenzen verstärkt werden.

5) Befristete projektbezogene Beteiligungsformen haben aktuell und in Zukunft nach Aussage der Standorte einen hohen Stellenwert. Auch die vertiefenden Fallstudien haben gezeigt, dass projektbezogene Beteiligung durch ihren konkreten Bezug zu den Interessen der jeweiligen BewohnerInnen und die befristete Dauer eine besondere Motivationsqualität hat.

Bei den befristeten Beteiligungsprojekten rangieren aktuell und für die Zukunft AGs oder Projekte, in denen es um die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern im Rahmen einer Verbesserung der kinder- und jugendspezifischen Infrastruktur (Spielflächen, Jugendtreffs etc.) geht, an oberster Stelle der Nennungen. Hier scheint ein besonderer Bedarf und ein besonderes Interesse der für die Aktivierung und Beteiligung zuständigen Akteure vorzuliegen.

Auch die befristete Beteiligung von BewohnerInnen bei der Modernisierung/Sanierung ihrer Wohnungen liegt bei den Nennungen an hochrangiger Stelle. Die Aktivierung zur Beteiligung in diesem Bereich, das hat das Beispiel Wiesbaden-Biebrich Süd-Ost gezeigt, hat in der Regel günstige Ausgangsbedingungen, sie kann an konkreter Betroffenheit ansetzen und das Engagement ist auf Bewohnerseite mit einer Verbesserung der Wohnsituation verbunden.

Neben der Beteiligung an Stadtteilstesten spielen Aktivierungs- und Beteiligungsformen eine Rolle, die für die Startphase des Beteiligungsprozesses besonders bedeutsam sind mit Blick auf die Identifikation mit dem Quartier: so z.B. Planungswerkstätten, Stadtteilspaziergänge und AGs zur Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrs.

6) Um bisher Nichtbeteiligte anzusprechen, greifen die Standorte zu einem ähnlichen Set von Aktivitäten wie an den Fallstudienstandorten. Es dominieren die klassischen Informationsstrategien über Printmedien und Presse, Informationsveranstaltungen und aktivierende Befragung, gefolgt von Haustürgesprächen, Information im Rahmen von

Festen und kulturellen Veranstaltungen und Stadtteilbegehungen. Vor dem Hintergrund, dass *regelmäßige* Information die Grundvoraussetzung für eine breite Aktivierung und Beteiligung ist und um eine selektiv wirkende „Wissenskluft“ zwischen den ohnehin schon Aktiven, die durch ihr Engagement im Rahmen der jeweils bestehen Beteiligungsstrukturen relativ gut informiert und den Nichtbeteiligten zu verhindern, wäre es für die einzelnen Standorte hilfreich, die Reichweite ihrer jeweiligen Informationsstrategie und Informationskanäle regelmäßig zu überprüfen. Printmedien (auch Stadtteilzeitungen) z.B. haben nach Einschätzung des Stadtteilmanagements an zwei Fallstudienorten offensichtlich eine nur begrenzte Reichweite.

Die Ergebnisse der aktivierenden Befragung an den Fallstudienstandorten zeigen, dass sich eine erhebliche Anzahl von BewohnerInnen zu Beginn über das Programm „Soziale Stadt“ schlecht informiert fühlt.

Auf die Zukunft gerichtete strategische Überlegungen, bisher nichtbeteiligte BewohnerInnen zu aktivieren, spielen bei einem Drittel der Standorte im Moment keine Rolle. Die restlichen Befragten verbinden diese Frage mit Methoden und Instrumenten, die als viel versprechend für eine breitere Aktivierung und Beteiligung erscheinen. Im Zentrum stehen die projektbezogene Beteiligung und die Intensivierung persönlicher Kontakte.

7) Die Auswertung der Angaben zur quantitativen Entwicklung der Beteiligung hat bestätigt, dass der thematische Bezug und die verschiedenen Formen der Beteiligung unterschiedliche Aktivierungspotenziale haben. Mit konkreten, kurzfristig umsetzbaren und oft einmaligen „handfesten“ Aktionen (Schulhofumgestaltung, Aktion „Sauberer Stadtteil“ etc.) lässt sich offensichtlich die größte Zahl von BürgerInnen aktivieren. Zeitliche Befristung und konkreter Themen- und Interessenbezug sind Rahmenbedingungen für Beteiligung an Planungs- und Impulswerkstätten, mit denen sich durchaus Großgruppen (um die 50 Teilnehmer) erreichen lassen, während die Zahl der Beteiligten an Arbeitsgruppen mit allgemeineren Themen zwischen 10 und 20 liegt. Beteiligungsformen, die eine kontinuierliche Mitarbeit in mehr oder weniger stark formalisierten Gremien erfordern und deren thematischer Bezug nicht regelmäßig mit unmittelbarer, persönlicher Betroffenheit verbunden ist, sondern eher ein an der Gesamtentwicklung des Stadtteils orientiertes „bürgerschaftliches Engagement“ erfordern, sprechen offensichtlich nur eine begrenzte Zahl von BewohnerInnen an (zwischen 25 und 40), die wiederum die entsprechenden Voraussetzungen und Kompetenzen (soziales Kapital) für eine Beteiligung in derartigen Gremien mitbringen. Vor allem die gewählten und formalisierten Gremien setzen sich in dieser Hinsicht selektiv zusammen und benötigen auch dann noch und vor allem unter dem Gesichtspunkt der Einbindung von Mitgliedern aus schwächeren Gruppen relativ viel Aktivierung und Betreuung, die uns die Hoffnung auf selbsttragende Strukturen skeptisch beurteilen lässt. Sie sind, wo sie funktionieren, letztlich auch wieder höherschwellig und teilen die Nachteile der traditionellen Formen kommunalpolitischer Beteiligung.

8) Vor dem Hintergrund, dass die Stadtteile im Programm „Soziale Stadt“ durchgängig von einem überproportionalen Ausländeranteil geprägt sind, wird in der Beteiligungs- und Aktivierungsdiskussion immer wieder über Probleme und Schwierigkeiten mit der Beteiligung dieser Gruppen berichtet. Die Ergebnisse der Befragung legen nahe, die Beteiligung von MigrantInnen nicht pauschal als schwierig zu kennzeichnen. Differenziert werden muss auch hier nach den Ebenen, Formen und Anlässen der Beteiligung. In einem

größeren Teil der Standorte sind MigrantInnen über repräsentative Verfahren (Wahlen/Delegation) in die formalisierten Beteiligungsgremien (Beiräte, Stadtteilkonferenzen) eingebunden. Die meist genannten Schwierigkeiten beziehen sich auf sprach- und kulturbedingte Selektionsmechanismen selbst in den „niedrigschwelligen“ Beteiligungsgremien, wie z.B. den Runden Tischen (siehe auch Fallstudie Hattersheim) oder Planungsbeteiligungsverfahren (Planungswerkstätten etc.). Um in Zukunft bisher nichtbeteiligte MigrantInnen besser zu erreichen, favorisieren die meisten Antworten eine zielgruppenspezifische Aktivierung und Beteiligung (Einrichtung von Treffpunkten, Cafés, kulturelle Veranstaltungen...).

Eine kleinere Gruppe von Standorten schätzt die Beteiligung von MigrantInnen durchaus als gut ein. Es handelt sich um Hanau Lamboy-Nord, Wiesbaden-Biebrich SüdOst und Wiesbaden-Westend. Die Situation in den beiden Wiesbadener Quartieren wurde in den vertiefenden Fallstudien aufgegriffen. Hier sind die positiven Erfahrungen mit projektbezogenen Beteiligungsformen in kleinräumigen Quartieren - bei denen auch viele MigrantInnen betroffen und beteiligt waren - sicherlich Grund für die positive Einschätzung. Am Beispiel Hanau könnte man der Frage nachgehen, ob MigrantInnen in Einzelfällen soweit in einem Stadtteil präsent sind bzw. dort dominieren, dass sie ihn als ihren Stadtteil ansehen und bei seiner Gestaltung mitwirken wollen.

9) Die zentrale Aktivierungslast wird an allen Standorten von einem Stadtteil- oder Quartiermanagement getragen und diesem auch zugeschrieben. Bereits die sehr unterschiedlichen Bezeichnungen des jeweiligen Stadtteil- oder Quartiermanagements verweisen auf unterschiedliche Aufgabenzuschnitte, Organisationsstrukturen und damit verbundene Organisationskulturen. Als Hauptmerkmal kann die unterschiedliche organisatorische „Verortung“ der Funktionen Städtebauliche Planung und Gemeinwesenarbeit im jeweiligen Stadtteilbüro/Quartiermanagement ausgemacht werden, wie sie sich exemplarisch schon in den vertiefenden Fallstudien gezeigt hat. Das von der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – HEGISS - favorisierte Tandem-Modell, bei dem die Funktionen Stadtteilplanung und -entwicklung und Aktivierung der Bevölkerung (Gemeinwesenarbeit) vor Ort im Stadtteilbüro gleichgewichtig vertreten sind, scheint eher die Ausnahme zu sein. Mögliche Auswirkungen der unterschiedlichen Zuschnitte für Aktivierung und Beteiligung und mögliche Stärken und Schwächen, die mit diesen unterschiedlichen Strukturen verbunden sind, lassen sich nur durch eine weitere Untersuchung der längerfristigen Entwicklung an den Fallstudienstandorten eruieren.

10) Für die weitere Entwicklung lassen sich aus den vielfältigen Antworten der jeweiligen Standorte folgende Punkte herausfiltern:

Das Programmziel Aktivierung / Beteiligung wird in allen Standorten ernst genommen. Eine weitere, stärkere Einbeziehung von BewohnerInnen insgesamt wird angestrebt. Dabei sollen insbesondere MigrantInnen und Jugendliche stärker eingebunden werden. Erfolgserlebnisse in einem überschaubaren Zeitraum werden für die weitere Aktivierung als zentral eingeschätzt: die BewohnerInnen sollen erleben, dass sie ernst genommen und Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden. Der Aufbau kontinuierlicher Beteiligungsstrukturen für mehr BürgerInnen erscheint dagegen als schwieriger. Das Stadtteilmanagement muss besser als bisher im Stadtteil verankert werden, um seine aktivierende und koordinierende Funktion zu erfüllen. Längerfristig ist die Förderung der Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil wichtiges Ziel, ebenso der Aufbau

nachhaltiger (eigenständiger, selbstorganisierter) Strukturen. Dies entspricht in der Allgemeinheit den Zielvorgaben des Programms, über deren Konkretisierung und erfolgreiche Umsetzung bisher wenig berichtet werden kann.

11) Insgesamt zeigt sich, dass an allen Standorten mit ähnlichen Strategien, Gremien, Aktivierungsformen und Themen gearbeitet wird. Allerdings sind die Namen und Begriffe z. T. unterschiedlich und die Kombinationen und Gewichtungen unterscheiden sich ebenfalls stark. Das Programm wird also nicht schematisch in den einzelnen Standorten umgesetzt, sondern findet seine auf die lokalen Gegebenheiten angepasste Konkretisierung. Zu diesen Gegebenheiten gehören aber auch politische Traditionen und Prioritäten, die die qualitative Ausgestaltung des „Sozialen“ prägen. Unterschiedliche Ausgangssituationen, politische Strukturen und Stadtteilentwicklungsziele führen zu unterschiedlichen Strukturen und Inhalten von Beteiligung, deren Effektivität nur aus den lokalen Besonderheiten heraus beurteilt werden kann. In einigen Standorten stand ein Integriertes Handlungskonzept am Anfang, in das die Beteiligungsstrukturen eingeordnet sind, bei anderen hatte Beteiligung die Funktion, die Wünsche und Interessen der BewohnerInnen zu erkunden, auf denen aller erst ein Handlungskonzept aufgebaut werden kann. Die konzeptionellen Unterschiede sind hier allerdings schärfer als die jeweilige Praxis, die sich mehr oder weniger als ein Wechselverhältnis beider Ansätze mit allerdings unterschiedlichen Gewichtungen auf der einen oder anderen Seite darstellt.

12) Es fällt auf, dass die Bereiche der lokalen Ökonomie und Beschäftigung, sowie der Bereich der Bildung, vor allem der schulischen Integration kaum eine Rolle spielen. Zwar wird immer wieder von Kontakten und einzelnen Kooperationen berichtet, ein strategischer Stellenwert, vor allem hinsichtlich der Nachhaltigkeit durch Qualifizierung, ist bei keinem Standort zu erkennen.

5. Fazit

Der Ansatz der Begleitforschung „Aktivierung/Beteiligung“ ging von Dimensionen der Beteiligung aus und leitete daraus Fragestellungen ab, die nun anhand der Befunde aufgegriffen werden können. Nach 5 Jahren Projektdauer (der Hälfte der Programmdauer) und den zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden können in vielen Punkten einige vorläufige Ergebnisse erwartet werden. Erste Hypothesen können gebildet werden, die in einer weiteren Forschungsphase überprüft werden sollten.

Dimensionen

Die erste Dimension haben wir mit staatsbürgerlichem Engagement bezeichnet. Sie zielt auf die traditionellen Beteiligungsstrukturen und Legitimationsmechanismen kommunaler Verfassungen. In der Literatur zur Beteiligung und Mitwirkung benachteiligter Gruppen und damit auch ihrer Wohnquartiere wird davon ausgegangen, dass ein zentraler Punkt der Benachteiligung gerade darin bestehe, dass die Voraussetzungen für Beteiligung in diesen Strukturen wenig ausgeprägt sind und deshalb andere, niedrighschwelligere und adressatenspezifische Wege gefunden werden müssten. Allerdings spricht das Programm „Soziale Stadt“ selbst immer wieder von bürgerschaftlichem Engagement und auch unter politischen Integrationsaspekten scheint es wenig sinnvoll, zwei Welten unterschiedlicher Beteiligungsweisen zu etablieren und damit die zugrundeliegende Problematik zu verfestigen. Unsere Befunde zeigen darüber hinaus auch viele Schnittstellen und fließende Übergänge zwischen beiden Formen auf.

Zum einen sind bereits die Etablierung der Stadtteile zu Projektstandorten und die damit häufig verbundenen Vorentscheidungen über konkrete Maßnahmen der Stadtteilentwicklung an Beschlüsse der Stadtverordneten gebunden und die BewohnerInnen müssen sich mit diesen Entscheidungen auseinandersetzen. Gerade diese Vorentscheidungen waren oft Gegenstand kontroverser Diskussionen in den neuen Gremien der niedrighschwelligigen Beteiligung und zwangen zu einer Auseinandersetzung mit den durch Verfassungen und Satzungen vorgesehenen Entscheidungsinstanzen. Eine weitere Schnittstelle ergab sich überall dort, wo die konkreten Entscheidungen innerhalb des Programms mit denen auf anderen Ebenen abgestimmt werden müssen oder die BewohnerInnen auf diesen Ebenen und den dazugehörigen Gremien präsent sein müssen. Am stärksten ist dies z. B. in Wetzlar bei den Beratungen zum Bebauungsplan der Fall, am wenigsten in Bereichen, wo es lediglich um die Ausgestaltung eng begrenzter Maßnahmen und Projekte geht, etwa der Gestaltung eines Spielplatzes oder einer Grünfläche.

Aus unserer Umfrage geht hervor, dass an einigen Standorten gewählte Delegierte in die formalen Gremien entsandt wurden und dass umgekehrt „ordentliche“, satzungsmäßige Gremienmitglieder in die neuen Beteiligungsformen (z B. Runde Tische, Stadtteilforen) integriert wurden, ohne dass an den formalen Entscheidungskompetenzen etwas geändert wurde. Die neuen Formen beziehen sich offensichtlich nur auf die Entscheidungsvorbereitung, nicht auf die Entscheidungen selbst. Neue Gremien oder die Beteiligung von BewohnerInnen in den alten haben immer nur eine beratende und empfehlende Funktion ohne bindende Kraft. Umso wichtiger ist es, dass sich die Entscheidungen den Vorschlägen öffnen, da ansonsten die Motivation zur Beteiligung zusammenbricht. Unter den Bedingungen zusätzlicher Programmmittel, also ohne die üblichen Verteilungskämpfe, scheint dies an den Standorten meist auch gelungen zu sein.

Dass Schnittstellen nicht unproblematisch sind, wurde immer wieder berichtet. Die Schnittstellen bedeuten immer auch die Berücksichtigung von Interessen und Funktionen, die über den Stadtteil hinausgehen. Sie erfordern einen längeren Atem und die Entwicklung bestimmter Qualifikationen für diese Gremienarbeit. Wir können davon ausgehen, dass dies für einzelne BewohnerInnen gelungen ist und diese auch neue Erfahrungen sammeln konnten. Dies bezieht sich aber nur auf wenige Einzelfälle und hat noch keine breiteren Auswirkungen auf den Stadtteil.

Entschärft und in gewisser Weise auch in ihrer Wirkung begrenzt wird die Schnittstellenproblematik dadurch, dass hier eine zentrale Funktion der Akteure des Programms, der Stadtteilmanager, Stadtteilbeauftragten usw. liegt, die sich als Advokaten, Vermittler, Assistenten, Übersetzer usw. begreifen. Sie sind damit sowohl Scharnier als auch Puffer zwischen diesen Welten, ohne dass eine eindeutige Positionsbestimmung vorgenommen wurde oder von außen festgesetzt werden kann. Auch wenn es durchgängig zum Selbstverständnis der befragten Akteure gehört, sich langfristig in ihrer jeweiligen Funktion überflüssig zu machen, so kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch in keinem Fall davon ausgegangen werden, dass dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Im Gegenteil: überall wird die bange Frage gestellt, wie es nach Beendigung des Programms, aus dem ja diese Stellen in der Regel zumindest teilweise finanziert werden, weitergehen soll.

Dass an den Schnittstellen zwar kontroverse Diskussionen, aber keine gewichtigen Probleme für das Programm entstanden sind, liegt nach unserer Einschätzung auch daran, dass das Programm weitgehend top-down strukturiert wurde und die professionellen Akteure durch die Auswahl der Themen, der Methoden der Aktivierung und durch ihre Advokaten-/Vermittlertätigkeit dafür gesorgt haben, dass es zu keinen gravierenden Auseinandersetzungen kam und die Beteiligungsformen sich eher ergänzten, als dass sie konkurrierten oder in Konflikt miteinander gerieten.

Wir können zudem davon ausgehen, dass nicht nur die Projektakteure, sondern auch aktive BürgerInnen und BewohnerInnen eine selektive und vermittelnde Funktion übernommen haben. Es sind oft genug die "alten Hasen", die sich in die etablierten Gremien und Entscheidungsebenen begeben. Über Konsequenzen dieser Integration in die politische Kultur für die Wahlbeteiligung oder eine breitere Identifikation und Integration mit und in das politische System kann noch nichts gesagt werden. Erste Hinweise darauf können von der Analyse zukünftiger Wahlen bezüglich der Wahlbeteiligung und Parteienpräferenzen erwartet werden.

Teilweise kam es auch zu Überschneidungen und Konkurrenzen zwischen den satzungsgemäßen Gremien und den neuen, vor allem auf inhaltlicher Ebene. Zum einen versuchte die Politik in einigen Fällen von oben Einfluss zu nehmen und „einzuvernehmen“, was meist auf heftigen Widerstand stieß. In anderen Fällen übernahmen die neuen Gremien die Funktion der alten und/oder erfüllten sie erst zum Leben (Ortsbeiräte), die sich nur schwer mit einer „Abnicker-Rolle“ zufrieden geben wollten. Eine Strategie, die neuen Formen mit den alten zu verbinden und auf die Kontinuität der alten als Faktor für Nachhaltigkeit zu setzen, ist kaum erkennbar. So wird etwa die Einrichtung von Ortsbeiräten, wo es sie noch nicht gibt, abgelehnt, sei es, weil sie dann in allen Stadtteilen eingerichtet werden müssten, sei es, weil diese als unterste Ebene der normalen demokratisch-repräsentativen Kommunalverfassung nicht mehr Gegenstand von Aktivierung und Gemeinwesenarbeit sind. Die Erfahrung aus einigen Standorten spricht dafür, dass sich die funktionierenden neuen Gremien von den alten hinsichtlich

Zusammensetzung und Arbeitsweise nach einer gewissen Zeit nicht mehr wesentlich unterscheiden.

2.

Die zweite Dimension wurde von uns als die der Wahrnehmung von Rechten durch die von staatlichen und kommunalen Aktivitäten Betroffenen bezeichnet. Wir können nach unseren Ergebnissen davon ausgehen, dass vor allem im Bereich der Information über konkrete Maßnahmen Verbesserungen erreicht wurden. Es war und ist eine Hauptaufgabe der professionellen Akteure, im Bereich der Information über kommunale Vorhaben für deren Verbreitung und für kommunalpolitische Transparenz zu sorgen. Den Berichten ist zu entnehmen, dass sich viele BewohnerInnen, auch aktive, immer noch als ungenügend informiert betrachten und vor allem bei nachträglicher Information über bereits gefallene Entscheidungen unzufrieden sind. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Beteiligungsthemen in größeren Zusammenhängen stehen, von denen man immer etwas ahnt, auf die man immer wieder hingewiesen wird, aber nichts genaues weiß. Zudem lässt die Top-Down-Struktur immer den Verdacht zu, dass nicht alle Karten auf dem Tisch liegen.

Wichtig ist dabei, dass die Informationen nicht nur auf den traditionellen, schriftlichen Wegen rezipiert werden ("es wird nicht gelesen"), sondern neue Medien und Kanäle gefunden werden müssen (Haustürgespräche, Befragungen, Stadtteil-TV). Nach unserer eigenen Umfrage bleiben trotz dieser skeptischen Einstellung allerdings die traditionellen schriftlichen Formen dominant (s. 7.2 E). Auf jeden Fall erfüllt die Informationsarbeit im Rahmen des Programms eine legitimatorische Funktion und bildet eine staatsbürgerliche Serviceleistung der Kommune, für die eine gewisse Holschuld der Betroffenen existiert, wie es generell auch ein Recht auf Apathie und Nicht-Beteiligung gibt. Ob dadurch tatsächlich eine breite Information der Bevölkerung gelingt, könnte nur beurteilt werden, wenn man in einem weiteren Untersuchungsschritt die BewohnerInnen selbst befragt und sich nicht auf die Intentionen und Einschätzungen der Hauptakteure verlässt. Bei den bisherigen drei Treffen der aktiven BewohnerInnen aus den Projekten wurde noch ein grundlegendes Informationsdefizit beklagt. Es ist offenbar tatsächlich so, dass breitgestreute schriftliche Informationen kaum gelesen werden, aber auch, dass über unkonventionelle Wege, etwa Beratungen, Versammlungen, Aktionen usw. auch nur wenige BewohnerInnen direkt erreicht werden. Solche Bemühungen haben auch, wenn sie nicht zu erfolgreichen Aktionen führen, bald einen gewissen Abstumpfungseffekt. Zu viele Befragungen etwa stoßen auf Widerstand bei den Befragten.

In einzelnen Fällen wurde über die Information hinaus auch die Ebene der formalen Anhörung und Mitwirkung erreicht. In Fällen, in denen Entscheidungen übergeordneter Gremien notwendig werden, ist es zumindest teilweise gelungen, BewohnerInnen als Delegierte in Gremien (gem. §72 HGO) zu etablieren, was ohne die besonderen Aktivitäten im Rahmen des Programms kaum erreicht worden wäre. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass die dort Beteiligten aufgrund der vorangegangenen Diskussionen im Stadtteil bzw. der Versammlungen, Runden Tische usw. die artikulierten Meinungen und Interessen in die Gremien eingebracht haben. In wie weit dann über die formale Beteiligung eine materielle Mitwirkung erreicht wurde, kann erst nach Abschluss der Entscheidungen bzw. durch Analyse der Entscheidungsprozesse und des out-come beurteilt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir davon ausgehen, dass die meisten Vorschläge, die sich im vorgegebenen Rahmen und kommunalpolitischen Konsens gehalten haben, auch umgesetzt wurden, zumal die zusätzlichen Programmmittel und die

prinzipielle Entscheidung, am Programm mit seiner Zielsetzung teilzunehmen, gute Bedingungen dafür geschaffen haben.

Die Ebene der traditionellen Sozialpolitik ist nach unseren Informationen kaum in die Projektarbeit eingebunden. Ausnahmen sind freiwillige Leistungen der Jugendpflege oder gemeinwesenorientierter Sozialarbeit. Unsere Vermutung, dass die Inanspruchnahme von sozialen Rechten nach KJHG oder BSHG nicht ohne weiteres in die Gestaltung des Sozialen eines Stadtteils integriert werden kann, muss deshalb eine Vermutung bleiben. Sieht man auch hier von der Einrichtung von dezentralen und niedrigschwelligen Beratungsangeboten ab, spielte die z. T. heftige Debatte in der Sozialen Arbeit um das Sozialraumbudget und die damit verbundenen Konzepte an den Standorten kaum eine Rolle. Die mangelnde Integration des Bildungs- und Arbeitsmarktberreiches schneidet zudem weitere Dimensionen des Sozialstaates ab.

3.

In der dritten Dimension, die der Formulierung und Vertretung von Interessen auf informellen, nicht durch Satzung und Verfassung vorgesehen Wegen, liegt der Schwerpunkt der Programmaktivitäten. Ausgehend von der genannten Prämisse, dass es bestimmten Gruppen schwer fällt, sich an "hochschwelligen" Beteiligungsangeboten zu engagieren, wurden in allen von uns untersuchten Projekten eine ganze Reihe von Aktivierungsmethoden und Beteiligungsangeboten aus dem Repertoire der Sozialen Arbeit, im Besonderen der Gemeinwesenarbeit gemacht (Work-Shops, aktivierende Befragungen, Beratungsangebote, Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, Projektgruppen, Stadtteilspaziergänge). Dabei ist zu sehen, dass sich der Schwerpunkt von der Aktivierung auf die praktizierte Beteiligung verlagert hat, auch wenn hier schon immer eine Wechselwirkung gegeben war. Auch hier dominiert die Top-Down-Struktur. Die professionellen Akteure experimentieren mit den unterschiedlichen Formen, geben unterschiedliche Themen vor und versuchen artikulierte Bedürfnisse und Probleme in verhandelbare Positionen zu übersetzen. In einigen Projekten kann auch auf vorhandene Aktivitäten zurückgegriffen werden. Für eine weitergehende Untersuchung bietet sich die Frage an, inwieweit sich diese Aktivitäten und die dort artikulierten Interessen von denen unterscheiden, die erst im Rahmen des Programms aktiviert wurden oder diese Veränderungen durch die Integration in das Programm erfahren haben.

Als Problem wird immer wieder deutlich, dass die Prozesse der Aktivierung einen anderen Zeitablauf haben als die Planungsprozesse im Rahmen des Projektes, wie dies schon für frühere Projekte konstatiert wurde („zwei Geschwindigkeiten“). In allen Fällen ist mehr oder weniger klar, dass es nicht nur einer Initialzündung, sondern einer kontinuierlichen Energiezufuhr, z. B. in Form hauptamtlicher Aktivierung und Betreuung bedarf, um die Prozesse am Laufen zu halten. Zwar sind die Bedingungen gegenüber der traditionellen Gemeinwesenarbeit oder anderen Projekten, etwa dem eigenen kommunalen Projekt „Soziale Stadt“ der Stadt Frankfurt, insofern besser, als investive Mittel zur Verfügung stehen, die es zu verteilen und deren Verwendung es zu gestalten gilt; aber spätestens mit Verausgabung dieser Mittel wird von den Befragten ein Nachlassen der Aktivitäten befürchtet. Schon in der gegenwärtigen Phase wird immer wieder davon berichtet, wie schwer es ist, für ausscheidende Mitglieder aus dem Kreis der Aktiven Ersatz zu finden, was meist nur durch persönliche Ansprache und Aktivierung möglich ist. Die Gremien und Beteiligung sind noch keine Selbstläufer.

Andererseits besteht auch keine Gefahr, dass sich Unzufriedenheit in explosiver Weise Ausdruck verschafft, die es in geordnete Bahnen zu lenken gilt (Ausnahmen bestätigen

diese Regel). In keinem der untersuchten Projekte gehörten solche Konflikte zur Ausgangslage oder zum Auswahlkriterium als Projektstandort. Eher stand der Präventionsgedanke in Verbindung mit der Befürchtung, dass es zu anomischem Verhalten (Kriminalität, Verwahrlosung etc.) bestimmter Gruppen kommen könne, Pate.

4.

Über die vierte Dimension, die des zivilgesellschaftlichen Engagements, die ebenfalls zu den Programmzielen gehört, kann auf der Grundlage unserer Befunde noch wenig gesagt werden. Über ein gewachsenes Engagement in Vereinen oder den Aufbau sich selbst tragender Nachbarschaften wurde kaum berichtet. Vielfach wird dagegen das Problem formuliert, dass diese Zielsetzung sehr allgemein gehalten und als solches kaum realisierbar ist und die Programmakteure vor Ort überfordert. Man kann davon ausgehen, dass solche sozialen Zusammenhänge immer schon in einem gewissen Maße vorhanden sind und oft die Basis für weitere Entwicklungen darstellen. Aufgrund bisheriger Erfahrungen in diesen Bereichen Sozialer Arbeit ist zu erwarten, dass sich im Rahmen von Aktivierung immer auch weitere Kontakte zwischen BewohnerInnen ergeben, die die Aktionsphasen überdauern: Mehr als diese allgemeine Hoffnung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht geäußert werden, weil die untersuchten Projekte noch kaum zielgerichtete Aktivitäten in diese Richtung unternommen haben. Zu den wenigen Ausnahmen kann man etwa das Frauenfrühstück in Hattersheim zählen, das sich vornehmlich an ausländische Frauen richtet. Wenn von den Standorten hierzu wenig berichtet wird, so bedeutet dies nicht, dass es so etwas dort nicht gibt. U. U. ist dies eher ein Hinweis darauf, dass tatsächlich ausreichende Kontakte und Selbsthilfepotentiale unabhängig von Programmaktivitäten bestehen, oder dass derartige Aktivitäten als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Die im Rahmen des Programms neu gegründeten Vereine haben eher den Charakter der Stabilisierung gewisser Aktivitäten durch die Einbindung von Institutionen, vereinzelt auch von BewohnerInnen und bilden, z. B. als Träger eines Nachbarschaftszentrums, den Ort für Beteiligung im Sinne von Selbstverwaltung. Schon bestehende Vereine wurden häufig in das Programm einbezogen (z.B. Sportvereine, Kleingartenvereine), ergänzten aber eher das Programm, als dass sie davon eine Stärkung erfahren haben.

Auch alle Maßnahmen der Mitbestimmung darüber, wer in den Stadtteil oder ein konkretes, kleinräumlicheres Wohngebiet zuziehen darf, können in diese Dimension einbezogen werden. Allerdings liegen hier noch keine Ergebnisse vor. Ob daraus eine stärkere Homogenisierung und u. U. auch neue Segregations- und Ausschließungsprozesse resultieren, wäre eine interessante Frage, der in einem weiteren Schritt nachgegangen werden könnte (s. auch Dangschat 2000). Auf Grund dieser Gefahren wurde in einigen Standorten auch explizit auf diese Art der Beteiligung verzichtet oder, wie im Falle von Wetzlar, zu Beginn bereits eine bestimmte Veränderung der Bewohnerstruktur geplant und gegen Einsprüche abgesichert.

Hier schließt sich auch eine unserer Ausgangsfragestellungen an, wie solche Selbstorganisationsprozesse im Wohnbereich sich mit den Rechtsansprüchen von Wohnungssuchenden oder der Belegungspolitik der Verwaltung vertragen, also mit rechts- und sozialstaatlichen Zielen und Strukturen vereinbar sind.

Dass diese Dimension noch keine große Rolle spielt, liegt sicherlich auch an der Programmstruktur, in der es in erster Linie um die Ausgestaltung von investiven Maßnahmen und Projekten der Stadtteilentwicklung geht und Folgen im Bereich der sozialen Beziehungen eher zu den indirekten Wirkungen gehören. Allerdings kann kaum

davon ausgegangen werden, dass aktiviertes und unterstütztes Engagement im Sinne von learning by doing allein das Laufen lernt. Ohne eine gleichzeitige Entwicklung der notwendigen Ressourcen über Integration in den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem wird sich selbsttragendes Engagement nicht nachhaltig entwickeln lassen. In den Standorten spielt dies aber noch keine entscheidende Rolle, obwohl sich auch in diesen Bereichen Beteiligungsstrukturen anbieten (Beschäftigungsinitiativen, Elternbeiräte usw.). Solange sich die Benachteiligung dieser Stadtteile in Bezug auf das soziale und kulturelle Kapital nicht nachhaltig reduzieren lässt, werden sich Strategien der Aktivierung und Beteiligung allein als Heilmittel nicht bewähren. Sie geben den sozialstaatlichen Aktivitäten und Projekten eine bestimmte Form, machen sie aber nicht auf Dauer überflüssig. Dagegen spricht auch die anhaltend hohe Fluktuation in den meisten Standorten. Auch wenn diese sich reduzieren ließe, bliebe das Problem, dass Fluktuation bei Auf- und Abstiegsprozessen und solchen zwischen Ex- und Inklusion unvermeidlich ist und allenfalls auf andere Stadtteile verschoben wird. In sofern ist auch die Funktion eines Stadtteiles für die Gesamtstadt wichtig und muss bei der Programmgestaltung berücksichtigt werden.

5.

Differenziert stellt sich eine weitere Dimension dar, der Bereich der Beteiligung im Sinne der Ko-Produktion sozialstaatlicher Dienstleistungen durch die Klientel. Sowohl die traditionelle Gemeinwesenarbeit als auch das Programm „Soziale Stadt“ haben weniger die individuelle, personenorientierte Ebene als die von Gruppen und anderen sozialen Strukturen auf der Meso-Ebene im Auge, für die das "Mitmachen" auf freiwilliger Ebene im Sinne des Mitgestaltens notwendiger ist als in anderen Bereichen öffentlicher Güter und Leistungen. Für eine ganze Reihe von Aktivierungsmaßnahmen der untersuchten Projekte gilt dieses Kriterium. Stadtteilspaziergänge, Workshops, Frauenfrühstücke, Spielaktionen und andere Freizeitaktivitäten müssen auf Bedürfnisse stoßen, setzen Eigenaktivitäten voraus und wollen diese auch über den konkreten Anlass hinaus fördern. Die meisten von ihnen sind schon für sich alleine befriedigend und werden von den Teilnehmern nicht als ein Schritt auf einem weiterführenden Weg begriffen. Dies zeigt sich auch an den Inhalten der Aktivitäten, die sich im Rahmen traditioneller, kommunaler Sozialpolitik, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik halten. Eine Beteiligungsdimension darüber hinaus ist damit meist noch nicht verbunden. Das kann aber durchaus dazu führen, dass, wenn diese Aktivitäten vor Ort stattfinden und sich BewohnerInnen beteiligen, die sich bereits kennen oder kennen lernen, der soziale Zusammenhalt zunimmt und die Identifikation mit dem Quartier gestärkt wird. Ob die damit verbundenen Lerneffekte für selbsttragende Strukturen ausreichen, muss bezweifelt werden.

Auf eine andere Weise gilt dies auch für die Einrichtung von Gemeinschaftseinrichtungen, die der Selbstorganisation oder zumindest Mitgestaltung durch die BewohnerInnen offen stehen sollen. In den vier Fallstudien-Standorten sind Nachbarschaftstreffs, Kommunikationszentren o. Ä. vorgesehen. Es liegen allerdings erst wenige Erfahrungen damit vor. Es gibt allerdings keine Anhaltspunkte dafür, dass die Erfahrungen in den HEGISS-Standorten sich wesentlich von denen in anderen Einrichtungen dieser Art unterscheiden werden. Einige BewohnerInnen scheinen bereits Erfahrungen bzw. Informationen gesammelt zu haben und warnen vor der selektiven Dominanz einzelner Gruppen in diesen Einrichtungen, wenn keine strukturierende Leitung oder Regeln, die den Zugang für alle sichern, vorgesehen werden. Bürgerhäuser, Nachbarschaftstreffs, Jugendhäuser - solche Gemeinschaftseinrichtungen, wie etwa auch

Dorfgemeinschaftshäuser, sind kein Spezifikum benachteiligter Quartiere, sondern gehören zur allgemeinen Förderung sozialen Lebens in den Gemeinden. Ihre Einrichtung in benachteiligten Quartieren behebt damit nur einen Teil der Benachteiligung hinsichtlich der Ausstattung mit sozialer Infrastruktur.

Eine über diese Beteiligungsdimensionen hinausgehende Zielsetzung im Bereich der sozialräumlichen Orientierung sozialstaatlicher Leistungen bezieht sich auf die Relativierung individueller Hilfen zugunsten solcher gemeinschaftsorientierter Art oder solcher zur Förderung und Strukturierung sozialer Beziehungen im Quartier. Der Soziale Raum als Ressource soll nach diesem Konzept stärker genutzt werden und den Menschen einen größeren Nutzen bringen als die individualisierte Hilfe. Ein erster Schritt dazu wäre z. B. die Einrichtung eines Stadtteilbudgets (oder Verfügungsfonds), das zunächst zusätzlich, später dann durch teilweise Umwidmung von Mitteln der Individualhilfe bereitgestellt werden soll. Für die Verwendung dieses Budgets müssen Formen der gemeinschaftlichen Verantwortung vorgesehen werden. Eine Nutzung dieses Budgets ist nur durch die Beteiligung an der Verfügung über das Geld möglich und erzwingt Beteiligung derer, die einen Nutzen davon haben wollen. Eine Verbindung zur Diskussion um das Sozialraumbudget als Konzept sozialräumlich orientierter Sozialer Arbeit wurde aus keinem Standort berichtet.

Ein Standort hat einen solchen Fond eingerichtet, an einem anderen Standort wurde etwas in diese Richtung versucht; die Finanzierung erwies sich aber als schwierig und das Projekt ist damit zunächst auf Eis gelegt. Dennoch ist das Interesse daran, vor allem bei den aktiven BürgerInnen, nach wie vor groß (s. zweites BewohnerInnen-Treffen in Fulda). Derartige Maßnahmen zur Relativierung der individualisierten und meist auch rechtsstaatlich abgesicherten und damit einklagbaren Ansprüche zugunsten partizipativ organisierter Gemeinschaftsleistungen sind juristisch wegen möglicherweise konkurrierender Ansprüche nicht unumstritten (Blanke 1998). Wie schon erwähnt, spielt die mögliche Konkurrenz solcher Ansprüche mit Strategien der Projektgestaltung mangels der Integration beider Bereiche noch keine Rolle.

Allgemein stellt sich bei dieser Dimension der Ko-Produktion sozialstaatlicher Leistungen das Problem, dass Aktivierung und Beteiligung an Benachteiligung gebunden ist und mit ihrer Aufhebung verzichtbar wird oder solange notwendig ist, wie sie anhält. Solange sie mit sozialstaatlichen Leistungen oder Einrichtungen sozialer Infrastruktur verbunden sind, die die Ursachen der Benachteiligung nicht beseitigen, sondern nur ihre Folgen mildern, werden sie nicht nachhaltig und selbsttragend wirken können.

Fragestellungen

Auf einen Teil der Fragen der Begleitforschung zu Aktivierung/Beteiligung konnte bereits in der Diskussion der Dimensionen eingegangen werden. Weitere Aspekte sind:

1. Die Maßnahmen und Projekte der von uns untersuchten Standorte und derer, die wir bislang nur über die Umfrage und Diskussionen auf den Bilanzveranstaltungen erreicht haben, beziehen sich auf alle oben genannten Dimensionen, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung. Das Hauptgewicht liegt auf den unterschiedlichen Formen von Aktivierung außerhalb der formalisierten Wege der Beteiligung und auf Beteiligung bei der konkreten Ausgestaltung begrenzter Einzelprojekte kommunaler Sozialpolitik im Rahmen von Stadtteilentwicklung. Die größeren Zusammenhänge der Stadtteilentwicklung kommen dagegen seltener in den Blick oder waren vorentschieden, wobei in den Ausnahmefällen die Verbindung zur ersten Dimension,

der des traditionellen bürgerschaftlichen Engagements, zwar am stärksten, die quantitative Beteiligung der BewohnerInnen aber auch relativ gering ist.

2. Die Aktivierbarkeit der BewohnerInnen ist vor allem themenabhängig. Es geht dabei um die Betroffenheit durch die konkreten Einzelprojekte, z. B. Wohnraumsanierung, Verkehrsberuhigung, Kinderspielplatz usw., von denen nicht alle BewohnerInnen in gleichem Maße tangiert sind. Die Themen waren z. T. vorentschieden oder wurden aktiv von Projektakteuren eingebracht. Die Maßnahmen wurden oder werden auch unabhängig vom Beteiligungsniveau der Betroffenen eingeleitet, d. h. sie haben Beteiligung oder ein gewisses Mindestmaß an Beteiligung nicht zur ausschließenden Bedingung. Ob dies den Erfolg im Sinne der Ko-Produktion von Verwaltung und Betroffenen positiv beeinflusst, kann im jetzigen Stadium der Projektierung allenfalls vermutet werden, da sich Spielplätze, Gemeinschaftsräume usw. auch längerfristig bewähren und angenommen werden müssen. Wir haben auch kaum Anhaltspunkte dafür gefunden, dass sich die Bewohnersicht von der erfahrener Planer oder der der Projektakteure wesentlich unterscheidet, Beteiligung also inhaltlich notwendig ist. Davon zu unterscheiden ist die Frage der Legitimation und Akzeptanz der Maßnahmen durch die BewohnerInnen selbst, in der das Verfahren (Legitimation durch Verfahren) eine größere Rolle spielen kann als die Inhalte. Generell bestätigen sich die Erfahrungen, dass vor allem ausländische BewohnerInnen bzw. solche mit geringen deutschen Sprachkenntnissen und Jugendliche bei Teilnehmungsmaßnahmen unterrepräsentiert sind. Dem wird in den meisten Projekten zumindest versucht, durch adressatenspezifische Angebote entgegen zu wirken. Das gelingt offensichtlich dann, wenn es um die Probleme dieser Gruppen geht; allerdings kann dies auch segregierende und desintegrierende Konsequenzen haben. Genauere Aussagen über die Selektionswirkung ließen sich erst treffen, wenn die aktiven BewohnerInnen direkt befragt würden. Organisierte Interessen spielen auf dieser Ebene kaum eine Rolle. Dies liegt an der Grundintention des Programms, wonach vor allem jene BürgerInnen aktiviert und diejenigen Interessen berücksichtigt werden sollen, die bislang über nur geringe Einflusschancen verfügen. VertreterInnen von Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Gewerbe usw.) finden sich allerdings in vielen der neuen Gremien (Foren, Runde Tische) und werden im Sinne der Etablierung von Netzwerken und der Konzeptionierung integrierter Handlungsansätze beteiligt. Vereinzelt wird auch auf „Funktionäre“ zurückgegriffen, wenn die entsprechende Gruppe der BewohnerInnen anders nicht erreicht werden kann (z. B. auf Mitglieder von Ausländerbeiräten bei Ausländern). Hier liegt ein interessanter Aspekt der Verbindung von Beteiligung und der Bildung von Netzwerken.
3. Die Top-Down-Struktur der Projekte belässt es in der Hand der Projektakteure, welche Themen und damit auch Gruppen besonders angesprochen werden. In keinem der Standorte können wir deshalb von der Dominanz einer Gruppe auf Kosten einer anderen sprechen. Auftauchende Konflikte (ethnischer oder generationsabhängiger Art) werden in den Gremien oder auf Veranstaltungen besprochen und offenbar geregelt. Sie schlagen sich nicht in erkennbarer Weise in der Ausgestaltung des Programms nieder, das im Wesentlichen durch die Projektakteure dominiert bleibt. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Aktivierung selbst versucht, sich andeutende Dominanzen zu relativieren und die schwächeren Gruppen, z. B. durch Angebote für ausländische BewohnerInnen, Müttern mit Kindern, Jugendliche usw. zu fördern. Es

zeichnet sich hier ein Konflikt zwischen dem Ziel einer möglichst breiten Beteiligung und der Förderung bestimmter Gruppen ab. Dass aktive Beteiligung „starker“ bzw. leicht aktivierbarer Gruppen auf Kosten von „schwachen“ gehen kann, ist eine Erfahrung, die auch andernorts gemacht wurde (Dangschat 2000). Ein Beitrag anderer Art liegt in der Ausbildung von BewohnerInnen zu MediatorInnen, um die Konflikte im Quartier auf eine neue Weise zu bewältigen. Nicht die Konfliktursachen, sondern die Konfliktbewältigung steht hier im Mittelpunkt. Abgesehen davon, dass sich Mediation als Methode in der Bewohnerschaft nur sehr zögerlich durchsetzt, steht dahinter die Einsicht, dass die Strukturen eines Stadtteils weniger zu verändern sind als die Art und Weise, wie die BewohnerInnen damit umgehen und zusammen leben.

4. Für Beteiligung durch BewohnerInnen offen erweisen sich all jene Projekte, deren Ausgestaltung kaum in Verbindung zu anderen Interessen und Funktionen steht. Je stärker sich die Beteiligung in das übergreifende Geflecht politischer Entscheidungen (z.B. Bebauungspläne) und Legitimationen (Ortsbeiräte, kommunalpolitische Ausschüsse) begibt, desto schwieriger wird es, das erhoffte Beteiligungsniveau zu erzeugen oder aufrecht zu halten. In den meisten Bereichen werden diese Ebenen auch bewusst auseinander gehalten und die Einzelprojekte so zugeschnitten, dass diese Probleme nicht entstehen können (Insellösung). Ein Gegenbeispiel stellt der Standort Wetzlar dar, wo noch nicht erkennbar ist, ob sich Entscheidungseffizienz und Legallegitimation auf Kosten der Beteiligung durchsetzen oder eine Synthese möglich ist. Entscheidend für diese Frage scheint zu sein, dass die geplanten Maßnahmen prinzipiell auch ohne Beteiligung oder mit der schon vorhandenen möglich sind und unabhängig vom Grad der Beteiligung durchgezogen werden. Kommunalpolitisch müsste entschieden werden, ob hier eine neue, niedrighschwellige Beteiligungsebene generell eingezogen werden soll und in welcher Beziehung sie zu den bisherigen steht oder ob hier eine fallweise Beteiligung der spez. Betroffenen bei einzelnen Projekten vorgesehen werden soll. Da auch die traditionellen Wege der Verwaltungsentscheidung bisher in den Standorten kaum zu Konflikten oder offensichtlichen Dysfunktionen geführt haben, es also auch ohne Beteiligung ganz gut ging, ist es eine entscheidende Frage, ob sich durch Beteiligung neue, inhaltliche Vorstellungen durchgesetzt haben und ob Beteiligung in diesem Sinne sinnvoll und erfolgreich war. Die Standorte selbst haben hier bisher keinerlei konkrete Maßstäbe oder Kriterien festgelegt, an denen sich ihre Arbeit messen lassen würde. Allerdings haben Bewohnerinteressen durch Beteiligung offensichtlich einen höheren Stellenwert und Durchsetzungschance in der Kommunalpolitik erhalten, auch wenn sie vorher als solche schon bekannt waren. Die Geister, die man rief, müssen auch ernst genommen werden. Bei einer rein funktionalen Betrachtung von Beteiligung, wo immer die Gefahr einer Über- oder Untersteuerung, also eines Zuviel oder eines Zuwenig besteht, wird Verwaltung lieber das Manko eines Zuwenig akzeptieren als sich durch ein Zuviel aus dem Konzept bringen zu lassen. Da das Programm zusätzliche Mittel gebracht hat und damit eine Win-Win-Situation bedeutet, können die positiven Erfahrungen nicht einfach auf andere Stadtteile oder die Zeit nach dem Programm übertragen werden.
5. Aus dem bisherigen Projektverläufen lassen sich keine zwingenden, neuen Anforderungen an Kommunalpolitik oder neue Konkurrenzen und Konflikte in den Standorten feststellen. Natürlich muss sich die Verwaltung öffnen und dialogischer arbeiten als dies üblich ist. Gegenüber der Situation in den 70er Jahren, als Konflikte

um Stadtplanung eskalierten und Planung fast verunmöglichten, kann man in den Standorten von einem eher friedlichen Zustand sprechen. Verwaltung muss sich auch jetzt bei aller Aktivierung nicht der Ansprüche erwehren und neue Formen der Politik kreieren. Hat früher Beteiligung vor den Eingriffen der Planung geschützt, so werden die BürgerInnen heute eher bei mitgestaltenden Aktivitäten unterstützt. Wir haben in allen Standorten den Eindruck gewonnen, dass sich Verwaltung zurückhaltend, z. T. auch skeptisch, insgesamt aber reaktiv-unterstützend den Formen der Beteiligung zuwendet oder diese sogar selbst initiiert. Dies ist in kleinen Gemeinden auf informellem Wege leichter als bei komplexeren Gremienstrukturen in größeren Städten. Insgesamt ist es immer gelungen, die Beteiligungsprozesse zu integrieren. Aktive BürgerInnen sehen zwar die Konflikte und fühlen sich von der Verwaltung oft nicht ernst genommen, sie sprechen aber offensichtlich in erster Linie für sich und weniger für die BewohnerInnen insgesamt (s. Kap. 3). Auf Seiten der Verwaltung ist immer die latente Furcht zu spüren, dass "zu viele Fässer aufgemacht werden". Die attraktive Sonderkondition des Programms, dass nämlich zusätzliche Mittel fließen, macht das Verhältnis Verwaltung – BürgerInnen zu einer Win-Win-Situation, in der alle Konflikte moderater ausfallen als unter den Bedingungen eines Nullsummenspiels. Die aufgetauchten Probleme und Interessengegensätze sind in allen Standorten die üblichen, z.B. die zwischen Wohnqualität einerseits und Verkehr/Gewerbe/Arbeitsplätzen andererseits, zwischen Ruhe für die Alten und Erlebniswert für die Jungen, mit denen Kommunalpolitik und Verwaltung schon immer umgehen mussten. Kommunalverwaltung hat in der Tradition korporatistischer Strukturen ohnehin Erfahrung mit dem Austarieren konkurrierender Interessen. Entscheidend ist vielleicht auch hier die Puffer-/Moderationfunktion der Programm- und Projektakteure, die Beteiligung "in der Hand" haben und ihre Funktionalität steuern können. Wenn dies allerdings eine Voraussetzung für das Gelingen wäre, bedeutet dies auch deren langfristige Unverzichtbarkeit. Nicht nur gesteigerte Partizipation, sondern auch die prozedurale Einbindung von Stadtteil- oder Quartiermanagement – in welcher Form auch immer – müsste dann das Ziel sein. Die Zufriedenheit mit dem Programm ist bei diesen Akteuren auch relativ hoch und dies gilt auch für jene im Umfeld, die mit einbezogen wurden. Bei aller Kritik an einem generellen „Zuwenig“ hat sich in ihren Augen mit dem Programm eine Menge bewegt und wurde ihre Tätigkeit aufgewertet.

6. Die Frage nach der Erhöhung der Identifikation mit dem Stadtteil und der Stärkung der Selbsthilfepotentiale kann noch nicht beantwortet werden. Die Projekte haben dies nur allgemein zu ihrem Ziel gemacht und bisher keine eigenen, konkreten Erfolgsindikatoren dazu entwickelt. In einer weiteren Forschungsphase wäre zwischen den Beteiligungsprozessen selbst, also dem Miteinander in einem Stadtteil und den materiellen Resultaten der Beteiligung zu unterscheiden. Bei der Umfrage haben einige Projekte angegeben, vorhandene selbstorganisierte Aktivitäten eingebunden zu haben. Es bliebe weiteren Untersuchungsschritten vorbehalten, deren Rolle und Funktion nachzugehen.
7. Für die Beantwortung der Frage nach der integrativen oder segregativen Funktion der Beteiligung liegen noch keine ausreichenden Informationen vor. In den Konzepten liegt bislang das Schwergewicht auf segregativen Methoden, d.h. es werden in erster Linie gruppenspezifische, niedrighschwellige Beteiligungsangebote für konkrete

Projekte praktiziert. Solange sich diese zudem auf sozialstaatliche Maßnahmen beziehen, in denen Beteiligung einen funktionalen Beitrag zum Erfolg der Projekte leisten soll, liegt dies wegen der Selektion der Adressaten in der Natur der Sache. Dort, wo es um allgemeinere Fragen der Stadtteilentwicklung, um stadtplanerische Maßnahmen geht, die notgedrungen mit anderen Problemen verflochten sind, wird dagegen deutlich, dass die BewohnerInnen an die normalen Beteiligungs- oder Entscheidungsformen herangeführt werden müssen. Mit wenigen Ausnahmen werden die Bereiche allerdings mehr oder weniger zumindest für die BewohnerInnen getrennt und nur durch die advokatorisch handelnden oder moderierenden Projektakteure verbunden. Ob hier aus der Not eine Tugend gemacht wird oder die Hoffnung Pate steht, Segregation als anfängliche Lernphase für eine spätere Integration vorzusehen, kann nicht beantwortet werden. Die beobachtbare Dominanz des Ansatzes traditioneller Gemeinwesenarbeit, die auch in der Beauftragung der darin erfahrenen freien Träger begründet sein mag, spricht zum jetzigen Zeitpunkt eher für die Segregationsthese. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten, die Integration zum Ziel haben oder zumindest die Chancen zur gleichberechtigten Teilhabe verbessern oder dem friedlichen Zusammenleben dienen sollen. Dazu gehören Gemeinschaftsaktionen, Stadtteilstefte, Sprachkurse oder Mediationsverfahren. Sofern die Qualifikationen der BewohnerInnen selbst damit verbessert werden, sich allgemein im Arbeitsleben oder der Gesellschaft zu bewähren, weisen diese Aktivitäten auch über den Stadtteil hinaus, auch wenn dadurch die Bindung an ihn vielleicht geschwächt wird.

8. Die Folgen der Aktivierung und Beteiligung für das gemeinsame Leben in heterogenen Stadtteilen können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ansatzweise abgeschätzt werden. Auf dieser Ebene liegen zentrale Hoffnungen des Programms „Soziale Stadt“. Die selektive Repräsentanz der unterschiedlichen Gruppen muss diesbezügliche Hoffnungen dämpfen. Wird berücksichtigt, dass die bisher initiierten Stadtteilstefte zwar wiederholt werden sollen, aber kein besonderer Druck oder besonderes Engagement seitens der BewohnerInnen in diese Richtung ausgeübt wird, bestärkt das die Skepsis. Dass bei den aktiven BürgerInnen das Gefühl für gemeinsame Angelegenheiten verstärkt wird, ist eine immer wieder gemachte Erfahrung, wie allerdings auch die, dass dies bei den sich Engagierenden auch vorher schon ausgeprägter war und einen selbstselektiven Faktor bei der Beteiligung darstellt. Es bleibt die Aufgabe der Aktivierung, das vorhandene Engagement einerseits zu nutzen, gleichzeitig aber zu verhindern, dass es zu einer selektiven inhaltlichen Dominanz der ohnehin engagierten Kreise kommt. Es ist aber auch zu fragen, ob nur gemeinsame Aktivitäten ein gutes Zusammenleben widerspiegeln. Ein friedliches, respektvolles Nebeneinander kommt einer urbanen Lebensweise sehr viel näher als die inszenierte "Dorf-gemeinschaft", wie sie gerne für benachteiligte Quartiere vorgesehen wird. Im urbanen Lebensstil kommt vielleicht eine zukunfts-trächtigere Integration zum Ausdruck als im Gemeinschaftsgefühl der "armen Leute", das ohnehin unter dem Verdacht steht, lediglich den Sozialstaat zu entlasten (Dangschat 2003).
9. Die Frage nach den günstigeren Aktivierungsbedingungen in den Projekten der Sozialen Stadt kann durchaus positiv beantwortet werden. Die durch die zusätzlichen Mittel gegebene Win-Win-Situation schafft Möglichkeiten und Notwendigkeiten für Beteiligung, die im Normalfall nicht gegeben sind. Außerdem werden aus den

Programmmitteln auch die Projektakteure als treibende Kräfte finanziert. Die mit der Aktivierung beschäftigten Akteure identifizieren sich uneingeschränkt mit den Programmzielen, was man von der Verwaltung und anderen öffentlichen oder halböffentlichen Institutionen nicht in gleichem Maße sagen kann.

10. Die wichtigere Frage allerdings, ob aus dieser günstigen Initialzündung nachhaltige Effekte resultieren, muss sehr skeptisch beurteilt werden. Die Akteure artikulieren selbst die Befürchtung, dass die Aktivitäten nach dem Ende des Programms wieder abflauen, auch die aktiven BürgerInnen selbst teilen diese Sorge. Dies liegt zum einen in der Programmarchitektur begründet. Wenn die Maßnahmen und Projekte einmal mit (oder auch ohne) aktiver Beteiligung realisiert wurden, fällt der Anlass für zukünftige Beteiligung weg. Für den Bereich funktionaler Beteiligung bleiben dies immerhin ermutigende Beispiele. Zum anderen schafft der Programmbaustein Beteiligung der Sozialen Stadt von sich aus nicht allein die veränderten Bedingungen, unter denen Beteiligung in einem umfassenderen Sinn auf Dauer realisiert werden kann. Vor allem die Bausteine Bildung und Arbeitsmarkt im Zusammenhang mit allen anderen Maßnahmen, die das soziale und kulturelle Kapital fördern, das Beteiligung ohne permanente Aktivierung ermöglicht, müssen hier erst ihre langfristigen Wirkungen zeitigen. In den untersuchten Standorten ist ein solch integrativer Ansatz, wie ihn das Programm vorsieht, nicht konzipiert oder gar realisiert. Beteiligung wird kaum der Schopf sein, an dem sich der Münchhausen benachteiligter Quartiere aus dem Sumpf der Problembelastung ziehen kann.

Unbeschadet dessen gehen wir davon aus, dass für einzelne BewohnerInnen die Erfahrung im Bereich der Beteiligung längerfristige Mobilisierungs- und Qualifikationsfolgen haben wird. Dies gilt auch für jene Investitionen in Nachbarschaftstreffs, Jugendhäusern usw., die langfristig Chancen für gemeinsame Aktivitäten in mehr oder weniger Eigenregie der Nutzung eröffnen. Es kann auch angenommen werden, dass die Tatsache, informiert und gefragt zu werden, zumindest die Chance erhalten zu haben mitzuwirken und mitzubestimmen, in den langfristigen Erwartungshorizont der BewohnerInnen eingeht und dies in späteren Phasen eingeklagt wird. Dies liegt aber lediglich im Bereich der plausiblen Hoffnungen, die mit diesen Strategien verbunden sind, die wir aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die untersuchten Standorte nicht überprüfen können. Offen bleibt auch das Verhältnis der aktivierten BewohnerInnen zur großen Mehrheit derer, die in die Aktivitäten nicht oder nur sehr punktuell einbezogen sind und von deren Wahrnehmung wir nichts wissen. Bleibt Beteiligung eine Angelegenheit einer aktiven Minderheit oder ist diese Minderheit die Spitze eines Eisberges und mit diesem auf für uns noch nicht sichtbare Weise verbunden.

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

1. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wurden in allen Standorten Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung der Bürger ergriffen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die mit dieser Aufgabe betreuten Akteure, meist SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen, identifizieren sich mit diesen Zielen des Programms und arbeiten vorwiegend in der Tradition der Gemeinwesenarbeit.
2. In allen Standorten dominiert eine Top-Down-Struktur, die der Beteiligung eingegrenzte Spielräume zuweist bzw. bei themenunspezifischer Aktivierung

- Vorschläge selektiv aufgreift. Beteiligung ist auf die Ebene begrenzter Gestaltungsfelder (Wohnumfeldverbesserung, Spielflächengestaltung, Verkehrsberuhigung usw.) bzw. bei weitreichenderen Entscheidungen auf die Entscheidungsvorbereitung beschränkt. Beteiligung konzentriert sich auf die Ausgestaltung kommunaler Sozialpolitik, nicht so sehr auf ihre Zielsetzung. An einigen Standorten hat Beteiligung die Funktion, Wünsche und Interessen der BewohnerInnen zu erkunden, um sie zur Grundlage von Planungen zu machen. Aber auch hier werden die Vorschläge selektiv umgesetzt und einem vorab abgesteckten Rahmen eingepasst.
3. Programmstruktur und Durchführung vor Ort sehen in der Beteiligung einen wünschenswerten, aber keineswegs unabdingbaren Bestandteil der vornehmlich investiven Maßnahmen. Die Auswahl der Standorte und die Projektzielsetzungen wurden meist ohne Beteiligung aus den Stadtteilen heraus festgelegt. In den formal zuständigen Gremien spielen neue Formen der Beteiligung noch keine Rolle, auch sind die zeitlichen Abläufe von Planungen durch die Verwaltung und der korrespondierenden Aktivierung und Beteiligung nur schwer aufeinander abzustimmen.
 4. Mögliche Legitimationskonflikte zwischen den demokratischen Verfahren der Kommunalpolitik und neuen Formen der Beteiligung, aber auch Widersprüche zwischen rechstaatlichen Strukturen und Ansprüchen von Sozialplanung „von unten“ sind wahrnehmbar, tauchen aber praktisch bislang nicht auf.
 5. Verwaltung öffnet sich durchaus der Beteiligung, deren Spielräume sie weitgehend selbst bestimmt, führt aber bisher keine neuen Entscheidungsformen oder Verwaltungsstrukturen ein. Die Projekte werden als begrenzte Vorhaben angesehen, die noch zu keinem neuen Politikverständnis führen.
 6. Dies gilt auch für die Dimension integrierter Handlungsansätze oder horizontaler Kooperation zwischen verschiedenen Verwaltungszweigen. Diese würden den Rahmen der in den Standorten realisierten Beteiligung auch sprengen und deren Ansätze überfordern. Ansätze dazu gibt es in Form von Foren, Runden Tischen usw., in denen allerdings mehr die bereits etablierten Interessen repräsentiert sind, die auch auf andere Weise versuchen, auf Politik und Verwaltung Einfluss zu nehmen. Vor allem das Fehlen der Bildungspolitik und der lokalen Arbeitsförderung fällt dabei auf, Bereiche, die für eine nachhaltige Entwicklung der Stadtteile unverzichtbar sind und vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten beinhalten würden.
 7. In den meisten Standorten wird versucht, vor allem auch diejenigen Gruppen zu aktivieren, die bislang mehr Objekte der Stadtteilentwicklung waren und sich nicht zu Wort gemeldet haben. Dies gilt für Ausländer, Frauen, Kinder und Jugendliche, die auf weniger formale Weise angesprochen und denen niedrighschwellige Beteiligungsangebote gemacht werden müssen. Das Programm bietet hier aufgrund seiner investiven Mittel zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, aber grundsätzlich kaum zusätzliche Chancen, sie zu nutzen. Unter den Bedingungen traditioneller Politik- und Verwaltungsstrukturen greifen die alten Grenzen der Gemeinwesenarbeit.
 8. Eine Integration von neuen und den traditionell-formalen Beteiligungsformen und damit auch eine Angleichung von Beteiligungschancen ist noch kaum zu erkennen. Je formaler und höher die Entscheidungsebenen, desto traditioneller auch die soziale Selektion der Beteiligung.
 9. Soziales und kulturelles Kapital sind nicht Verwendungsneutral, sie sind entweder auf das Leben in besonderen Gruppen und Milieus bezogen oder ermöglichen die Integration in größere soziale Zusammenhänge. In den meisten Standorten stehen beide

- Strategien meist unvermittelt nebeneinander. Auch die Ziele sind widersprüchlich: Identifikation mit dem Stadtteil setzt auf die bindenden Kräfte, Bildung und Qualifikation auf die Möglichkeit zu vertikaler und horizontaler Mobilität. Mit dem Ziel des Programms, die Lebensbedingungen im Stadtteil zu verbessern und diese aufzuwerten, liegt allerdings eine Schwerpunktsetzung auf die bindenden Kräfte nahe.
10. Die meisten Maßnahmen wirken aufgrund ihrer Kleinteiligkeit und Kleinräumlichkeit, sowie ihres adressatenspezifischen Zuschnittes eher segregierend. Eine Verbindung zu größeren Sozialräumen oder der Gesamtstadt ist nur punktuell (z. B. bei Verkehrsanbindung) gegeben und wird, wenn überhaupt, dann meist von den hauptamtlichen Akteuren selbst vorgenommen. Dass Probleme der Gesamtstadt sich in den Stadtteilen niederschlagen und diese teilweise auch die Funktion haben, gesamtstädtische Probleme zu lösen, liegt meist außerhalb der Reichweite der Programmgestaltung.
 11. Die Dimension der Nachhaltigkeit wird gesehen, aber noch kaum berücksichtigt. Die Projekte werden als zeitlich und sachlich begrenzt angesehen und in die alten Strukturen eingebaut. Einige eröffnen die Chance für kontinuierliche, aber auch beschränkte Partizipation (Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen), andere sind als niedrigschwelliger Unterbau für die Kommunalpolitik konzipiert, stehen aber vor der Schwierigkeit, Beteiligung unter Normalbedingungen aufrecht zu halten. Die mit Aktivierung und Beteiligung beauftragten Fachkräfte haben zwar als Ziel, selbsttragende Strukturen aufzubauen, sehen dazu aktuell aber kaum Chancen.

Empfehlungen:

Bezüglich der Zielsetzung von Aktivierung und Beteiligung in benachteiligten Stadtteilen sollte vor Ort in den Kommunen die Funktion und das Ziel konkret und realistisch beschrieben werden und die Aktivitäten und Initiativen entsprechend ausgestaltet und überprüft werden. Dies kann z. B. anhand der von uns vorgeschlagenen Dimensionen und Fragestellungen geschehen.

Vor Ort muss durch die Kommunen der jetzige und zukünftige Stellenwert von Beteiligung und seine Einbettung in die politischen Strukturen verbindlich geklärt werden, damit die BewohnerInnen Chancen und Grenzen ihres Engagements einschätzen können. Dies gilt auch für die Funktion des Stadtteilmanagements und die neuer Gremien. Dazu gehört auch die Frage, ob es aus politischen Gründen neue, gewählte Gremien mit bestimmten Rechten geben soll, ggf. auch für andere Stadteile, oder Beteiligung auf einzelne Projekte bezogen bleibt. Dies ist keine Frage der Nützlichkeit, sondern des politischen Stellenwertes von neuen Formen der Beteiligung.

Es muss geklärt sein, wie es nach dem Ende des Programms weitergehen soll. Folgekosten infrastruktureller Maßnahmen müssen eingeplant und die Kontinuität der Gemeinwesenarbeit als Basis von Aktivierung und Beteiligung muss gesichert werden. Die Einzelprojekte müssen frühzeitig evaluiert werden, um einschätzen zu können, ob sie ihre temporäre Funktion erfüllt haben, zu selbsttragenden Prozessen führen oder auf Dauer gestellt werden müssten.

Die Übertragbarkeit der Maßnahmen auf andere Stadtteile muss geprüft werden.

Eine nachhaltige Wirkung des Programms kann nur erreicht werden, wenn Erfahrungen und Resultate in eine kommunalpolitische Konzeption für alle ähnlichen Stadtteile eingehen.

6. Literatur

Alisch, M. (2002), Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen, Opladen

Alisch, M. (Hg.) (2001), Sozial-Gesund-Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen

Alisch, M. (Hg.) (2001), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die Soziale Stadt, Opladen

Alisch, M./Herrmann, H. (2000), Handlungsansätze für soziale Nachhaltigkeit. Kontinuität und Wandel. In: Bundesamt für Bauwesen (Hg.) (2000), S. 33 ff

Becker, H./Böhme, Ch. (2003), Drei Jahre Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. In: Bauwelt 12, S. 12 ff

Becker, H./Löhr, R.-P. (2000), „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 10-11, Bonn, S. 22 ff

Becker, H./Franke, T./Löhr, R.-P./Rösner, V. (2002), Bundesweite Erfahrungen mit dem Programm. Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz, www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/zwischenbilanzkongress

Blanke, Th. (1998). Paradoxien und Zukunft des deutschen Sozialstaats, in: Blasche, S./Döring, D. (Hg): Sozialpolitik und Gerechtigkeit, Frankfurt

Boos-Krüger, A. (1998), Bürgerbeteiligung in der Hessischen Dorferneuerung, URBS ET REGIO, Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Kassel

Bruhns, K./Mack, W. (Hg.) (2001), Aufwachsen und Lernen in der sozialen Stadt, Opladen

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000), Nachhaltigkeit als sozialer Prozess. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1.2000, Bonn

Dangschat, J.(2000): Zwischen Integration und Exclusion? Bürger(innen)beteiligung und soziale Ausgrenzung (Manuskript)

Dangschat, J.(2003). Integration oder Ablenkungsmanöver – Zielsetzung und Beitrag zur Integration sozialer Gruppen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ Vortrag zur Tagung „Praxis ohne Theorie?“ des AK Lokale Politikforschung, 2003, Stuttgart.

Deutsches Institut für Urbanistik (DIfU) (2000), Ergebnisse der Befragung der am Programm „Soziale Stadt“ teilnehmenden Gebiete in Hessen, Berlin

Düttmann, M. (2003), Die Dimensionen der "Sozialen Stadt". In: Bauwelt 12, S. 10 ff

Franke, T. (2002), Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“, in: Soziale Stadt, info 7, S. 2 ff, DIFU (Hg.) Berlin

Friedrich, J. (1995), Stadtsoziologie, Opladen

Häußermann, H.; Kronauer, M.; Siebel, W. (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte. Frankfurt

Häußermann, H./Siebel, W. (1987), Neue Urbanität. Frankfurt

Häußermann, H./Siebel, W. (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft, H1

Heil, K. (2000), Stadtentwicklungsplanung und Nachhaltigkeit - Neuer Wein in alten Schläuchen? In: Bundesamt für Bauwesen (Hrsg.) (2000), S. 21 ff

Heiner, M. (Hrsg.) (1988), Praxisforschung in der Sozialen Arbeit, Freiburg

Herrmann, H. (2001), Institutionalisierte Öffentlichkeit, Bewohnerbeteiligung oder Alibi? Die Funktion von initiierten Stadtteilforen. In: Alisch, M. (Hrsg.)- , Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die Soziale Stadt, Opladen, S. 171 ff

Herrmann, H. (2002): Bürgerforen. Ein lokalpolitisches Experiment der Sozialen Stadt. Opladen

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2000), Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, Wiesbaden

Hinte, W. (2001), Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren - Methoden für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, M. (Hg.), Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen, S. 153 ff, www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm

Hinte, W. (2003), Jugendhilfeprogramm „Soziale Stadt“? In: Bauwelt 12, S. 39 ff

Hopf, W. (2001), Die Verweigerung politischer Beteiligung in problembelasteten Stadtquartieren - Abstinentz oder Protest? In: Bruhns, K./Mack, W. (Hg.): Aufwachsen und Lernen in der sozialen Stadt, Opladen

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen ILS (Hg.) (2002), Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismark/Schalke-Nord. Abschlussbericht der Programmbegleitung vor Ort (PvO) im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt", Dortmund

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen ILS (Hg.) (1996), Nachhaltige Stadtentwicklung. Positionspapier der Arbeitsgruppe "Nachhaltige Stadtentwicklung" beim Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund

Krings-Heckemeier, M.-T./ Pfeiffer, U. (1998), Überforderte Nachbarschaften, Sozialwissenschaftliche Studie im Auftrag des GdW, GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Schriften 48, Köln und Berlin

Lüttringhaus, M. (2000), Stadtentwicklung und Partizipation, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 17, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Lüttringhaus, M.(2002): Förderung von Partizipation durch integrierte Kommunalpolitik. www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm

Mensch, K. (2001), Politische Steuerung am Beispiel des Bund-Länderprogramms Soziale Stadt, in: Schader-Stiftung/Schader-Kolloquium (Hrsg.) (2001), S. 13 ff

Meuser, M./Nagel, U. (1997), Das ExpertInneninterview - Wissenssoziologische Voraussetzung und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, B./Prenzel, A. (Hg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München

Oelschlägel,, D. (2001). Gemeinwesenarbeit. In: Otto, H.U./Thiersch, H. (Hrsg.).Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied

Reimann, B. (2001), Resümee über ihre Tätigkeit als Quartiermanagerin in Berlin Marzahn., in: Soziale Stadt, info 5, S. 16 ff, DIFU (Hg.) Berlin

Schader-Stiftung/Schader-Kolloquium (Hrsg.) (2001), Politische Steuerung der Stadtentwicklung. Das Programm „Die soziale Stadt“ in der Diskussion“, Darmstadt

Schiller, T. (2002), Direkte Demokratie. Eine Einführung, Frankfurt/New York

Schmals, K./Kemper, S. (2000), Steuerungsinstrumente der sozialintegrativen Stadtentwicklung. Expertise für die Schaderstiftung, Darmstadt

Schümer-Strucksberg, M. (2003), Die Programmgebiete „Soziale Stadt“ in Berlin. In: Bauwelt 12, S. 43 ff.

Selle, K. (2000), Nachhaltige Kommunikation. Stadtentwicklung als Verständigungsarbeit - Entwicklungen, Stärken, Schwächen und Folgerungen. In: Bundesamt für Bauwesen (Hg.), 2000, S. 9 ff

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.) (2001), Zum Streit über das Sozialraumbudget: Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand, München

Staub-Bernasconi, S. (1998): Soziale Probleme – Soziale Berufe – Soziale Praxis. Heiner, M.; Meinhold, M. et al.: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Freiburg, 11-137

Vester, M. ; Oertzen, P.v. et al. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt

Vogt, A. (2001), Handbuch, Monitoring-System und Soziales Audit: Qualitätsmanagement für soziale Stadtentwicklung, in: Alisch, M. (Hg.), (2001), S. 219 ff

Walther, U.-J. (Hrsg.) (2002): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Opladen

Wentz, M. (1996). Strategien und Rahmenbedingungen von Stadtentwicklung. In: Wentz, M. (Hrsg.): Stadtentwicklung. Frankfurt

Anhang 1 Fragebogen

HEGISS Begleitforschung
**Aktivierung der BewohnerInnen / Verbesserung der BürgerInnen-Mitwirkung und
des Stadtteillebens**

Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR), Fachhochschule Frankfurt
Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach, Prof. Dr. Johann Schneider
Nibelungenplatz 1, 60 318 Frankfurt, Tel: 069 / 15 33 29 69, mail: neuer@fb4.fh-
frankfurt.de

Bitte an die folgende Adresse zurückschicken:

Prof. Dr. Therese Neuer-Miebach
Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit
der Fachhochschule Frankfurt
Nibelungenplatz 1
60 318 Frankfurt

Fragebogen an alle HEGISS Standorte in den Kommunen

Stadt / Gemeinde:
Bezeichnung des Quartiers:
Im Programm Soziale Stadt seit:
AnsprechpartnerIn für Aktivierung/Beteiligung:
Amt:
Straße/Postfach:
Postleitzahl und Ort:
Tel.:
Fax:
e-mail:

A) Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung

1) Gab es vor Beginn des Programms Soziale Stadt bereits Erfahrungen mit Bürger- und Bewohnerbeteiligung im Rahmen anderer Maßnahmen/Programme der Stadtentwicklung /der Stadtsanierung /der Gemeinwesenarbeit ?

nein, weder im Quartier noch in der Gesamtgemeinde/Gesamtstadt

ja, aber nicht im Quartier des Programms Soziale Stadt. (Bitte **Programm/Maßnahme** und **Beteiligungsform** (z.B. Beirat, Runder Tisch, Forum, Bürger-Befragungen zu bestimmten Themen) und **Zeitraum der Beteiligung** nennen

.....
.....

ja, auch im Quartier des Programms Soziale Stadt. Bitte **Programm/Maßnahme** und **Beteiligungsform** (z.B. Beirat, Runder Tisch, Forum, Bürger-Befragungen zu bestimmten Themen) und **Zeitraum der Beteiligung** nennen.

.....
.....
.....

2) Gab es im Quartier schon *vor Beginn* des Programms Soziale Stadt Initiativen oder Aktivitäten, die sich für die Lösung der bestehenden räumlichen, baulichen oder sozialen Probleme engagiert haben?

nein

ja (bitte kurz nennen: z.B. Bürgerinitiative, Interessengruppe.....)

.....
.....

3) Werden diese Initiativen in das Programm Soziale Stadt einbezogen ?

nein

ja (In welcher Form? Bitte kurz beschreiben)

.....
.....
.....

4) Ist das Interesse der BewohnerInnen des HEGISS-Standortes an Mitwirkung

sehr groß

groß

eher mittelmäßig

mäßig

gering

Bemerkungen:

.....
.....

B) Formen der BewohnerInnenbeteiligung

1) Welche Formen der BewohnerInnenbeteiligung für den Standort gibt es aktuell?
(Mehrfachnennungen möglich)

Beteiligung in **neu geschaffenen** Gremien (Stadtteil-/Bewohner-Beirat, Runder Tisch, Arbeitskreise). Bitte **Gremien** und **Zugangsform** (z.B. für jeden interessierten Bürger offen, Vertretung durch gewählte/delegierte BewohnerInnen aus dem Stadtteil) nennen.

.....
.....
.....
.....
.....

Einbeziehung **von** Gremien (z.B. Bürgerforum, Stadtteilkonferenz, Mieterbeirat, Vereine, Verbände ...), die es schon **vor** Beginn des Programms Soziale Stadt gab. Bitte Gremium nennen und die Zugangsform.

.....
.....
.....
.....

Einbeziehung von BewohnerInnen (-Vertretungen) **in schon bestehende Gremien** (wie z.B. in den Ortsbeirat, den Stadtteilbeirat, den Präventionsrat.....)

.....
.....
.....
.....

Befristete Beteiligung an einzelnen Projekten/Maßnahmen. (Bitte die einzelnen Maßnahmen/Projekte kurz nennen, z.B. Versammlungen, Workshops, Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen wie Wohnungsmodernisierung, Angebote für Kinder und Jugendliche, Stadtteiluntersuchungen, Verkehr, Spielplätze, Feste etc. Bitte die Zugangsform nennen: für alle interessierten Bürger offen, nur für Bürger eines bestimmten Wohnblocks, nur für Frauen, Jugendlicheetc.)

.....
.....
.....
.....
.....

Beteiligung von **Selbsthilfegruppen von BewohnerInnen**? (bitte Ziele, Organisation und Beteiligungsart beschreiben)

.....

2) Sind in Zukunft weitere Beteiligungsmassnahmen geplant ?

- nein
- noch offen

ja (bitte nennen, auch die Zugangsformen/Zielgruppen)

.....

3) Welche Aktionen und Aktivitäten sind seit Beginn des HEGISS-Programms im Quartier angelaufen, um mehr und andere Bewohner(-gruppen) als die üblichen Aktiven zur Mitwirkung zu motivieren? (Bitte kurz nennen: z.B. Versammlungen, Befragungen, Infoblätter ..)

.....

C) Entwicklung der Beteiligung

1) Welche und wie viele BürgerInnen beteiligen sich im Rahmen der verschiedenen Mitwirkungs- und Beteiligungsprojekte (wie z.B. Wohnungs-, Freizeit-, Nachbarschaftsmaßnahmen, Beschäftigung, soziale Infrastruktur, Öffentlichkeitsarbeit....)?

Bezeichnung des Gremiums/Projekts	Anzahl der Beteiligten	Zusammensetzung der Beteiligten (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, SeniorInnen)

2) Wie sind MigrantInnen vertreten? (Bitte kurz beschreiben)

.....
.....
.....
.....

3) Wie wird die BewohnerInnenaktivierung finanziert ? Bitte Anteile in % angeben

- aus dem Programm Soziale Stadt (.....%)
- aus anderen kommunalen Mitteln (.....%)
- aus anderen Landesmitteln:
Bitte nennen:..... (.....%)
- sonstige Mittel:
Bitte nennen:..... (.....%)

D) Aktivierungsstrategien

1) Wurde ein Stadtteil-/Quartiersmanagement eingerichtet?

- nein
- nein, ist aber geplant zum.....(Zeitpunkt angeben)
- ja

Bezeichnung:.....
Von wem und wann wurde es eingerichtet:.....

Wie ist es organisiert (Träger, Zahl und Qualifikation der MitarbeiterInnen, Aufgaben, Koordination, Federführung....)?

.....
.....
.....

Wie ist es eingebunden in die kommunalen Entscheidungsstrukturen?

.....
.....
.....

Wieweit ist es an der Aktivierung der BewohnerInnen beteiligt? Bitte kurz beschreiben:

.....
.....
.....

Zur Erleichterung der Beantwortung können Sie gerne Unterlagen, Schaubilder, Organigramme über Aufgaben, Struktur und Einbindung des Stadtteilmanagements beilegen !!!!!!!!!

2) Gibt es eine andere Organisationsstruktur zur Aktivierung / Mitwirkung der BewohnerInnen neben bzw. anstelle eines Stadtteil-/Quartiersmanagements ?

nein

ja

Welche ? Bitte benennen

.....
.....
.....

3) Welche strategischen Überlegungen gibt es, die Bürger, die sich bisher *nicht* beteiligt haben, dazu zu aktivieren, an der weiteren Stadtteilentwicklung mitzuarbeiten? Bitte kurz beschreiben.

.....
.....
.....

4) Gibt es bei der Aktivierung bestimmte Themen/Projekte für bestimmte Zielgruppen? Bitte kurz beschreiben welche Themen für welche Zielgruppen.

.....
.....
.....
.....

5) Wer hat bisher die BewohnerInnenbeteiligung voran getrieben? Bitte nennen (z.B. MitarbeiterInnen, der Verwaltung, PolitikerInnen, Multiplikatoren aus dem Quartier, aktive BürgerInnen.....)

.....
.....

.....
.....
6) Wer soll in Zukunft die BewohnerInnenbeteiligung koordinieren? (Bitte nennen:
z.B. welche MitarbeiterInnen, Multiplikatoren aus dem Quartier, aktive BürgerInnen.....)

.....
.....
.....
E) Kommunikation und Information

1) Wie werden *nichtbeteiligte* Bürger über die laufenden Entwicklungen im Stadtteil und die Aktivitäten im Rahmen der Bürgerbeteiligungsstrukturen informiert? (z.B. Stadtteilzeitung, Wurfsendungen, Flugblätter, andere Medien. Regelmäßigkeit der jeweiligen Informationen bitte dazu notieren: z.B. alle drei Monate, einmal im Jahr, bei gegebenem Anlass, unregelmäßig....)

.....
.....
.....
F) Perspektiven

1) Welchen Stellenwert haben Aktivierung und Mitwirkung im kommunalen Konzept der Sozialen Stadt Ihrer Gemeinde / Stadt?

.....
.....
2) Welche weiteren Ziele und Maßnahmen verfolgen Sie für die BewohnerInnenbeteiligung?

.....
.....
3) Sind Sie an weiteren Informationen und Ergebnissen der Begleitforschung interessiert ?

- nein
- ja

4) An wen können wir uns mit weiteren Fragen ggf. wenden

	Name	Adresse	Tel./e-mail
in der Kommunalverwaltung		

beim Stadtteil-/Quartiersmanagement
.....
in der Bewohnerschaft
.....
bei sonstigen Personen / Stellen
.....

Vielen Dank für Ihre geduldige Kooperationsbereitschaft !!!!!!!

Gerne können Sie erläuternde Materialien beilegen !!!!!!!

7.7.2002

Anhang 2 Auswertungstabellen

	Hattersheim Südring	Wetzlar/Silhöfer Aue	Wiesbaden Biebrich Süd-Ost
Einwohner	4.149 (25.379 Gesamtstadt)	2.200 (53.043 Gesamtstadt)	3.800 (267.000 Gesamtstadt)
Bewilligte Fördermittel 1999-2001 Programm „Soziale Stadt“	1.543.078 Euro	1.696.466 Euro	840.052 Euro
Aufnahmejahr ins Programm	1999	1999	2000
Städtebaulicher Bezug	Wohnumfeldverbesserung, insbesondere bessere Anbindung an die Kernstadt durch Unterführung Überführung	Stadtentwicklung, insbesondere Konversion des seit 10 Jahren leerstehenden Kasernengeländes	5 Quartiere: quartiersbezogene Wohnungssanierung und Umfeldverbesserung (3 Quartiere) und Rahmenplanung „Rheinufer“ und „Industriegrenze“ (2 Quartiere)
Stadtteilbüro/Quartiersmanagement eingerichtet	im September 2000	im Juni 2000	im Juli 2001
Träger /Mitarbeiter	Caritas / 2 Stellen (Tandem: Gemeinwesenarbeiterin und Planerin)	Caritas / 1 Stelle Gemeinwesenarbeit	Caritas / 0,8 Stelle Sozialpädagoge
Steuerung durch Verwaltung	Lenkungsgruppe	Steuerungsgruppe	Lenkungsgruppe, Projektleitungsgruppe und quartiersbezogene Projektgruppen
Temporäre oder projektbezogene Aktivierungs- und Beteiligungsformen	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivierenden Befragung • Stadtteilspaziergänge/-streifzüge • FrauenImpulswerkstatt • AG Verkehr • Stadtteilstefte • Frauenfrühstück • Planung Frei- und Spielflächen • Ausstellung • K4 Mieter TV 	<ul style="list-style-type: none"> • Aktivierenden Befragung • Planungswerkstatt • Stadtteilbegehung • Erzählcafe • Jugendaktionswoche • Stadtteilstefte • Infostände • Unterstützung einer Jugendfarminitiative 	<ul style="list-style-type: none"> • Bewohnerversammlungen/-beirat • Mieter-Befragung • Quartiersfest • Bürgerinitiative Jägerhofplatz • weitere quartiersbezogene Beteiligungsformen für die „neuen“ Gebiete sind in Diskussion
Zentrale Beteiligungsgremien	Runder Tisch	Stadtteilbeirat und Stadtbezirkskonferenz	Projektbezogen: - Bewohnerbeirat - Bürgerinitiative - weitere in Diskussion
Stadtteilbudget/Verfügungsfond	nein	nein	nein
Formulierte Ziele und Erfolgskontrolle	Szenario über den zu erreichenden Zustand Ende 2003 von der Lenkungsgruppe zu Beginn des Programms festgehalten	Leitziele (Leitbild) sind im Rahmenplan formuliert, ein konkretes Verfahren zur Überprüfung noch nicht festgelegt	„Evaluation und Erfolgskontrolle“ im Vertrag mit der Caritas festgelegt. Das „wie“ ist offen. Aussagen über erste „Wirkungen und Ergebnisse“ 2001 liegen vor

Anhang 3 Überlassene Dokumente

Hattersheim- Südring:

- Dokumentation der Klausurtagung der Lenkungsgruppe vom 30.10.2000, bei der Aufgaben des Stadtteilbüros festgelegt wurden
- Protokolle der Lenkungsgruppe 2000 (September, November, Dezember), 2001 (Januar, Februar, März, Mai, Juni, November), 2002 (Februar und März)
- Protokolle des runden Tisches 2000 (September, Oktober, November), 2001 (Januar, März, April, Mai, Juni, August, September, Oktober, November, Dezember), 2002 (Februar, März, April)
- Pressespiegel ab 2000 (41 Zeitungsartikel)
- Dokumentation einer aktivierenden Befragung vom Juni 2001
- Dokumentation einer Zukunftswerkstatt für Frauen vom 5. Mai 2001
- Entwurf eines Berichtes über die Aktivitäten des Stadtteilbüros für den Zeitraum Oktober 2000 bis Dezember 2001
- Antrag der Stadt Hattersheim auf Aufnahme in das Hessische Landesprogramm „Einfache Stadterneuerung“ von 1998

Wetzlar – Silhöfer Aue/Westend

- Grundsatzbeschluss der StVV zur Sozialen Stadt mit Begründung 29.11.1999
- Organigramm der Akteure/Gremien
- Sozialstrukturatlas 1998/99
- Ergebnisdokumentation der Planungswerkstatt 28.4.2001
- Chronologie der Entwicklung, Stand 29.10.2001
- Dokumentation der aktivierenden Befragung (durchgeführt im Zeitraum September 2000 bis April 2001)
- Protokoll der Stadtbezirkskonferenz vom 20.6.2001
- Protokoll der zweiten Sitzung des Stadtteilbeirates Silhöfer Aue vom 4.3.2002 und der sechsten Sitzung vom 27.01.2003
- Zeitungsartikel über die Entwicklung im Stadtteil
- Aufgabenbeschreibung der Tätigkeit der Gemeinwesenmitarbeiter des Stadtteilbüros
- Kopie des Antrages auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“
- Entwurf Rahmenplan Silhöfer Aue, Langfassung auf CD-ROM¹²³

Wiesbaden- Biebrich- Südost

- Charta (= Projektansatz/Leitziele) für das Quartier „Am Bauhof - Andreasstr./Heppenheimerstr.“
- Einladung zur 1./2./3. Bewohnerversammlung
- Haushaltsbefragung
- Fragebogen zur Haushaltsbefragung
- Schreiben an die BewohnerInnen der GeWeGe-Häuser
- Stimmzettel für die Wahl zum Wohnerrat

¹²³ Dieser Entwurf konnte der Begleitforschung erst Ende 2002 zugänglich gemacht werden, da er erst zu diesem Zeitpunkt als Diskussionsgrundlage veröffentlicht wurde.

- Wahl zum Bewohnerrat- Mieterliste
- Ergebnis der Wahl zum Bewohnerrat
- Einladung zum 1. Treffen des Bewohnerrates
- Zeitungsartikel Wiesbadener Kurier, Zeitungsausschnitte Wiesbadener Kurier
- Protokoll der AG Bauhof -Sitzung vom 22.02.02
- Folder: Auftaktveranstaltung Soziale Stadt/Kultursommerfest 1.Juni 2002
- Jahresbericht des Caritasverbandes Wiesbaden 2001
- Aufgabenbeschreibung Quartiermanagement
- Gewerbeentwicklung Biebrich- Südost: Bestandsaufnahme 2003. Flyer
- ISS (2002): Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Expertise zur Situation der verschiedenen ethnischen Jugendszenen im Stadtteil Biebrich. ISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt, Frankfurt. ISS-Aktuell 8/2002
- Liste mit weiteren Maßnahmen im räumlich-sachlichen Zusammenhang des Programms „Soziale Stadt“
- Materialien und Zeitungsartikel über das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“
- Projekt „Siedlungsentwicklung in Wiesbaden“. Teilanalyse „Sozialräumliche Entwicklung im Planungsraum Biebrich-Mitte und im Quartier Biebrich-Südost 1998-2003“. Magistrat der Stadt Wiesbaden, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, November 2004
- Materialien und Zeitungsartikel über das Projekt „Gestaltung Jägerhofplatz“
- Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung – Gebiet Soziale Stadt Wiesbaden Biebrich Südost - Gesamtplan1997-2004. Paul Johannbroer im Auftrag der Stadt Wiesbaden
- Neugestaltung Rheinufer Biebrich: Poster, Flyer, Zeitungsartikel
- Programme BauHof 2004: Kultur, Musik, Kommunikation
- Projektauftrag: „Vorbereitung und Durchführung Grün- und Freiflächengestaltung/Wettbewerb Rheinufer“
- Projektauftrag: „Kooperative Rahmenplanung mit der Industrie und Wohnungsbaugesellschaft/Neuordnung der Grenze Gewerbegebiet/Wohngebiet“
- Projektauftrag: „Wettbewerb GeWeGe-Häuser am Rheinufer“
- Beschluss des Magistrats zum Stadtteilerneuerungsprojekt „Soziale Stadt“: Inneres Westend und Biebrich Süd-Ost
- Gesamtprojektarchitektur

Wiesbaden - Inneres Wesend

- Folder Stadtteilentwicklungsprojekt Inneres Westend
- Organigramm Projektarchitektur
- Förderantrag „Soziale Stadt für den Stadtteil Inneres Westend“ für das Programmjahr 2003
- Arbeitspapier Stadtteilentwicklungsprojekt Inneres Westend
- Statistische Berichte 2/2001, Aufbau eines Monitoringsystems zur sozialen Siedlungsentwicklung in Wiesbaden
- Bewerbungsantrag „Preis Soziale Stadt 2004“, Juli 2004

- Gewerbeentwicklung im Inneren Westend 2003/2004. Ergebnisse der Kurzbefragung von Gewerbetreibenden. Landeshauptstadt Wiesbaden, Magistrat, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, Juli 2004
- Projekt „Siedlungsentwicklung in Wiesbaden“. Teilanalyse „Sozialräumliche Entwicklung im Inneren Westend 1998-2003“. Landeshauptstadt Wiesbaden, Magistrat, Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, Oktober 2004
- Folder: L O S – Wir fördern Mikroprojekte im Westend, 2004
- Stadtteilzeitung Inneres Westend, diverse Ausgaben
- Wellritzhof, 1. Dokumentation: Entwicklung, 2001
- Wellritzhof, 2. Dokumentation: 3. Workshop und Vorentwürfe, 2002

Soziale Stadt in Hessen

Begleitforschung

Servicestelle HEGISS

HEGISS [zots'ja:le ftat]

Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

HEGISS-Materialien

HEGISS-Materialien

In der Reihe „**Veranstaltungen**“ sind bisher erschienen:

- | | |
|-------------------|---|
| Veranstaltungen 1 | Lernort Soziale Stadt
HEGISS-Hochschulnetzwerk Städtebau-Planung-Gestaltung.
Dokumentation des Treffens am 26.10.2001 an der Universität Kassel |
| Veranstaltungen 2 | Bewegungsräume für Jugendliche
Dokumentation des 3. Arbeitstreffens am 11. April 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 3 | Schule im Stadtteil
Dokumentation des 4. Arbeitstreffens in Kooperation mit der Landesserviceestelle Jugendhilfe/Schule am 27. August 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 4 | Steuerungsmodelle und Verwaltungsmodernisierung
Aus dem Stadtteil in die Verwaltung – aus der Verwaltung in den Stadtteil
Dokumentation des 5. Arbeitstreffens am 05. Dezember 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 5 | BürgerInnenbeteiligung in benachteiligten Quartieren
Dokumentation des 6. Arbeitstreffens am 20. März 2003 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt a.M. |
| Veranstaltungen 6 | Lokale Beschäftigung und Ökonomie in benachteiligten Quartieren
Dokumentation der Fachtagung vom 05. Juni 2003 im Bürgerhaus Gutleut in Frankfurt a. M. und des 7. Arbeitstreffens am 11. September 2003 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt a. M. |

In der Reihe „**Begleitforschung**“ sind bisher erschienen:

- | | |
|--------------------|---|
| Begleitforschung 1 | PIA für Dienstleistungen
Produkt-Innovations-Agentur (PIA) für die Entwicklung von Dienstleistungen und Dienstleistungsnetzwerken
Ergänzung zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission aus der Sicht der Stadtentwicklung |
| Begleitforschung 2 | Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen - Zwischenbilanz |
| Begleitforschung 4 | Netzwerkanalyse und dialogische Begleitung - Schlussbericht |
| Begleitforschung 5 | Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement - Schlussbericht |

In der Reihe „**Arbeitshilfen**“ sind bisher erschienen:

Arbeitshilfen 1 **Lokale Ökonomie**

Arbeitshilfen 2 **Leitfaden Förderprogramme Soziale Stadt**

In der Reihe „**Servicestelle**“ sind bisher erschienen:

Servicestelle 1 **Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen – Zwischenbilanz**

Servicestelle 2 **Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen – Bilanz Standorte**

Servicestelle 3 **Fünf Jahre Soziale Stadt in Hessen - Zwischenbilanz -
Empfehlungen für die Programmfortführung**

Servicestelle 4 **Arbeits- und Organisationsstruktur zur
Programmfortführung Soziale Stadt in Hessen 2005 ff.
(Kernempfehlungen)**